

# Arbeiterkampf

Jg.9 Nr. 160 20.8.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-



## Solidarität mit den Solidarität mit den Indochinaflüchtlingsen

Auf das Schicksal Hunderttausender von Flüchtlingen aus Indochina und die auf ihre Kosten betriebene antikomunistische Kampagne hat die Linke, einschließlich des KB, bisher keine angemessene Antwort gefunden. Daß sich Organisationen wie die „KPD“, die ehrlicherweise der Linken nicht mehr zuzurechnen sind, an die Spitze der Kriegshetze gegen Vietnam gestellt haben, ist nicht verwunderlich. Bedauerlich ist aber, daß darüber hinaus Teile der Linken bereit sind, ihr humanitäres Anliegen in antivietnamesische Stellungnahmen ummünzen zu lassen. Auf der anderen Seite haben wir und andere linke Kräfte die humanitäre Seite des Problems bisher allzu sehr der Ausschleuchtung durch die Bürgerlichen und die Vaterlandverteidiger überlassen. Das Schicksal der Indochina-Flüchtlinge wurde zu wenig als Teil der Folgen des imperialistischen Krieges gegen die Völker Indochinas begriffen, die Flüchtlinge zu wenig als Opfer eben dieses Krieges in unsere Solidarität einbezogen.

Selbstverständlich sind unter den Flüchtlingen aus Vietnam auch zahlreiche Beamte, Offiziere und Nutznießer des alten pro-amerikanischen Regimes. Aber selbst diese Menschen haben unter den Flüchtlingen auch ihre Familienangehörigen, vor allem die Kinder, die niemand für die Verbrechen des alten Regimes verantwortlich machen kann. Unter den Flüchtlingen sind aber auch zigtausende, die – selbst ausgebeutet – ihre Existenz durch den riesigen US-Militärapparat in Vietnam gefristet hatten: Kleine Angestellte der US-Armee, Kellner, Prostituierte, Verkäufer usw. Die Befreiung Vietnams hat ein riesiges Heer von plötzlich Arbeitslosen freigesetzt, denen nichts anderes geboten werden konnte als vor allem Arbeit in der Landwirtschaft. Dies vor allem hat zigtausende aus der alten Ober- und Mittelschicht sowie aus dem „Tross“ der US-Truppen zur Flucht veranlaßt.

Die Bedingungen in Vietnam wären besser, wenn die Imperialisten zumindest einen Bruchteil der Schäden, die sie auf Jahrzehnte dem Volk und der Wirtschaft Vietnams zugefügt haben, materiell ausgleichen würden. Stattdessen spekuliert der im-

perialismus darauf, durch ein Aushebeln Vietnams seine militärisch geschiedenen Ziele doch noch zu erreichen. Vietnam sollte das abschreckende Exempel für die Völker der Dritten Welt werden, daß Befreiung gegen den Willen des Imperialismus nicht möglich sei. Dieses Ziel verfolgen die Imperialisten seit ihrer militärischen Niederlage auf anderen Wegen. Die derzeitige Flüchtlingskampagne spielt dabei eine zentrale Rolle.

Chinas Überfall im Februar/März dieses Jahres und der seither von den chinesischen Machthabern provozierte Spannungszustand an der Grenze hat für Vietnam erneut schwere Belastungen und Schäden gebracht.

Zuvor hatte sich Vietnam mehrere Jahre lang der zunehmenden Überfälle des kambodschanischen Pol-Pot-Regimes erwehren müssen, was ebenfalls einen ersten Rückschlag beim Wiederaufbau des Landes bedeutete.

Unter diesen Bedingungen wurde von Staaten wie Malaysia, Thailand, Indonesien das Schicksal der Flüchtlinge durch gezielte Maßnahmen zu unmenschlicher Not verschärft:

- Zigtausende von Flüchtlingen werden immer wieder aufs offene Meer gejagt, bis sie ertrinken oder verhungern.
- Polizei, Beamte und Piraten (die ungehindert operieren können) überfallen sich gegenseitig darin, die Flüchtlinge auszurauben und die Frauen zu vergewaltigen. Viele Flüchtlinge werden dabei ermordet.
- Die Flüchtlinge werden auf engstem Raum und unter mörderischen hygienischen Verhältnissen in KZ's zusammengepfercht. Allein in Malaysia unterhält 3000 KZ-Wärter nur zur Bewachung der Flüchtlinge.

Diese unbestreitbare Not der Flüchtlinge wird von der imperialistischen Propaganda zynisch gegen Vietnam gewendet. Tatsache ist jedoch, daß es durchaus möglich wäre, durch materielle Unterstützung der Asyl-Staaten und politischen Druck auf diese die Lage der Flüchtlingsmassen wesentlich zu verbessern. Eben dies wird seitens des Imperialismus nicht getan, weil gerade die Not der Flüchtlinge für die anti-

## Iran: Khomeini plant Völkermord an Kurden

Mit der Anordnung der allgemeinen Mobilisierung und der Erklärung des totalen Krieges gegen das kurdische Volk hat Khomeini zu dem bisher schwersten Schlag gegen die demokratischen und revolutionären Kräfte im ganzen Iran ausgeholt.

„Unsere Forderungen lassen sich in einem Satz zusammenfassen: Demokratie für den Iran und Selbstverwaltung für Kurdistan“, erklärte uns der Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans, Ghassemlou, in einem Interview am 19.7. in Mahabad.

Die Kurden stehen an der Spitze des Kampfes der Völker Irans, die sind am besten organisiert und bewaffnet. Deshalb wird nach der faktisch vollständig durchgesetzten Pressezensur (heute folgte das Verbot der im Untergrund weiterhin erscheinenden „Feyzhan Farsus“), nach der Verwüstung und Auflösung des linken Zeitungsverkäufers von den Straßen jetzt der Generalangriff gegen das kurdische Volk befohlen. Die Kurden sind das größte Hindernis für die Wie-

derherstellung von Ruhe und Ordnung im Sinne der Imperialisten.

Khomeini hat keinen Zweifel daran gelassen, daß der totale Krieg gegen die Kurden die Massaker der Schah-Armee an der iranischen Bevölkerung während der Aufstände übertreffen wird.

Die Wiedereinnahme der Stadt Paveh an der irakischen Grenze durch Regierungstruppen und „Revolution“ gards kostete 400 Tote und mindestens 600 Verletzte. Elf kurdische Kämpfer wurden noch in der Nacht nach Kermanschar transportiert, im Schnellverfahren zum Tode verurteilt und hingerichtet. Khomeini ordnete Luftangriffe auf kurdische Dörfer an, d. h. den totalen Terror gegen die Zivilbevölkerung – eine Maßnahme, die während der Aufstände im letzten Jahr nicht einmal die Schah-Armee durchführte. Befehlsvorgeworfen droht das Kriegsgericht.

Die demokratische Partei Kurdistans wurde verboten, gegen ihren Generalsekretär Ghassemlou wurde Haftbefehl erlassen, es wird nach ihm gefahndet. Ghassemlou war der

einzigste Oppositionelle, der in die Expertenversammlung gewählt worden war. Er hatte jedoch erklärt, daß er wegen des undemokratischen Vorgehens der Regierung weder an der Gründungsversammlung noch an den nachfolgenden Sitzungen teilnehmen werde.

Die Demokratische Partei Kurdistans hat die Völker der Welt aufgerufen, einen neuen Völkermord an den Kurden zu verhindern.

Khomeini hat mit seinem Schlachtruf alles auf eine Karte gesetzt. Mit Sicherheit wird das brutale Vorgehen die Polarisierung der iranischen Bevölkerung vorantreiben. An der Seite der Kurden stehen die anderen Minderheiten Irans, die Demokraten und Revolutionäre. Armee und Zeitungsverleger haben sich noch nicht vollständig entschieden. Insofern sind die Aussichten der Kurden besser als jemals zuvor.

Der Bürgerkrieg hat begonnen. Das kurdische Volk, die anderen Völker Irans, die Demokraten und Revolutionäre sind auf unsere Solidarität angewiesen.

Die demokratische Partei Kurdistans wurde verboten, gegen ihren Generalsekretär Ghassemlou wurde Haftbefehl erlassen, es wird nach ihm gefahndet. Ghassemlou war der

verpflichtet, die Kurden besser als jemals zuvor.

Der Bürgerkrieg hat begonnen. Das kurdische Volk, die anderen Völker Irans, die Demokraten und Revolutionäre sind auf unsere Solidarität angewiesen.

## Klerus und CSU greifen "Reform" des § 218 an

Im letzten halben Jahr häuften sich die Angriffe auf die „Reform“ des § 218: Kirchen, klerikale Verbände, CDU und CSU sowie eine Reihe von Ärzten beschimpfen abtreibende Frauen als Mörderinnen und fordern eine verfassungsrechtliche „Überprüfung“ des jetzigen § 218, vor allem der sozialen Indikation.

Verschiedentlich wurden von diesen reaktionären Kräften bereits Demonstrationen „für das Recht auf Leben“ organisiert, die durchaus nicht nur im kleinen Kreis

verliefen (in Essen waren es vor kurzer Zeit z.B. über 4.000 Demonstranten). Den Höhepunkt in jüngster Zeit stellten mehrere Äußerungen des Vorsitzenden des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CSU, Dr. Holzgartner, dar, der der Abtreibung mit dem Massenmord an Juden unter dem Nazi-Terror verglich (siehe dazu auch AK 159). Wie diese Angriffe in die gesamte reaktionäre Kampagne gegen die Frauen passen, die schon seit der „Neufassung“ des § 218 im Jahre 1976 betrieben wird, wollen wir im folgenden darstellen. Forts. Seite 16



Vor 40 Jahren, am 1. September 1939, begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg. Die nackte Zahl von über 60 Millionen Toten – davon allein 20 Millionen in der Sowjetunion – als eine Folgebildung des Nazifaschistischen Krieges kann das gesamte Ausmaß von Leiden und Vernichtung nur schwer vorstellbar machen. Noch heute leiden Zehntausende von Menschen unter den Folgen des Krieges.

Die Imperialisten sind am Ende des 2. Weltkrieges weder „friedlicher“ noch „vernünftiger“ oder gar „humaner“ geworden. Ihr Drang nach Weltbeherrschung, nach totaler Unterwerfung des gesamten Erdballs manifestiert sich in vielen „kleinen“ Kriegen und in der Anhäufung ungeheurer militärischer Kapazitäten, die inzwischen zur Vernichtung jeglichen Lebens reichen.

Um gegen diesen Rüstungswahnsinn und für reale Schritte zur vollständigen Abrüstung (namentlich der großen Mächte) zu demonstrieren, haben sich in diesem Jahr wieder zahlreiche Organisationen und Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und aus dem Betriebs- und Gewerkschaftsbereich zu Bündnissen zusammengeschlossen, um Kundgebungen und Demonstrationen zu veranstalten. Der KB unterstützt diese Aktivitäten und ruft zur massenhaften Teilnahme daran auf (Berichte etc. S. 24).





## Blick in die Welt

### Solidarität mit den Indochina-Flüchtlingsen!

Forts. von S. 1

vietnamesische Propaganda höchst wertvoll ist. Bei den Staaten, die jetzt die Indochina-Flüchtlingsen schikanieren und in den sicheren Tod treiben, handelt es sich selbstverständlich gerade um Staaten, die mit dem Imperialismus eng verbunden sind und die sich z.T. direkt am Krieg gegen Vietnam beteiligt hatten - wie etwa Thailand.

Große Verantwortung trägt auch die chinesische Regierung, die zunächst die chinesische Minderheit in Vietnam (Hous) massiv zum Verlassen Vietnams aufhetzte - und seit mehr als einem Jahr ihre Grenzen für die Flüchtlinge total geschlossen hat. Das Ziel der chinesischen Machthaber ist nichts anderes als das Zustandekommen einer breiten internationalen Front für einen neuen Überfall auf Vietnam.

Die Bundesregierung hat stets den Krieg der USA in Vietnam unterstützt. Das Gebiet der BRD stand als Hinterland für die US-Truppen zur Verfügung. So wurden z.B. beschädigte Bombenflugzeuge der USA in der BRD repariert, verletzte US-Soldaten hier behandelt.

Es widerspiegelt die bekannte Annahme des deutschen Imperialismus, wenn ausgerechnet die Bundesregierung sich jetzt als Richter über Vietnam aufstellt und im Namen der Menschlichkeit verkündet, Vietnam werde jetzt zur Strafe die versprochene (ohnehin schätzbare) Hilfe von 90 Mio. Mark nicht erhalten, sondern diese solle den Flüchtlingen zukommen.

Die westdeutsche Linke sollte vor diesem Hintergrund folgende konkrete Forderungen erheben:

1. Sofortige Auszahlung der

versprochenen Hilfe an Vietnam durch die Bundesregierung und Aufstockung dieser Hilfe, um die wirtschaftliche Situation in Vietnam selbst zu entlasten.

2. Sofortige und großzügige materielle Sicherstellung der Flüchtlingsmassen durch die imperialistischen Staaten. Nicht als Almosen, sondern als Verpflichtung aus ihren Kriegsverbrechen am vietnamesischen Volk und den anderen Völkern Indochinas. Die USA beispielsweise haben derzeit erbärmliche 700 Mio. Mark „zur Verfügung gestellt“ - ein Bruchteil der Kosten für ein einziges Jahr ihrer Kriegführung in Vietnam. Ein Staat wie die BRD, der besonders eng mit der verbrecherischen Politik der USA verbunden ist, könnte ohne weiteres eine *s p ö r l i c h e* Soforthilfe von beispielsweise 3 Milliarden (das sind weniger als 10 % des BRD-Rüstungshaushaltes!) einleiten. Stattdessen wird wieder einmal lautstark die individuelle Spendenbereitschaft mobilisiert, die im Sinne der antivietnamesischen Propaganda selbstverständlich viel nützlicher ist. Die BRD, die ohnehin relativ wenig Flüchtlinge aufgenommen hat, läßt zudem - wie jetzt im Fernsehen dokumentiert wurde - hunderte von bereits vorbereiteten Aufnahmeplätzen leer stehen!

LG des KB



### Schon wieder: „Deutschlandstiftung“ kontra ARBEITERKAMPF

Die strammen rechts „Deutschlandstiftung“ fühlt sich vom KB wieder einmal auf den Schlipf getreten. Nach etlichen früheren Gerichtsverfahren gegen den AK haben die Anwälte der „Deutschlandstiftung“ am 30.7.79 „Antrag auf Verhängung eines Ordnungsmittels“ (d.h. einer „empfindlichen“ Geldstrafe) gegen den Reents-Verlag gestellt. Es geht dabei um Folgendes: Im Januar 78 hatte die „Deutschlandstiftung“ beim Landgericht München I eine einstweilige Verfügung erreicht, die es dem KB verbietet, „wörtlich oder stichgemäß zu behaupten“, die „Deutschlandstiftung“ habe „Verbindungen zu rechtsextremen Gruppen“. Dieses Verbot sieht die „Deutschlandstiftung“ verletzt durch eine Passage im AK vom 25.6.79. Dort hieß es über das sogenannte „Hilfskomitee Südliches Afrika“: „Eintrüchtigt sitzen und wählen hier beieinander: NPD, CDU, CSU, Witiko-Bund, Deutschlandstiftung“. Daß sie dort zusammensitzen, ist faktisch gar nicht zu bestreiten. So moniert die „Deutschlandstiftung“ auch nur die Behauptung, sie „w ü h l e“ dort zusammen mit der NPD und dem Witiko-Bund. In der Tat ist kaum zu vermuten, daß diese Herrschaften dort wählen, schon gar nicht eintrüchtigt. Sie sind schließlich keine Maulwürfe, oder?! Es steht zu befürchten, daß die „Deutschlandstiftung“ mit diesem Unfug bei ihrem Münchener Hausgericht „Recht“ zugesprochen bekommt und die Sache teuer für uns wird.

## BRD-Regierung beschützt SAVAK-Agenten!

### SAVAK-Gegner beim VS strafversetzt

Während Mitglieder iranischer Studentenorganisationen wegen ihrer Aktionen gegen enttarnte SAVAK-Agenten weiter in Haft sitzen, erhalten neue Informationen die Komplizenschaft der westdeutschen Regierungsstellen mit dem Schah-Regime und die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und SAVAK.

Zum einen ist jetzt durch die „Frankfurter Rundschau“ bekannt gemacht worden, daß vor zwei Jahren der damalige Oberrichter beim Verfassungsschutz Abteilung Ausländerüberwachung, Heitz, strafversetzt worden ist, weil er sich geweigert hatte, „eine Liste von etwa einhundert vom Verfassungsschutz beobachteten Mitgliedern der schahfeindlichen Organisation CISNU für den damaligen Geheimdienst Iran, SAVAK, zusammenzustellen“ (14.8.79). Den Auftrag erhielt er vom damaligen Chef dieser Abteilung, Bessel-Lorck. Heitz hatte diesen Auftrag mehrmals mit der Begründung verweigert, daß sowohl die bespitzelten Studenten als auch ihre Angehörigen im Iran durch die Angaben gefährdet würden.

Damit ist erwiesen, daß der VS direkte Auftragsarbeit für SAVAK geleistet hat und damit mit Sicherheit am Tod, der Inhaftierung und Folter von Schahgegnern schuldig ist.

Die Bundesregierung hatte bisher eine konkrete Zusammenarbeit mit dem SAVAK gegen Schahgegner geleugnet. Die jetzt veröffentlichte Tatsache schiebt sie dementsprechend auf einen „hausinternen Vorgang“, von dem das Innenministerium keine Kenntnis gehabt habe. Dies ist allein schon deshalb unglaubwürdig, weil zumindest die Strafversetzung samt Begründung bei der Dienstbehörde, also dem Innenministerium, bekannt geworden sein muß.

Im Zusammenhang mit der Enttarnung von ca. 300 SAVAK-Agenten in der BRD versucht die Bundesregierung jetzt den Eindruck zu erwecken, als wäre sie bereit, diese vor Gericht zu stellen. Es heißt, die Regierung erwarte jetzt vom Iran „die Überstellung von strafrechtlich relevantem Material, mit dem man in der Bundesrepublik gegen Mitarbeiter des früheren iranischen Geheimdienstes SAVAK vorgehen könnte... Wenn diese Akten da seien und Hinweise auf Straftaten enthielten, werde man auch Strafverfahren einleiten“ („SZ“, 6.8.). Doch mit dieser Sprachregelung bereitet die Regierung schon jetzt darauf vor, daß sie das Material für strafrechtlich nicht relevant hält. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt machte dies schon deutlich: Nach § 99 des Strafgesetzbuches könne Agententätigkeit nur dann geahndet

werden, wenn sie sich gegen die Interessen der BRD richtet und insofern könne die Sammlung und Mitteilung von Daten an die ehemalige iranische Botschaft und damit an den SAVAK nicht vor westdeutschen Gerichten geahndet werden. In der Vergangenheit haben die westdeutschen Behörden eindeutig klar gemacht, daß sie nicht das Treiben des SAVAK, sondern die gegen das Schah-Regime gerichteten Aktivitäten der CISNU für gegen die Interessen der BRD gerichtet ansehen. Zynisch fährt dann der Staatsanwalt fort, nur dann, wenn aus diesen Tätigkeiten der SAVAK-Agenten persischen Bürgern „Nachteile“ erwachsen seien, komme unter Umständen im Einzelfall eine Beihilfe zu dem betreffenden Delikt in Betracht (nach „FR“, 26.7.). Aber hierfür gäbe es keine Beweise!

Die jetzt bekannt gewordenen Tatsachen sind ein Beweis dafür, daß es den westdeutschen Behörden auch bei den jetzigen Verhaftungen im wesentlichen um den Schutz der SAVAK-Agenten geht. Ginge es um etwas anderes, müßte jetzt zumindest ein Strafverfahren gegen den Leiter der Abteilung Ausländerüberwachung, Bessel-Lorck, eingeleitet werden. Wir sind sicher, daß würde noch so manche Lüge der Regierungsstellen aufgedeckt werden.

## Solidaritätsaktionen für die verhafteten iranischen Genossen

Frankfurt: Vom 30. Juli bis zum 7. August führte die CISNU einen Hungerstreik durch, um eine Gegenöffentlichkeit zur diffamierenden Informationspolitik herzustellen und die Freilassung der inhaftierten Iraner zu erreichen. Am 31. Juli fand eine Veranstaltung von CISNU und Uni-ASIA statt, um über die Vorfälle zu berichten. Trotz schlechter Mobilisierung kamen ca. 150 Leute. Ein CISNU-Genosse berichtete über das Gespräch mit den SAVAK-Leuten vom 17. Juli - besonders wies er darauf hin, daß jetzt die Aussage eines SAVAK-Agenten ausreicht, um fortschrittliche Iraner jederzeit zu verurteilen und auszuweisen. Weiter sagte er, daß zu vermuten sei, daß die BRD-Organen durch das massive Interventions zugunsten der SAVAK-Leute erreichen wollen, daß keiner von ihnen über das wahre Ausmaß der SAVAK-Aktivitäten und über die Verbindungen zu BRD-Geheimdiensten aussagt. Danach berichtete er von einem Gerücht, daß versucht werden solle, über die SAVAK eine schahfreundliche Exilorganisation aufzubauen. Bei der anschließenden Diskussion wurde auch die Position geäußert, daß man sich erst von den

Ereignissen im Iran distanzieren müsse, bevor man sich mit den hier verfolgten iranischen Antifaschisten solidarisieren könne. Diese Position wurde aber von den meisten Anwesenden abgelehnt. Anschließend wurden noch Ideen für mögliche weitere Aktivitäten gesammelt, aber leider wurden keine konkreten Abmachungen getroffen.

Uni-Zelle/KB Frankfurt

Westberlin: Mit einem Sitzstreik im iranischen Generalkonsulat bekräftigten rund 80 Mitglieder der CISNU ihre Forderung an die iranische Regierung, auf diplomatischem Weg von Bonn die Auslieferung von SAVAK-Spitzeln zu erreichen, um sie im Iran vor Gericht zu stellen. Die Pässe aller im Ausland enttarnten Spitzeln sollten nicht verlängert werden. Weiter forderten sie die iranische Regierung auf, die vollständigen Listen der in der BRD tätigen Spitzeln zu veröffentlichen („TAZ“, 3.8.79).

Weitere Sitzstreiks fanden in Hamburg und Bonn statt („TAZ“, 26.7.79).

Hamburg: In Hamburg fand am 11.

August eine Demonstration statt, die von CIS, KBW, KPD, Palästina-Komitee und der ORT/PTE (Spanien) getragen wurde. Die Freilassung der acht inhaftierten Perser wurde bisher vom Amtsrichter abgelehnt. Lediglich eine Akteneinsicht für die Verteidigung konnte am 8. August endlich durchgesetzt werden.

Göttingen: Der ASIA der Uni Göttingen führte am 28. Juli mit Vertretern des Studentenwohnheims, in dem die Hausdurchsuchungen stattgefunden hatten, eine Kundgebung auf dem Marktplatz durch. In Göttingen mußte die Staatsanwaltschaft inzwischen die Ermittlungsverfahren gegen die iranischen Genossen einstellen, weil der Tatverdacht nicht ausreichte. Tatsächlich hatte sich der SAVAK-Agent in den Vernehmungen der Polizei in so viele Widersprüche verwickelt, daß es wohl besser war, die Sache nicht an die große Glocke zu hängen.

Weitere Protesterklärungen gab es von den ASien der Uni Bremen, der Uni Hannover, der Uni Gießen und von der ESG in Konstanz.

Nahost-Kommission

## Zurück zur Kanonenbootpolitik

Die Ankündigung der USA, eine rasch an allen Punkten der Welt einsetzbare Aggressions-Truppe von ca. 100.000 Mann aufzubauen, hat Anfang August durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Todenhöfer („Afrika-Experte“ seiner Partei) Unterstützung gefunden. Todenhöfer bezeichnete den Aufbau dieser neokolonialistischen Aggressions-Truppe als „einen Schritt in die richtige Richtung“. Leider hätten die anderen NATO-Länder die USA mit diesem Projekt bisher „weitgehend allein gelassen“. Dem SPD-Vorsitzenden Brandt, der das Projekt dezent kritisiert hatte, warf Todenhöfer vor, damit habe er sich „ernst zum Sprachrohr sowjetischer Propaganda“ gemacht („Welt am Sonntag“, 5.8.).

Todenhöfer hat sich schon mehrmals, beispielsweise auch in Sachen Chile, als CDU-Rechtsaußen und Sprachrohr der außenpolitischen Vorstellungen von F.J. Strauß profiliert. Es ist kaum zu bezweifeln, daß er auch in diesem Fall die Vorstellungen des Kanzlerkandidaten ausgesprochen hat.

Kurz zuvor war in der Juli-Ausgabe des Wirtschafts-Informationsdienstes „Basis“ ein Artikel von Paul C. Martin erschienen, in dem dieser dazu aufforderte, mit militärischen Mitteln „die Fahrt in eine neue Wirtschaftskrise zu stoppen“. Konkret empfohlen wurde ein Einmarsch in Libyen, denn: „Die verbale und die tatsächliche Erpressung von zwei Milliarden Menschen der Industrienationen durch zwei Millionen Beduinen... hat

ihre Grenzen erreicht“. Außerdem empfahl Paul C. Martin die „Besetzung der wichtigsten Ölfelder im Nahen Osten“ (nach FR, 23.7.). Er handelte sich mit dieser offensichtlichen Kriegshetze zwar einige Anzeigen von Demokraten ein, die aber zweifellos ergebnislos bleiben werden.

Bereits am 24. Juni hatte ein Hans Tross im CSU-nahen „Münchner Merkur“ empfohlen, es „müßte das Ziel des Westens sein, die Ölfelder zu besetzen“.

Unterdessen laufen in der kalifornischen Mohave-Wüste schon die militärischen Vorbereitungen für einen Einsatz von US-Truppen gegen Libyen oder andere Erdöl-Länder. „Bild am Sonntag“ brachte darüber am 12.8. einen begeisterten zweiseitigen Artikel. Außer dem Nahen Osten seien auch Korea und das südliche Afrika mögliche Einsatzgebiete, berichtete die „Bild“.

Auch der französische Imperialismus bereitet sich auf militärische Unternehmungen im arabischen Raum vor. „Unter strenger Geheimhaltung“ („BamS“) werde von Frankreich derzeit „eine aus Fallschirmjägern und Marine-Infanteristen bestehende Eingreifstruppe“ aufgebaut. Chef dieser Truppe ist der General Erulin, der bereits die französische Intervention in Zaïre leitete. „Niemand soll sich an dem für uns bestimmten Öl zu schaffen machen! Wir sind ein Wachhund, der nicht nur bellt, sondern auch beißen kann“, zitierte die „BamS“ einen französischen Generalstabschef. Frankreich hat im Per-

sischen Golf und im Indischen Ozean 18 Kriegsschiffe stationiert. „Die ständige Einsatzflotte Frankreichs im Indischen Ozean ist manchmal zahlenmäßig größer als die Verbände der Sowjetunion und der USA“ (FR, 6.8.).

Daß die Kriegsvorbereitungen schon jetzt kurz vor dem Übergang zur direkten Kriegsprovokation sind, zeigt eine Bekanntmachung der US-Regierung: Uni deutlich zu machen, daß die USA die von den 111 Küstenstaaten der Welt beschlossene 12-Meilen-Hoheitszone nicht anerkennen, sondern lediglich eine 3-Meilen-Zone vor der Küste (was derzeit nur noch von 22 Ländern vertreten wird), sollen US-Kriegsschiffe und Flugzeuge künftig „demonstrativ“ in der 12-Meilen-Zone bestimmter Staaten „operieren“. „Das Recht zum Kreuzen in diesem Seegebiet soll notfalls mit Waffengewalt gewahrt werden“.

Unter den Ländern, gegen die sich solche Provokationen zukünftig richten sollen, werden ausdrücklich Libyen und Vietnam genannt (FR, 13.8.). In diesem Zusammenhang: Die Ausweitung der US-Aggression wurde 1964 mit dem sogenannten Tonkin-Zwischenfall motiviert. Damals drangen US-Kriegsschiffe weit in vietnamesische Gewässer ein und provozierten ein Gefecht mit vietnamesischen Küstenwacht-Schiffen. Das war für den US-Imperialismus dann der „Kriegsgrund“!

Viel Neues scheint den Imperialisten dazu seither nicht eingefallen zu sein.



# Zurück aus dem Iran

F.: Du bist gerade aus dem Iran zurückgekehrt. Kannst Du uns von Deinen Eindrücken berichten?

A.: Ich bin vor vier Wochen natürlich nicht ohne Herzklopfen in den Iran gereist, als Frau allein in die frauenfeindlichste Gesellschaft, die ich bisher kennengelernt habe, und in ein Land, in dem es die wohl breiteste antimperialistische und demokratische Bewegung fast eines ganzen Volkes gegeben hatte, die schließlich zum Sturz des Schah-Regimes geführt hatte, und in dem die jetzigen Machthaber dabei sind, mit Riesenschritten und mit einer Millionenschar fanatisierter Anhänger eine neue Diktatur zu etablieren, im Namen des Islam. Mir war sehr konkret bekannt, mit welchen unterdrückten Methoden, deren Gipfelpunkte wieder willkürliche Verhaftungen, brutale Folter und Mord an Revolutionären sind, gegen die linken und revolutionären Kräfte vorgegangen wird, aber auch gegen jeden Demokraten und jede kleine bürgerliche demokratische Freiheit.

Mein erster Eindruck war deshalb außerordentlich positiv. An dem Tag, an dem ich in Teheran ankam, begann die „Konferenz der iranischen Völker“, ein Seminar, auf dem zum ersten Mal in der Geschichte Irans die Vertreter der verschiedenen Nationalitäten und der in den Minderheitsgebieten arbeitenden politischen Organisationen zusammenkamen, um eine gemeinsame Plattform und ein gemeinsames politisches Vorgehen zu beraten. Die Initiative dazu hatte die Demokratische Nationalfront ergriffen. Das Ergebnis des drei Tage dauernden Seminars war der Entwurf für eine gemeinsame Plattform und eine gemeinsame politische Linie.

Ich hatte Gelegenheit — vor allem auf Vermittlung der „Vereinigten Linken“, die in der Demokratischen Nationalfront arbeitet —, am Rande der Konferenz mit Vertretern der kurdischen, arabischen und turkmenischen Minderheiten sehr ausführliche Interviews für den ARBEITERKAMPF zu machen. Ihr könnt Euch vorstellen, daß ich ganz einfach begeistert war, so unmittelbar und so viel über die Situation und die Politik der linken und demokratischen Kräfte in den Minderheitsgebieten zu erfahren. Ich war überrascht und erfreut von der Vielfalt des politischen Lebens, von der Stärke der revolutionären und demokratischen Kräfte in den Minderheitsgebieten. Ich habe festgestellt, daß ich ganz einfach begeistert war, so unmittelbar und so viel über die Situation und die Politik der linken und demokratischen Kräfte in den Minderheitsgebieten zu erfahren. Ich war überrascht und erfreut von der Vielfalt des politischen Lebens, von der Stärke der revolutionären und demokratischen Kräfte in den Minderheitsgebieten.

Wir führen am Abend vor Beginn des Fastenmonats Ramadan mit dem Buu in Teheran los. Mir war etwas mulmig, schließlich gab es in verschiedenen Orten Kurdistans scharfe und zum Teil auch bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Zentralgewalt und örtlichen Reaktionen, außerdem gab es immer stärkere Gerüchte in Teheran, über einen bevorstehenden Angriff der Armee auf Kurdistans und schließlich mußte man auch unterwegs mit Kontrollen durch Komitees und Revolutionsgarden rechnen, die ihre Willkür schon genügend unter Beweis gestellt hatten.

Nach 14 stündiger Fahrt kamen wir morgens in Mahabad an. In einem Interview in Teheran hatte mir der Generalsekretär der Demokratischen Partei Kurdistans, Ghassemklu, Mahabad und andere Teile Kurdistans als befreite Gebiete beschrieben. Und wirklich, das gesamte Klima war spürbar freier.

Durch die schweren Auseinandersetzungen mit der Zentralgewalt war in der ganzen Bevölkerung eine totale Abwehrhaltung gegen die verrückte Zwangsislamisierung Khomeinis zu spüren. Auch in Teheran gibt es Khomeiny-Witze, sie werden aber von den kurdischen Übertrieben. In Teheran war es unmöglich, während des Ramazans auf der Straße zu rauchen oder zu essen, fast alle Restaurants und Imbisse waren entweder geschlossen oder verkauften nur außer Haus. In Eisdielen erhielt man den Becher Eis nur ohne Löffel, damit man nicht schon auf der Straße zu essen begann. Die vielen Getränke- und Saftverkäufer in den Straßen Teherans, die nun wirklich eher dahin-

vegetieren, mußten ihre Stände für einen Monat dicht machen. Die Wasserbehälter an den Straßenrändern waren leer — trotz der noch recht erheblichen Hitze. In Kurdistan war es möglich: Wer fasten wollte, fastete, übte aber keinen Terror gegen Nichtfastende aus. In Teheran wurde durch die Angst vor möglichen willkürlichen Akten der fanatisierten islamischen Banden praktisch lückenlos das „Fasten“ in der Öffentlichkeit durchgesetzt.

Wahrscheinlich gibt es in keinem Teil Irans so viele Menschen unter Waffen wie in Kurdistan, zum Teil werden sie auch offen getragen. Trotzdem fühlte ich mich völlig sicher, weil es in Mahabad kein islamisches Komitee und keine Revolutionsgarden gibt, die zwar Waffen haben, aber nicht schießen können. Es gibt auch keine entfaltete antikomunistische Hetze, obwohl es schwere Differenzen zwischen der Demokratischen Partei Kurdistans und den revolutionären Organisationen, der „Liga für die Emanzipation der Werktätigen Kurdistans“ und den „Volksfedayin“ in Kurdistan gibt, die zusammen in ganz Kurdistan mehr Einfluß haben als die Demokratische Partei (Mahabad ausgenommen).

F.: Worin liegen denn die Differenzen zwischen der Demokratischen Partei Kurdistans und den beiden revolutionären Gruppen?

A.: Die Demokratische Partei Kurdistans ist der Meinung, daß zunächst die nationale Frage gelöst werden muß, d.h., daß zunächst mit allen gesellschaftlichen Schichten und Klassen, angefangen bei den landwirtschaftlichen Tagelöhnern, über die verschiedenen Bauernschichten bis hin zu den Feudalherren oder Stammesführern, gemeinsam die innere Autonomie erreicht werden soll. Dann erst könne man dahingehen, Klassenunterschiede zu lösen.

Die beiden revolutionären Organisationen halten den Klassenkampf für untrennbar vom Kampf um innere Autonomie und meinen, daß die nationale Frage erst im Rahmen eines wirklich demokratischen Iran, in dem die Arbeiter die Macht haben, gelöst werden kann.

Diese beiden grundlegend unterschiedlichen Einschätzungen führen natürlich zu einer unterschiedlichen politischen Praxis. Das konnten wir am Beispiel der Räte anschaulich erleben.

Alle drei politischen Organisationen haben Bauernräte in verschiedenen Dörfern gebildet. Die gesamte Bauernschaft in Kurdistan macht etwa 75 % der Bevölkerung aus. Nur die Volksfedayin arbeiten unter der sehr kleinen Arbeiterschaft (etwa 5 %), die vorwiegend im Baugewerbe tätig ist.

In dem Interview bezeichnet der Generalsekretär der DPK, Ghassemklu, die in vielen Städten Kurdistans gebildeten Räte als ein wichtiges Anzeichen, daß das Volk an die Macht gekommen ist. Ich hatte Gelegenheit, mit einem Mitglied des Stadtrates Mahabad und Mitglied der DPK, das auch Mitglied in dem „Unterrat“ für Bauernfragen war, ein Interview zu machen. In diesem Interview wurde deutlich, daß immer dort Bauernräte von dem Stadtrat gebildet werden, wo es Konflikte unter den Tagelöhnern und armen Bauern auf der einen Seite und Großgrundbesitzern auf der anderen Seite gibt. Die Bauernräte haben die Aufgabe, die Konflikte gütlich beizulegen, gelingt das nicht, werden Verhaftungen vorgenommen und der Konflikt dann in Mahabad „gelöst“.

Die beiden anderen Organisationen setzen auf diese Klassenunterschiede, auch wenn sie betonen, daß sie derzeit nicht frontal gegen die Feudalisten vorgehen. Hier macht sich bemerkbar, was auch in der Frage der Expertenversammlung (für die Bearbeitung der iranischen Verfassung) und des Verbots von „Ayandegan“ deutlich wurde, daß auch die revolutionären Organisationen noch immer meinen, daß bei einem gewissen Wohlverhalten die Schläge der Zentralgewalt und der Reaktionen ausbleiben oder sanfter ausfallen.

Ich muß aber betonen, daß mir die Politik der revolutionären Organisationen in den Bauernräten erheblich mehr zusagt, als die der DPK. Ich will dazu einige Beispiele aus dem Interview mit den Sprechern der Volksfedayin in Mahabad zitieren. „Ich möchte von dem Bauernrat in H. berichten. Vor vier Monaten gab es wegen der Weiden einen Konflikt. Die Feudalherren hatten die Weiden an sich gerissen, da haben wir einen Bauernrat gegründet, und der Konflikt wurde durch den Bauernrat beigelegt.“

Zunächst hatten die Feudalherren versucht, das Dorf mit Bewaffneten

zu umzingeln, dann haben die Bauern sich auch bewaffnet und es geschafft, die Feudalherren zu verjagen. Vor zehn Tagen haben die Bauern die Ländereien an sich genommen und geerntet. Die Feudalherren fingen an, bewaffnete Mäntel zu unternehmen und haben sich an den Stadtrat in Mahabad gewandt. Die Bauern in der Nachbarschaft haben diesen Bauern große Hilfe geleistet, und nach langen Verhandlungen haben die Bauern es geschafft, einen Teil der Ernte für sich zu behalten.“

Es gibt ständig solche Konflikte zwischen Bauern und wohlhabenden Bauern und Feudalherren.

Ein anderes Beispiel sind die Ereignisse im Dorf Hesar.

Vor der Revolution hatte der Großgrundbesitzer mit Hilfe der Gendarmerie die Ländereien an sich gerissen. Nach dem Aufstand haben die Bauern mit Hilfe von Bauernräten diese Ländereien unter ihre eigene Kontrolle gebracht. Diese Ländereien bestanden aus einem Teil aus Weiden und zum anderen aus Kornfeldern. Diese Weiden wurden von Anfang an als nationalisiert erklärt. Aber die Kornfelder wollte der Feudalherren mit Hilfe eines Mähdreschers und bewaffneter Leute abern. Da haben die Bauern mit Hilfe revolutionärer Kräfte diese Felder besetzt und haben ein Ultimatum gestellt, falls der Mähdrescher und die bewaffneten Leute nicht in 5 Minuten das Feld verlassen, würde das ganze Feld in Brand gesetzt. Es ist interessant, daß sich in solchen Fällen die Großgrundbesitzer an die Demokratische Partei Kurdistans wenden. Ein schwieriges Problem besteht darin, daß die Bauern keinen Mähdrescher haben, aber sie brauchen ihn dringend, um die ganzen Felder abzuern. (Interview vom 27.7.79).

F.: Kannst Du etwas über die Ereignisse in Mariwan sagen?

A.: Mariwan ist eine kurdische Stadt, die ziemlich nahe an der irakischen Grenze liegt. Die Bevölkerung Mariwan hat gegen die Anwesenheit und das Treiben der islamischen Modjahedin protestiert und wollte sie aus der Stadt scheitern. Wie ihr vielleicht wißt, ist diese Modjahedin-Truppe von der Konterrevolution nach dem Aufstand gebildet worden. Sie darf auf keinen Fall mit der revolutionären Organisation der religiösen Volksmodjahedin verwechselt werden, die eine fortschrittliche Politik macht und ebenso wie die marxistische Linke starken Repressionen ausgesetzt ist.

Um Druck auszuüben, hat die Bevölkerung Mariwan einfach die Stadt verlassen. 75 % hat sich in die Berge zurückgezogen. Zum Schutz der Häuser blieben bewaffnete Peschmergas zurück.

Unmittelbar nach unserem Interview führen die Volksfedayin-Vertreter nach Sanandaj. Dort begann ein Protestmarsch gegen das Vorgehen der Zentralregierung, der in Mariwan nach Tagen endete. Bis zu 20.000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration. Gleichzeitig setzte auch die Zentralregierung mehrere Panzer von Kermanshar in Richtung Mariwan in Bewegung. Sie wurde jedoch von der Bevölkerung in Kermanshar, das auf dem Wege liegt, gestoppt. Einen Tag später wurde eine Panzerbrigade nach Sanandaj geschickt.

Trotz des Einflusses der linken und revolutionären Kräfte und trotz ihrer militärischen Stärke haben die Kurden sich letztlich auf eine sehr faule Kompromißlösung eingelassen, die im wesentlichen beinhaltet, daß die Modjahedin Mariwan verlassen und die örtliche Polizei in Zukunft von den Kurden selbst gestellt wird, dafür aber die Armee der Zentralregierung in die Garnison in Mariwan einziehen darf.

Die Armee ist, mit Billigung der kurdischen Verhandlungspartner, nicht nur in Mariwan präsent, auch in anderen kurdischen Städten. Unmittelbar vor unserer Reise nach Kurdistan war eine Abordnung des Stadtrates von Mahabad, in Qom bei Khomeiny, um über die Verlegung der Garnison in Mahabad aus der Stadt heraus zu verhandeln. Die Anwesenheit der Armee in Kurdistan stellt meiner Ansicht nach eine ganz große Gefahr dar, vor allem, wenn man bedenkt, daß die Zentralregierung ständig mit einem Angriff der Armee auf Kurdistan droht. Die fortschrittlichen Kräfte betonen immer wieder, daß sie sich einen Krieg nicht aufzwingen lassen wollen, nicht jetzt, zu diesem Zeitpunkt. Meiner Ansicht nach arbeitet die Zeit jedoch im Augenblick vor allem der Reaktion in die Hände, die Armee kann sich stabilisieren. Im Augenblick bestünde meiner Ansicht nach eine gute Chance, das provokative Vorgehen der Regierung auch mal



Anhänger Khomeinis fordern den Heiligen Krieg:

„Wir verurteilen schärfstens die Demokratische Nationalfront und fordern, daß sie zerschlagen wird.“

Anhänger Khomeinis fordern den Heiligen Krieg:

„Wir verurteilen schärfstens die Demokratische Nationalfront und fordern, daß sie zerschlagen wird.“

bewaffnet zurückzuschlagen, gerade in Kurdistan, wo die Zentralgewalt derzeit gar nicht in der Lage wäre, sich tatsächlich durchzusetzen.

Aber das Verhalten von Teilen der linken und fortschrittlichen Kräfte scheint mir insgesamt etwas zurückweichend und sehr auf die „Legalisierung“ bedacht zu sein, die anderenorts verächtlich gemacht wird, wenn es um die Verteidigung „bürgerlicher“ demokratischer Rechte geht. Mit Ausnahme, was sich, wie gesagt, sowohl in den Ereignissen um „Ayandegan“ und die „Wahlen“ zur Expertenversammlung gezeigt hat.

F.: Kannst Du das an den Beispielen, die Du eben genannt hast, ausführen? Welche Gruppen betrifft das? Alle?

A.: Zunächst zur Wahl der „Expertenversammlung“. Die „Expertenversammlung“ ist vorzuziehen die Erfindung der reaktionären religiösen Kräfte, sie soll eine „Konstituierende Versammlung“ ersetzen und hat die Aufgabe, den Verfassungsentwurf für die islamische Republik endgültig zu beraten. Nun ist es für mich schon ein Unding, wenn linke Organisationen sich überhaupt in einer „Islamischen Republik“ (gegen die sie ins übrige beim Referendum Ende März gestimmt haben) an der Ausarbeitung einer „Islamischen Verfassung“ beteiligen. Damals hatte jedoch die Linke sich nicht direkt gegen eine „Islamische Republik“, sondern vor allem gegen die undemokratische Verfahrensweise ausgesprochen, weil man in einem Zuge sich mit der Ablehnung der Monarchie für die „Islamische Republik“ entscheiden mußte. Im Nachhinein würde ich dies schon für ein gefährliches Leisereten halten (bloß nicht die islamische Reaktion verschrecken).

Ich glaube, hier liegt auch die schwankende Haltung der linken und revolutionären Gruppen begründet. Beispielsweise hatten die Volksfedayin beim Referendum u.a. vertreten, man könne nicht losgelöst vom Inhalt über die Islamische Republik entscheiden; jetzt wollten sie eben, in der Expertenversammlung, über den Inhalt diskutieren. Die Chancen, selbst für die Volksfedayin, die neben den Volksmodjahedin die größte Anhängerschaft haben, überhaupt in die Expertenversammlung reinkommen, war gleich Null. Das haben sie selbst mit der Bekanntgabe ihrer Kandidatur vertreten.

Beispielsweise konnten von über 100 Kandidaten in Teheran 10 gewählt werden, jeder war berechtigt, bis zu 10 Stimmen abzugeben, die 10 Kandidaten mit den meisten Stimmen kamen in die Expertenversammlung. Schon dieses Wahlverfahren ist äußerst undemokratisch, weil es nur der stärksten Gruppe eine Chance gibt.

Dann zum Wahlvorgang selbst: Jeder Wähler mußte seinen Wahlschein selbst ausschreiben (man denke die Analphabetenquote), Symbole für Parteien, wie wir das aus Portugal kennen, gab es nicht, zum Teil wurde an Straßenecken gewählt,

nirgends gab es Wahlkabinen! Fragte man nach der Liste der Kandidaten, wurde auf das Plakat mit den 10 Kandidaten von Khomeinis Islamischer Republik-Partei verwiesen. Zur Auszählung: In Teheran brauchte man sieben Tage. In den ersten sechs Tagen schafften die Zähler 800.000 Stimmen, am siebten weitere 1.400.000. Wirklich verblüffend!

Daß sich die Volksmodjahedin beteiligten, war vorauszusetzen, sie hatten sich auch am Referendum beteiligt. Daß sich aber von den anderen linken Gruppen auch die Volksfedayin und Peykar (früher Volksmodjahedin-Murdisten/Leninsten) beteiligten, kann man nur bedauern. Hauptliche Begründung war, daß man bei einer Beteiligung an den Wahlen das undemokratische Vorgehen der Regierung besser entlarven kann. Nun, das undemokratische Wahlverfahren war vorher schon bekannt, wie kann man sich einem undemokratischen Wahlverfahren unterwerfen?

Der entscheidende Grund für mich, der gegen eine Beteiligung spricht (mit der man letztlich Wohlverhalten zeigen will) ist, daß längst die Reaktion bestimmt, wann und wie schwer sie die Schläge gegen die linken und revolutionären Kräfte verteilt.

Von den relevanten linken Gruppen hat sich nur die „Demokratische Nationalfront“ nicht beteiligt, auch wenn die Entscheidung für die Nichtbeteiligung erst reichlich spät fiel — Tage vor der Wahl.

Die „offiziellen“ Ergebnisse, die mit Sicherheit mit großen Fälschungen behaftet sind, weisen einige interessante Sachen auf (ich beziehe mich nur auf Teheran). Offiziell betrug die Wahlbeteiligung 67 %. Der Vertreter der Volksmodjahedin erhielt etwa 270.000 Stimmen (gewählt von allen Anhängern der Linken, so z.B. Volksfedayin oder Frauenorganisationen), die Genossin der Volksfedayin 110.000 Stimmen, der nächstfolgende Genosse 90.000, der Genosse von „Peykar“ 50.000 Stimmen. Tabari von der revisionistischen Tudeh-Partei 47.000 Stimmen (von Intellektuellen mitgewählt), der Generalsekretär der Tudeh-Partei, Kianouri, 37.000 Stimmen, eine Kandidatin der Tudeh-Partei 20.000 Stimmen (entspricht den festen Anhängern der Tudeh-Partei). Die meisten Stimmen erhielten die Kandidaten der reaktionären islamischen Parteien, die ersten zehn erhielten zwischen 1 und 2 Millionen Stimmen. Ayatollah Taleghani, der bislang ein fortschrittliches Image hatte und deshalb als Integrationsfigur eingesetzt werden konnte, war Kandidat aller islamischen Parteien, von den fortschrittlichen Volksmodjahedin bis zur reaktionären Partei Khomeinis. Ich hoffe, daß er nun für diese Rolle als Integrationsfigur nicht mehr einsetzbar ist.

F.: Du sprichst vorher davon, daß Deiner Meinung nach die Linke durch Wahlverhalten nichts gewinnen kann,

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 3

und daß letztlich die Reaktion die Schläge bestimmt.

A.: Ja, wenige Tage nach der Wahl, — in Teheran waren noch nicht einmal die Stimmen ausgezählt — häuften sich Beschwerden über undemokratische Verfahrensweisen und Fälschungen bei der Wahl. Am Freitag waren die Wahlen gewesen, am Dienstag wurde die Druckerei von „Ayandegan“ besetzt. Es ist die bestausgerüstete Druckerei in Teheran, in der u.a. „Azadi“, „Teheran Mosawar“, „Ahangar“ und die neue „Kayhan“, „Kayhan-e Azad“, herauskamen bzw. herauskommen sollte. Mit einem Schlag war praktisch der ganze fortschrittliche und unabhängige Zeitungsmarkt lahmgelegt. Dieses Vorgehen der Regierung stieß auf breite Empörung, aber über das Vorgehen konnte keine Einigung erzielt werden unter den demokratischen und revolutionären Kräften. Die Tudeh-Partei erklärte mir in einem Gespräch, daß sie voll und ganz die Anklagepunkte der Regierung unterstütze, nämlich daß „Ayandegan“ vom Zionismus und Imperialismus abhängig sei. Mit welcher Kaltschnäuzigkeit die Vertreter der Tudeh-Partei diese Lüge weiterverbreiteten, hat mir schon ein Schauer über den Rücken gejagt. Da ist noch einiges zu erwarten.

Leider konnte sich die Linke in Teheran nicht zu einer gemeinsamen Demonstration entschließen. So rief zunächst die „Demokratische Nationalfront“ allein zu einer Demonstration gegen die Schließung der Druckerei von „Ayandegan“ und das neue Pressegesetz auf. Später schlossen sich einige kleinere linke Gruppen und der „Rat der Völker“ dem Aufruf an. Die Volksfedayin beteiligten sich nicht, die offizielle Begründung ist mir auch nicht genau bekannt. Die Anhänger der Volksfedayin waren über diesen Entschluß ihrer Leitung allerdings geteilter Meinung, viele erklärten schon vorher, daß sie an der Demo teilnehmen werden, andere Anhänger — ich möchte noch einmal betonen, daß es sich dabei nicht um die offizielle Begründung handelt — erklärten, in dieser Frage würden doch nur die Bürgerlichen auf die Straße gehen, deshalb würden sie sich nicht beteiligen.

F.: Wie verlief die Demonstration? Wir haben gehört, daß es sehr viele Verletzte gegeben hat?

A.: Trotz der Nichtbeteiligung der Volksfedayin, die für ihre Wahlbeteiligung immerhin zwischen 100.000 und 150.000 Anhänger auf die Beine bringen konnte (die Tudeh-Partei höchstens 50.000), waren sehr, sehr viele Menschen auf der Straße, wahrscheinlich bis zu 500.000.

Ich muß betonen, daß jeder, der an der Demonstration teilnahm, damit rechnen mußte, daß die „Lumpen“, die inzwischen bei jeder linken Kundgebung oder Demonstration faschistische Stoßtrupps bilden, wieder wüten

würden. Sie bestehen aus den ärmsten, unbewußtesten Schichten, die religiös und vor allem antikomunistisch verhetzt und zu jeder Grausamkeit — gegen Bezahlung — bereit sind. Trotzdem — und trotz der Angst, die aufgrund des inzwischen geschaffenen Terrorklimas bei vielen Menschen herrscht, versammelten sich diese riesige Menschenmenge.

Noch vor Beginn der Demo gab es auf dem Unigelände (die Demo sollte vor der Uni beginnen und bis zum Sitz von Ministerpräsident Bazargan gehen) die ersten Auseinandersetzungen, die falangistischen Stoßtrupps marschierten mit Khomeiny-Bildern und antikomunistischen Parolen herum. Als sich die Demonstration auf der „Revolutionstraße“ (früher Shah Reza) in Bewegung setzen wollte, wurde der Kopf der Demo mit einem Hagel von Steinen und Cola-Flaschen eingedeckt. Die Falangisten hatten schon vorher zwei Lastwagen mit Steinen und Sand und einen mit Cola-Flaschen angefahren.

Ihr könnt Euch die Verletzungen vorstellen. Ich selbst ging in eine Nebenstraße, dort sah ich den Abtransport der Verletzten. Aber nach einiger Zeit hatte sich die Demo in Gang gesetzt, aus den Nebenstraßen kamen immer mehr Menschen. „Nieder mit den Faschisten“, „Nieder mit der Reaktion“ waren zwei wichtige Parolen.

Ich ging neben der Demo auf dem Fußgängerweg entlang. An vielen Stellen wurden einzelne „Lumpen“ entworfen. Die Menschen marschierten sehr selbstbewußt und stolz. Die erste Demo seit dem 1. Mai, die nicht auseinandergejagt wurde.

Unter den Demonstranten hatten sich jedoch mehrere Stoßtrupps von Falangisten eingereiht, besonders am Ende des Zuges, die immer wieder die fortschrittlichen Menschen hetzten. Der Zug konnte jedoch bis vor das Ministerpräsidentenamt geführt werden.

Nach dieser Demonstration war mir klar, was unter „Lumpen“ zu verstehen ist, die ja nicht zum ersten Mal in der Geschichte Irans die blutigsten Geschäfte der schwarzensten Reaktion ausführen. Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie so aufgehetzte und fanatisierte Menschen gesehen, die laut riefen „Oh, würde uns Khomeiny doch endlich zum Heiligen Krieg aufrufen, damit wir die alle umbringen können“. Gemeint sind natürlich die Demokraten, die Kommunisten. Das erste Mal seit meiner Ankunft in Iran hatte ich wirklich Angst.

Das Ergebnis des brutalen Einsatzes dieser falangistischen Stoßtrupps waren 600 Verletzte (Zahl der in den Krankenhäusern Behandelten), davon eine Anzahl durch Messerstiche verletzt, viele darunter schwer- oder lebensgefährlich verletzt, nach einem Zeitungsbericht wurden zwei Menschen die Ohren abgeschnitten.

Einen Tag später begannen die falangistischen Stoßtrupps den ganzen Stadtteil um die Universität zu terro-

risieren. Montagmorgen wurden die Büros der „Pischgam“ (Avantgarde)-Studenten (Sympathisanten der Volksfedayin), der „Pischgam“-Lehrerorganisation, der „Kämpfenden Studenten“ (Sympathisanten der Organisation „Peykar“) und das Haus der Volksfedayin überfallen. Die zahlreichen Bücher und Broschüren, das Propagandamaterial wurde auf die Straße geworfen und total zertrümmert. Zahlreiche Linke wurden denunziert und verhaftet. Alle linken Bücherstände entlang der „Revolutionstraße“ wurden abgeräumt, sämtliche Zeitungsverkäufer verprügelt und vertrieben.

Erfolglos waren die Banden nur vor dem Hauptquartier der Volksmodjahedin, das allerdings von einem starken Eisenzaun geschützt ist und ständig von Bewaffneten bewacht wird (im Gegensatz zu allen anderen Büros der Linken). Die Volksmodjahedin mobilisierten sofort ihre Anhänger, die Tag und Nacht sich in Diskussionsgruppen sitzend und stehend vor dem Hauptquartier aufhielten. Ständig und tagelang 3.000 bis 5.000 Menschen. Außerdem hatten die Volksmodjahedin gedroht, bei einem Angriff zu schießen.

Die Anhänger der Volksfedayin sammelten sich erst im Laufe des Monats zu einem Sitestreik vor dem schon überfallenen Hauptquartier, um eine endgültige Besetzung zu verhindern. Die Anwesenden wurden allerdings laufend von Mitgliedern der Revolutionsgarden mit Luftschüssen aus Maschinenpistolen terrorisiert.

Das Büro der Tudeh-Partei wurde nicht überfallen, obwohl es sich in 50 m Entfernung von den Studentenbüros befindet. Es wurde von Khomeinys Revolutionsgarde bewacht. Nicht nur die Tudeh-Partei steht voll und ganz hinter der islamischen Reaktion. Auf der Demonstration am Sonntag wurden Mitglieder der chineatrischen Organisationen unter den falangistischen Stoßtrupps gesehen.

Bis zu meiner Abreise am Donnerstag morgen wurde das gesamte Viertel von den Falangisten beherrscht. Als ich einmal mit einem Genossen im Auto an der Uni vorbeifuhr, wurde uns von einem dieser „Lumpen“, der gerade die Aufgabe übernommen hatte, den Verkehr zu regeln, nachgerufen „Seht da, ein Kommunist und eine Ausländerin, die müssen wir schlachten“. Nicht in der Möglichkeitsform, die müsste man schlachten, sondern ganz konkret.

Diese Ausländerfeindlichkeit, die sich im Augenblick gegen die ausländische Presse richtet (viele Fotoapparate wurden in den letzten Tagen zertrümmert), hat natürlich nichts mit Antisemitismus zu tun, sondern richtet sich gegen eine kritische Berichterstattung über das Treiben dieser Leute.

F.: Du sagtest zu Beginn des Interviews, daß Du noch nie eine so frauenfeindliche Gesellschaft erlebt hast.

A.: Ja, diese Frauenfeindlichkeit war

überall zu spüren. Zunächst wurde ich ganz schön angestarrt von den Männern auf der Straße. Frau, Ausländerin und ohne islamische Bedeckung, die Füße ohne Strümpfe in den Sandalen, in einem längeren Rock und T-Shirts mit kurzen Ärmeln.

Die linken Frauen tragen in der Regel Hosen oder Röcke mit sehr weiten und langärmeligen Blusen und Strümpfe. Das bei der Hitze! Religiöse Frauen tragen außerdem ein großes Kopftuch und noch eine weitere, kittelförmige Bluse, oder eben den Tschador, den Körperschleier. Relativ wenige Frauen laufen für unsere Begriffe „normal“ gekleidet herum. Manchmal sieht man ganz kleine Mädchen im Tschador.

Wenn ich die Frauen so eingeklemmt sah, mußte ich oft an die Begründung selbst fortschrittlicher Religiöser für die Gleichheit der Frauen denken. Frauen und Männer sind Menschen, deshalb sind sie gleich. Nur ist die Frau besonders Vorschritten und Befehlen unterworfen, die für die Erhaltung der Persönlichkeit der Frau vorgeschrieben sind. Aber sie ist gleich, weil sie ein Mensch ist. Ein Mensch ohne Arme und Beine, ohne Gesicht, das ebenfalls von dem schwarzen Tschador fast ganz verdeckt werden muß. Die „Bedeckung“ eine Maßnahme zur Erhaltung der Würde der Frau? Ich war jedenfalls nach einigen Tagen froh, daß ich weder inneren noch äußeren Zwängen dieser Art ausgesetzt war und mich frei bewegen konnte!

Die islamische Bedeckung ist natürlich nur ein Ausdruck der tatsächlichen Unterdrückung der Frau. Der Zwang zur Verschleierung, teils subtil und teils unter der Drohung, unverschleierte Frauen mit Säure oder Messern zu verurteilen, geht eindeutig von den Männern aus. Ich habe nie erlebt, daß eine verschleierte Frau in irgendeiner Weise eine unverschleierte Frau unfreundlich behandelte. Unter Frauen herrscht da eine wirkliche Toleranz.

Die Frauen selbst, auch die in Frauenorganisationen aktiv arbeitenden, messen jetzt, nachdem durch die spontanen Kämpfe der Verschleierungszwang abgewehrt wurde, dieser Frage eine zweitrangige Bedeutung zu.

Wichtig für die Frauen ist der anti-imperialistische Kampf und der Kampf um demokratische Rechte bzw. der Abwehrkampf gegen die Errichtung einer neuen Diktatur. Und in diesen Rahmen fällt für die Frauen auch der Kampf um ihre besondere Unterdrückung, wobei derzeit der Schwerpunkt im Kampf um das Recht auf Arbeit für die Frauen liegt. Denn eins ist deutlich, die Frauen sollen, nach dem Willen der islamischen Reaktionskräfte, völlig ins Haus zurückgedrängt werden.

Ich möchte das jetzt nicht weiter ausführen, ich konnte mit tatkräftiger Unterstützung der „Nationalen Union der Frauen“ eine ganze Reihe Interviews mit Frauen und Frauenorganisationen machen, die wir sehr schnell, zusammen mit den Interviews

mit Vertretern der nationalen Minderheiten, politischer Organisationen und Vertretern von Basisorganisationen, als Buch veröffentlicht werden.

Besonders gefreut habe ich mich darüber, daß die neugegründeten Frauenorganisationen — fast durchweg demokratische und antimerikalistische Organisationen; es gibt zwei islamische Frauenorganisationen, von denen eine fast faschistisch ist, die andere sich des Apparates und der Kräfte der offiziellen Frauenorganisation des Shah-Regimes bedient — in den wenigen Monaten ihres Bestehens (sie wurden alle Anfang März bis Anfang April gegründet) eine gute Arbeit entwickeln konnten und enormen Zulauf haben. Obwohl die Frauen es besonders schwer haben. Sie brauchen, ebenso wie die demokratischen und revolutionären Gruppen, unsere propagandistische, moralische und materielle Unterstützung.

F.: Wie würdest Du zusammenfassend die Situation einschätzen?

A.: Ich war positiv überrascht, wie relativ stark die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte seit dem Aufstand geworden sind, wie viele Sympathisanten sie haben — das gilt besonders für die Gebiete der nationalen Minderheiten und für Teheran. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die Zersplitterung wegen der langdauernden tiefen Illegalität sehr groß ist und, wie die oben angeführten Beispiele zeigen, scheinbar nur schwer zu überwinden ist.

Obwohl die linken Organisationen alle in Abgrenzung zur verräterischen Politik der Tudeh-Partei entstanden sind, gibt es keine wirkliche politische Auseinandersetzung mit dem Revisionismus, das hat auch Auswirkungen auf die praktische Politik.

Die Zentralgewalt wäre im Augenblick kaum in der Lage, die Bewegungen der nationalen Minderheiten — die vor allem — zu zerschlagen. Die Armee ist immer noch nicht intakt, die Zahl der Unzufriedenen wächst, einmal wegen der Zwangsislamisierungspolitik Khomeinys, die nun wirklich jedes politische Fingerspitzengefühl vermissen läßt und die Zahl seiner Anhänger auf den harten Kern schrumpfen läßt, andererseits wegen der vielen ungelösten Widersprüche und der großen wirtschaftlichen Probleme.

Zum Schluß möchte ich noch einmal auf die großen Schwierigkeiten hinweisen, unter denen die iranischen Genossen kämpfen. Das betrifft einmal die ständigen, schweren Auseinandersetzungen, die Verfolgungen, die besonders in Khuzistan äußerst blutig sind. Dutzende Genossen sind inzwischen unter irgendwelchen obskuren Anklagen verhaftet, hingerichtet und gefoltert worden, wobei die Folter teilweise brutaler als unter dem Shah-Regime ist. Das betrifft aber auch das tagtägliche Leben, aus dem sämtliche „Vergnügungen“ verbannt werden, Musik, Kunst, Kultur, Badeverbot für Frauen, Alkoholverbot usw.

Die iranischen Genosseninnen und Genossen brauchen unsere Solidarität.

## Iran — Pressezensur soll durchgesetzt werden

Seit dem 12.8. hat es die schwersten Kämpfe in Teheran mit dem Sturz des Shah gegeben. Anlaß war die Besetzung der Druckerei von „Ayandegan“ und die Ankündigung eines neuen Pressegesetzes, das der Regierung erlauben sollte, alle Veröffentlichungen vollständig verbieten zu können, die ihr oder ihrer Führung kritisch gegenüberstehen.

Am 7.8. hatten schwerbewaffnete Revolutionsgarden Druckerei und Redaktion von „Ayandegan“ besetzt. 13 Redakteure verhaftet. Druckereiarbeiter und Redakteure traten in den Sitestreik. Obwohl die Regierung ihre Vorwürfe nur gegen „Ayandegan“ erhob, waren alle in der Druckerei gedruckten Zeitungen, z.B. „Azadi“ (Zeitung der DNF), „Teheran Mosawar“, „Ahangar“ gleichermaßen betroffen. Als es bei darauf folgenden Demonstrationen zu Provokationen von Religiosen und zu harten Auseinandersetzungen kam, verhängte die Regierung am 14.8. ein totales unbefristetes Demonstrationsverbot!

Mit der Verabschiedung des reaktionären Pressegesetzes soll nach der totalen Zensur in Rundfunk und Fernsehen auch die Presse endgültig geknebelt werden.

Gleich nach der Revolution waren Rundfunk und Fernsehen — die wichtigsten Medien bei einer Alphabetenquote von 70% — von der Regierung gleichgeschaltet worden. Im Mai 1979 hatte der Direktor der Fernseh- und Rundfunkanstalten, Ghotbzadeh, vier kritische Zeitungen verboten, nachdem sie führende Politiker kritisiert hatten. Darauf waren Verkaufsstände der Zeitung überall in Fämnern aufgegangen, wurden

Zeitungsverkäufer von fanatisierten Banden verprügelt. Die Zeitungen „Ayandegan“, „Peygham Emrouz“, „Teheran Mosawar“ und „Ahangar“ erschienen trotzdem weiter, „Ayandegan“ konnte seitdem die Auflage sogar erhöhen. Die anderen Zeitungen „Ettelaat“ und „Kayhan“ wurden von den Religiosen übernommen — dieses Schicksal droht jetzt auch den letzten unabhängigen Zeitungen.

„Ayandegan“ war zu Zeiten des Shah die Zeitung der Staatspartei, nach der Revolution wurde sie aber von einem fortschrittlichen Redaktionsskomitee übernommen und gilt als die beste und wirklich unabhängige Tageszeitung.

Beim Verbot der Zeitung wurde der Umstand ausgenutzt, daß sie vor der Revolution eine Shah-Zeitung war. Die Begründung für das Verbot war, „Ayandegan“ habe „im Dienste des internationalen Zionismus mit dem amerikanischen Geheimdienst CIA und dem israelischen Geheimdienst Mossad zusammengearbeitet“ („FR“, 10.8.) und habe Zweitracht geübt, irreführende Ansichten verbreitet, militärische Geheimnisse verraten und in der Luftwaffe Verwirrung gestiftet.

Die Tudeh-Partei hat sich dieser Begründung der Regierung ausdrücklich angeschlossen, meldete aber Bedenken wegen der „Prozedur“ an (nach dem Bericht einer Genossin).

Am 7.8. stürmten 30 schwerbewaffnete Angehörige der Revolutionsgarden die Redaktion und verhafteten 13 Redakteure. 15 Angehörige der Revolutionsgarden versuchten, einen der 5 Redaktionsräte, Masoud Mahadjari, in seiner Wohnung zu verhaften. Dies gelang ihnen nur deshalb

nicht, weil zahlreiche Bewohner des Viertels ihnen den Weg verperrten! Mahadjari steht jetzt unter Hausarrest.

Die Zeitungen „Kayhan e-Azad“ („Freie Kayhan“) (wurde im Mai von linken Redakteuren gegründet, die wegen der Übernahme von „Kayhan“ durch die Religiosen dort weggegangen waren), „Azadi“, „Teheran Mosawar“ und „Nedaye-Azadi“, die alle im „Ayandegan“-Verlag gedruckt wurden, sowie die satirische Wochenzeitschrift „Ahangar“ wurden ebenfalls verboten. „Kayhan e-Azad“ und „Nedaye-Azadi“ erschienen am 8.8. als Sonderausgaben, die im Untergrund erstellt wurden.

Gegen die Schließung von „Ayandegan“ gab es breiten Protest: Der Schriftstellerverband protestierte, die „Moslemische Volkspartei“ Schariat-Madadi nannte die Maßnahmen konterrevolutionär. Die „Demokratische Nationalfront“ erklärte, der „Schatten des Faschismus“ liege über dem Iran. Das Verbot sei ein weiterer großer Schritt in Richtung auf die Gleichschaltung der Presse und die Einschränkung ihrer Freiheit durch die Herrschenden. Die Regierung fürchte jede Art von Opposition („SZ“, 9.8.), die „Demokratische Nationalfront“ rief für den 12.8. zu einer Kundgebung und Demonstration auf. Ebenfalls aufgerufen hat der „Rat der Völker“ und verschiedene linke Gruppen, nicht aber die Volksfedayin und Volksmodjahedin. Diesem Aufruf folgten zwischen 200.000 und 500.000 Menschen (nach unterschiedlichen Schätzungen). Es kam zu schweren Auseinandersetzungen, weil die „Lumpen“ (religiös und vor allem antikommu-

nistisch verhetzte Menschen, ohne jedes Bewußtsein und zu den barbarischsten Grausamkeiten in der Lage) Lastwagen mit Steinen und Cola-Flaschen angefahren hatten und damit auf die Demonstranten warfen. Zwei Demonstranten wurden die Ohren abgeschnitten. Viele Menschen wurden durch Messerstiche verletzt. Insgesamt wurden 600 Verletzte allein in die Krankenhäuser gebracht (nach einem Augenzeugenbericht).

Am Montag wurde auch von 500 „Lumpen“, die im Namen Khomeinys auftraten, das Teheraner Hauptquartier der Volksfedayin gestürmt, das Büro der „Pischgam“ („Avantgarde“-Lehrerorganisation, der „Kämpfenden Studenten“ (Sympathisanten der Organisation „Peykar“) wurden ebenfalls von den mit Stöcken und Steinen bewaffneten Horden heimgesucht.

Daraufhin machten am 14.8. 300-1.000 Mitglieder der Volksmodjahedin ein Sit-in vor ihrem Hauptquartier, um eine mögliche Besetzung durch die Religiosen zu verhindern („FR“, 15.8.). Mittags führten die linken Kräfte eine Protestdemonstration durch, an der etwa 10.000 Menschen teilnahmen. Auch sie wurden wieder von Provokateuren mit Steinen beworfen. Die Revolutionsgardisten lösten daraufhin mit Tränengasgranaten und Luftschüssen die Demonstration auf. Noch während der Demonstration wurde von der Regierung ein totales Demonstrationsverbot bekanntgegeben. Gegen den Führer der „Demokratischen Nationalfront“, Matine-Daftari, wurde ein Haftbefehl ausgesprochen („FR“, 15.8.). Inzwischen wurden weitere 35 Redakteure von „Ayandegan“

verhaftet, die in der Redaktion einen Sitestreik durchgeführt hatten. Für 10 Zeitungen gilt ein Verbot, davon erschienen bisher nur noch „Teheran Mosawar“ und „Ommid Iran“. Der Chefredakteur von „Peygham Emrouz“, Reza Marzban, wurde verhaftet. Die Zeitung erschien jedoch weiter aus dem Untergrund. Marzban hatte die Redakteure aufgefordert, sich durch seine Verhaftung nicht von der Herausgabe der Zeitung abbringen zu lassen. Am 13.8. wurden weitere Zensurmaßnahmen beschlossen, die die ausländischen Berichtersteller betreffen. Danach müssen Auslandskorrespondenten einen Eid ablegen, daß sie die Wahrheit schreiben, keine Gerüchte verbreiten und keine Zwietracht hervorrufen. Interviews mit Regierungsvertretern dürfen nur noch im Beisein eines Kontrollbeamten stattfinden, alle drei Monate müssen sich die Journalisten ihre Akkreditierung erneuern lassen. Bei einem Verstoß erfolgt eine Verwarnung, beim zweiten Mal wird der/die Betreffende ausgewiesen oder strafrechtlich verfolgt. Dies gilt auch, wenn die Journalisten die Artikel nicht persönlich geschrieben haben! Schon vorher waren zwei amerikanische Journalisten ausgewiesen worden, ein Fernsichteam der amerikanischen „NBC“, das in Kurdistan filmen wollte, mußte den Iran innerhalb von 48 Stunden verlassen. Damit ist den Medien offiziell total der Mund geknebelt.

Begleitet wird die Pressezensur von massiven Übergriffen auf alle, nicht-religiösen bzw. fortschrittlichen religiösen Kräfte, zu denen die Khomeiny-Anhänger von ihm selbst eingeschaltelt werden.



# Grün-Bunte Einheit in Gefahr

Die Einsicht, daß die Grünen und Buntten zur Bundestagswahl 1980 mit einer gemeinsamen Liste antreten müssen, schien nach der Europawahl im Juni dieses Jahres spontan einen fruchtbaren Boden zu finden. Dies kam in mehreren Konferenzen und Resolutionen zum Ausdruck: Die Bunte Liste Hamburg gab z.B. unmittelbar nach der Europawahl eine Presseerklärung heraus, in der sie ausdrücklich ihre Bereitschaft für eine *„gemeinsame alternative Kandidatur gegen die etablierten Parteien“* wiederholte; der Hauptausschuß der AÜD verabschiedete auf seiner Sitzung am 23.6. einen Beschluß, in dem sich für eine *„einzige grüne und alternative Liste“* ausgesprochen wurde; und in gleicher Richtung diskutierte auch die Mehrheit auf der Konferenz der „Grünen“ am 24.6. in Kassel und das Arbeitstreffen grüner und alternativer Listen am 30.6./1.7. in Vlotho. In einem Grußschreiben an dieses Vlothoer Arbeitstreffen brachte auch Petra Kelly, Spitzenkandidatin der „Grünen“ zur Europawahl, ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß hier ein erfolgreicher Schritt zu einer *„offenen, aufrichtigen Gesamt-Alternativbewegung“* getan werde. Besonders hoffnungsvoll stimmte die Resolution der Landesdelegiertenkonferenz der niederrheinischen GLU am 7./8.7. in Bodenwerder, mit der ein akzeptabler Fahrplan für die programmatische Diskussion der Grünen und Buntten aufgestellt wurde. Demnach soll ein gemeinsamer Bundeskongreß im November stattfinden, mit dem Ziel, bis zum Januar nächsten Jahres eine gemeinsame Liste zu konstituieren. In all diesen Diskussionen und Beschlüssen spiegelt sich der an der Basis gewachsene Wunsch nach einer grün/bunteneinheit wider, der in einigen Orten Nordrhein-Westfalens auch bereits die konkrete Gestalt einer gemeinsamen Kandidatur zu den dortigen Kommunalwahlen am 30. September angenommen hat (z.B. Bielefeld, Dortmund und Köln).

Mitlerweile verstärken sich jedoch noch die Anzeichen, daß diejenigen Kräfte in den Führungsagenden der Örbarn, die diesen Einigungsbeinhungen von Anfang an hinhaltend bis ablehnend gegenüber gestanden haben, intensiv bemüht sind, Fakten gegen diese Einheit zu schaffen. Die Auseinandersetzungen in Bremen/Bremerhaven, d.h. die von der „Bremmer Grünen Liste“ (BGL) handtarkig betriebene Spaltung einer gemischten alternativen Kandidatur zur Bürgergesellschaft- und Stadtverordnetenwahl am 7. Oktober, war schon lange das „Gegenmodell“ zu diesen Einheitsbeinhungen, bzw. genauer gesagt, die ungebrochene Fortsetzung des in Hamburg und Heesen von grünen Kräften begonnenen Spaltungskurses (siehe Artikel zu Bremen in dieser Ausgabe). Dabei kristallisiert sich immer mehr heraus, daß dieser Spaltungskurs nicht allein in Bremer Verantwortung, bei der BGL, liegt, sondern daß er seine Förderer in der Spitze des Bundesverbands der „Grünen“ hat: Georg Otto, auf dem Bodenwerder Kongreß der GLU-Niedersachsen abgewählt er Landesvorsitzender und kurz darauf für 3.000 DM Monatsgehalt (brutto) neu bestellte Organisator der „Grünen“, hat bundesweit und insbesondere bei den Kreisverbänden der niedersächsischen GLU zu massiver Wahlkampfunterstützung der BGL aufgerufen — obwohl die GLU, deren Programmkommissions-Mitglied er nach wie vor ist, in Bodenwerder einen Neutralitätsbeschuß für den Fall des Nicht-Zustandekommens einer gemeinsamen Liste in Bremen gefaßt hat. Georg Ottos Vorgehen ist eingebettet in eine Strategie des „Grünen“-Vorstands, die auch zur Bundestagswahl 1980 eine Ausschaltung der alternativen Kräfte vorsieht.

### Grün/bunte Konferenz oder Programmkonferenz der Grünen?

Entgegen der Absicht des von der niedersächsischen OLU aufgestellten Fahrplans hat der Vorstand der „Grünen“ auf seiner Sitzung am 15. Juli in Bonn beschlossen, den November-Kongreß nicht als eine gemeinsame Beratung der Grünen und Buntten, sondern als einen „Programmkongreß der Grünen“ abzuhalten, auf dem die „stimmberechtigten Teilnahme“ durch grüne Mitgliedsausweise nachgewiesen werden soll. Dies ist ein deutlicher Affront nicht nur gegen die buntten und alternativen Listen, sondern auch gegen einen großen Teil der grünen Basis. In diesem Licht müssen ein Teil der zuvor in Richtung auf eine gemeinsame Kandidatur gefaßten Resolutionen sogar als reine Hinhalt-

taktik und machtpolitischer Doppelspiel erscheinen, denn ein Teil der Kräfte, die am Zustandekommen dieses Vorstandsbeschlusses beteiligt waren, haben zuvor auch an Einheits-Resolutionen mitgewirkt oder sich zumindest in Diskussionen in dieser Richtung ausgesprochen. Im Vorstand der „Grünen“ sitzen u.a. August Haußleiter (AÜD), Herbert Gruhl (GAZ), Neddermeyer und Gisela Schöttler (GLU Niedersachsen), Plagemann (GL Schleswig-Holstein) und Werner Knecht (GLU Nordrhein-Westfalen, gleichzeitig Kandidat auf einer gemeinsamen grün/bunten Liste in Köln).

Nach uns vorliegenden Informationen wird in Vorstandskreisen der „Grünen“ auch direkt davon gesprochen, die Bunt- und Alternativen zunächst in der Annahme des Zustandekommens einer Einheit zu belassen und solange hinzuhalten, bis die grüne Partei unter Dach und Fach sei. Der GAZ-Vorsitzende Gruhl gehört dabei zu den schärfsten Gegnern einer tatsächlichen Zusammenarbeit und drang (wie er es auch schon auf dem erwähnten Kasseler Treffen tat) auf eine schnelle Parteigründung. Vor allem in Bayern und Baden-Württemberg findet derzeit ein regelrechtes Wettlauf um grüne Kreisverbandsgründungen statt, wie unsவர் der AUD-Zeitung „die Unabhängigen“ zu entnehmen ist (die Münchner AUD-Zentrale wurde im übrigen schon in „Die Grünen, Generalsekretariat“ umbenannt). Aber auch in Hannover hat der „Grünen“-Vorstand bereits eine regionale Geschäftsstelle eingerichtet. Offenichtlich ist, daß dabei zwischen der AUD- und der GAZ-Führung (persönell: Haufeiter und Gruhl) auch um die ungefochtene Spitzenstellung innerhalb der beabsichtigten grünen Partei gerungen wird.

Vertreter des AUD-Vorstands streuen dabei zudem das Gerücht aus, sie hätten angeblich „Absprachen mit dem KH“, daß die Buntten und Alternativen auf keinen Fall eine Gegenkandidatur beschließen, wenn es nicht zu einer Einheit käme, insofern drohte den Grünen keine Gefahr bei ihrer Hinhaltetaktik. Selbstverständlich gibt es aber keinerlei solche Absprache.

Bestätigt wird die Absicht einer Alleinkandidatur der Grünen auch durch neuere Rundschreiben aus der G.L. Schleswig-Holstein und der G.L. Hamburg.

— Heider Springmann, Vorsitzender der G.L.H., fordert in seinem Rundbrief die politische Unterordnung der alternativen Bewegung unter „rein ökologische Positionen“ und die „Reaktivierung des Satzungs- und Programmschusses“ der „Grünen“, der nur um solche Mitglieder erweitert werden soll, die von vornherein „die Europa-Wahlplattform als Grundlage des zu erarbeitenden Parteiprogramms anerkennen können herein, „die Europa-Wahlplattform als Grundlage des zu erarbeitenden Parteiprogramms anerkennen können und bereit sind, auf grundsätzliches Umfunktionieren zu verzichten“. Die „Frage der Doppelmemberschaft“ soll entsprechend des Parteigesetzes geregelt werden, eine neue Umschreibung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen Mitglieder kommunikativer Organisationen, wahrscheinlich aber auch gegen alle Mitglieder der bisherigen grünen und buntten Listen, d. h. vollständige Auflösung dieser Verbände. Ferner schlägt Springmann vor, daß bei der Beantragung der Mitgliedschaft in den „Grünen“ ein Text unterschrieben werden soll, in dem gleichfalls von vornherein das derzeitige (Europa-)Programm der Grünen verbindlich anerkannt und zugestimmt werden soll, daß „alle politischen Probleme zunächst nach ökologischen Gesichtspunkten“ anzugehen seien, was zumindest eine Ausschaltung aller Forderungen aus der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung bedeutet, die bislang bei den alternativen Listen und auch bei einem Teil der grünen Listen Eingang gefunden haben.

— Heinz Böhmcke, Vorsitzender der GLU Hamburg, bat in einem Rundschreiben offen dargelegt, daß er „zur Zeit keine Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Buntten Liste und unserem Wahlbündnis „Die Grünen““ sehe, nachdem Holger Strohmann (ehemaliger Bürgerfachaftskandidat der Buntten Liste, der sich nach der Wahl wieder von der Buntten Liste trennte), den Heinz Böhmcke anzuwerben versuchte, darauf bestand, daß die Hamburger GLU sich endlich von den zum Neozynismus tendierenden „Solidaristen“ trennen und Gespräche mit Vertretern der Buntten Liste aufnehmen solle. Ferner regte Holger Strohmann an, daß Heinz Böhmcke sich wegen seiner dubiosen Rolle bei der Spaltung in Hamburg in künftigen Einigungsver-

handlungen persönlich im Hintergrund halten sollte. In diesem Fall ist das Doppelspiel besonders deutlich: Während Böhmcke in diesem internen Schreiben ungeschminkt eine Absage an die Zusammenarbeit erteilt, nimmt er gleichzeitig tatsächlich an Gesprächen mit der Buntten Liste teil und beteuert dort seinen „Einheitswillen“. Absicht dabei ist, wie auch aus den Reihen der Grünen mitgeteilt wurde, „die Kirchlichen“ aus der Buntten Liste abzuwerben — „den Rest“ könne man eh „nicht brauchen“.

**„Die Hindernisse  
zur grün/bunten Einheit  
aus dem Weg räumen“**

Das Deutlichwerden des Doppelspiels zur Ausschaltung der Bunt- und Alternativen hat bei diesen und auch in der Basis der Grünen bereits Reaktionen hervorgerufen:

Die Bunte Liste Hamburg verschickte am 11.8. eine sechsstellige Dokumentation darüber, in der sie „an alle Freunde und Freundinnen der grünen und alternativen Bewegung“ appellierte, „nicht Hindernisse auf dem Weg zur grün/bunten Einheit aufzuwärmen, sondern diese aus dem Weg zu räumen“.

— Auf einem Treffen „der Grünen (GAZ, AUD), der Bürgerinitiativen, der Alternativen, der Friedensleute u. a.“ am 13.8. in Hof (Bayern) wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, mit der der Bodenwerder GLU-Beschluß für eine gemeinsame Konferenz usw. unterstützt wurde.

— Bereits Ende Juli lud der „Acherberger Kreis“ (ein Teil der „Grünen“) zu einem Treffen alternativer Gruppen und Projekte aus Baden-Württemberg ein, bei dem folgende Erklärung verabschiedet wurde: „Die 4. Koordinationskonferenz der Alternativbewegung Baden-Württemberg ist der Meinung, daß eine alternative Kandidatur auf Landes- oder örtlicher Ebene nicht von einigen Spitzenfunktionen ausgehandelt werden darf, sondern von Grünen, Bündnis und Alternativbewegung bauseitig/multisektoral ausgehend werden muß. Grundlage davon sollte die Gleichberechtigung, das gegenseitige Respektieren unterschiedlicher Standpunkte und die Ablehnung von Abgrenzungsbeschlüssen sein.“

Den Erklärungen von Hof und Archibugi kommt insofern besondere Bedeutung zu, weil der Vorstand der „Grünen“ auf seiner Besatz-Sitzung Mitte Juli die Gründung von Landesverbänden in Baden-Württemberg am 30. September (dem Wahltag von NRW) und in Bayern am 7. Oktober (dem Wahltag von Bremen) beschlossen hat, um damit vor allem im süddeutschen Raum die organisatorische Basis für seine bundesweite Alleinververtretungs-Strategie auszubauen.

In der erwähnten Dokumentation der Hamburger Bunten Liste heißt es:

In der erwähnten Dokumentation der Hamburger Bunten Liste heißt es zur Bewertung der gegenwärtigen Situation:

Die alternative Bewegung hat leider schon zu oft die Erfahrung machen müssen (in Hamburg, in Hessen und derzeit in Bremen), daß einige Leute den Aufwand dieser Bewegung zu nutzen versuchen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen: Mit engstirnigen Machtpoker wird der Erfolg dieser Bewegung zunichte gemacht, werden die Substanz und das radikal-demokratische Selbstverständnis dieser Bewegung verflächt. Wir sind durch negative Erfahrungen heilighöflich geworden. Wir vertrauen nicht allein auf Bekenntnisse und papierne Beschlüsse, um kommt es darauf an, mit praktischen Schritten die Einheitsbemühungen unter Beweis zu stellen. Das sehen wir durch das Vorgehen des Vorstands der „Grünen“ und durch den Verlauf der Bremer Auseinandersetzung bestätigt.

Wir meinen, daß gerade angesichts der Kandidatur von Strauß die Einheit der Grünen und Buntten/Alternativen zwingend geboten ist, und daß jeder, der dieser Einheit Fallstricke in den Weg legt, sich dem Vorwurf gefallen lassen muß, zum Machtantritt von Strauß beizutragen. Oder sollte es in der grünen Bewegung gar Leute geben, die einen Machtantritt von Strauß als ein „kleineres Übel“ gegenüber der Zusammenarbeit mit den Buntten begreifen ...? (Wir erinnern uns noch gut an den unerbittlichen Ausspruch des Herrn Lehnhausen von der heftigen GAZ, der lieber mehrere Atomkraftwerke in Betrieb als einen Kommunisten auf der Kandidatenliste sehen wollte.) Auf der Hand liegt jedenfalls, daß ein grüner Abseignung ohne die Alternativen und weitere radikaldemokratische Kräfte, die in diese Bewegung bislang noch nicht einbezogen sind, ein Überspringen der 5-%-Hürde aussichtslos macht.“

## Bielefelder SPD gegen Bunte Liste

## Internes Strategiepapier des Parteivorstands enthüllt

Der Bielefelder BUNTE LISTE wurde ein internes Strategiepapier zugespielt, das im Auftrag des Parteivorstands erarbeitet wurde, um in letzter Minute vielleicht doch noch den Einzug der BUNTEN ins Rathaus zu verhindern, zumindest aber den zu erwartenden Wahlerfolg nicht ganz so groß ausfallen zu lassen. Bekanntlich sind in Bielefeld am 30. 9. Kommunalwahlen und das „Bielefelder Modell“ einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen Grünen und Buntten ist inzwischen auch überregional bekannt geworden. Diese grün-bunte Einheit und die Tatsache, daß die BUNTE LISTE bisher alle Hürden durch das äußerst undemokratische Kommunalwahlgesetz mühelos genommen hat und bereits seit Wochen einen sehr intensiven und breitenwirksamen Wahlkampf führt, ist der Hintergrund des jetzt bekanntgewordenen Geheimpapiers. Das Papier selbst läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ähnlich wie bei dem bekannten Papier des Innenministeriums gegen das Rumel-Tribunal werden alle möglichen Argumente und Aktionen gegen die BUNTE LISTE durchgespielt, um dann ein Szenario für das tatsächliche Vorgehen zu entwerfen.

Argumentationskraft der Überlegenheit in dem Papier ist die Feststellung, daß die SPD den „kritischen jungen Leuten“ nichts mehr zu bieten hat, daß sie „zu weit entsetzt“, ihre „Technokraten-sprache“ weitgehend unverständlich und das oft bemühte Argument der „Sachzwänge“ für viele „un glaubwürdig“ ist. Die SPD-Follikel könne gerade jungen Leuten keine „langfristige Perspektive“ mehr bieten, deshalb könnten die Parteien „nach jeweils recht phantasievollem Wahlkampf bei den Jugendlichen... einen entsprechenden hohen Stimmentwurf auf sich ziehen... Dies gelingt ihnen zudem ohne einen großen Parteilapparat und mit einem minimalen Kostenaufwand“.

Nachdem dies ohne jede Schminke festgestellt wurde, stellen die Autoren eine Reihe von Überlegungen an, welche Möglichkeiten es gibt, die Bunte Liste trotzdem zu diffamieren „und ihr wichtige Stimmen gen an, welche Möglichkeiten es gibt, die Bunte Liste trotzdem zu diffamieren „und ihr wichtige Stimmen abnehmen zu können“.

**Möglichkeit Nr. 1:** das Argument der Unterwanderung durch K.-Gruppen. Dieses „Argument“ wird als untauglich verworfen, denn trotz „der Mitarbeit von KB- und KPD-Mitgliedern wird man nicht sagen können, die BL sei „kommunistisch“ oder „massistisch“ unterwandert.“

Möglichkeit Nr. 2: Alles nur Studenten, die keine Ahnung haben. Auch diese Möglichkeit wird verworfen, denn „man kann vermuten, daß sich die Mitglieder in einigen Punkten sachkundig machen (das Argument) informiert Euch erstmal, bevor ihr kritisiert, zieht bei den ‚Bunten‘ überhaupt nicht!“. Trotz des eindeutigen Überwichts studentischer Gruppierungen wird man nicht sagen können, die Unterstützung der BL käme ausschließlich aus dem Hochschulsbereich.

Möglichkeit Nr. 3: DDR-gesteuert. Auch hier Fehlanzeige: „Absolut nichts zu tun hat die BL mit der DKP oder ihr nahestehenden Organisationen, die orthodoxe Haltung der DKP steht im krassen Gegensatz zu den Zielen und Verhaltensweisen der „Bunten“ oder der „Alternativen“. (Es hat also keinen Sinn, Ihnen zu empfehlen, in die DDR zu gehen, wenn es Ihnen hier nicht paßt!)“

Es ist selbstverständlich zu vermuten, daß die SPD sich an diese eigenen Erkenntnisse nicht lange halten wird, daß sie trotzdem das eine oder andere „Argument“ der obigen Liste versuchen wird anzubringen, nur könnte das diesmal sehr peinlich werden, da die Bunten schwarz zu weiß beweisen können, daß hier bewußt diffamiert werden soll.

Ganz offensichtlich steckt die SPD Bielefeld also in einer schwierigen Sackgasse: wie soll man die Bunte Liste am wirkungsvollsten bekämpfen?

Weiters Selbsterkenntnis der SPD-Machipolitiker: „Wir glauben, daß das Problem der linken Protestwähler auf die Dauer nur durch eine veränderte Politik und nicht durch taktische Feinheiten in Wahlkämpfen gelöst werden kann“

Da für die als besonders rechts bekannte Bielefelder SPD jedoch eine Änderung ihrer Politik etwa nach dem Muster der schleswig-holsteinischen oder Münsteraner SPD nicht in Frage kommt, sollen die ebenfalls rechten Jungsozialisten die Hauptlast der Vernebelungskampagne gegen die Bunte Liste tragen nach dem Motto: „Der auf die Zielgruppe ‚mögliche Bunte-Wähler‘ bezogene Wahlkampf muß in der Hauptsache von den Jungsozialisten geführt werden, da sie am ehesten von jungen Leuten als Gesprächspartner akzeptiert werden. Dabei müssen die Probleme, die die Buntten schwerpunktmäßig behandeln werden (Verkehr, Atomkraft, Nagelholz (ein Regionalflughafen, die AK-Redaktion) usw.) offensiv angegangen werden... es muß klargemacht werden, daß die Buntten keine Monopolstellung bezüglich umweltbewußter Politik besitzen.“

Das Problem hierbei ist jedoch, daß der Spielraum der Jungs so eng gezogen werden soll, daß sie de facto für eine völlige Rechtfertigung der herrschenden Politik in diesen Fragen erhalten sollen. Deshalb wird es als wichtig erachtet, daß daneben auch, die Dinge aufgereizt werden, die die Jungen ganz bewußt nicht behandeln, weil sonst nämlich klar würde, daß es bei der Wahl der SPD nicht nur um die Wahl des kleineren Übels geht: Jugendpolitik, Wehrbildung, Gesamtschule, der gesamte bürgerliche Bereich.

Auch hier könnte es für die SPD peinlich werden, denn die BUNTE LISTE hat für all diese Punkte gute Programmpunkte und auch Ansätze praktischer Politik. So ist die BUNTE LISTE die einzige politische Kraft neben der DKP, die sich vehement für den sofortigen Bau einer 2. Gesamtschule in Bielefeld einsetzt. So hat die BUNTE LISTE bereits von Bielefelder Betrieben ein aktuelles Flugblatt verteilt, das die Forderung der Kollegen nach einem Nachschlag Bielefelder Betrieben ein aktuelles Flugblatt verteilt, das die Forderung der Kollegen nach einem Nachschlag unterstützt und das allgemein positiv aufgenommen wurde. So wird sich die BUNTE LISTE der Probleme der Jugendlichen besonders annehmen.

Eine weitere Schwierigkeit für die SPD laucht auf: „Mit den üblichen Wahlkampfaktivitäten (z.B. Stagnationskate, Referenten, Jungwählerbrief nur mit passivsten Leistungen der SPD) kann man potentielle BL-Wähler nicht ansprechen, man kann sie eher bestärken, diesmal nicht die SPD zu wählen.“ Zusätzlich ergibt sich das Problem, daß alle denkbaren Aktivitäten von „der Arbeitskapazität der Junos“ abhängen, die in diesem Feld denkbar gering ist.

Als magerer Endausbeute des Strategiepapiers bleibt als Szenario übrig:  
- „kulturelle Veranstaltungen mit Liedernärrer, Lehrlingstheater etc.“

- Podiumsdiskussionen mit BL-Vertretern und profilierten linken SPD-Kommunalpolitikern,
- Flugblätter oder Briefe an alle Haushalte/Jungwähler in den möglichen Hochburgen,
- Wählerinitiativen von jungen Arbeitern, Gewerkschaftern, etc., die die Perspektivlosigkeit der Jungen gerade im betrieblichen Bereich aufzeigen.

- Infostände in den Hochburgen mit Material von Jusos, Gewerkschaftsjugend und Bürgerinitiativen. Die Dornberger Jusos werden in den nächsten Wochen einen ausführlichen Vorschlag zur Wahlkampf-führung bezüglich BL-Wähler vorlegen.

Man kann also insgesamt nur hoffen, daß die Bunten in Bielefeld ihren anfänglichen Elan beibehalten und zum ersten Mal in einer Großstadt der BRD die 5%-Hürde überspringen.

### **Munte-Liste-Arbeiter** / R/G/County Bielefeld



## Die „Bremer-Grüne Liste“ Modell für die bundesweite Spaltung?

Am 16./17.8. sind die Bemühungen um die Aufstellung einer einheitlichen Liste zu den Bürgerschaftswahlen in Bremen und Bremerhaven endgültig gescheitert. Der Versuch der „Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz“ (AL), mit größtmöglicher Kompromissbereitschaft die „Bremer Grüne Liste“ (BGL) doch noch zu einer Einigung zu bewegen, scheiterte an deren vollständig fehlender Kompromissbereitschaft, unverschämten Erpressungsversuchen und scharfer Ausgrenzung der Linken. Damit wird es in Bremen am 7. Oktober zwei Listen geben, die sich als Alternative anbieten.

### BGL: Taktisches Verhältnis zur Einheit

Nach der Spaltung der Bremer Wahlbewegung durch die „Grünen“ hat die AL mehrfach versucht, doch noch zu einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen. Den letzten Versuch unternahm sie am 1.8. - nachdem die AL ihre Kandidatur beschlossen und die Liste ihrer Kandidaten aufgestellt hatte. In einem Brief an die BGL heißt es:

„Da wir wissen, daß das Bremer Wahlgesetz eine Listenverbindung formal nicht zuläßt, schlagen wir folgende Lösung vor:

1. Um eine Kandidatur zu ermöglichen, wird eine gemeinsame Wählergemeinschaft gegründet, in der beide Listen zahlenmäßig gleich stark repräsentiert sind.
2. Diese Wählergemeinschaft wählt eine Kandidatenliste, auf der abwechselnd je ein Kandidat der AL und der BGL erscheint.
3. Wir einigen uns auf gemeinsame Wahlkampfwerkpunkte, an denen beide Listen gemeinsam und gleichberechtigt arbeiten und zu denen auch die zentralen Wahlplakate gemacht werden.
4. Beide Listen bleiben ansonsten autonom und haben nach außen die Möglichkeit, entsprechend ihren Vorstellungen und politischen Grundlagen tätig zu werden. Daß dabei gegenseitige Angriffe unterbleiben, ist wohl selbstverständlich.

Die Voraussetzung für konstruktive Gespräche ist allerdings, daß die bisher demokratisch gewählten Kandidaten gegenseitig akzeptiert und respektiert werden.

Die Forderung ist allerdings, daß die bisher demokratisch gewählten Kandidaten gegenseitig akzeptiert und respektiert werden.

Am 3.8. antwortete die BGL stereotyp wie eh: „Wir haben uns gegen Fremdbestimmung und Instrumentalisierung, gleich von welcher Seite“, womit wieder der Unvereinbarkeitsbeschluss gegen den KB (der in der AL vertreten ist) gemeint war. Statt gleichberechtigter Verhandlungen forderte die BGL dazu auf, sich ihrer Führungsgruppe unterzuordnen. Die AL „dürfte“ den Wahlkampf für die BGL unterstützen, sie dürfe sich auch später an den Stadtelektronaten (die in Bremen nicht direkt gewählt werden) beteiligen, nur: „Unsere Bürgerschaftskandidatenliste steht seit vier Monaten. Sie jetzt zu verändern ist viel zu spät. Wir machen seit einem halben Jahr Wahlkampf.“ (Anmerkung: witzigerweise gibt es noch keine Publikation der BGL, in der jemals die Namen der Kandidaten bekannt gegeben wurden). „Unsere Kandidaten kennen sich, sind aufeinander eingespielt (bei einer so kleinen Truppe ist das wichtig) und bieten genügend Gewähr, nicht abzuheben.“

Hinter dem, was die BGL hier als „nicht abheben“ bezeichnet, verbirgt sich das Grundverständnis ihrer Führungskader: seit Gründung der Bremer „Grünen“ im Februar versuchen sie die Abkoppelung der Kandidaten von der Basis, die zu repräsentieren sie vorgeben, zu rechtfertigen. Die Führungskader der BGL wissen nur zu gut, daß bereits ein einziger linker Kandidat auf einem aussichtsreichen Listenplatz, den sie nicht unter Kontrolle haben, ihrer Vorstellung von politischer Arbeit im Parlament unbenutzbar werden kann.

Auf Initiative eines Rechtsanwalts, dessen Sympathien für die „Grünen“ im Verlaufe der Verhandlungen offensichtlich wurden, fanden am 13. und 14.8. erneute Einigungsversuche statt. Die AL beteiligte sich daran, obwohl die BGL nicht die geringste Kompromissbereitschaft gezeigt hatte. Dabei formulierte Peter Willers, einer der BGL-Wortführer, einen unverschämten Vorschlag: - unter 11 Kandidaten sollten 7 der BGL und 4 der AL angehören und folgendermaßen platziert werden: Die

Spitzenkandidatin der AL, Anny Ahrens, sollte auf Platz zwei stehen, umrahmt von 4 BGLern (Spitzenkandidat Peter Willers). Die Überlegung: Bei Überspringen der 5 % würden 5 Kandidaten ins Parlament kommen: vier von der BGL, einer von der AL! Danach schlug Willers in der weiteren Reihenfolge vor: abwechselnd je ein Kandidat der AL (also der nächste auf Platz 6) und der BGL.

Doch damit nicht genug des provokatorischen Vorgehens. Willers machte sich auch an, daß die BGL bestimmt, welche der AL-Kandidaten genehm sind. Gnade fanden vor seinen Augen die AL-Kandidaten auf den Plätzen 1, 2, 4 und 10. Die übrigen wurden tausendfacher, ganz offensichtlich nach folgenden Kriterien:

- die Kommunisten;
- die Kandidatinnen der Frauenwahlinitiative;
- der Jugendkandidat (auf der Willers-Liste kandidiert nicht ein einziger Jugendlicher);
- die „Disidenten“ (auf der AL-Liste kandidieren zwei ehemalige Mitglieder der BGL).

Der Vermittler änderte diesen Willers-Vorschlag folgendermaßen: auf Platz 10 sollte ein KB-Mitglied kandidieren, auf Platz 12 der Jugendkandidat der AL. Die Überlegung war offensichtlich: Mit dem Vorschlag, ein KB-Mitglied auf Platz 10 zu nehmen, sollte zur Schau gestellt werden, daß es der BGL nicht um einen Unvereinbarkeitsbeschluss gegen den KB gehe.

Auf ihrer Sitzung am 15.8. war der BGL jedoch auch dieser Vorschlag noch zu kompromittiert. Sie nahmen nur an unter der Bedingung, daß unter den ersten sechs Kandidaten ein ALer erscheint, der nächste erst auf Platz sieben. Zusätzlich sollte in Bremerhaven der Spitzenkandidat ein BGLer sein. Da aus Bremerhaven aber nur ein Abgeordneter entsandt wird, hätte sich die BGL soweit abgesichert, daß bei 5 - 7 zu erwartenden Abgeordneten nur einer von der AL ist. Es ist zu begrüßen, daß die „Alternative Liste“ trotz des großen Wunsches nach Einheit sich diesem Erpressungsmanöver nicht beugen hat.

### Spaltung nach dem „Bremer Modell“?

### Spaltung nach dem „Bremer Modell“?

Die BGL kann sich bei ihrem Vorgehen der Unterstützung der AL als Teils der Wahlbewegung sicher sein, der zur Zeit zentral eine grüne Bundespartei unter weitgehender Ausschaltung der Linken und bereits bestehender bunter und alternativer Listen betreibt. War das Bemühen in Bremen bisher groß, das Vorgehen als ein rein Bremer Problem zu behandeln (so verschiedene Aussagen der BGL, mit denen sie alle Vermittlungsversuche von außen, zuletzt nach dem Vlotho-Treffen, ablehnte), das überhaupt nichts mit bundesweiten Auseinandersetzungen zu tun habe, enthält ein Brief des ehemaligen niedersächsischen GLU-Vorsitzenden Otto an alle „Grünen“, daß die BGL voll in die bundesweite Strategie zur Spaltung der Wahlbewegung eingepreist ist. Otto, heute mit 5.000 DM Monatsgehalt gut bezahlter Funktionär im Bonner Büro der Vereinigung „Die Grünen“ (der Nachfolgeorganisation der Europawahlvereinigung) forderte in seinem Brief vom Anfang August die „Grünen“ bundesweit auf, die BGL zu unterstützen. Er sei damit vom Bundesvorstand der „Grünen“ beauftragt. Es ist wohl kein Zufall, daß Otto dabei vergaß, die Existenz der AL zu erwähnen, wie es ebenso wenig zufällig sein dürfte, daß er als Bremer Kontaktdressen die Namen von zwei rechten Flügelmitgliedern der BGL angibt, von denen einer dem Bremer CSU-Freundeskreis entstammt.

Otto verstößt mit diesem Aufruf gegen einen Beschluss der niedersächsischen Landesversammlung der GLU (deren Programmkommission er angehört) vom 7. Juli, in dem es heißt: „Sollte die Einigung nicht zustande kommen, wird die GLU Niedersachsen weder finanziell noch ideell den Wahlkampf zur Bremer Bürgerschaft unterstützen.“ Dieser Beschluss war ausdrücklich auch in Abgrenzung zum Werben der BGL um einseitige Unterstützung gefaßt worden.

Wahlaustrich  
KB Bremen und Bremerhaven

## BGL nicht antikommunistisch?

Vielfach wird die Frage danach gestellt, wie die Entwicklung der Bremer „Grünen“ zu ihrer heutigen Haltung möglich ist. Immerhin gehörten Teile von ihnen zum Kreis derjenigen, die gemeinsam mit der heutigen „Alternativen Liste“ im „Initiativkreis Bunte/Grüne Liste“ ein Jahr lang zusammenarbeiteten.

Im Dezember 1978 traten 26 Mitglieder aus der SPD aus, darunter Olaf Dinne und Peter Willers, die Wortführer der BGL und Anny Ahrens, Spitzenkandidatin der AL. Dieser Schritt wurde als Auftakt zur Gründung einer grünen Liste verstanden. Heute gehört nur noch etwa ein Viertel der BGL an, zwei unterstützen die AL. Im gleichen Zeitraum war von Willers und Dinne ausgehend die Spaltung der einheitlichen Wahlbewegung vorbereitet worden. Die Spaltungsausschüttung vollzog sich an den Fragen demokratischer Strukturen innerhalb der Liste (Peter Willers entwickelte die Idee eines „Agentenmodells“: Parlamentskandidaten sollten „Agenten“ der Basisbewegung sein, auf die sie sich zwar berufen, von der sie aber nicht legitimiert sein sollten), an der Mitarbeit von Kommunisten (unter dem Schlagwort: Wir wollen keine „Fremdbestimmung“) und an der Orientierung der Inhalte einer grünen Liste an bürgerlichen, klassischen Bürgerinitiativen, wie Willers und Dinne formulierten. Bei dieser Auseinandersetzung stritten die heutigen BGL-Führer vor allem gegen zentrale Forderungen wie die 35-Stundenwoche, die Gleichberechtigung von Frauen und den Kampf gegen die Berufsverbote. Ihre Absicht war es, eine stärkere Orientierung auf ein rechtes Wahlerpotential durchzusetzen. Dabei machten sie die Erfahrung, daß die Linke, insbesondere der KB, dieses Spiel nicht mitspielt. Seit dieser Zeit konzentrieren sich die Angriffe der BGL zunehmend auf den KB.

Im Februar 1979 gründeten 13 Mitglieder die „Bremer Grüne Liste“. Dieser Kreis konnte bis heute personell nicht wesentlich ausgebaut werden. Entgegen der nach außen zur Schau getragenen Kraftmeierei lebt die BGL vor allem von der bundesweiten Reputation, die der Name „Die Grünen“ im Bewußtsein großer Teile der Wähler heute hat, sowie von der Hoffnung auf grüne Unterstützung von außen. Dies wurde bei den Europawahlen ganz deutlich: bekanntlich stützt die BGL ihre angebliche Stärkeposition u.a. auf das höchste Wahlergebnis in einem Bundesland (4,75 % für die „Grünen“ in Bremen). Tatsache ist, daß die öffentliche Stärkeposition u.a. auf das höchste Wahlergebnis in einem Bundesland (4,75 % für die „Grünen“ in Bremen). Tatsache ist, daß die öffentlichen Aktivitäten der BGL zu den Europawahlen minimal waren, daß sogar innerhalb der BGL Differenzen über eine Beteiligung aufkamen, ein Beschluß der BGL dazu nicht vorlag und nur einzelne Mitglieder Aktivitäten wie Plakatekleben durchführten. Es macht sich natürlich im Nachhinein gut, sich die Verdienste für ein Wahlergebnis an die Brust zu heften, das überhaupt nichts mit einer Stimmabgabe für die „Bremer Grüne Liste“ zu tun hat. Auf Publicity verstehen sich Politiker wie Willers und Dinne durchaus.

### Rechtslastigkeit und Antikommunismus

Die AL hat mehrfach auf extrem rechte Tendenzen bei BGL-Kandidaten und Aktivisten hingewiesen. Bis heute blieb unbeantwortet, wie die BGL dazu steht, daß: - Einer ihrer Kandidaten Bundesgeschäftsführer der „Stillen Hilfe“ ist, einer Organisation, die Nazi-Verbrecher und deren Angehörige „betreut“. U.a. beteiligte sich die „Stille Hilfe“ an der Finanzierung der Flucht des Nazi-Kriegsverbrechers Kappler aus italienischer Haft (dieser Vorwurf hat die „Stille Hilfe“ bis heute nicht dementiert). Der gleiche Kandidat bekannte sich noch in diesem Jahr zu rassistischen Ideen u.a. der „Ludendorffer“ und betrachtete Organisationen wie die rechtsextremistische FSU (die sich vor zwei Monaten in die Partei des CSU-Anhängers Friederichsdorf auflöste) als Teil seiner „geistigen Heimat“ („Kakus“, 1/79).

Ein weiterer Kandidat war Vorstandsmitglied der rechtsradikalen „Partei Freier Bürger“, die 1975 zu den Bremer Bürgerschaftswahlen kandidierte und ein Zusammenschluß des Bremer „CSU-Freundeskreises“ und einer CDU-Rechtsabspaltung war (die PFB existiert mittlerweile nicht mehr).

Wir behaupten nun nicht, daß die BGL rechtsradikal sei. Tatsache aber bleibt, daß sie sich zu diesen Tendenzen auf ihrer Liste nicht erklärt, daß sie sich nicht davon abgrenzt.

Es erscheint logisch, daß solche Kräfte wenig Interesse an einer Einigung mit Linken haben. Die Schweigenspolitik der BGL gegenüber rechtsradikalen Tendenzen in den eigenen Reihen steht im krassen Gegensatz zu ihrer mehrfach öffentlich erklärten Linksabgrenzung, speziell von den Kommunisten. Hier ein paar Belege:

- „Wer uns wählt, wählt keine Kommunisten“ (Olaf Dinne in „Bremer Nachrichten“, 23.5.79).
- „Kommen wir mit der Alternativen Liste zu keiner Einigung, dann müssen wir im Wahlkampf deutlich machen, daß die Alternativen die Roten sind“, so Ludwig Pfannkuche von der BGL (WSL-Mitglied) im „Weser-Kurier“ vom 6.7.79.

Im „Vorwärts“, dem SPD-Parteorgan, vom 16.8. erhalten die Bremer „Grünen“ eine ausgezeichnete Presse

von ihren ehemaligen Parteifreunden, die schon auffällig ist. Der „Vorwärts“ erwähnt besonders lobend die obligatorische Abgrenzung nach links. „Vor allem aber hielten die Grünen sich Kommunisten von der Liste. Daß der Kommunistische Bund jetzt eine Desperado-Liste aufstellt, stimmt die Grünen nicht traurig. Dinne: „Dann sehen die Leute, daß wir uns von denen nicht funktionalisieren lassen. Denn bei uns ist rot was anderes als organisierter Schwachsinn.“

Man mag die Bremer Spaltung bedauern; sie ist aber Ausdruck einer seit Monaten konsequent betriebenen Entwicklung der BGL-Führer, die mit einer linken Alternative zur SPD, von der sie sich damals getrennt haben, nicht mehr viel zu tun haben.

Wahlaustrich/KB Gruppe Bremen

## Auch das noch! Vier grüne Listen angemeldet.

Außer den schon erwähnten Listen der AL und der BGL sind zu den Bürgerschaftswahlen noch zwei weitere angemeldet: die UNU, „Union konkreter Umweltschutz, Partei der Mitte“, die sich ausdrücklich nach links abgrenzt. Sie gibt als Kontaktdressen 43 Essen 13, Meistersingerstr. 48 an (wer kann uns nähere Informationen liefern?), ist in Bremen bisher noch nicht aufgetreten und hat wohl auch nur die Funktion, unter Berufung auf den Umweltschutz Proteststimmen aufzufangen und eine Alternative zu schwächen. Diese Mini-Partei schreibt auf ihren Flugblättern: „In unseren Umfragen bekommen wir 7 - 9 %. Unser Ziel: 10 %.“

Außerdem wurde eine GRAL, „Grüne Alternative Liste“ angemeldet. Wie sich herausstellte, handelt

es sich hierbei um einen Alleingang des gleichen Rechtsanwalts, der die letzten Vermittlungen zwischen der BGL und der AL versuchte. Selber Vorsitzender der GRAL, begründete er diesen Schritt mit einem vielleicht ja möglichen Zusammengehen der beiden Listen unter dem Namen GRAL.

Objektiv wurde damit allerdings erreicht, daß Verwirrung gestiftet wird und die alternative Wahlidee leicht in den Geruch des Lächerlichen kommt angesichts so vieler grüner und alternativer Parteien. Tröstlich nur, daß beide Listen nach Auskunft des Landeswahlleiters vermutlich nicht anerkannt werden. Die „Alternative Liste“ hat den Initiator der GRAL aufgefordert, seine Liste zurückzuziehen.

## Die „Alternative Liste“ braucht Unterstützung

In Bremen und Bremerhaven hat der Wahlkampf für die Bürgerschaftswahl am 7. Oktober begonnen. Die „Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz“ kandidiert in beiden Städten mit 23 Kandidaten für die Bremer Bürgerschaft und die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Der Bremer Wahlkampf hat auch bundesweite Bedeutung. Hier konzentrieren sich zur Zeit eine Reihe von Versuchen, die Bestrebungen um eine einheitlich auftretende Bewegung bunter, grüner und alternativer Listen im Hinblick auf die Bundestagswahlen zu spalten. Bundesweit wird von Kräften aus den Reihen der „Grünen“ durch Gerüchte und Verleumdungen - insbesondere die Behauptung, die „Alternative Liste“ sei vom KB - versucht, der bunten und alternativen Wahlidee insgesamt schweren Schaden zuzufügen. Seine Entsprechung findet dieses Vorgehen rechter „Grüner“ auf der Linken bei der „KPD“, die angesichts des vollständigen Scheiterns ihrer Politik in Bremen sich seit Wochen an diesen Verleumdungen beteiligt.

Die „Alternative Liste“ hat lange Zeit viel Kraft auf diese Auseinandersetzung verwenden müssen, um die Kandidatur zu ermöglichen. Die Zeit bis zur Wahl ist sehr kurz, um die Alternative und ihre Ziele breit bekannt zu machen. Neben den Themen der Landes- und Kommunalpolitik stehen zwei wichtige Aufgaben im Wahlkampf an: Am 25. September wird Franz Josef Strauß zum ersten Mal in seiner Funktion als Kanzlerkandidat bei einer Landtagswahl eingesetzt - und das im traditionell sozialdemokratisch wählenden Bremen. Am 29. und 30. September - eine Woche vor der Wahl - steigt eine neue Provokation: Die Westberliner SPD will ihren Parteitag, den die Alliierten in Westberlin verboten haben, in Bremen abhalten.

Die „Alternative Liste“ braucht Unterstützung - sowohl direkte und finanzielle als auch Unterstützung gegenüber der von einigen „Grünen“ betriebenen bundesweiten Gerüchelpolitik.

### Wendet Euch an die ALTERNATIVE LISTE:

AL-Büro Bremen  
Bernhardstr. 7  
2800 Bremen 1

AL-Büro Bremerhaven  
Schleswigerstr. 21  
2850 Bremerhaven

### Spendet auf die Konten:

Sparkasse in Bremen  
Kontonummer 12 15 49 44

Bremer Bank Bremerhaven  
Kontonummer 4 572 348 00  
BLZ 292 800 11

Kennwort „Alternative Liste“

Kennwort „Alternative Liste“

August 79 50 Pfennig  
**alternative**  
Liste für Demokratie und Umweltschutz

### Erste Zeitung der ALTERNATIVEN LISTE erschienen

Die ALTERNATIVE LISTE hat für Bremen und Bremerhaven gemeinsam ihre erste Zeitung für den Wahlkampf herausgebracht. Sie hat einen Umfang von zwölf Seiten, kostet 50 Pfennig und enthält eine Reihe kommunalpolitischer Themen, darunter auch Interviews mit den beiden Spitzenkandidaten, der 58 Jahre alten Kauffrau Anny Ahrens aus Bremen und dem 56 Jahre alten Pastor Wilhelm Fuhrmann aus Bremerhaven. Die Zeitung ist über die oben angegebenen Büroadressen zu beziehen.



# Zusammenschluß der Buntten Liste und der Grünen in Köln perfekt!

Noch kurz vor Toranschluß gelang es in Köln, einen Zusammenschluß von Buntten und Grünen zur Kommunalwahl im Herbst dieses Jahres zu erreichen.

Die Bunte Liste / Wehrt Euch und die Grünen treten nun gemeinsam unter dem Namen „KÖLNER ALTERNATIVE - Bunte Liste / Wehrt Euch und Wählergemeinschaft die Grünen“ zur Wahl an.

Spitzenkandidat dieser Liste ist E. Heine, ein kürzlich mit weiteren 15 SPD'ern aus der Partei ausgestreutes Bunte Liste Mitglied.

Mit E. Heine wurde ein Kompromißkandidat gefunden, der aufgrund seines politischen Werdeganges sowie seiner Erklärung beim Austritt aus der SPD am deutlichsten das Protestwählerpotential repräsentiert, aus dem Bunte und Grüne ihre Stimmen erhalten. An zweiter Stelle kandidiert Werner Knecht, GLU.

Sollte die „KÖLNER ALTERNATIVE“ die 5% Hürde schaffen, werden diese beiden Plätze nach Ablauf der Hälfte der Legislaturperiode gegeneinander ausgetauscht. Der Grund warum der 1. Platz besonders wichtig ist, ist in der Hoffnung zu sehen, „...drittstärkste Fraktion hinter SPD und CDU zu werden...“ (Knecht) und damit Anspruch auf einen Bürgermeisterrat zu erheben, der derzeit von der FDP gehalten wird.

Auf Platz drei der Liste kandidiert Uwe Carstensen („KPD“). Platz vier und fünf besetzen zwei Grüne, wobei der fünfte Platz ebenfalls nach Ablauf der ersten Hälfte der Legislatur gegen den sechsten Platz ausgetauscht wird, den eine bunte Frau einnimmt.

Unter allen zehn Listenplätzen sind leider weit abgeschlagen - nur zwei Frauen, die sich angesichts der Plätze kaum Chancen auf einen Sitz im Rat kaum Chancen auf einen Sitz im Rat ausrechnen können. Die einzige Frau, die realistische Chancen für einen aussichtsreichen Platz hatte, ist dem Ansturm der „KPD“ auf Platz drei zum Opfer gefallen. Die „KÖLNER ALTERNATIVE - Bunte Liste / Wehrt Euch und Wählergemeinschaft die Grünen“ ist damit in der BRD wohl die einzige Liste, in der die Männer dermaßen stark vertreten sind. Leider hat auch die Frauenbewegung die Möglichkeit eines stärkeren Eingreifens in die Bunte Liste bzw. Kölner Alternative nicht genutzt.

Nach dem 4,1% Ergebnis der Grünen bei den Europawahlen in Köln und unter Berücksichtigung weiterer Wählerstimmen, die sich zur Europawahl nicht niedergeschlagen haben, hat die gemeinsame Liste von Buntten und Grünen in Köln durchaus realistische Chancen, die 5% - Hürde zu überspringen. Hinzu kommt, daß allein die Tatsache der Einigung zwischen beiden Gruppierungen den Aspekt der „weggeworfenen Stimmen“ weiter in den Hintergrund drängt.

Insgesamt haben aber mit der Einigung in Köln diejenigen Kräfte einen gewissen Auftrieb bekommen, die sich seit längerem für gemeinsame Kandidaturen von Buntten und Grünen eingesetzt haben. Dies hat über Köln hinaus Bedeutung.

## LEICHT WAR ES NICHT!

Beim Aufbau der gemeinsamen Grün/Buntten Liste wurden durch die Grünen wiederholt Situationen geschaffen, die eine Einigung unmöglich erscheinen ließ. Lediglich die Überlegung, daß zwei kandidierende Listen die Überwindung der 5% Hürde in jedem Fall verhindern würde und ein getrenntes Auftreten in der Öffentlichkeit nicht überzeugend dargestellt werden kann, hat letztlich zum Kompromiß geführt.

Beide Gruppierungen bleiben im Wahlkampf weitgehend selbstständig und sprechen gemeinsame Aktivitäten punktuell ab. Das gemeinsame Programm besteht aus einem von den Grünen formulierten Teil und einem Bunte Liste - Teil, als Bindeglied steht ein neun-Punkte Programm, in dem wesentliche Essentials der Zusammenarbeit enthalten sind.

In den nächsten Wochen und Monaten wird es vor allem darum gehen, in der konkreten Zusammenarbeit zwi-

schen Buntten und Grünen zu einer konstruktiven Entwicklung der jungen Einheit zu kommen.

In der langen Entstehungsgeschichte der Liste versuchten GAZ und GLU, teilweise auch AUD, immer wieder die Liste auf rein ökologische Prinzipien, entsprechende Kandidaten und politisches Auftreten zu verpflichten. Nach den Euro-Wahlen hieß es von „grüner“ Seite zusätzlich, jetzt sei bewiesen, daß nur ein strikt ökologisches Programm Anklang fände. Die GAZ verteilte sich zu der Behauptung, bei „...90% der erreichten Stimmen handelt es sich um grüne Stammwähler.“ Die Standfestigkeit und die reife Bündnispolitik der buntten Kräfte haben dann doch durchsetzen können, daß die Grünen auf eine gemeinsame Liste einzwinkten.

## DAS HIN UND HER DER „KPD“

Während sich die „KPD“ in ihrer Kölner Hochburg anfangs nicht recht entscheiden konnte, ob sie sich für eine alternative Kandidatur entscheiden soll oder nicht, waren bereits wesentliche Voraussetzungen für eine Wahlliste geschaffen. Sie bestanden vor allem im allgemeinen Konsens, Mitglieder aus Initiativen und Einzelinteressierte für eine Liste zu gewinnen. Eine reine Initiativen-Liste schied aus, da die BI's politisch zu heterogen zusammengesetzt sind und keine geschlossenen Voten für eine Liste abgeben konnten.

Unbeschadet dieser Realitäten „warnte“ die „KPD“ beständig davor, eine Liste aufzubauen, die nicht von den Kölner Bürgerinitiativen getragen wird. Die „KPD“ lehnte sich dabei an ein Konzept eines Initiativenzusammenschlusses an, das von einigen Bürgerinitiativen seit Jahren verfolgt wird, aber bisher nicht realisierbar war. Interessanterweise wurden diese Überlegungen insbesondere von Wahlgängern und eindeutig SPD-orientierten Bürgerinitiativen alternativ zur Wahlliste wieder ins Gespräch gebracht. Anstrengungen in dieser Richtung - bei denen sich auch die GLU stark engagierte - verliefen im Sande.

Die „KPD“ schwenkte um und versprach der Buntten Liste die Unterstützung der ganzen Partei („Die Partei steht hinter mir“ Uwe Carstensen, Ortschef der „KPD“).

Anwirkungen zeigte dies in der anlaufenden Programmdiskussion, bei der führende „KPD“er ihren Ehrgeiz darin sahen, die Bunte Liste auf Parteistandpunkte zur DKP, DDR, zum nationalen Befreiungskampf, dem Bündnis von Demokraten und Kommunisten zu verpflichten und gleichzeitig Vorschläge von Zivildienstleistenden zum Antimilitarismus aus dem Programm fernzuhalten.

Anträge der „KPD“ häuften sich, die sich entweder direkt oder indirekt mit der DDR beschäftigten. So im Fall der in der DDR inhaftierten A. Bahner, dem geplanten Bahro-Kongreß, dem Antikriegstag sowie die Ablehnung eines von der DFG/VK initiierten Marsches von internationalen Kriegsgegnern von Brüssel nach Warschau.

Vertrat die „KPD“ anfänglich eine Position, die den Aufbau einer alternativen Wahlliste gestützt auf Initiativen-Mitglieder und Interessierte ablehnte, versuchte sie nun in der zweiten Phase die Bunte Liste ins Fahrwasser ihrer antihegemonistischen Politik zu ziehen.

## KONSEQUENTER ZICKZACKKURS DER „KPD“

Nach dem 4,1% Ergebnis bei der Europawahl setzten Bunte und Grüne die Suche nach einer Kompromißlösung fort, um die Kandidatur von zwei Listen zu verhindern.

Beide Gruppierungen verständigten sich auf eine listenähnliche Verbindung, die beiden Gruppierungen weiterhin weitgehende organisatorische, programmatische und politische Ei-

genständigkeit erhalten soll. Das Kommunalwahlprogramm der Buntten und Grünen sollte gemeinsam veröffentlicht werden und als gemeinsame Plattform dienen. Mögliche Differenzen in Essentials sollten im Rahmen der gemeinsamen Zusammenarbeit ausgeräumt werden. Diese Lösung schien ein passabler Kompromiß zu sein und fand den ungeteilten Beifall des „KPD“-Chefs.

Einige Wochen nach dieser Vereinbarung sah die „KPD“ das allerdings wieder ganz anders. Plötzlich stellte sie die Übereinstimmung in allen Programmpunkten in den Mittelpunkt der Einigungsversuche und stellte die listenähnliche Verbindung zwischen Grünen und Buntten in Frage, die bewußt von einer u m f a s s e n d e n programmatischen Übereinstimmung abgesehen hatte.

Sekundiert von den „Ko mittees für Frieden und Sozialismus“ kritisierte die „KPD“ vor allem Dinge, daß sich die Grünen in ihrem Programm weder zur Frage der Berufsverbote noch zu Fragen der Repression und Unterdrückung im Allgemeinen geäußert haben. Dies wohlgerichtet zu einem Zeitpunkt, wo der Abdruck des Grünen und Buntten Programms, inklusive einer gemeinsamen Erklärung - in der u. a. Unvereinbarkeitsbeschlüsse abgelehnt werden und die Zusammenarbeit von Kräften unterschiedlicher Weltanschauung propagiert wird - beschlossene Sache war.

Gemeinsam mit den „Ko mittees für Frieden und Sozialismus“ forderte die „KPD“ für den 15.8., also zwei Wochen vor Abgabetermin der Wahlunterlagen beim Wahlleiter, eine öffentliche - Programmdiskussion, die

über das Zusammengehen von Buntten und Grünen entscheiden sollte. Mit diesem Antrag stellte sich die „KPD“ deutlich gegen die bisher auch von ihnen getragenen Vereinbarungen mit den Grünen, die außerdem sämtlich auf Plenumsversammlungen der Buntten Liste mehrheitlich getragen wurden.

Ferner stellte die „KPD“ die Forderung auf, entgegen des mit den Grünen vereinbarten Schlüssels der Kandidatenaufteilung, sowohl die Buntten als auch die Grünen Kandidaten auf einer öffentlichen Versammlung wählen zu lassen, wobei alle Anwesenden Stimmrecht haben sollten. Da die Grünen insgesamt das personelle Übergewicht der Buntten Liste fürchteten, hatten sie solche Überlegungen von Beginn der Verhandlungen abgelehnt.

Angesichts der Empörung der Bunte-Liste-Mitglieder über die erpresserischen Schachzüge der Grünen während der gesamten Verhandlungen, konnte die „KPD“ diese abenteuerliche Politik unter dem Mantelchen der Basisdemokratie zunächst durchsetzen - erst nach einer erneuten Debatte und Abstimmung wurde dies endgültig abgelehnt. Der Vorstoß der „KPD“ in dieser Frage hätte gleichzeitig das „Aus“ für eine gemeinsame Liste bedeutet.

## DIE ÜBERRASCHUNG IST PERFEKT

Ihren letzten Coup landete die „KPD“ bei der Wahl der Bunte Liste Kandidaten für die Ersatzliste zum Rat der Stadt.

Nie zuvor wurden auf einer Versammlung der Buntten Liste so viele „KPD“-Mitglieder und Anhang ge-

hen. Kenner der Szene sahen nach einem Rundblick der Zusammensetzung der Veranstaltung die Abstimmungen bereits zu Beginn für gelaufen an. Sie behielten Recht. Die Abstimmungen gingen dementsprechend über die Bühne.

Der dritte Listenplatz für den Kölner „KPD“-Chef Uwe Carstensen wurde allseits als „Überraschungscoup des Abends“ bestaunt und handelte der „KPD“ einen Wiederaufschwung des Mißtrauens gegenüber den mehr als dankwürdigen „Überzeugungsmethoden“ alter Tage ein. Durch braves Abstimmungsverhalten für ihren Chef sorgten die „KPD“-Mitglieder und das Umfeld dafür, daß das politische Gesicht der Buntten Liste bei der Kandidatenbesetzung verzerrt wurde. Während die „Ko mittees“ in dem Kandidaten Uwe einen Mann ihrer Wahl sahen und das Vorgehen der „KPD“ ausdrücklich als basisdemokratischen Akt bezeichneten („...jeder hat das Recht so viele Leute zu so einer Versammlung zu bringen wie er kann...“), segelte die „KPD“ haarscharf an einer Wahlanfechtung vorbei. Auf dem Bunte Liste Plenum handelte sich der „KPD“-Chef einen Mißtrauensantrag ein, der von der Mehrheit allerdings nicht getragen wurde.

Dafür wurde mehrheitlich ein Beschluß gefaßt, der der „KPD“ wegen undemokratischen Vorgehens und Manipulation einen Verweis ausspricht. Schwierige Zeiten für die „KPD“ - bekanntlich gibt es nach drei gelben Karten die rote. Mal sehen, was wird.

KD Gruppe Köln

# Kandidatur auch in Dortmund

In den nur knapp 9 Wochen seit ihrer Gründung ist der Buntten Liste - Alternative Dortmund (BL-AfD) gelungen, alle Voraussetzungen für eine Kandidatur zur Kommunalwahl am 30.9. zu schaffen.

Die Mitgliederversammlung bestimmte am 4.8. die Kandidaten für 42 Wahlbezirke, für 4 Bezirksvertretungen und für die Reserveliste. Basis für die Kandidatur ist die Präambel in der es u. a. heißt: „Wir werden nach der Kommunalwahl nicht anders arbeiten als vor der Wahl. Unsere Arbeit im Dortmunder Stadtrat wird bestimmt durch die Ziele und Aktivitäten der Initiativgruppen.“

Über die Bedeutung von Kommunalwahlen, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, machen wir uns allerdings keine Illusionen; grundsätzliche Veränderungen werden nur durch außerparlamentarische Aktivitäten erreichbar sein.“ Als Ziele der Parlamentsarbeit werden genannt: durch Anfragen etc. den Rat zwingen, Stellung zu nehmen und dadurch den Betrug am Wähler schwieriger zu machen; Rationalisierungs-, Sanierungs- und Sparpläne veröffentlichen; den Interessen der Betroffenen in der bürgerl. Presse mehr Gehör zu verschaffen. Auf die vorderen Plätze der Reserveliste wurden gewählt: zwei Frauen aus der Frauenaktion Dortmund (Plätze 1 und 4), ein Mitglied der AKW-BI (2), der „Grünen“ (3) und der Humanistischen Union (5).

In der Woche vom 13.-18.8. wurde die Plattform diskutiert und verabschiedet.

## Bunte und Grüne gemeinsam ..

Die BL-AfD hat weit über 100 Mitglieder. Neben einer großen Zahl Unorganisierter arbeiten viele BI-Mitglieder (Frauen, AKW, Kultur, Mieter u. a.), ehemalige SPD-Mitglieder und Mitglieder der Falken in der BL. Ebenfalls beteiligt sind KB und KPD. Besonders erfreulich ist es, daß es auch in Dortmund nicht zum Auftreten von zwei konkurrierenden Listen kommen wird! Nachdem von Anfang an zwei Mitglieder der „Grünen“ mitgearbeitet haben (AUD und GAZ), hat am 10.8. die GAZ auch offiziell ihre Unterstützung und Mitarbeit in der BL-AfD beschlossen. Mitglieder der „Grünen“ kandidieren in mehreren Wahlbezirken und auf der Reserveliste - ein Schritt in Richtung Grün/Bunte-Einheit.

## ... ohne Spaltung ...

Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit tauchten massiv auf an der Frage der Besetzung der Reserveliste. Einige ehemalige SPD-Mitglieder und Falken sprachen sich gegen die Kandidatur eines „KPD“-Mitgliedes auf der Liste aus. Sie begründeten dies mit schlechten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der „KPD“, mit dem „Bild der Liste nach außen“ und (in einem Fall) mit einem entsprechenden Beschluß einer (Mieter-)Initiative.

Es stieß allerdings bei vielen auf Unverständnis, daß dies verbunden war mit der Ankündigung, die Mitarbeit in der BL einzustellen, falls es doch zu einer Nominierung käme. Insbesondere das Argument mit dem „Bild der Liste nach außen“ zieht natürlich nicht, denn jedem in der BL muß klar sein, daß Angriffe gegen die Mitarbeit von Kommunisten ab kommen werden und daß man sich diesen Angriffen auf der Basis der Präambel („keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse“) stellen muß!

Die „KPD“ bestand dagegen auf der Kandidatur einer ihrer Mitglieder, zudem auf einem der vorderen Listenplätze. Vom Einsatz der KPD und ihrer Mitglieder für die Liste ist dies wahrlich nicht gerechtfertigt.

Schließlich wurde ihr als „Kompromißvorschlag“ von den ehemaligen SPD Mitgliedern und den Falken der Platz 6 angeboten. Die „KPD“ gab sich mit diesem Platz aber erst zufrieden, als ihre Kandidatin bei einer Kampfabstimmung um Platz 4 deutlich unterlag.

## ... ranklotzeln!

Denn: Nach dem bisher erfolgreichen Umschiffen der diversen Klippen sind die Chancen für einen Wahlerfolg weiter günstig. Mit der Wahlkampföffnung am 23.8. (mit Abgeordnet/innen der Buntten Liste und Alternativen aus Hamburg und West-Berlin) und der Beteiligung an den Dortmunder Aktivitäten zum Anti-Kriegstag sind die nächsten Schritte in die Öffentlichkeit geplant. In den verbleibenden 6 Wochen kommt es darauf an, daß wir - neben der Verstärkung der Zusammenarbeit mit Initiativen, die bisher noch nicht mitmachen - den Dortmunder/innen bekannt und deutlich machen, daß es diesmal eine Alternative zu wählen gibt. Denn nach 33 Jahren SPD-Rats Herrschaft ist vielen deutlich geworden, daß deren Kommunalpolitik nicht für, sondern gegen uns gemacht wird.

Ein Dortmunder Genosse

# GAG in Gießen

Durch die Auflösung der Stadt Lahn kommt es am 7. Oktober in Gießen und in den anderen Gemeinden, aus denen Lahn bestand, zu kommunalen Nachwahlen. In Gießen wird dazu nun endgültig nach längerer Vorüberlegung die „Grüne Alternative Gießen“ (GAG) mit dem Zusatznamen „Wählergemeinschaft für eine menschengerechte Stadt“ kandidieren. Am 1.8. wurde die GAG von 13 Personen gegründet, die in der Mehrheit aus der GLH und ihrem Umfeld kommen. Auch eine Reihe von GAZ Mitgliedern nahmen an den Gründungsdiskussionen teil, wie übrigens auch die JUSOS, die einen starken „Beobachtertrupp“ geschickt hatten. In die GAG wollten die GAZler allerdings nicht eintreten. Sie gaben dazu „Wahlkampfmüdigkeit“ nach den Europawahlen als Hauptgrund an. Tatsächlich werden

aber bei den GAZ-Mitgliedern Behauptungsgänge gegen fortschrittliche GAGler und die Furcht, von linken Positionen vereinnahmt zu werden, eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt haben. Eine eigene Kandidatur der GAZ ist jedenfalls bislang nicht sichtbar. Die GAG will sich aber bemühen, mit den örtlichen GAZ-Mitgliedern in einem solidarisches Diskussionszusammenhalt zu bleiben. Vielleicht entschließt sich der (die) eine oder andere GAZler(in) doch noch zum Mitmachen. Über die inhaltliche Wahlkampfplanung der GAG ist uns nur soviel bekannt, daß Aktivitäten im Schülerbereich, eine Frauen AG, und die Stadtentwicklungsgruppe der GLH den Grundstock für eine basisnahe Öffentlichkeitsarbeit bilden. Andere Schwerpunkte sollen aber noch hinzukommen.



# Stimmen zur Straußkandidatur

## Die „Tageszeitung“

Die „TAZ“ (4.7.79) kommentiert Strauß' Wahl zum Kanzlerkandidaten so: „Die Union hat mit diesem Schritt ihren verzweifeltsten Versuch, sich als ‚liberale Mitte‘ zu präsentieren, ein gewaltsames Ende gesetzt. Polarisierung der politischen Landschaft heißt das bayrische Patentrezept, dem man sich nun endgültig verschrieben hat.“ „Die Emotionalisierung ... wird der neue Stil sein. Die 1974 erhoffte große Krise ist für das anstehende Wahljahr noch nicht abzusehen. Notfalls wird sie aber von Strauß herbeigeführt werden.“ „Dem pragmatischen Krisenmanager Schmidt gegenüber werden wir Strauß als Volksführer erleben.“

Die „TAZ“ hat dazu aufgerufen, „so genau und so früh wie möglich Diskussionsprozesse in Gang zu setzen, die weder bei ‚Gefahr von Rechts‘-Parolen stehenbleiben noch die Ignoranz des ‚im Grunde wird es keinen Unterschied geben‘ herunterleiten.“ Die bisher abgedruckten Diskussionsbeiträge:

— Klaus Thüsing (SPD-MdB): „Strauß bei weitem der gefährlichste Gegner“

— Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur der IG-Metall-Zeitung „Metall“) schreibt u.a.: „Gewiß, Strauß ist nicht Hitler. Der Teufel kommt nicht zweimal aus demselben Loch. Er erscheint in immer neuer Gestalt.“ Dann vertritt er weiter, daß Strauß diesmal noch keine Chance hat, die Gefahr aber schon allein von seiner Kandidatur ausgeht.

— Im übrigen wurden zwei Leserbriefe veröffentlicht, in denen, in jedem auf seine Art, Strauß sehr gefährlich verurteilt wird, bzw. im zweiten Fall er sogar als „Volkspolitiker“ bewundert wird. „gewe“ schreibt (am 6.7.79), ihm werde schon übel, wenn er an die ganzen Platinen denke, die auf ihn zukommen: Anti-Strauß-Komitees, Anti-Strauß-Buttons etc. „Die Aufzählung Straußens alter und der von ihm selbst prognostizierten zukünftigen Untaten“ sei „ein Schlag ins Wasser“, denn, entweder das Kapital habe ein Interesse daran, etwas „durchzuwern“, dann würde die SPD das aber

effektiver und reibungsloser durchziehen, oder Strauß habe „Privatwünsche“, denen die Unterstützung des Kapitals fehle, und die deshalb von uns bekämpfbar werden.

Am 11.7.79 schreibt ein gewisser „Thomas“ an die „TAZ“: „Natürlich, jetzt, wo Strauß Kanzlerkandidat der CSU/CDU geworden ist, geht die alte Leiter wieder los, der drohende Faschismus wird wieder an die Wand gemalt, die Staack, ‚konkret‘ und Aufkleber-Produzenten haben Hochkonjunktur. Das alte Bild wird wieder gemalt: Die Iumben, von der Schwerindustrie bezahlten Schläger kommen, wir sind wieder kurz vor 1933. Es ist ein unerschütterliches bloßes Weltbild, von bundesrepublikanischer Realität nicht getrübt.“ ... „Natürlich ist Strauß auch (!) gefährlich. Aber er ist Chef einer Partei, die kluge Politik in Bayern macht. ... Die CSU ist eine hochmoderne Partei, die besser als die CDU und besser als alle linken Repressionsideologien begriffen hat, wo die Schwachstellen der Sozialdemokratie liegen.“ ... „Ganz offensichtlich: Der kommende Wahlkampf scheint spannend zu werden, endlich kommt Leben in den Laden: weniger gemäßigt, Blablabla. Die Stärke von Strauß kommt nicht daher, daß er in der faschistischen Morienkiste kränkt. Sie kommt daher, daß er zweierlei repräsentiert: die Macht und Herrschaft mitsamt all ihren Insignien und Gewaltmitteln und gleichzeitig Rebellion (!), Querköpfigkeit, Populismus. Ihn nur als Reaktionär anzugreifen, ist dummblütiges Repressionsgezeiter, das immer schon verloren hat.“

Ein Tribünensturm meldet sich zu Wort, dem es zu fad und langweilig wird, was Schmidt an Repression zu bieten hat. Und jetzt, wo es gerade interessant zu werden verspricht, wollen die Linken die Show versauen, nein, anfeuern möchte der „Thomas“ den „Rebellen“ Strauß, damit in der BRD mal was (?) los ist. Zynischer geht's wohl kaum noch. Bisher hat es in der „TAZ“ noch keine Reaktion auf diesen Leserbrief gegeben.

## KABD

Der KABD polemisiert in seiner „Roten Fabne“ vom 27.7.79 gegen die KPD/ML über die Frage, ob Strauß ein „Vertreter des Faschismus“ sei. Der KABD widerspricht dieser Auffassung, die er der KPD/ML unterstellt. Die KPD/ML wolle „gegenwärtig den Hauptstoß gegen die faschistische Gefahr richten“. Das sei falsch, denn „die Arbeiterklasse“ müsse „den Hauptstoß gegen jene Partei richten, welche die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bildet. Diese Rolle spielt im allgemeinen die Partei, der vom Monopolkapital die Regierungsgeschäfte übertragen sind. Im Augenblick spielt diese Rolle zweifellos die Sozialdemokratie“. Die KPD/ML lenke also ab „von dem schädlichen Einfluß des Reformismus in der Arbeiterbewegung, der nach wie vor das Haupthindernis zur Entfaltung und Höherentwicklung der Arbeiterkämpfe darstellt. In diesem Sinne betätigt sich Ernst Aust als Wahlhelfer für die SPD“.

...

## „Die Grünen“ (Bayern)

Die Landesverbände der Grünen in Bayern (bestehend aus AUD und GAZ) verabschiedeten am 8.7.79 eine Entschließung, aus der wir zitieren:

„Die Grünen in Bayern stellen fest, daß die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß die SPD und die FDP nach rechts treiben, auf Atomkurs zwingen und zur Unterdrückung ihrer kritischen ökologischen Flügel veranlassen wird ...

Die Grünen fordern angesichts dieser Sachlage alle ökologischen Minderheiten in den etablierten Parteien zur Zusammenarbeit mit den Grünen auf ...

Die Grünen sehen in der Machtergreifung durch F.J. Strauß eine Gefährdung der Demokratie und insbesondere des Friedens in Mitteleuropa.



Sie halten deshalb eine Zusammenarbeit aller Ökologen und Demokraten für unbedingt notwendig, um zu verhindern, daß Strauß Bundeskanzler wird.

Aus diesem Grunde werden die Grünen verstärkt das Gespräch mit allen alternativen demokratischen Gruppen im Lande suchen, um so zur Bundestagswahl die breiteste mögliche basisdemokratische Alternative aufzu-

bauen gegen Strauß und Schmidt und deren lebensbedrohende Politik, die unterstützt wird von den Bonner Atomparteien.“

Jetzt sollen schnell Kreisverbände gegründet werden und am 7.10. ein Landesverband, der, wie die AUD sich ausdrückt, „im Rahmen der im Aufbau befindlichen Bundestagswahlpartei „Die Grünen“ erfolgen“ soll („Die Unabhängigen“, 14.7.).

## „Grüne Alternative“ in Pforzheim

Auch in Pforzheim wird es bei den Kommunalwahlen eine Alternative zu den etablierten Parteien geben. Mitte Juli gründeten Mitglieder der GLU, der AUD, der Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, der Chale Arbeitsgruppe und einer Kleinkindergruppe sowie der Gewerkschaftsjugend (!) die „Grüne Alternative für Umweltschutz und Demokratie“ (GA). Die kannp 40 eingeschriebenen Mitglieder sind mehrheitlich allerdings Einzelpersonen und nicht Vertreter ihrer Initiativen.

Neben der Zusammensetzung des Bündnisses bieten auch seine Struktur und die schon feststehenden Programmpunkte ein recht „buntes“ Bild:

Oberstes beschlußfassendes Organ ist die Mitgliederversammlung, die Abgeordneten sind durch deren imperatives Mandat gebunden; die GA wird regelmäßigen Wählerversammlungen über ihre Arbeit Rechenschaft ablegen. Auf eine Abgrenzung gegenüber „Radikalen“ und

auf den „FDGO“-Bezug wurde verzichtet (ursprünglich hatte das die GLU vorgeschlagen). In der Programmatik, die an die Aussagen der „Grünen“ bei den Europa-Wahlen anknüpft, wird die parlamentarische Arbeit als Ergänzung der Basisaktivitäten gewertet.

Neben den Forderungen gegen bürgerfeindliche Verkehrsprojekte werden u.a. ein Jugendzentrum und ein Frauenhaus in Selbstverwaltung, Stadtteilbürgerzentren und der Ausbau der wenigen Fahrradwege eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielen.

In einer ersten Freweckerklärung sprach sich die GA gegen eine Bullenraza in einem selbstverwalteten Jugendhaus in der Nähe von Pforzheim aus. Mit dem Hinweis auf „Drogenkriminalität“ war dort die Planung (und später auch die Durchführung) eines von den Jugendlichen selbst in Szene gesetzten „Umsonst&Draußen“ Wiesentestes von den Bullen behindert worden.

In diesem Zusammenhang wandte sich die GA auch gegen die geplante „Jugendpolizei“ in Baden-Württemberg.

## GLU-Spaltung gescheitert

Nachdem sich bei ersten Diskussionen im Mai/Juni ein nur langsam erwachendes Interesse für eine alternative Liste gezeigt hatte, wollte es die GLU auf eigene Faust probieren und scherte aus den gemeinsamen Bemühungen aus. Auf einer Versammlung nur für Mitglieder von GLU, AUD und GAZ fanden sich außer der Handvoll GLUler jedoch keine Unterstützer einer Separatistkandidatur. Seither arbeitet die GLU wieder an der gemeinsamen Sache mit. Man kann nur hoffen, daß sich dieses unerfreuliche Vorgehen nicht wiederholt ...

Nach Berichten von einem Mitarbeiter der GA

## Strauß verklagt die „Metall“

Franz Josef Strauß schießt sich ein. Zielacheibe des jüngsten Angriffs mit juristischen Mitteln ist die Gewerkschaftszeitung „Metall“. Wie im letzten AK berichtet, hatte die Redaktion der „Metall“ die Titelgeschichte der Juli-Ausgabe (Nr. 14) dem CDU/CSU-Kanzlerkandidaten gewidmet. Anstoß nahm Strauß an seinen eigenen, von der „Metall“ auf der Titelseite zitierten Worten aus der berühmten Sontheimer Rede von 1974: „Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen!“ Strauß bestreitet dabei gar nicht, diese Äußerung gemacht zu haben. Vielmehr zog er vor das Frankfurter Landgericht, weil dieses Zitat in „nicht autorisierter Fassung“ abgedruckt sei. Von der „Metall“

haute er in seiner rotschwarzen Art eine Gegendarstellung verlangt, und zwar ebenfalls auf der Titelseite. Dieses provokatorische Begehren hatte die Redaktion jedoch abgelehnt.

Strauß fand dann doch tatsächlich Richter, die zu seinen Gunsten eine einstweilige Verfügung – ohne mündliche Verhandlung – erließen. Die IG-Metall hat gegen diese Entscheidung Widerspruch eingelegt, so daß es am 23. August zu einer mündlichen Verhandlung kommt.

Somit sieht sich die „Metall“-Redaktion jetzt dem Druck von zwei Seiten ausgesetzt, nachdem schon IGM-Boß und „Metall“-Mitherausgeber Loderer angekündigt hatte, er wolle wegen der Strauß-Berichterstattung mit den Redakteuren „reden“.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

## Gegendarstellung des KBW

Der „Arbeiterkampf“ berichtet in Nr. 158 vom 21. Juli 1979 auf Seite 7 unter der Überschrift „Stimmen zur Wahl“: „Der KBW hielt es nicht für nötig, die Ernennung von Strauß zum Kanzlerkandidaten in der SVZ vom 9.7.79 auch nur zu erwähnen.“

Diese Behauptung ist falsch.

In der kommunistischen Volkszeitung Nr. 28 vom 9. Juli 1979 wurde hierüber berichtet. Als wesentlich wird an dem Ereignis der Strauß'schen Kanzlerkandidatur herausgearbeitet, daß die Bourgeoisie mit „etarken Männern“ in den Wahlkampf ziehen muß: „Sie braucht wenigstens zwei, um Ideen die Massen gegenwärtig in die Arme zu treiben, Rücksichtnahme auf die SPD-FDP-Regierung wäre das sichere Mittel, um von der Regierung geachtet und mit Strauß belohnt zu werden.“

Hans-Gerhart Schmieder

Sekretär des Zentralen Komitee des kommunistischen Bundes Westdeutschland

Daß die SPD-Führung keinen Anti-Strauß-Wahlkampf will (Willy Brandt: „Keine überflüssige Polemik“, IGM-Loderer: Strauß nicht „empfehlen“.) kriegen jetzt die Strauß-Gegner innerhalb der SPD zu spüren. Diesen Aufkleber (Adolf Hitler: Sauber) verbreitete das „sozialdemokratische Magazin“. Sogleich folgte Kritik vom SPD-Vorstand. Selbst dem bremischen Finanzsenator Hanning Scherf (Carstens als Bundespräsident, Stiecklen als Bundestagspräsident und Strauß als Kanzler, „das ist doch wie ein Alptraum, für mich wäre das so, als ob dieser Staat an eine Gang abgetreten ist.“), der die „Gang“ sogar noch mit bremischer „Küsten-Mundart“ zu entschärfen versuchte, fiel ein Vorsitzender Koschnick in den Rücken. Koschnick bedauerte gegenüber Carstens, daß der Bundespräsident in die Auseinandersetzung mit einbezogen worden sei.





# Diskussionsbeiträge zur Bundestagswahl

— Strauß hat keine Chance, Kanzler zu werden — sagen viele, auch Linke. Diese Meinung kann sich u.U. als lebensgefährlich falsch herausstellen; denn erstens kann die CDU/CSU durchaus zwei, drei Prozente verlieren und trotzdem den Bundeskanzler stellen, nämlich dann, wenn die FDP (und eine grün-bunte Einheitsliste) die 5%-Hürde nicht überspringt, was m.E. durchaus möglich ist (und die SPD nicht zur stärksten Partei wird); zweitens wird Strauß versuchen, sich bis zur Wahl als relativ biederer Demokrat zu präsentieren und seine eigentlichen, faschistoiden, politischen Ziele vergessen zu machen versuchen; drittens wird sich eine »Ölkrise« durchaus demagogisch herbeireden lassen; die Fraktion des Kapitals, die politisch auf ihn setzt, wird ihn u.U. durch entsprechende ökonomische Manipulationen wirkungsvoll unterstützen.

— Wenn Strauß nicht Bundeskanzler wird, ist er (wie Barzel und Kohl) weg vom Fenster — meinen ebenfalls viele. Auch diese Einschätzung ist m.E. falsch; denn Strauß' Position in der CDU/CSU ist inzwischen viel zu stark, als daß er so sang- und klanglos wie seine Vorgänger aus dem Stiefeln gekippt werden könnte. Sollte Strauß wirklich von der CDU abgewählt werden, wird er seine CSU bundesweit zu einer rechtsradikalen »Deutschnationalen Volkspartei« ausbauen (die allerdings weit gefährlicher als die DNVP werden dürfte). D.h. auch 1984 dürfte die BRD einen Kanzlerkandidaten Strauß erleben — und zwar nicht unbedingt einen chancenlosen, da wir uns möglicherweise zu diesem Zeitpunkt auf dem Tiefpunkt einer schärferen ökonomischen Krise, als bisher gehabt, befinden. Also: auch ein Verlierer Strauß (1980) braucht langfristig nicht gescheitert zu sein.

— Sollen wir dann das kleinere Übel wählen? — Auf keinen Fall; die SPD hat Strauß ja erst den Boden bereitet. Nur vor dem Hintergrund der durch die SPD seit 1972 eingeleiteten Rechtsentwicklung kann sich jetzt eine Figur wie Strauß zum Kanzlerkandidaten der stärksten bundesdeutschen Partei hören lassen. Eine von Schmidt und Konsorten beherrschte und 1980 siegende SPD wird diese Entwicklung wahrscheinlich sogar forciert vorantreiben und damit Strauß für 1984 den Sessel warmhalten. Also: die Wahl der SPD verhindert Strauß oder eine ähnliche Figur nicht; dessen »Machtergreifung« würde höchstens um ein paar Jahre hinausgeschoben, um dann um so reibungsloser von staten gehen zu können.

— Ich glaube, daß sich jemand wie Strauß nicht nur deshalb breitmachen kann, weil die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung politisch apathisch oder rechts ist, sondern auch, weil sich m.E. in der Linken und Alternativbewegung zunehmend eine Tendenz zur Entpolitisierung entwickelt. Gerade in der Anti-AKW-Bewegung hat sich eine Art Wandervogelmentalität breitgemacht; raus aufs Land oder ins (oft vermeintlich) alternative Ghetto. Ich will »alternatives Leben« damit nicht in Bausch und Bogen abtun. Ich halte es im Gegenteil für sehr wichtig, in möglichst vielen Lebensbereichen Elemente einer wirklich menschlichen, der kommunistischen Gesellschaft zu antizipieren; wir haben bekanntlich Bedürfnisse, die wir auch schon hier und heute befriedigen wollen. Nur: Strauß wird nicht besiegt, indem wir das ganze Land mit Sonnenkollektoren vollpflastern (und politisch sonst nix tun); d.h. wir müssen nicht nur ein mögliches grün-buntes Wahlerpotential politisieren, sondern auch die »Szene«.

— Die Kandidatur von Strauß bietet m.E. einen wichtigen Hebel zu solch einer »Repolitisation«: Wenn dieser Kerl erst einmal die Macht hat, werden nicht nur die »K-Gruppen« und DKP verboten werden, auch z.B. die Anti-AKW-Bewegung wird mehr oder weniger gewaltsam zum Schweigen gebracht werden — einige Alibi-Hanseln wie Gruhl vielleicht ausgenommen. Wir sollten allen »Alternativen« und überhaupt kritischen Menschen klarmachen, daß ein Strauß als Bundeskanzler nicht etwa nur das Atomprogramm rigoros durchsetzen würde (was schon schlimm genug wäre), sondern uns alle nicht nur politisch, sondern mittelfristig auch in unserer physischen Existenz bedrohen würde. Wir sollten ruhig mal in aller Deutlichkeit

und Öffentlichkeit ausmalen (und uns übrigens auch drauf vorbereiten), was da an dunkler Reaktion auf uns zukommt...

— Ob wir Strauß das Etikett »Faschist« ankleben oder nicht, sollte m.E. nicht akademisch diskutiert und entschieden werden. Denn erstens sind sich »die Wissenschaftler« (Wer ist das eigentlich?), auch die »Linken«, nicht einig, was damit gemeint ist, und zweitens sollte dieser wichtige Begriff in jedem Fall im politischen Kampf verwendbar bleiben: wir sollten nicht zu sehr am »klassischen« Faschismus mit all seinen Erscheinungsformen hängen, andererseits den Begriff nicht allzusehr verwässern und damit politisch unbrauchbar machen, indem wir jede Repression des bürgerlichen Staatsapparates als »faschistisch« denunzieren.

Wenn faschistische Ideologie Antikommunismus, extremen Nationalismus, Rassismus (»Gastarbeiter!«), Forderung nach massivem staatlichen Terror (einschließlich der faktischen Zerschlagung der Gewerkschaften), Behauptung einer »bolschewistischen Verschwörung gegen Deutschland« mit Handlangern im Innern, aggressiven Imperialismus beinhaltet, dann ist die politische Grundtendenz, die Strauß vertritt, faschistisch.

— Die einzige Chance, die »Machtergreifung« von Strauß zu verhindern, ist eine starke grün-bunte (und linke) Einheit — nicht nur auf der parlamentarischen Ebene, sondern u.a. auf der Ebene der Massenmobilisierung. Eine solche grün-bunte Einheit darf allerdings nicht auf relativ beliebiger oder ökologisch beschränkter inhaltlicher Basis gegründet sein. Konkret: nicht nur die kompromißlose Gegnerschaft zur Atomenergie muß in einem gemeinsamen Programm verankert sein, sondern auch radikal-demokratische und gewerkschaftliche Forderungen wie: kein weiterer Abbau, sondern Ausbau bürgerlich-demokratischer Rechte, Verbot der Absperrung, gesetzliche Festsetzung der 35-Stundenwoche, ersatzlose Streichung des § 218, gleicher Lohn für Mann und Frau u.a.m. Unseren »grünen« und z.T. leider ökologisch bornierten Bündnispartnern muß klargemacht werden, daß diese Forderungen nicht irgendwelcher linkssektarischen Prinzipienreiterei entspringen, sondern unabdingbare Voraussetzungen auch und gerade einer radikal-demokratischen Ökologiebewegung sind, und daß sich unsere soziale Basis oder zumindest das Wahlerpotential v.a. aufgrund radikaler gewerkschaftlicher Forderungen erweitert — die SPD als »traditionelle Arbeiterpartei« vertritt auch verbal nicht einmal mehr ansatzweise weitergehende ökonomische Interessen der Arbeiter. (Damit könnte auch der Einfluß rechter Mittelschichtsdeutungen in der Ökologiebewegung samt ihrer krasen Vorstellungen zurückgedrängt werden.) Natürlich bewirken Forderungen auf dem Papier nicht viel. Sie müssen auch wirkungsvoll vertreten werden. Dabei wird uns sicherlich nützen, daß wir als einzige konsequent gegen Strauß und die Tendenz, die er vertritt, Wahlkampf machen können — die SPD wird, traditionell, die rechte Gefahr herunterspielen und Strauß sogar noch rechts überholen wollen, wie jüngst Äußerungen von Brandt und Schmidt deutlich zeigen. Und: Wir sind nicht nur gegen Strauß, wir haben auch inhaltliche, radikal-demokratische Alternativen anzubieten. (Positive Ansätze bzw. Vorbilder für einen unkonventionellen Wahlkampf existieren ja schon, v.a. »Rock gegen Rechts«.)

— Darüber hinaus sollten wir die politischen Vorstellungen von FIS einer breiten Öffentlichkeit (wieder) bekanntmachen, z.B. indem wir ein erweitertes und aktualisiertes Schwarzbuch FIS unter Volk bringen (herausgegeben nicht nur vom KB, sondern von möglichst vielen demokratischen Organisationen). Ein Buch, in dem weniger die von Affären durchsetzte Laufbahn von Strauß als solche dargestellt (Korruption und Fälschungen) als inwieweit zur Normalität unserer bürgerlichen Gesellschaft geworden, sondern v.a. bestimmte Aspekte seiner Karriere herausgearbeitet werden sollten, soweit sie uns eine Vorahnung dessen geben, was uns unter seiner Knute erwartet — die Starfighter-Affäre und sein Atomministeramt z.B. als massiver Versuch, die BRD atomar zu bewaffnen, die Spiegel-Affäre als Versuch, auch die

bürgerliche Opposition mundtot zu machen usw.

In erster Linie aber sollte das Buch eine Zitatensammlung sein, mit v.a. d e n Sprüchen, durch die Strauß sich selbst eindeutig als tiefreaktionärer Vogel zu erkennen gibt. Darüber hinaus müßten auch seine vielfältigen Beziehungen zur europäischen und internationalen Reaktion und zum Neofaschismus möglichst detailliert ausgeführt werden. Solch ein Büchlein sollte nicht nur in möglichst hoher Auflage verbreitet werden, sondern jedem aktiven Strauß-Gegner während des Wahlkampfes als Gedächtnisstütze, als eine Art Handbuch dienen.

— Zum Schluß fällt mir noch was zur »Stimmen-für-die-Bunten-sind-Stimmen-für-die-Reaktion«-Argumentation ein, mit der wohl der linke Flügel der SPD wieder einmal versuchen wird, zweifelnde Wähler an die Sozialdemokratie zu binden. Wir müssen möglichst vielen fortschrittlichen Menschen klarmachen, daß vielleicht zwei oder drei Prozent der Wahlberechtigten auf jeden Fall die grün-bunte Einheit wählen werden, weil für diese die SPD auf jeden Fall unwählbar ist und sie endlich eine wirkliche politische Alternative wollen, wenn also diese zwei oder drei Prozent nicht verloren sein sollen, müssen noch mehr die grün-bunte Einheit wählen, damit sie über die 5%-Hürde springt. Vielleicht können wir sogar einen Teil der Jusos u.a. zu einer »Leihstimmen-Kampagne« bewegen. Spitzfindig ist das natürlich (deshalb sollten solche Zahlenspiele auch nicht im Zentrum des »alternativen« Wahlkampfes stehen), aber für viele Leute sicherlich ein gewichtiges Argument.

Ra, Westberlin

Anti-Strauß-Kampagne! Überzeugen? Was ist mit der SPD/FDP-Koalition? Alles Fragen, die mich seit der Wahl von F.J. Strauß zum getriebenen Kanzlerkandidaten von CDU/CSU beschäftigen. Seit einigen Wochen

demokraten sind parat, um die von uns vertretene Sache, ihnen geht es um den Sitz im Parlament, auf dem sie sich dann genauso ausruhen würden, wenn sie ihn bekämen, wie die ihnen recht nahestehenden bürgerlichen Politiker.

Bis zur Bundestagswahl 1980 bleibt uns noch ein Jahr Zeit. Dieses Jahr sollten wir dazu benutzen, eine Einigung unter den echten Demokraten herbeizuführen; für die anderen steht die Tür offen, wir sind Demokraten!

Nun möchte ich zu Punkt zwei kommen, zu der im Augenblick laufenden, für meinen Teil etwas überzogenen, Anti-Strauß-Kampagne. Der hier betriebene Aufwand erscheint mir doch etwas suspekt. Natürlich würde ein Wahlsieg der Unionsparteien eine relativ große Gefahr für die linken und fortschrittlichen Kräfte in der BRD mit sich bringen, aber geht die gleiche Gefahr nicht schon seit Jahren gerade auch von der Regierung Schmidt aus? Wann gab es jemals eine solch großangelegte Kampagne gegen den Atom-Kanzler Schmidt? Meines Wissens überhaupt nicht! Die Ernennung oder die Wahl von F.J. scheint einige Leute nicht mehr ruhig schlafen zu lassen. Selbstverständlich soll das nicht heißen, wie die Heidelberger Genossen vorschlagen, daß wir den antireaktionären Wahlkampf der SPD überlassen sollen; wir müssen diesen antireaktionären Wahlkampf aber nicht einseitig nur gegen Strauß und Konsorten, sondern auch gegen SPD/FDP führen.

Wir können die Alternative bieten, sowohl zu SPD/FDP, als auch zu CDU/CSU! Deshalb müssen wir die reaktionäre Politik, sowohl von SPD/FDP als auch von CDU/CSU bekämpfen. Nur so sind wir glaubhaft und nur so haben wir als echte Alternative eine Chance bei den Bundestagswahlen 1980.

Für eine antireaktionäre Kampagne gegen die bürgerlichen Parteien!

Stopp Strauß und Schmidt gleichermaßen!

Roger, KB-Sympathisanten-Mannheim



erscheinen im AK regelmäßig Berichte über die krankehaften Versuche, eine Einigung im Grün/Bunt/Alternativen-Lager herbeizuführen. Besonders intensiv wird diese Berichterstattung seit der Ernennung von F.J. betrieben. Es wäre natürlich eine schöne Sache, wenn eine solche Einigung, auch in der angestrebten Breite, zustande kommen könnte, aber wer glaubt eigentlich daran?

Darf man/frau so naiv sein und nach den bisherigen Erfahrungen mit Gruppen wie GAZ, AUD etc. noch an eine Möglichkeit der Einigung mit diesen für mich antidemokratischen Kräften glauben? Noch im AK 157 beschrieb man/frau die in greifbare Nähe gerückt scheinende Einigung auch mit diesen Kräften; AK 158 brachte dann aber für alle leicht- und gutgläubigen Kräfte die Ernüchterung. Mit solchen antidemokratischen und antikommunistisch eingestellten (in ihrer großen Mehrheit) Gruppen kann es keine gleichberechtigte und faire Zusammenarbeit geben. Diese Schein-

Im AK 158 schrieben die Sympathisanten des KB in Heidelberg: »Und hat sich die SPD nicht als ebenbürtiger Interessenvertreter der Bourgeoisie erwiesen, für dessen Ablösung durch die CDU/CSU es aktuell keinen Grund gibt?« Und weiter, die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien seien »nur graduell« und »in der augenblicklichen Situation nicht der Hauptwiderspruch«.

»In dieser Situation einen »antireaktionären« Wahlkampf zu führen, wäre opportunistisch und hieße, am falschen Widerspruch anzusetzen.« »Schwerpunkt« unseres Wahlkampfes müsse »die Kritik an der SPD« sein; den »antireaktionären Wahlkampf können wir dann getrost der SPD überlassen« (alles AK 158, S. 6).

Oh wie bekannt klingen diese Töne. Schrieb doch die »Wahrheit« des KB Bremen (Vorläuferorganisation des KBW) im Mai 1972 zum Strauß/Barzel-Putsch: »Es wurde die Hauptparole »Stopp Strauß und Barzel« aufgestellt, was angesichts der Tatsa-

che, daß die Arbeiterklasse heute nicht den bürgerlichen Staat zerschlagen kann, um ihre eigene Macht zu errichten, nichts anderes heißt, als »Unterstützt Brandt!«.

Wer kann sich so eine Ignoranz erlauben? Die Arbeiterklasse ganz gewiß nicht. Für sie sind es allemal keine »graduellen Unterschiede«, wenn das Streikrecht abgeschafft wird und der CGB als gelbe Einheitsgewerkschaft aufgebaut wird. — Für die Frauen sind es bereits heute nicht bloß »graduelle« Unterschiede, ob sie eine Abtreibung in Hamburg oder Bayern machen müssen — und den Kindern dürfte Strauß-Freund Wallmanns Schließung der Frankfurter Kitas auch nicht nur »graduell« an die Nieren gegangen sein.

Nach der Logik unserer Heidelberger Sympathisanten dürften »die Betroffenen« doch gar nicht gegen die Verschlechterung ihrer Lage (durch eine Strauß-Regierung) kämpfen, ohne eine Alternative zu haben oder gar schon um die »Macht« zu kämpfen, wie der KB Bremen schrieb. Denn eben dieser Kampf gegen eine Verschlechterung ihrer Lage ist »opportunistisch« und »hieße am falschen Widerspruch anzusetzen«.

Es war immer Lenins Auffassung, um jeden Millimeter bürgerlicher Freiheiten zu kämpfen, denn es ist zweifellos nicht unerheblich, ob wir als Kommunisten offen unsere Agitation und Propaganda verbreiten können oder im Untergrund arbeiten müssen, ob die Arbeiterklasse gewerkschaftliche Kämpfe führen darf oder Streikverbot herrscht.

Für Unionsleute ist auch die Formulierung der Heidelberger, daß »die SPD ein »ebenbürtiger« Interessenvertreter der Bourgeoisie« ist. »Ebenbürtig« kommt doch »gleich« reichlich nahe. Auch das ist im Grunde eine »olle Kannele« aus dem Wahlkampf '72. Auch damals wollten die »Super-Linken« nichts mehr von Lenins Auffassung wissen, daß die Bourgeoisie »zwei Systeme des Regierens, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen« herausgebildet hat.

»Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterklasse... Die zweite Methode ist die Methode des »Liberalismus«...« (Lenin, Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung).

Zweifelslos treten diese Methoden nicht rein auf. Trotzdem will die Bourgeoisie mit Strauß wieder mehr auf die »Methode der Gewalt, Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterklasse« setzen. Außenpolitisch wieder die »uns ökonomisch zuzustehende Rolle spielen« etc. Hier von »ebenbürtig« zu sprechen, ist eine Verharmlosung der Faschisierung von Staat und Gesellschaft — Markenzeichen Strauß.

Darüber hinaus hat die Bourgeoisie überhaupt kein Interesse, eine Partei der anderen »ebenbürtig« zu machen. Sie würde längerfristig auf eine Methode zur Niederhaltung der Arbeiterklasse verzichten. Insbesondere wird diese dann falsch, wenn behauptet wird, daß es für die »Ablösung der SPD keinen Grund gibt«. Dies impliziert, daß Straußens Thesen im »Entwurf für Europa« nur Albernheiten eines bayerischen Wurstkopfes sind. Dabei zeichnet sich seit längerem ab, daß die Bourgeoisie ihre Hauptpartei wieder ans Ruder bringen will (angefangen mit dem Test des Strauß/Barzel-Putsches 1972).

Und zu guter letzt sitzt ihr einer Illusion auf, wenn ihr meint, »den antireaktionären Wahlkampf können wir der SPD überlassen«. Genau andersherum ist es richtig. 1972 hat die Arbeiterklasse, vor allem fortschrittliche Kollegen, linke Sozialdemokraten, Sozialisten, Liberale und einige wenige Kommunisten die Bewegung »Stopp Strauß« anfangs geführt. Die SPD hat die Arbeiter aufgefordert, in den Betrieben zu bleiben, die Straße zu meiden! Erst nachdem die SPD-Führung diese Bewegung nicht mehr aufhalten konnte, ist sie an die Spitze gestürzt und hat von dort massivst das Ende dieser Bewegung betrieben. Die Aufgabe der Kommunisten, damals wie heute, ist es, an solchen Massenprotesten und Bewegungen teilzunehmen, ihr fortschrittlichster Teil zu sein, die Bewegung zu radikalisieren und vorwärts zu treiben. Dabei wird es zu Auseinandersetzungen mit allen rückwärtstenden Manövern der SPD-Backe kommen. Diese können aber nur glaubhaft und v o r d e n



Fortsetzung von Seite 9

Augen der Masse der Strauß-Gegner ausgetragen werden, wenn wir Teilnehmer, ja am besten die Aktivisten dieser Bewegung sind!

Ingo/Hamburg

Die Heidelberger KB-Sympathisanten wenden sich gegen die Forderung nach einem „antireaktionären Wahlkampf“ und fordern stattdessen einen „offensiven Wahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien“ nach dem Vorbild des Bunte-Liste-Wahlkampfes.

Die Ausgangssituation des Bunte-Liste-Wahlkampfes in Hamburg 1978 war jedoch eine andere als die des anstehenden Bundestagswahlkampfes. Dort waren die Unterschiede zwischen CDU und SPD tatsächlich nur graduell; eine CDU-Regierungsübernahme wäre kein wesentlicher neuer Schritt in der Faschisierung gewesen.

Die Heidelberger Sympathisanten gehen offensichtlich davon aus, daß Schmidt-Regierung und Strauß-Regierung „Jacke wie Hose“ ist. Das halte ich für falsch. Eine Machtübernahme von Strauß wäre ein entscheidender Schritt der Faschisierung. Oder ist es für Euch egal, ob wir mit dem AK auf der Straße stehen oder im Kriegerstanz? Daß von einer Regierungsübernahme durch CDU/CSU durchaus eine faschistische Gefahr ausgeht, wird wohl jedem deutlich, der Strauß' Äußerungen und Skandale kennt (siehe „Strauß — Ein Faschist“, AK 158, S. 8).

Die Heidelberger Genossen wollen einen antireaktionären Wahlkampf „getrost der SPD überlassen“. — Die wird ihn aber nicht machen — Schmidt hat bereits zu erkennen gegeben, daß die SPD im Wahlkampf Strauß' Skandale und faschistische Provokationen nicht aufgreifen wird.

Ein antireaktionärer Wahlkampf, in dem linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter und „Bunte“ gemeinsame Aktionen — unabhängig vom Wahlverhalten — gegen Strauß machen und seine Politik als antidemokratisch und zutiefst reaktionär entlarven, wird der SPD-Führung sogar sehr mißfallen — schon, weil die Juso dann wieder mit Kommunisten ... Dieser Wahlkampf müßte durchaus nicht ein „kleineres Übel“ unternehmen werden. Er würde für die SPD vielmehr unbequeme Fragen aufwerfen: so danach, warum die SPD mit Strauß in einer Regierung saß; warum Schmidt ihn in die „Solidarität der Demokraten“ einbezieht; was die SPD Strauß entgegenzusetzen hat usw. Die SPD-Führung wendet sich dagegen, „Strauß zu dämonisieren“; die Heidelberger Genossen wenden sich dagegen, „mit der Angst vorm „schwarzen Mann“ Politik zu betreiben“. — Diese Angst bei vielen Demokraten ist jedoch berechtigt; es ist unsere Pflicht, Strauß als Hauptfeind zu bekämpfen.

Klar ist, daß eine Grün-Bunte-Liste auch die Schweinereien der SPD/FDP-Regierung und deren Ver-

Klar ist, daß eine Grün-Bunte-Liste auch die Schweinereien der SPD/FDP-Regierung und deren Verantwortung dafür benennen müßte, daß Strauß sich heute traut, als Kanzlerkandidat aufzutreten. Antireaktionärer Wahlkampf („Volksfront“ gegen Strauß) und Grün-Bunte Einheit, — das sollten die beiden Hauptstränge unseres Wahlkampfes sein. Falsch finde ich auch die Äußerung von Uwe aus Flensburg: „SPD und FDP müssen genau aufs Korn genommen werden, gerade, weil sie nicht „offen reaktionär“ sind“. Dies erinnert mich etwas an die Politik der KPD Anfang der Dreißiger Jahre, „den Hauptstoß gegen die SPD“ zu führen. Diese Politik ist falsch, weil sie die Bündnismöglichkeiten mit Linksliberalen und linken Sozialdemokraten verbaut und den Aufbau einer breiten antifaschistischen Abwehrfront, die für uns in absehbarer Zeit von existenzieller Bedeutung sein kann, erschwert.

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg

## IMPRESSUM

### ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reenta, Lerchenstraße 76, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 08 oder 43 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 56,— im Abzug, sonst PSehA Hamburg, 240695-203; Einzelpreis DM 2,—; erscheint 14-tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Zeitung: 9.200.

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

## A. Schubart: Jetzt muß die Linke Farbe bekennen

Alexander Schubart („Aschu“), Magistratsdirektor in Frankfurt, früher exponierter Linker im SPD-Unterbezirk, war Kandidat der Grünen Liste Hessen (GLH) bei den hessischen Landtagswahlen. Außerdem ist er Mitglied im SB. In der GLH hat der Diskussionsprozeß um die Haltung zu den kommenden Bundestagswahlen erst begonnen. Ein erstes Meinungsbild darüber soll auf einer Mitgliedserversammlung am 26.8. in Hanau-Mittelbuchen erstellt werden.

AK: Was war deine persönliche Reaktion, als du davon gehört hast, daß die CDU/CSU Strauß nominiert hat? A. Schubart: Ich hab' mir natürlich zunächst einmal die Frage gestellt, wie es möglich ist in dieser Situation, daß Strauß als Kanzlerkandidat antritt. Übrigens ein Wunsch von Strauß, der nicht neu ist, sondern bis in die frühen 50er Jahre, als er Verteidigungsminister war, zurückreicht. Ich habe mir vor allem die Frage gestellt, wie war das möglich, angesichts 10 Jahre Regierungsherrschaft der SPD in Bonn. Ich sehe für die Straußkandidatur im wesentlichen zwei Ursachen. Die erste ist die allgemeine Rechtsentwicklung in dieser Gesellschaft, die ihrerseits unmittelbar durch die Politik der Schmidt-Regierung mitgetragen wurde. Sie hat durch eine permanente Rechtsentwicklung die politischen Voraussetzungen für eine Kanzlerkandidatur von Strauß geschaffen, was dem Strauß ja weder unter Adenauer noch unter Erhard noch unter Kiesinger möglich gewesen ist. Es gab allerdings schon einmal eine Regierungsbeteiligung von Strauß dank der SPD: nämlich im Rahmen der großen Koalition. Daran muß auch erinnert werden: an Plisch und Plum — SPD-Wirtschaftsminister und CSU-Finanzminister — Schiller und Strauß.

Die andere Ursache ist, daß Schmidt ja völlig das tableau, das Spektrum normaler CDU-Politik belegen hat. Die CDU war geradezu gezwungen, so jemanden wie Strauß zum Kanzlerkandidaten zu machen, um sich überhaupt noch von der Schmidt-Politik abheben zu können. Es gab eine Untersuchung zu Beginn dieses Jahres, als noch niemand an Albrecht als Kanzlerkandidat und erst recht noch niemand an Strauß dachte, eine Tiefenanalyse, die offenbar vom Konrad Adenauer-Haus ausging. Da wurde die Einschätzung der Schmidt-Regierung durch CDU-Wähler untersucht, und die hat gezeigt, daß immer mehr CDU-Wähler der Ansicht waren, daß Schmidt eigentlich ihre Politik machen würde. Der hat also voll dieses tableau besetzt und zwar viel wirkungsvoller, als es ein Kohl machen könnte oder auch ein Albrecht.

Die 10jährige Regierungsherrschaft der SPD, vor allem seit der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt, hat mit ihrer Folge von repressiven und antidemokratischen Gesetzen, die unter dem Banner des „Antiterrorismus“ durchgepeitscht wurden, aber auch mit ihrer sozialfeindlichen Wirtschaftspolitik, mit ihrer antioökologischen Umweltpolitik, mit ihrer friedensfeindlichen Wehrstützungspolitik, mit ihrer antioökologischen Umweltpolitik, mit ihrer friedensfeindlichen Wehrstützungspolitik u.a.m. ein rechtliches politisches Klima geschaffen, in dem eine Straußkandidatur möglich geworden ist. Die Straußkandidatur ist also eine unmittelbare Folge Schmidtscher Regierungspolitik.

AK: Wie schätzt du das Programm ein, das von Strauß verkörpert wird?

A. Schubart: Meiner Ansicht nach steht Strauß auf einem Standpunkt außerhalb eines bürgerlich demokratischen Spektrums. Ein Mann, der neben Pinochet stehend zu diesem sagt: „Bewahren Sie die Freiheit weiter in Ihrem Lande“, kann keinen wie immer gearteten demokratischen Anspruch erheben. Wir müssen also deutlich machen, daß mit Strauß die Demokratie überhaupt aufhört. Strauß ist kein Kandidat einer irgendwie gearteten bürgerlich demokratischen Partei, sondern einer erreaktionären, antidemokratischen Partei. Entsprechend würde natürlich auch seine Politik aussehen; es würde eine Politik der reaktionären, der autoritären Formierung sein. Es würde eine Politik sein, die all diese Instrumente an Repression, die eine zehnjährige SPD-Regierungs- und Parlamentspolitik geschaffen hat, in einem sicher noch weit extensiveren Maße anwenden würde, als es bisher unter Schmidt, Vogel usw. geschehen ist.

AK: Du kennst die Debatte um das pro und contra einer alternativen Wahlbeteiligung bei den nächsten Bundestagswahlen. Gerade das Argument der Gefährlichkeit von Strauß dient einer ganzen Reihe demokratischer Persönlichkeiten dazu, zu sagen: Jetzt bleibt uns doch nichts anderes übrig, als wieder das „kleinere Übel“ SPD zu wählen.

A. Schubart: Ich trete diesem Argument ganz entschieden entgegen. Einmal aus meiner Einschätzung der Strauß-Kandidatur:

Wenn es richtig ist, daß die Strauß-Kandidatur eine unmittelbare politische Folge von Schmidtscher, also SPD-Regierungspolitik ist, dann kann es ja nicht richtig sein, zu sagen: Wir wollen Schmidt als Alternative gegenüber Strauß. Immerhin hat Schmidt ja dieses ganze Repressionsinstrumentarium, diese ganze Rechtsentwicklung in Gang gesetzt, die eine Strauß-Kandidatur erst möglich gemacht hat. Aus diesem Grunde sollte ich eine alternative Kandidatur für dringend notwendig.

Das Hauptargument, das einer alternativen Kandidatur entgegengehalten wird, wird sein, daß es nur aufgrund des Bestehens der 5%-Klausel — und das ist ja auch wirklich der einzige Grund — faktisch so sein könnte, daß Stimmen, die für alternative Kandidaten abgegeben würden, praktisch verloren wären. Dazu ist zweierlei zu erwidern: Erstens würde es bei aller Kraftanstrengung durchaus im Bereich des Realen liegen, die 5%-Klausel nicht nur zu überwinden, sondern auch er-

nicht zum Zuge kommen. Aber ich gehe immer noch davon aus, daß es gelingen wird, 5% oder mehr zu erreichen.

AK: Die Situation, die jetzt zu den Bundestagswahlen entstanden ist, kann man bis zu einem gewissen Grad mit den Hessenwahlen vergleichen. Dort gab es ebenfalls eine sehr starke Polarisierung zwischen Dregger, der für viele — nicht zu Unrecht — ein Schreckgespenst war, und Börner. Kannst du die damalige Kandidatur nochmal im nachhinein werten und sagen, was dich bewegt hat, trotz dieser schwierigen Situation bei der Grünen Liste Hessen mitzumachen?

A. Schubart: Ich bin damals im Sommer 1978, als wir die GLH gründeten, nach zwanzigjähriger Mitgliedschaft aus der SPD ausgetreten. Einmal, weil damals grundsätzlich der Punkt erreicht war, wo es in der SPD nicht weiterging, wenn man seine politische Identität noch bewahren wollte. Zweitens weil hier mit der Grünen Liste Hessen ein konkreter Moment gegeben war, wo es eben hieß, Farbe zu bekennen. Die Erfahrungen mit der Hessenwahl noch einmal im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl zu reflektieren, führt zu folgender Überlegung: Damals, im Oktober 1978, haben wir deshalb relativ schlecht abgeschnitten, weil wir

einheitliche Kandidatur bei den Bundestagswahlen ein.

Wichtig ist übrigens bei den kommenden Bundestagswahlen auch, daß dort entscheidende Weichen für die Kommunalwahlen danach gestellt werden, etwa hier in Hessen 1981, wo es sehr, sehr gute Aussichten für eine alternative, grüne Kandidatur gibt. Das pfeifen die Spatzen von den Dächern. Das wissen die Herrschenden auch, davor fürchten sie sich ganz real, daß wir hier unter einheitlicher Kandidatur antreten, und dann wirklich eine glaubwürdige Alternative etwa hier in Frankfurt gegen Arndt und Wallmann sein könnten.

AK: Bei diesen Versuchen, zu einer grün-bunten Einigung zu kommen, zeichnen sich manche Probleme, manche Konflikte ab, die wir auch von der Hessenwahl her kennen. Könntest du sagen, was für dich zentrale Punkte sind, auf die wir nicht verzichten können — trotz aller Kompromissbereitschaft, mit eher bürgerlichen grünen Kräften zusammen zu kommen?

A. Schubart: Ich halte beides für wichtig. Einmal muß man grundsätzlich kompromissbereit sein, wenn man sich in eine solche Formation begibt, wie es etwa die Grünen bei den Europawahlen waren, und dieser Formation auch allen Erfolg mitgeben will. Auf der anderen Seite halte ich es allerdings ebenso für unabdingbar, ja geradezu für unerlässlich, gewisse Minimalpositionen als Essentials festzuschreiben. Wir als Grüne Liste Hessen hatten ja, bevor wir in die Auseinandersetzung mit der Grünen Liste Umweltschutz getreten sind, Essentials erarbeitet, und darin ist meines Erachtens genau das festgeschrieben, was für uns und andere Alternative Mindestvoraussetzung sein müßte, um zu einer gemeinsamen Kandidatur zu kommen. Das sind folgende Punkte:

1. Es darf keine wie immer geartete direkte oder indirekte Unvereinbarkeitsbeschlüsse geben. Wenn also so etwas auch nur in versteckter Form — offen wird es niemand aussprechen, weil das ja ein unwahrscheinlicher Rückfall gegenüber der bisherigen Entwicklung ist — kommt, oder wenn es versteckte Vorbehalte gegenüber der Kandidatur von Personen gibt, die man mit irgendwelchen Etiketten belegen möchte, dann geht das nicht. Also das ist die erste Voraussetzung: Keine wie immer gearteten Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

2. Es muß ein politisches Selbstverständnis entwickelt werden, das der realen Entwicklung der Ökologiebewegung, der Bürgerrechtsbewegung und der Bürgerinitiativbewegung authentischen Ausdruck gibt. Das heißt: Keinerlei Kompromisse mit der Stellvertreterpolitik der etablierten Parteien, also mit einem Politik- und Parlamentsverständnis, das davon ausgeht, daß oben gewählte Vertreter sitzen, die stellvertretend für das Volk die Politik machen und bestimmen. Wir müssen dem entgegenhalten: Wir können eine Politik nur mit Bürgerinitiativen, mit den Volksmassen machen, niemals aber stellvertretend für sie.

Drittens muß herauskommen und deutlich werden, daß wir gegenüber dem Parlamentarismus ein sehr distanzierendes Verhältnis haben. Wir erwarten uns vom parlamentarischen Weg mitnichten die Lösung der dringenden Probleme. Wir sehen zwar im parlamentarischen Weg eine wichtige Arbeit, aber keinesfalls den entscheidenden Zweig. Die Hauptsache müssen weiterhin Basisaktivitäten, muß die direkte Aktion der Bürger sein.

Schließlich: Wenn wir Vertreter ins Parlament bekommen, dürfen diese kein abgeschlossenes Parlamentarier-Dasein führen, sondern sie müssen unter ständiger Kontrolle der Basis stehen und dürfen keine abgehobene Politik machen. Ich sag' es klipp und klar: Nach meinem Verständnis müßte das imperative Mandat gelten. Die Parlamentarier dürften im Bundestag nur die Politik ausführen, wie sie an der Basis real beschlossen worden ist. Sonst ist es wie bei der SPD: Es gibt wunderschöne Parteitagsbeschlüsse, bloß einen Helmut Schmidt interessiert das überhaupt nicht, was die Partei beschließt. So etwas darf es bei uns nicht geben.

Etwas was ich nicht für so wichtig halte, ist die Frage nach der äußeren Organisationsstruktur. Mir wäre es in der Tat lieber, wenn es keine Partei wäre, wenn eine grüne Formation entsprechend unserer GLH eine Wählerinitiative sein könnte. Nun sieht das Bundeswahlgesetz zwingend vor, daß außer Einzelpersonen, die nur Wahl-



heißlich zu überspringen. Dazu gehört allerdings, daß die Linken geschlossen für diese alternative Kandidatur eintreten, und nicht gewissermaßen abwartend sagen: Wir wären zwar dafür, aber erst mal sehen, wie sie sich entwickelt. Das ist ein falscher Standpunkt. Aber vor allen Dingen müssen wir deutlich machen, daß diejenigen, die diese 5%-Klausel geschaffen haben — und das ist ja auch die SPD — die Folgen dafür tragen müssen, wenn die 5%-Klausel zur Anwendung kommt. Denn die 5%-Klausel ist ja nicht nur eine Klausel, die unterbindet, daß jemand, der keine 5% erreicht hat, ins Parlament kommt, sondern sie ist eine 5, 6, 7, 8%-Verhinderungsklausel. Nur weil sie besteht, wählen viele nicht, was sie eigentlich wählen wollen, weil sie Angst haben, ihre Stimme könnte verloren gehen. Das ist ja das Hauptargument dieser 5%-Klausel. Wir müssen scharf gegen dieses undemokratische Instrument kämpfen, wir müssen der SPD deutlich sagen: Wenn ihr die 5%-Klausel nicht abschafft, begehrt ihr euch selbst in Gefahr, daß Stimmen, die entschieden gegen Strauß gerichtet sind, möglicherweise

einmal nicht in der Lage waren, dieser Polarisierung Dregger-Börner entschieden entgegenzuwirken und handfeste Argumente entgegenzuhalten — wir hatten Argumente, sie wurden aber nicht gehört —, aber vor allem ist es uns deshalb nicht gelungen, weil es damals ja zwei grüne Formationen gegeben hat, die angetreten sind. Das war natürlich unser grundlegendes Handicap.

Neben der Polarisierung war in der Tat die Spaltung der Grünen 1978 eine Ursache für das schlechte Abschneiden. Das darf es im Herbst kommenden Jahres auf keinen Fall geben. Entweder es gibt eine einheitliche ökologische, grüne, alternative und bunte Kandidatur, oder es darf keine Kandidatur geben.

Eine Kandidatur unter der Bedingung der Spaltung zwischen Grünen einerseits sowie Alternativen und Bunten andererseits — zu denen wir übrigens ja auch gehören; obwohl wir ein „Grün“ im Namen haben, gehören wir unserer politischen Ideologie nach ganz eindeutig zu den bunten und alternativen Listen — darf sich nicht noch einmal wiederholen. Deswegen trete ich ganz entschieden für eine

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 10

kreiskandidaturen machen dürfen, nur Parteien Landeslisten aufstellen können und niemand anderes. Wir müssen also politisch schon eine Partei gründen. Aber wir dürfen unter keinen Umständen zuweisen, daß sich in dieser Partei diese Verflechtungsstrukturen wieder reproduzieren wie in den etablierten Parteien.

AK: Wie wäre eine solche Parteigründung deiner Meinung nach anzugehen?

A. Schubart: Wir müssen uns natürlich sofort in die laufenden Verhandlungen zwischen den Grünen einschalten. Für uns in Hessen stellt sich zunächst einmal die Frage, wie wir es als GLH mit einem wie immer gearteten Landesverband einer Partei der Grünen halten. Wir müßten zunächst unsere inhaltlichen Mindestvoraussetzungen als GLH formulieren. Grundlage dafür müssen natürlich erst mal unsere alten Essentia und die Wahlplattform sein. Ich erwähne noch kurz, weil das außer halb Hessens nicht so bekannt sein dürfte, was die tragenden Elemente unserer Plattform waren. Das war zum einen unser neues Politikverständnis, also Ablehnung des Stellvertreterprinzips, wie ich es oben schon formuliert habe. Zweitens muß ein umfassendes Ökologieverständnis zu Grunde gelegt werden. Für uns ist Ökologie nicht nur Anti-AKW-Kampf — das gehört zentral dazu, ist aber nicht das einzige — sondern Schutz der Umwelt, Kampf gegen Naturzerstörung in all ihren Ausmaßen, dazu gehört insbesondere auch Kampf der Stadtzerstörung. Dann ein ausgeprägtes Demokratieverständnis, d.h. nicht taktisches, sondern grundsätzliches Eintreten für die Menschenrechte, wo man also nicht sagt, gegen Berufsverbote bin ich auch, aber zur Diskriminierung der Schwulen schweige ich lieber, da verbrenne ich mir lieber nicht die Finger. Ferner das Aufnehmen gewerkschaftlicher Forderungen für die Masse der Lohnabhängigen, was jetzt auch immer wichtiger wird. Mit diesen Inhalten sind wir bei der Hessenwahl angetreten. Dazu müssen bei den Bundestagswahlen einige Komplexe hinzukommen, z.B. die Frage der Friedenssicherung, Antimilitarismus, eine ganz andere Sache, gegen das Wehrwesen, gegen die Lagerung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik.

Ich denke auch, daß wir als GLH hier in Hessen aufgrund der Ergebnisse der letzten Landtagswahl, aber auch aufgrund unserer anderen parlamentarischen Arbeit danach ich nenne hier nur Rock gegen rechts — einen politisch ausgewiesenen Anspruch haben, daß wir schon so etwas wie ein Bestimmungsrecht darüber

sprechen haben, daß wir schon so etwas wie ein Bestimmungsrecht darüber haben, was — von Hessen aus gesehen — Inhalt für eine Gesamtrepublikanische Partei der Grünen sein sollte.

AK: Was hältst du denn von den über die Knie gebrochenen Parteigründungen, wie sie für Bayern und Baden-Württemberg für die allernächste Zeit angekündigt sind? Dort sollen Ende September, Anfang Oktober grüne Landesverbände aus dem Boden gestampft werden.

A. Schubart: Ich halte es für außerordentlich gefährlich, eine Partei gewissermaßen hopplahepp aus der Taufe zu heben, ohne ausgelegt die inhaltlichen Prämissen dieser Parteigründung diskutiert zu haben. Wenn man so verfährt, kann man ja nur zweierlei bewirken. Das eine ist, man will die Kritischen, die Linken, die Alternativen herausheben. Später zwar sollen sie den Wahlkampf unterstützen, Plakate kleben und die Kleinarbeit leisten, aber sie sollen von der inhaltlichen Bestimmung ausgeschlossen werden. Oder das andere ist, sie sollen zwar einbezogen werden, aber man will sich bewußt nicht einmischen, weil man weiß, es ist mühselig über inhaltliche Differenzen zu reden. Das führt natürlich dazu, daß die Konflikte spät, also kurz vor den Wahlen ausbrechen werden, weil sie vorher nicht ausdiskutiert sind, als es noch Zeit dazu war. Deswegen geht mein Plädoyer dahin, jetzt entscheiden mit der inhaltlichen Diskussion über die Wahlplattform zu beginnen, noch keine Personendiskussion zu führen, noch keine Diskussion über die Struktur zu führen, sondern zunächst einmal die inhaltlichen Fragen zu diskutieren, mit denen die Grünen zur Bundestagswahl antreten, mit all ihren Folgen. Polarisation, Schmidt-Strauß, wie ist das Parteiverständnis usw. Erst wenn man sich auf einen inhaltlichen Konsens geeinigt hat, die Struktur finden, und dann erst die Personendiskussion über die Kandidaten führen, so müßte es laufen.

AK: Kommen wir noch mal zu dem radikaldemokratischen Lager, das zwischen Sympathie für die Alternativen Listen und Angst vor Strauß Hang zu einer SPD-Wahl — hin und

her pendelt. Wäre es nicht gut, wenn man noch in irgendeiner Weise eine Initiative auf dieses Lager hin unternehmen könnte, um sie wenigstens von ihrer Passivität, von ihrer Zuschauerrolle wegzubekommen...

A. Schubart: Genau, das halte ich für das Entscheidende. Ich finde es einen sehr schlechten Standpunkt zu sagen, an sich bin ich dafür, daß es eine alternative Kandidatur gibt, und ich würde sie auch wählen, aber nur dann, wenn ich die Gewißheit hätte, daß sie die 5%-Klausel überspringt, wobei derjenige, der so argumentiert, selbst nichts dazu tun will, daß diese 5%-Klausel überschritten wird. Jetzt ist es die Zeit — gerade für entscheidende Linke, gerade für diejenigen, die es für notwendig halten, auch der Schmidt Politik eine Alternative entgegenzusetzen (bei Strauß ist das sowieso selbstverständlich) — das ihrerseits Mögliche und das bedeutet alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, damit es eine erfolgreiche Kandidatur gibt.

Und eine erfolgreiche Kandidatur kann es nur geben, wenn eine relativ große Zahl aktiver politischer Helfer dabei ist. Das ist das eine. Das andere ist, daß es auch so etwas wie eine politische Atmosphäre, also ein politisches Klima geben muß, in dem unsere Kandidatur gedeiht. Dazu gehört, daß es auch Wahlennarrativen gibt von Persönlichkeiten, die nicht direkt für Kandidatur bereit sind, die nicht direkt zu einer Mitgliedschaft in einer Grünen Partei bereit sind, die aber eingeschoben haben, daß heute eine Alternative notwendig ist. So etwas hat es früher vor allem zugunsten der SPD gegeben, in letzter Zeit ja nicht mehr, weil es viele Schriftsteller nicht mehr mit ihren Vorstellungen vereinbaren konnten. Das Motiv für solche Wahlennarrativen mußte ungefähr sein: „Wir sind entschieden gegen Strauß, auch Schmidt können wir nicht befürworten, wir sind für eine echte Alternative, und damit unterstützen wir eine grüne Kandidatur.“

AK: Du kennst selbst viele von denjenigen, die heute große Skrupel haben, ob sie noch mal SPD wählen sollen oder nicht. Was meinst du zur Haltung von Oskar Negt oder Prof. Seifert?

A. Schubart: Ja, gerade solchen auf richtigen Gedanken wie Seifert oder Oskar Negt möchte ich zu bedenken geben, daß gerade, wenn sie ehrlicherweise die Entwicklung seit 69 reflektieren, sie heute eigentlich ganz entschiedene Gegner einer nochmaligen Stimmabgabe für die SPD sein müßten. Damals, 69, war es ja so gewesen, daß konkreter Anlaß zu konkreter Hoffnung bestand, durch und mit der SPD konnte man in dieser bundesrepublikanischen Gesellschaft wesentliches verändern. Ich habe die

Wahlentscheidung 1969 gemacht, und das hat sich verändert. Ich habe die Gründung der Jungsozialisten gesehen, die praktisch eine völlige Neugründung des Verbandes gewesen ist, es war damals die Zeit, wo erhebliche Teile der APO in die SPD reinschwappten und versuchten, dort Antisystempolitik, Politik von systemüberwindenden Reformen zu machen und durch die SPD, mit der SPD den Gang durch die Institutionen zu beginnen. Aber die 10 Jahre seit 1969 müßten jetzt den letzten linken Krisen befeuert haben, daß das ein völlig gescheiterter Weg ist. Im Gegenteil, die Rechtsentwicklung, die seit 1969 bis heute — nach 10jähriger Regierungspolitik der SPD — tatsächlich stattgefunden hat, ist eine Entwicklung, die 69 überhaupt nicht erträglich war. Diese Rechtsentwicklung hat ein derart bedrohliches Ausmaß angenommen, daß dies heute auch den letzten Linken dazu bewegen müßte, zu sagen, mit dieser SPD kann es nicht weiter gehen, kann kein Neuanfang geschehen, auch nicht angesichts jener Kandidatur von Franz-Josef Strauß. Deswegen halte ich das heute für den Punkt, wo die Linke Farbe bekennen muß. Und für ganz schlecht halte ich das Argument, wie es Oskar Negt gebracht hat, der sagt, weil die Linke so schwach sei, müsse sie noch einmal von einer Kandidatur Abstand nehmen und nochmals die SPD wählen. Wer will eigentlich garantieren, daß es in 4 Jahren mit der Linke besser wird. Einmal muß doch der Anfang gemacht werden, aus diesem Teufelskreis von Schwäche, SPD-Begünstigung und Rechtsentwicklung auszubrechen. Und dazu gehört es zentraler, daß die Linke der SPD ihre Stimme entzieht und eine Alternative unterstützt.

AK: Letzte Frage: Wärest du unter der Voraussetzung, daß eine alternative Liste tatsächlich glaubwürdig wäre, bereit, auf einer hessischen Landesliste zu kandidieren?

A. Schubart: Ja, ich wäre schon bereit zu kandidieren, wenn die Genossen die in der GLH zusammengeschlossen sind, und mit denen ich einen politischen Weg gemeinsam gegangen bin, damit einverstanden wären und das haben wollen.

## Interview mit Betriebsrat Schmitz von der Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe bei Opel-Bochum

Welche Entwicklung erwartest Du durch die Kandidatur von Strauß?

Wir haben über diese Frage schon gesprochen, als sich die Kandidatur von Strauß herausgestellt hat. Es gibt hierzu keine eindeutige Meinung. Im wesentlichen gibt es drei Auffassungen: Die eine sieht schon dann einen verschärften Rechtsruck, wenn Strauß Kanzler wird, hat also Angst davor und sieht voraus, daß von staatlicher Seite aus mehr Repressionen zu erwarten wäre. Es gibt aber auch Kollegen — und das sind eigentlich die Meisten — die sagen, daß sich die Situation für uns in den Betrieben nicht wesentlich verschlechtern würde, wenn Strauß Kanzler wird.

Die staatliche Politik, die hier getrieben wird, hängt nicht ab von den Möglichkeiten, die ein Kanzler hat, sondern die hängt ab von den Möglichkeiten der Bourgeoisie, den Arbeitern ihre Profite abzupressen; auch ein Kanzler Strauß hat nur so viele Möglichkeiten, wie wir uns das als Arbeiter gefallen lassen. Insofern waren wir davor, daß die Alternative, die jetzt vor der nächsten Bundestagswahl ansteht, daß das eine Alternative wird, wo wir uns entweder für die eine oder die andere Seite, also für Schmidt oder Strauß, entscheiden sollen.

Der Hauptgedanke ist für uns: Wenn wir uns gegen Strauß als offenen Vertreter der westdeutschen kapitalistischen Interessen wenden, dann müssen wir gleichzeitig anpassen, daß wir nicht den Schmidt oder die SPD als Alternativen haben. Ich habe — sondern das ist ja schon Resultat der — aktionären Bewegung der gesamten politischen Szene. Und diese Stimmung ist eben mit begünstigt worden durch die Politik, die in den letzten zehn Jahren von der SPD-Regierung getragen worden ist. Wir sehen das also nicht als krasse Einschnitt, sondern als einen krasen Ausdruck einer Entwicklung, die eben ihre Ursachen in einer verschärften Entwicklung des kapitalistischen Systems hat. Dadurch wird eben auch der Boden leichter für

Also, ich habe zwar jetzt keinen Überblick über die gesamte BRD, kann aber sagen, daß für die Arbeiter wohl eine christliche Gewerkschaft keine echte Alternative wäre. Andererseits ist zu sagen, daß bei den letzten Betriebsratswahlen bei Opel Bochum die CDA-Liste immerhin 15 % der Stimmen erhielt und damit die druckstärkste Fraktion bildet, obwohl sie das erste Mal kandidierten. Es ist also auch bei uns im Betrieb ein Rechtspotential da. Wie äußern sich diese Leute auf so eine Sache?

Das sind natürlich Leute, die offen die Interessen des Kapitals vertreten, die also bei Tarifverhandlungen gegen ihre Meinung nach zu hohe Lohnforderungen der Kollegen auftreten. Beim Stahlstreik im Januar sind sie rumgerannt und haben die Kollegen denunziert. Zur Strauß-Kandidatur hat es bisher von denen noch keine Äußerung gegeben.

Wie siehst Du die Möglichkeit einer alternativen Kandidatur? Hältst Du sie für sinnvoll?

Zu den alternativen Listen kann ich sagen, daß ich eine Kandidatur zu den Bundestagswahlen nicht für eine echte Alternative halte. Wir in der Gruppe haben dazu noch keinen klaren Standpunkt. Die Beteiligung am Parlamentarismus bzw. gegenwärtigen Kräfteverhältnis kann meiner Meinung nach nur bedeuten, daß man faule Kompromisse macht. Es sind alle bei uns AKW-Gegner, die die Politik überhaup

Was heißt für Dich, „faule Kompromisse zu machen“? Welche Alternative seht Ihr dazu?

Für die Bundestagswahl sehe ich im Augenblick keine Alternative. Ich werde wahrscheinlich die Wahl boykottieren — wie bei der letzten Bundestagswahl. Natürlich werde ich mir die Vorschläge der linken und alternativen Organisationen angucken. Es gibt ja schon Erfahrungen in Westberlin und Hamburg mit solchen alternativen Listen. Von anderen Bürgerinitiativen her habe ich aber schon die Erfahrung gemacht, daß am Anfang klare radikale Forderungen aufgestellt werden, die dann von liberalen Kräften in die Hand genommen werden und umgelenkt werden in Illusionen, daß hier eben doch noch ohne Konfrontation mit den „Volksvertretern“ was zu machen wäre. Diese Gefahr sehe ich eben auch bei dem parlamentarischen Weg der Grünen.

Man kann natürlich auch andersrum sagen, daß es gerade durch die Abstinenz anderer Kräfte erleichtert wird, auf parlamentarischer Ebene Illusionen zu erzeugen.

Aber das ist doch eine Frage, wie stark wir sind, um bei solchen Wahlen auch dementsprechend auftreten zu können.

Und das sehe ich zur Zeit nicht. An dem kommt Du das mit, indem z.B. die Anti-AKW-Bewegung so stark und militant wird, daß sie zu einer Massenbewegung wird.

Andererseits können natürlich die AKW-Gegner im Parlament dazu beitragen, die Anti-AKW-Bewegung zu stärken und den Einfluß zu verbreitern.

Ja gut, wenn die Möglichkeit da ist... Also, ich möchte nochmals betonen, daß dies keine abschließende Ablehnung bedeutet. Wir haben auch gerade die Frage der alternativen Listen bei uns in der Gruppe noch nicht so recht abschließend diskutiert.

# Strauß



## NEIN DANKE!

Sonstige Rede und Antiqua-Presse im Wortlaut

NEU:

**100 S.**  
Df 1  
**7,50**

**Aus dem Inhalt**

Skandal und Affären  
pflastern unseren Weg

Strauß und  
die Internationale  
des Terrors





# Nachrichten vom Widerstand

## Wie lange wollt Ihr noch pennen? Grohnde-Schadenersatzklage terminiert 186 Polizeizeugen geladen

Der bisher umfangreichste und bedeutungsvollste Prozeß gegen die Anti-AKW-Bewegung kommt ins Laufen. Zwischen dem 15.10. und dem 7.12. hat die 2. Zivilkammer des Landgerichts Hannover insgesamt 28 Verhandlungstage angesetzt, die ausschließlich zur Vernehmung von insgesamt 186 Polizeizeugen dienen sollen.

Eine Erinnerung angesichts der Null-Aktivitäten der Linken zu diesem Prozeß scheint erforderlich. Es geht um den Schaden von 239.000 DM, der der Polizei angeblich bei der Demonstration am 19.3.77 in Grohnde zugefügt wurde. Verklagt sind 18 Leute, von denen gegen drei bereits ein „Versäumnisurteil“ verhängt wurde, weil sie ohne Anwalt zum ersten Verhandlungstermin erschienen waren. Das Versäumnisurteil gegen Wolfgang ist rechtskräftig.

Über die Berufung wird am 20.9. (11.00 Uhr, Landgericht Hannover, Raum 144) entschieden. Das Gericht hat an den bisherigen Verhandlungstagen bereits geurteilt, daß es die AKW-Gegner zur Zahlung zu verurteilen gedenkt. Der Antrag der Verteidigung, die Klage als unbegründet zurückzuweisen, wurde abgelehnt, das Gericht hielt es nicht einmal für erforderlich, von der Bezirksregierung weitere Beweismittel zur Untermauerung der Klage anzufordern, auch das Versäumnisurteil ging glatt durch, so daß die Bezirksregierung schon jetzt triumphiert. In der „FAZ“ ist gar nur noch die Rede davon, daß das Gericht prüfen wolle, ob die Zusammenstellung der Forderungen der Polizei korrekt ist. Dabei geht es in diesem Prozeß um viel Grundaktuelles – die Frage, ob das Demonstrationsrecht de facto aufgehoben wird, wie es kürzlich auch Rechtsanwalt Schröder (Vors. der Jungsozialisten) und Prof. Jürgen Seifert in einem Rundfunkgespräch hervorgehoben haben. Allerdings mit einer

gefährlichen Argumentation „Meine Mandanten haben keine Gewalt angewandt“ (Schröder).

Obgleich der Pferdefuß dieser Argumentation auf der Hand liegt, erscheint es mir müßig, jetzt lauthals über die sozialdemokratische Integrationspolitik herzuzeihen. Dann im Gegensatz zu dieser öffentlichen Kritik an der Klage der Bezirksregierung schläft die Linke in dieser Frage seit Monaten beharrlich, einschließlich der Ermittlungsausschüsse. Keine Veröffentlichung mehr, keine Veranstaltungen, Aktionen, keine Ermüdung liberaler Kräfte, auch zu diesem Prozeß zu äußern. Ja, nicht einmal eine vernünftige Prozeßvorbereitung hat es bisher gegeben. Die diversen Treffen der Ermittlungsausschüsse und der Betroffenen waren beherrschend von der immer wiederkehrenden Diskussion: Soll man den Prozeß führen oder sich von vornherein ein Versäumnisurteil einhandeln? Über das Führen des Prozesses – das für 15 von 18 Betroffenen feststand – ist allerdings seit April dann nicht mehr diskutiert worden. Über die Öffentlichkeitsarbeit bestand auf der allgemeinen Ebene Einigkeit. Integration dieser Frage in alle Anti-AKW Aktivitäten, keine „Sonderkampagne“, gezielte Diskussionen mit einem breiten Spektrum von Organisationen, um diese zu öffentlichen Stellungnahmen und Aktionen zu aktivieren. Verwirklicht worden ist davon in den letzten Monaten allerdings so gut wie gar nichts.

Wir sind auf dem besten Wege unsere geringen Chancen in diesem Prozeß einfach aus der Hand zu geben. Die Gegenseite konzentriert sich derweil vollständig auf den Prozeß, der als einziger von ursprünglich fünf im Augenblick noch aktuell ist.

Die Leistungsbescheide zum Anti-Atomdorf Brokdorf wurden zu-

rückgezogen.

Ebenso die Leistungsbescheide wegen der Besetzung des Informationspavillons Esensham.

Die Schadenersatzklage der NWK gegen Jens Scheer (Brokdorf) ist durch den Freispruch hinfällig, das Leistungsbescheide wegen der Raumdung des Anti-Atomdorfs Grohnde wurden von der Bezirksregierung zurückgestellt bis zur Entscheidung über die Klage von zwei ehemaligen Dorfbewohnern in der die Rechtmäßigkeit des Polizeieinsatzes bestritten wird.

Gegenüber der in der Vergangenheit oft frustrierenden Kurzschluß-Reaktion: Prozeßtermin – öffentliche Erklärung, Aktion, scheint mir der Verlauf (bzw. Nicht-Verlauf) des Prozesses gegen Kai Ehlers zu zeigen, wie richtig die ursprünglichen Überlegungen zur Öffentlichkeitsarbeit zum Schadenersatzprozeß waren und daß wir damit tatsächliche Chancen haben, Einfluß auf den Prozeßverlauf zu nehmen.

Es dürfte doch wohl nicht zuviel verlangt sein, wenn jede linke, liberale und Umweltschutzzeitung zu diesem Prozeß Stellung bezieht und wenn hunderte von Leuten und Organisationen Protestschreiben an das Gericht schicken. (Landgericht Hannover, 2. Zivilkammer, Vorsitzender Richter Lenski, Volkersweg 65, 3000 Hannover).

Detaillierte Informationen zum Prozeß sind beim hannoverschen Ermittlungsausschuß zu bekommen (G. Buchholz, Boedekerstr. 75, 3000 Hannover) – dorthin kann man auch Durchschläge von Protestschreiben u.ä. schicken. Spendenkonten u.ä. für Anwaltskosten, nicht für Schadenersatz! Stadtparkasse Hannover 26780127 / G. Buchholz.

Auf denn! Auf daß bereits im nächsten AK die ersten „Erfolgsmeldungen“ veröffentlicht werden können! Goetz

wird, wie es kürzlich auch Rechtsanwalt Schröder (Vors. der Jungsozialisten) und Prof. Jürgen Seifert in einem Rundfunkgespräch hervorgehoben haben. Allerdings mit einer

zehl, der als einziger von ursprünglich fünf im Augenblick noch aktuell ist.

Die Leistungsbescheide zum Anti-Atomdorf Brokdorf wurden zu-

Auf denn! Auf daß bereits im nächsten AK die ersten „Erfolgsmeldungen“ veröffentlicht werden können! Goetz

## Nach der Energiekrisenkampagne Atomindustrie im Aufwind

Nachdem in der bürgerlichen Presse die angebliche Energiekrise genügend ausgewälzt und widergärtet worden ist, kommen nach den explosionsartigen Preiserhöhungen der Ölkonzerne die Atombetreiber wieder aus ihren Löchern.

„US-Experten treten für riesige Atomkraftzentren ein“ („FR“, 13.8.79). Nach ihrer Meinung sollen die USA mit 96 dieser Zentren, auf denen je 10 AKWs mit einer Kapazität von 20.000 MW stehen sollen, gepflastert werden. Harrisburg hoch 10 in Aussicht!

„Forschungsminister Hauff legt erste deutsche „Risikostudie“ vor“ („FAZ“, 15.8.79). Nach diesem Machwerk ist die Atomenergie mal wieder unwahrscheinlich sicher „Nur“ einmal in zwei Milliarden Betriebsjahren könne der größte anzunehmende Unfall passieren. Hierbei komme es zu 14.000 Todesfällen sofort im Umkreis von 20 Kilometern und 104.000 Opfern von Strahlenschäden im Laufe der folgenden 30 Jahre („FAZ“, 15.8.79). Aber wie gesagt, nur alle 2 Milliarden Jahre. Wann war noch mal Harrisburg? Wann war noch mal Harrisburg? Wann war noch mal Harrisburg?

Kurioserweise basiert diese Neuauflage alter Sicherheitsmärchen denn auch auf der berühmten „Rasmussen-Studie“, die unter dem Motto bekannt wurde, daß Frau/man eher von einem Meteoriten erschlagen wird, als durch ein AKW zu Schaden kommt. Diese Studie mußte aber Anfang dieses Jahres von der amerikanischen Atomenergiebehörde wegen allzu großer atomfreundlicher Mängel zurückgenommen werden.

Nichtsdestoweniger dient sie immer noch westdeutschen Behörden als Grundlage für „sichere“ Genehmigungen.

Doch die Atomlobby tut noch mehr für die Sicherheit. So hält sie in Westberlin gerade einen Monsterkongreß mit 1.200 „Topwissenschaftlern“ („FAZ“, 14.8.) zur Reaktorsicherheit ab. (Es drängt sich natürlich sofort die Frage auf, wenn Atomenergie so sicher ist, warum ein solcher Kongreß?). Nach Meinung der Experten, werde die Sicherheits-

forschung im Bereich der Atomenergie nicht deshalb weiter vorangetrieben, weil es sich etwa um eine bislang unsichere Technologie handeln würde. (Nein, was für ein abwegiger Gedanke, Anm. AK) sondern nur, um den an sich schon hohen Sicherheitsstandard noch weiter zu festigen“ („FAZ“, 16.8.79).

Entsprechend wurden solche Lapalinen diskutiert wie Schmelzen des Reaktorkernes, „Schwundungen in Rohrleitungen“ – die in Brunabüttel zum Stützpunkt führten und über den Bertschütz für Druckwasserreaktoren, den sogar die Richter für das geplante AKW Wyhl für notwendig erachteten.

Doch wer all diesen Märchen immer noch nicht glauben und Harrisburg nicht vergessen will, dem wird mit „harten Zahlen“ gedroht.

Laut FG-Kommisсар Guido Brunner müssen in der Europäischen Gemeinschaft innerhalb der nächsten zehn Jahre etwa eine Billion DM aufgewandt werden, um von der „zu starken Abhängigkeit von Öl wegzukommen“, durch Energieeinsparung und Entwicklung alternativer Energiequellen („FAZ“, 14.8.79). Was hier alternativ heißt, ahnt natürlich sofort die FAZ: „Eine Billion Mark für Kernenergie“.

Brunner untermauert seine Atomwerbung mit Horrorzahlen über drohende Arbeitslosigkeit. „Allein die bisherige Ölpreiserhöhung hat ... in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft zum Verlust von 270.000 Arbeitsplätzen geführt, es sei ein Kaufkraftschwund von 26 Milliarden DM entstanden und das industrielle Wachstum sei um 1 % verringert worden. Andererseits würden in Europa in den nächsten zehn Jahren im Kernenergiebereich 120.000 neue Arbeitsplätze entstehen und 270.000 weitere aufgrund von Folgeinvestitionen“ („FAZ“, 15.8.79).

Eine ähnlich gigantische Rechnung könnte Frau/man entsprechend für eine Umrüstung oder Aufrüstung der europäischen Atommitglieder aufmachen. Beiden Rechnungen wäre gemeinsam, daß hier mit Horrorzah-

len Programme durchgezogen werden sollen, die offensichtlich nicht im Interesse der Bevölkerung sind.

War nach Hamburg das Märchen von der Sicherheit dahingeschmolzen, wurde durch die Energiekrisenkampagne und steigende Benzinpreise jedem drastisch nahegebracht, daß ohne Atomenergie das Leben nur knapper und teurer wird. Nun wird in der Hoffnung, die Bevölkerung weichekoht zu haben, für eine neue Atomenergiekampagne eine schärfere Gangart eingelegt.

- Anfang Oktober wird vor dem Schleswiger Landgericht über den Rechtsstreit von Borsdorf entschieden.

- Die HEW kündigten an, im Winter Brunabüttel wieder in Betrieb zu nehmen.

- Spätestens bis zum 1. Oktober werden in Gorleben die Tiefbohrungen beginnen.

Eine Großdemonstration im Herbst ist notwendiger denn je!

AKW-Nein-Kommision

**Chemical Mace gegen Fahrraddemonstration**

Gorleben: Es ist kaum zu glauben. „Um eine Satablockade aufzulösen“ (so der Polizeisprecher) setzte die Gorleben-Polizei am 6.8. erstmals Chemical-Mace ein. Genauer gesagt handelte es sich um eine Fahrraddemonstration. Nach erfolgreicher Blockade wurden die Bohrfahrzeuge gezwungen, im Schrittempo hinter einer ca. 200-köpfigen Fahrraddemo herzufahren. Es gelang den Mitgliedern mehrerer Sommercamps und der Bürgerinitiative die Bohrarbeiten um ca. vier Stunden zu verzögern. Zur Auflösung dieser Demonstration setzten mehrere Bullen Chemical-Mace ein, zweimal wurde sogar durch das Fenster eines Kommissariats geschossen. Betroffen wurden zwei schwangere Frauen, die sich erbrechen und in ärztliche Behandlung begeben mußten.

Die Bullenföhrung sparte anschließend nicht mit dummen Sprichen. Es habe sich um den „eigenmächtigen“ Befehl eines Gruppenführers

## Fester Bestandteil im Strauß-Regierungsprogramm: Gorleben errichten

Welch hartgesottene Atomkraft-Durchpeitscher wir mit einem möglichen Kanzler Strauß bekommen, wird derzeit an der Frage der zu errichtenden Zwischenlager für atomaren Abfall vorgeführt.

Nachdem Niedersachsen das integrierte Entsorgungskonzept auf die lange Bank schob („politisch derzeit nicht durchsetzbar“), versucht nun die Bundesregierung die einzelnen Bundesländer auf Zwischenlager zu verpflichten. Bayern lehnt solche Zwischenlager kategorisch ab, ein bißchen weniger kategorisch auch Baden-Württemberg. Strauß' Argument: Aus solchen Zwischenlagern werden höchstwahrscheinlich Endlager, was wiederum Bundeskanzler Schmidt der Verpflichtung entheben würde, die „bestmögliche Lösung“

politisch durchzusetzen, nämlich das integrierte Entsorgungszentrum (nach „FAZ“, 25.7.79).

Auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Späth war Ende Juli der Meinung, daß Gorleben doch noch realisiert werde.

Da nach Strauß darüber im klaren ist, daß in seiner Haltung auch eine deutliche Kritik an Niedersachsens Albrecht enthalten ist, bedeutet Strauß in letzter Zeit immer wieder, daß er ja für Albrecht Verständnis hätte. Er erwarte darum von der Bundesregierung, daß sie die von Albrecht aufgezeigten politischen Schwierigkeiten aus dem Wege räume. Ein Anspruch, dem ein Atomkanzler Strauß ganz sicher nachkommen würde.

KB-Hannover

## Westdeutsche AKW-Gegner auf nach Barsebäck!

Liebe westdeutsche Atomkraftgegner!

Ihr seid die Leute, vor denen uns unser früherer Energieminister vor kurzem gewarnt hat! Falls die Reichstagsparteien sich nicht für eine Volksabstimmung über Atomkraft ausgesprochen hätten, fürchtet er „deutsche Zustände“ mit gewalttätigen Demonstrationen u.ä. auf Schweden zukommen. Jetzt ist die Durchführung der Volksabstimmung für den März 1980 beschlossen worden, und man fürchtet immer noch „deutsche Zustände“.

Die Polizei in Lund, wo in unser nächster Barsebäcksmarsch führt, hat bei den Verhandlungen über die Demonstrationserlaubnis verlangt zu wissen, ob westdeutsche Atomkraftgegner teilnehmen werden. Als die Demonstrationsleitung diese Frage nicht beantwortete, wurde ihr ver-

sichert, daß die Kontakte der Polizei zu ihren westdeutschen Kollegen so gut seien, daß man von dort sehr leicht erfahren könnte, ob Westdeutsche kommen!

Lassen wir sie's frühzeitig wissen, daß viele von euch am 8. September nach Barsebäckshamn kommen, um sich der Internationalen der Atomenergietreiber entgegenzustellen.

**KEINE ATOMKRAFT IN SCHWEDEN, IN DER BUNDESREPUBLIK UND AUCH NICHT ANDERSWO!**

**NEIN ZUR ATOMKRAFT BEI DER VOLKSABSTIMMUNG – STOPPT BARSEBÄCK!**

Wir treffen uns am 8. September um 8.00 Uhr in Barsebäckshamn Miljöf. rundet Kommitte för Barsebäcksmarschen Lund 4.8.79 I.A. T. Koch

## Fußballfans protestieren!

„KERNENERGIE JA“, diesen Spruch sollen in Zukunft auch Fußballspie-

lerische Werbung auf Trikots nicht zulässig ist, hatte der Verband keine-

## Fußballfans protestieren!

„KERNENERGIE JA“, diesen Spruch sollen in Zukunft auch Fußballspie-

lerische Werbung auf Trikots nicht zulässig ist, hatte der Verband keine-

Der SV Baeweiler (spielt in der Fußball-Oberliga Mittelrhein, Baeweiler liegt bei Aachen) ist der erste Verein, der auf diese Weise zum „Bürgerdialog“ beitragen soll. Daß für den „Bürgerdialog“ keine Mark zu schade ist, bewies die Firma URANIT (Jülich, befaßt sich mit der Herstellung von Uran-Brennstäben) und eine weitere, nicht genannte Firma, die für diese Werbekampagne immerhin 10.000,- Mark auf den Tisch des (Vereins)Hauses legten. Obwohl po-

litische Werbung auf Trikots nicht zulässig ist, hatte der Verband keinerlei Einwände. SV-Vorsitzender Franz Heusch: „Von einem Politikum kann gar keine Rede sein“ („AVZ“, 21.7.79). Aber auch unter Kickern gibt es schon genug Atomgegner, so daß diese Atomwerbung nicht ganz so reibungslos über die Bühne lief, wie auch das wohl die Atomfans bei URANIT und im SV-Vorstand vorgestellt hatten. Der Libero der Mannschaft, ein engagierter Atomgegner, wird nicht mehr für Baeweiler spielen, und beim ersten Heimspiel protestierten ca. 50 AKW-Gegner. „BSV 09 - Ja, Kernenergie - NEIN“.



Spieler des SV 09 Baeweiler

Atomkraft-Gegner Günter Naumann

## Chemical Mace gegen Fahrraddemonstration

gehandelt, ein Bulle erklärte, „daß er ebenfalls gesprüht habe, aber nicht auf Demonstranten, sondern lediglich um die Funktionsfähigkeit der „Keule“ auszuprobieren“.

Tatsache ist, daß die Bullen inzwischen eine wesentlich härtere Gangart einschlagen. Wie BI-Mitglieder berichten, wurde eine Sondertruppe in Oldenburg spezial auf ihren „Gorleben-Einsatz“ gedrillt.

Zu einer ersten Protestaktion kam es noch am gleichen Nachmittag anläßlich des 34. Jahrestages der Hiroshima-Bombe machten ca. 300 Teilnehmer des „gewaltfreien antimilitaristischen Marsches von Brüssel nach Warschau“ in Gorleben Station. Sie führten eine Kundgebung vor der Polizeikaserne „Ü-Fest durch und bezeichneten in einer Stellungnahme den Polizeieinsatz vom Vormittag als „augenwuschelnden Beweis dafür, daß mit der Atomenergie eine Militarisierung der Gesellschaft verbunden sei“ (FJZ v. 10.8.79).

Am gleichen Abend fand eine gemeinsame Veranstaltung der BI und Marschteilnehmer unter dem Motto

„Gorleben, ein friedlicher Hiroshi-

ma“.

„Gorleben, ein deutsches Hiroshi-

ma“.

„Gorleben, ein Hiroshima auf Raten“

statt.

Die Teilnehmer bekräftigten, daß Gorleben als geplante Produktionsstätte für Atombombenrohstoffe ein wesentliches Bindeglied zwischen der antimilitaristischen und der antiatomaren Bewegung darstellt. Eine Abgeordnete des italienischen Parlaments (von der „Radikalen Partei“) betonte in einer Rede die Notwendigkeit der verstärkten internationalen Zusammenarbeit auf beiden Seiten und schlug den Austausch von Delegationen zu Großdemonstrationen etc. vor.

Ein Genosse aus Lüneburg



# Ölpest: Der Golf von Mexiko ist am Absterben

Die größte Ölpest der Geschichte im Golf von Mexiko hat ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr zuschließt, daß sich Öl dem Golfstrom nähert und von dort nach Europa schwimmt.

Seit dem 3. Juni 1979 sprudeln täglich 30.000 bis 50.000 Barrel Öl aus der explodierten Erdölquelle „JXTOC 1“ im Golf von Mexiko. Die Fischer haben hier bereits tausende von toten Fischen gefangen. In den einst reichsten Fischgründen von Amerika vor den Küsten Campeche und Yucatans ist der Fischfang aufgrund der Ölpest nicht mehr erlaubt. Der Ölteppich hat bereits die Strände von Texas/USA erreicht. Richtigste Teerkumpen treiben hier am Strand an. Mit einer schwimmenden Abwehrlinie vor den Stränden wollten Wissenschaftler hier das Öl aufhalten. Was sich aber als nicht traglich erwies, da das Öl unter diesen Linien auf die Strände zutrieb.

Mit Parallelbohrungen will die mexikanische Ölgesellschaft PEMEX die Erdölquelle wieder unter ihre Kontrolle bringen. Die aussichtsreichste Möglichkeit, eine Sprengung des Bohrlochs, hat sie aus Profitgründen, wie im AK 158 beschrieben, abgelehnt. Der Erfolg der Parallelbohrungen ist jetzt in Frage gestellt. „Experten vor Ort, die sich über das strenge Schweigegebot der PEMEX Generaldirektoren hinwegsetzen, wissen, daß erst in vier oder sechs Monaten eine Chance besteht, die sprudelnde Ölquelle abzuschotten. Denn die Parallelbohrungen haben sich in unerwartet harten Gesteinsschichten festgefahren, und dadurch notwendig gewordene Abweichungen könnten den Versuch verfehlen, den alten Bohrkanal zu treffen.“ (FAZ, 21.7.79)

Die PEMEX hatte im Juni verkündet, daß die Bohrarbeiten mindestens 60 Tage dauern, jetzt spricht sie von 90 Tagen. Verschiebt aber, wie aus-

sichtslos die Parallelbohrungen zum Stoppen der Ölpest sind. Es gehört auch zur Politik der PEMEX, mit Lügen zu arbeiten. Um sich bei diesen Lügen nicht ertappen zu lassen, arbeiten sie zum Beispiel nicht mit mexikanischen Instituten zusammen. Diese könnten Ergebnisse veröffentlichen, die die Öffentlichkeit über das wahre Ausmaß informieren. So hat die PEMEX Meereshydrologen und Ölexperten beschäftigt, die sie selber bezahlen, und deren Ergebnisse der strengsten Geheimhaltung unterliegen. Mit dieser Strategie der Geheimhaltung verhindern sie größere Proteste.

Die USA, die auch von dieser Pest betroffen sind, haben bisher in ihrer Presse diesen Vorgang nicht beachtet, gegen die überschmutzten Strände nicht protestiert, sondern „vorerst trösteten sich die Verantwortlichen damit, daß die meisten Strände in dem bedrohten Gebiet wegen der feinkörnigen Struktur des Sandes relativ leicht zu reinigen sind.“ (FR, 6.8.79)

Die Durchführung der Arbeiter zum Stoppen der Ölquelle wird direkt von dieser Geheimhaltungspolitik betroffen. Experten mit Erfahrungen werden nicht angefordert. Spezialisten, die ihre Hilfestellungen anbieten, müssen wieder abreisen, weil die PEMEX nicht mit ihnen zusammenarbeiten wollte. Diese Ignoranz führte dazu, daß die Ölpest nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft wird. Der Transport der notwendigen Materialien für die Parallelbohrungen ist sehr schlecht organisiert, und im Hafen von Ciudad del Carmen herrscht Chaos. Bewußte Verzögerungen werden von der PEMEX in Kauf genommen, da sie teilweise die Arbeiten an den Wochenenden einstellt. Auch ist jetzt bekannt geworden, daß der bekannte Katastrophenspezialist Red Adair nach sei-

nen Aussagen bei dem Einsatz im Juni die „Sache bereits vier Stunden lang unter Kontrolle hatte“, dann seien die Mexikaner mit unsinnigen Manövern dazwischen gekommen. Wenig später seien die Ventile dann wieder geplatzt. (nach „Der Spiegel“, 31/7/79) Die Gleichgültigkeit der PEMEX bei den Rettungsarbeiten führt dazu, daß die anwesenden Spezialisten und Arbeiter an den Arbeiten auch das Interesse verlieren und wertvolle Zeit zur Behebung der Katastrophe verloren geht.

Katastrophale Folgen sind jetzt bereits durch die Bekämpfung des Öls mit Chemikalien eingetreten. Die Mengen von „Corexit“ wirken bei den klimatischen Bedingungen am Golf von Mexiko tödlich für das Plankton, was dann die ganze Meeresfauna zerstört. Das Meer stinkt durch die Chemikalien. Es entsteht im Golf ein totes Meer, wenn dem Chemikalieneinsatz nicht sofort Einhalt geboten wird. Der Einsatz dieser Chemikalien richtet viel größere Schäden an, als sie Nutzen bringen. Der Sinn liegt auch für die PEMEX hier, diese Maßnahmen für Propagandazwecke auszunutzen und der Öffentlichkeit dies dann noch als Ölbekämpfungsmaßnahme zu verkaufen.

Die zunehmende Kritik am Verhalten der PEMEX bei den Rettungsarbeiten hält der Generaldirektor Jorge Diaz Serrano für nicht berechtigt. Nach seinen Angaben soll es 14 Öllecken auf der Welt geben, die zum Teil seit fünf Jahren ungehindert sprudeln. Er empfiehlt den Kritikern, daß sie sich einmal um diese Quellen kümmern sollen. Dieser Umweltverbrecher Jorge Diaz Serrano soll nach dem Wunsch führender amerikanischer Politiker Präsident von Mexiko werden.

AKW-Nein Kommission

# Boehringer verpestet weiterhin die Umwelt mit hochgiftigen Stoffen

Ein großes Fischsterben entdeckte die Hamburger Wirtschaftsbehörde am 21. Juli '79 in dem Moorlester Kanal. Dieser Kanal liegt direkt neben dem Werk des Seveso-Gift-Produzenten Boehringer.

Die Ursache für das Fischsterben sind mehrere Lecks im Kühlwassersystem, durch die hochgiftige Stoffe in das Wasser gelangten. Dabei sollte das System bereits stillgelegt sein. In dem von der Gesundheitsbehörde untersuchten Wasser befand sich das Nervengift Trichlorphenol. Dieses Gift greift Nerven, Lunge und Nieren an. Sogar ein Atemstillstand kann durch das Gift verursacht werden. Für Fische ist bereits eine kleine Konzentration von Trichlorphenol tödlich.

Aber es kommt noch schlimmer. Aus einem Leck in der Mutterlauge entlief, wahrscheinlich am 21. Juli, über eine undichte Druckleitung auch das furchtbare Seveso-Gift TCDD in das Wasser! („Bild“, 1.8.79) Bereits im Juni waren in einem Grundwasserbrunnen das hochgiftige Seveso-Gift von Boehringer gefunden worden. Seit Februar dieses Jahres übertrugen sich die Meldungen über die Vergiftung der näheren Umgebung von dem Chemiewerk. Erst stellten die Behörden einen 20- bis 30fach höheren Wert von HCH in der Kuhmilch fest als maximal erlaubt ist. Dann war das Gemüse und Viehfutter vergiftet. Im April stellten Ärzte im Blut eines Boehringer-Angestellten HCH im Blut fest. Dann wurde bekannt, daß Arbeiter aus dem Werk unter Chlorakne leiden.

Boehringer kann auch weiterhin sicher sein, daß die Hamburger Behörden ihm keine ernsthaften Schwierigkeiten bei seiner Umweltverpestung machen. Hatten die Hamburger Behörden, allen voran der Umweltsenator Curilla immer wieder die Öffentlichkeit mit leeren Versprechungen wie, es sei kein Grund zur Panik, alles sei in Ordnung und es seien Kontrollen durchgeführt wor-

den, zu beruhigen versucht, so zeigt das jüngste Fischsterben, daß die Behörden bisher nichts gegen Boehringer unternommen haben, damit die Umweltgefährdung aufhört. Der Umweltsenator Curilla wußte bis zum 31. Juli nichts von dem Fischsterben und den undichten Lecks. Die „Bild“-Zeitung beschreibt die Lecks in dem Kühlwassersystem sogar als „Schweizer Käse“. Wo sind die Kontrollen? bei dem Zustand?

Der Senator Ehlers dagegen, Chef der Arbeits- und Sozialbehörde, wußte bereits am 23. Juli über die Vorgänge Bescheid, hielt es aber nicht für nötig, den Umweltsenator zu informieren. Dahinter kann man nur vermuten, daß über den skandalträchtigen Zustand der Anlagen seine Behörde nichts an die Öffentlichkeit dringen lassen will.

Da die Hamburger Behörden, es sind insgesamt fünf Stellen, die für Umweltschutz zuständig sind, nicht zusammenarbeiten, um endliche Konsequenzen für die Giftküche Boehringer zu ziehen, ist damit zu rechnen, daß sie weiterhin die Vergiftung der Umwelt akzeptieren werden. Zwei Tage nach dem Fischsterben ist weiterhin Gift ausgetreten. Warum stoppte die Behörde nicht die Produktion, was nahe liegen würde?

Die BI „Chemie-Verschmutzung“ vermutet in dem Vorgehen der Behörden zu den HCH-Skandalen, daß sie vielleicht folgendes vorhat:

- schlummernde Pläne zur Erweiterung des Gewerbegebietes durchzusetzen,
- die Marschautobahn parallel zur Andreas-Meyer-Straße durch das Gemüseanbaugelände zu verlängern,
- den Widerstand gegen die städtische Güterumgehungsstraße zu lähmen.

Wenn dies zutrifft, kann es nur für die Bauern aus den angrenzenden Viehplätzen heißen, durch Boehringer seien sie für die Pläne der Hamburger Behörden vertrieben worden. Boehringer muß weg, und die Bauern müssen bleiben!!

AKW-Nein Kommission

Die Bauern aus den angrenzenden Viehplätzen hätten, durch Boehringer seien sie für die Pläne der Hamburger Behörden vertrieben worden. Boehringer muß weg, und die Bauern müssen bleiben!!

AKW-Nein Kommission

# Giftgas: Der Tod in der Heide

In der Lüneburger Heide bei Munster fanden spielende Kinder vor einigen Tagen beim Stahlhelm-Suchen Gruben mit Giftgasbehältern. Das Waldstück ist als Erholungsgebiet ausgewiesen.

# Giftgas: Der Tod in der Heide

In der Lüneburger Heide bei Munster fanden spielende Kinder vor einigen Tagen beim Stahlhelm-Suchen Gruben mit Giftgasbehältern. Das Waldstück ist als Erholungsgebiet ausgewiesen.

Dadurch wurde, öffentlich, was der niedersächsischen Landesregierung schon seit langem bekannt ist. Das ganze Gelände um den Truppenübungsplatz Munster ist mit einer großen, in ihrem ganzen Ausmaß noch unbekannten Menge von Kampfgasbehältern aus beiden Weltkriegen verseucht, welche wahrscheinlich hauptsächlich Senfgas und Arsen in sich tragen.

Nach dem Ersten Weltkrieg lag hier eine Giftgasfabrik in der Luft. Nach dem in die Gegend geschleuderten und unversehrt gebliebenen Granaten hat bis heute niemand gesucht. Die Nazis bauten die Fabrik wieder auf. Nachdem die Briten sie kampflos übernehmen konnten, sprengten sie einen Teil der Granaten einfach in die Luft, andere Teile wurden an unbekannten Stellen vergraben. Diese Granaten rosten nun allmählich durch. Dabei traten Arsenverunreinigungen des Grundwassers auf, die die gesetzliche Höchstgrenze um das Vierfache überschritten. Für die niedersächsischen Landesregierung kein Anlaß zur Besorgnis – daß über die bisher bekannt gewesenen Wasservergiftungen geschwiegen wurde, wird damit begründet, daß in dieser Gegend kein Trinkwasser gewonnen wird!

Das Durchrosten ist jedoch nicht die einzige Gefahr. All diese Granaten wurden mit Zündern vergraben, und man hat es damals auch nicht verstanden, in diesem Gelände auch noch Zündkapseln zu vergraben. Deswegen ist es jetzt nicht möglich, den ganzen Dreck einfach auszubaggern. Andererseits rosten nicht nur die Wände der Gasbehälter durch, sondern auch Zünder und deren Sicherungsschäfte. Deshalb könnte durch einen kleinen Erdbeben oder einen Maulwurf eine ganze Deponie in die Luft fliegen. Die einzige Möglichkeit ist zur Zeit das Suchen mit Metalsonden – auf einem Truppenübungsplatz, der mit Millionen von Granatsplittern durchsetzt ist! Deshalb schätzt auch das Verteidigungsministerium für die Aufarbeiten einen Zeitraum bis zum Jahr 2000 im Wert von 100 Mio. DM. Und bis heute gibt es noch keine sichere Methode, solche geborgenen Kampfgifte unschädlich zu machen.

Wie gefährlich diese Kampfgase sind, zeigen die Maßnahmen, die während einer Bergung bei der anliegenden Bevölkerung getroffen werden. Als vor kurzem ein Trupp der Bundeswehr 129 verrottete „Gelbkreuz“-Behälter ausgrub, hatten die



Bewohner von 15 Straßen am Stadtrand von Munster zwei Tage lang bis auf wenige Stunden Hausarrest. Sie waren in dieser Zeit „zwangsbefordert“, Fenster und Türen geschlossen zu halten.

Wer über das Gelände geht, riskiert Leben und Gesundheit, weil einige Behälter in nur 20 cm Tiefe gefunden wurden. Denn das Giftgas dringt in weniger als einer Stunde selbst durch lederne Schuhsohlen und achtet unbedenkt in die Haut ein. Nach 24 Stunden werfen sich große Blasen auf, und zwei Wochen später beginnt das Fleisch darunter zu fau-

len. Wer das Gift unmittelbar auf die Haut bekommt oder es einatmet, überlebt – wie sich im Ersten Weltkrieg zeigte – nur in Ausnahmefällen. Angesichts dieser lauernden Gefahr unter dem Heideboden ist es völlig unverständlich, warum aus dem riesigen „Verteidigungs“-haushalt nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit dieser Dreck schnell verschwindet. Aber dann mußte ja vielleicht die Giftgasproduktion gedrosselt werden, denn nicht nur die Vernichtung ist teuer.

AKW-Nein Kommission

# Angst, daß die Strahlung immer noch wirkt

Kensaku Enami war 18 Jahre alt, als die Atombombe auf Hiroshima fiel. Er gehörte zu den wenigen gesunden Überlebenden, aber nur eine Zeit lang. Seit elf Jahren liegt auch er im Krankenhaus für Atombombenopfer mit Leberkrebs. Nun sei es bald mit ihm zu Ende, sagt er ruhig, er wird nie wieder nach Hause gehen. Enami fürchtet, daß es eines Tages auch seine beiden Kinder erwischen wird.

Ärzte und Patienten in diesem Krankenhaus sind ohne Hoffnung. Jedes Jahr lassen sich allein in Hiroshima 100.000 Menschen untersuchen. Sie alle haben Angst, daß die Strahlung immer noch wirkt.

Ein soeben vorgelegtes Weißbuch über die Auswirkungen der ersten Atombomben rechnet vor, daß in Hiroshima und Nagasaki jährlich noch 5.000 Menschen an Leukämie an Lungen- und Magenkrebs sterben. Der jüngste Patient ist jetzt 35 Jahre alt. Das Ausmaß von Erbsschaden ist noch nicht geklärt. Die Ärzte sind aber davon überzeugt, daß genetische Veränderungen hier häufiger vorkommen als anderswo.

Zu den Gedanklagen und Zehn tausende aus ganz Japan und Delegationen aus 21 Nationen angereist. Zum ersten Mal vereinigten sich die großen japanischen Dachverbände der Gewerkschaften Sohyo und Domei mit über sieben Millionen Mitgliedern zum Protest.

Abgesehen nahm auch eine Delegation der Stadt Hamburg am Gedenktag teil. Diese überbrachte den Antrag für eine Städtepartnerschaft zwischen beiden Städten.

Paul Dörrich, Bürgermeister von Hamburg, erklärte hierzu: „Hiroshima ist zu einem Symbol der Gefahr eines Atomkrieges und für das Überleben der Menschheit geworden. Der Unfall von Three Miles Island hat den Menschen überall gezeigt, daß von der Nutzung der Atomtechnologie gleiche Gefahren ausgehen.“ (nach FR, 3.8. und 8.8.79)

AKW-Nein Kommission

# Plaketten gegen Chemieverseuchung

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Bergedorf hat den Kampf gegen HCH und Boehringer aufgenommen. Und das außer durch Flugblätter und Aufrufe bekannt zu machen, wurden zwei Plaketten herausgegeben. Die Plaketten mit den Aufdrucken „Der Schleicher der TOD – CHEMIEGIFTE“ und „CHEMIEGIFTE TÖTEN NICHT NUR KÖHE!“ sollen unter anderem auch das laufende Kosten der Arbeitsgruppe Chemieverseuchung decken. Außerdem wollen sie ihre zur Zeit in Arbeit befindliche Broschüre zur HCH Verseuchung über diesen Weg finanzieren.

Diese Plaketten werden sicherlich nicht nur in Hamburg und Umgebung auf Interesse stoßen, da sich

die Chemische Neugier ja schon fast überall ausbreitet. Bestellungen an: Arbeitsgruppe Chemie-Verschmutzung Bürgerinitiative Umweltschutz Bergedorf c/o Jens Hornmeyer Nettelnburger Straße 65 2050 Hamburg 80. Die Plaketten kosten bei Abnahme von 1.50 Stück = 1,-, 51-100 = 0,30, 101-500 = 0,80, 501-1000 = 0,70,-. Gegen Vorankasse, Versand portofrei, bei Überweisungen: Postcheckkonto Hamburg 281734-201 Jens Hornmeyer.

AKW-Nein Kommission

# Erstes Urteil für Stromboykottler

Vor dem Amtsgericht in Stuttgart ging erstmals ein Verfahren für zwei Stromzahlungs-Boykottler aus. In der Urteilsbegründung macht die Richterin Kiefner deutlich, wonn sie den Unterschied ihres Urteils zu den Hamburger Urteilen sieht.

Der Boykott wird hier unter anderem damit begründet, daß der Haushalt der Beklagten zu 60% mit Atomstrom aus dem AKW Neckar-Wehrheim beliefert wird. Über dieses seien jedoch noch Prozesse beim Verwaltungsgericht Stuttgart anhängig, zum anderen sei erst nach den Hamburger Urteilen „die Entscheidung darüber gefallen, daß die WAA in Gorbien nicht gebaut wird“, und mit Harnsburg sei offenkundig, „daß die Atomtechnik nicht beherrscht wird.“

Folglich sei die Klage der Betreiber „zur Zeit nicht begründet“, denn ob das AKW „rechtmäßig oder rechtswidrig“ betrieben wird, sei noch strittig. „das Problem der Entsorgung ungelöst“. Die Boykottler seien „wegen des gesetzlich festgelegten Leistungsmonopols der Klägerin“ gezwungen, diesen Strom abzunehmen, sie könnten aber ein „Zurückhaltungsrecht“ nach § 273 BGB geltend machen, das „angeichts der Machtverhältnisse zwischen den Parteien sich eher symbolisch auswirkt.“

Im Urteilschluß wirft die Richterin der Klägerin, der TWS (Technische Werke der Stadt Stuttgart) noch vor, sie verletze in dem Vertragsverhältnis „Nebenverpflichtungen: Zwar befürchte die Klägerin, „die an sich ungefährliche Ware Strom“, stelle sie aber „auf eine Weise her, die ... die Allgemeinheit gefährdet.“ Ein solcher Verstoß gegen die vertragliche „Fürsorgepflicht“ berechtige die Boykottler zur „Ausübung des Zurückbehaltungsrechts“, um so auf die TWS einzuwirken, daß sie sich künftig „vertragsgerecht“ verhielten.

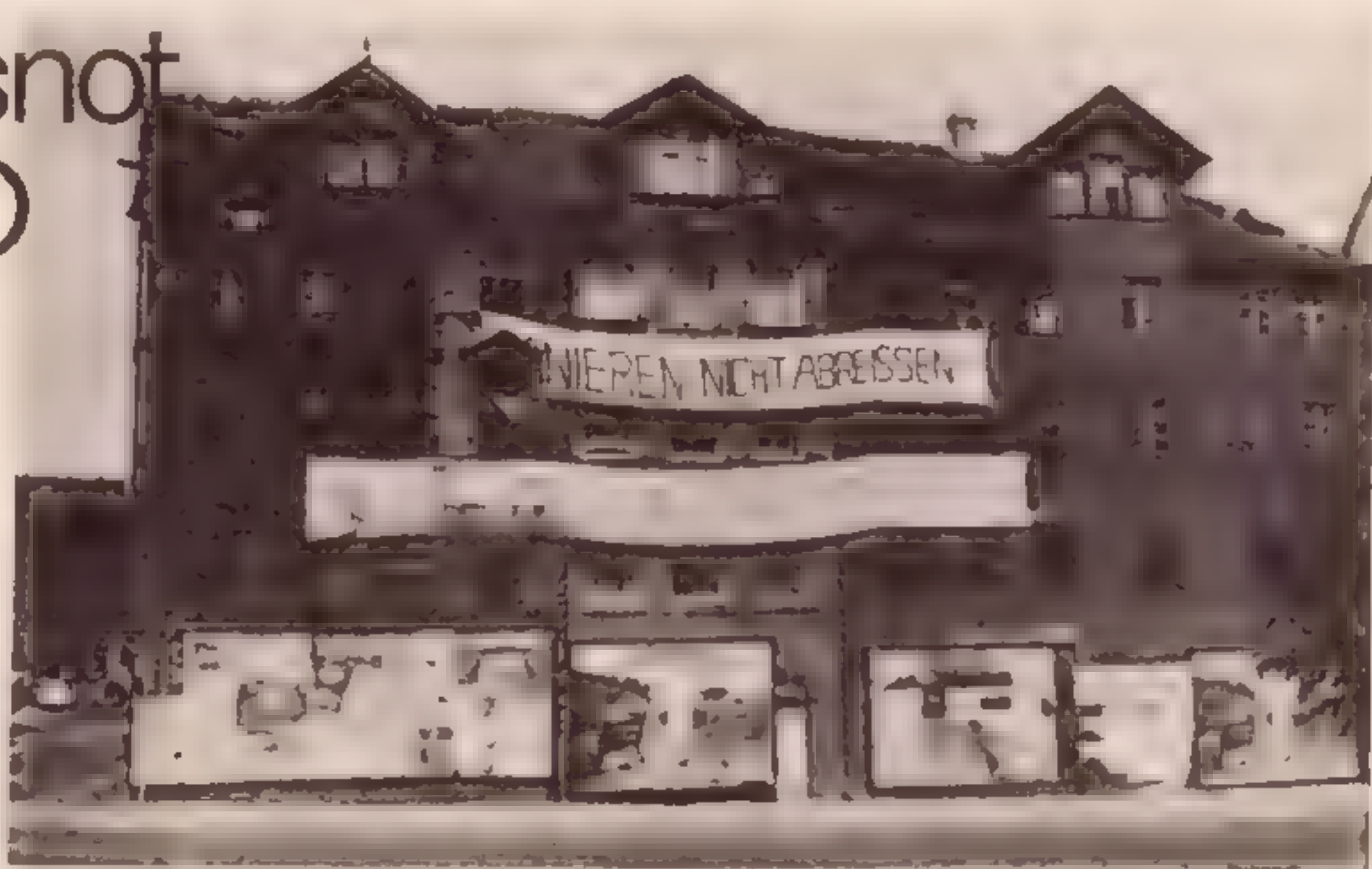
Dieses Urteil ist rechtskräftig, weil wegen des geringen Streitwerts keine Berufung möglich ist. Die TWS hat deshalb Verfassungsbeschwerde eingelegt, weil sie in dem Urteil „einen verfassungswidrigen Eingriff in den Grundsatz der Vertragsfreiheit“ und eine „Politisierung der Justiz“ sehen. So ihr Rechtsanwalt. Außerdem wollen die TWS gegen weitere der etwa 50 Stuttgarter Boykottler prozessieren. Man darf gespannt sein, ob diese Richterinnen nach diesem mutigen Urteil noch einmal mit Boykottprozessen beauftragt wird.

AKW-Nein Kommission



# Wohnungsnot in der BRD

Nach der festgelegten Einkommensgrenze gibt es heute rein rechnerisch 14,5 Mio. berechnete Sozialmieter, aber nur 4,2 Mio. Sozialwohnungen. Das entspricht einem Fehlbestand von über 10 Mio. Sozialwohnungen!



„Die Schlacht um die Mangelware Wohnung treibt mittlerweile kühle Blasen. In München, Frankfurt, Stuttgart und Köln streiten sich Wohnungssuchende vor den Verlagshäusern regelmäßig um die ersten Zeitungen mit den druckfrischen Wohnungsanzeigen. An der Saar war die Freitagsausgabe der Süddeutschen Zeitung bislang jeweils schon am Donnerstagabend vor dem Druckgebäude zu haben. Ab 18.30 Uhr war dann in der Sendlinger Straße kein Durchkommen mehr. Da drängten und knufften sich so an die tausend Menschen. Autos mit laufenden Motoren parkten in zweiter und dritter Reihe. Den Zeitungsverkäufern wurden die Exemplare aus den Händen gerissen. Vor den Telefonzellen kam es zu Handgreiflichkeiten. Wattfahrten zu den angebotenen Wohnungen gefährdeten die Verkehrssicherheit.“

Nach Intervention der Polizei werden die Zeitungsdrucker jetzt nicht mehr vor dem Verlag verkauft, sondern auf Umwegen zum Marienplatz geführt. Dort, in der Fußgängerzone, wird der Verkehr nicht behindert. Alles andere aber spielt sich ab wie gehabt.

Kürzlich ging unter dem Andrang der Wohnungssuchenden eine Fensterrolle zu Bruch. Der Zeitungsverkäufer erlitt Schnittwunden. Die Menge trampelte einfach über ihn hinweg.“ (1)

Solche und ähnlich erniedrigende Szenen haben die meisten Wohnungssuchenden bereits am eigenen Leibe miterlebt. Sie haben ihre Ursachen. Alleine in den westdeutschen Großstädten fehlen an die 500.000 Wohnungen! (1)

- In Hamburg wird die Zahl der Anwärter für Sozialwohnungen mit 50.000 benannt, davon 10.000 „besonders dringlich“. (2)
- In München suchen 40.000 Bürger eine angemessene Wohnung. (3)
- Die Zahl der dringlichsten Fälle für eine Sozialwohnung ist vom Herbst '77 bis Anfang '79 von 6.000 auf 12.000 gestiegen. (4)
- In Frankfurt stehen 21.000 Namen auf der Liste der kommunalen

Wohnungsvermittlung. (5)

- 81 % davon haben Anspruch auf Sozialwohnungen. (6)
- In Köln gibt es 17.000 Fälle von „Wohnungsnotstand“. (7)
- In Stuttgart sind es 15.000 Menschen, die ständig auf Wohnungssuche sind. (1)

In Heidelberg, Darmstadt, Westberlin und anderen Großstädten sieht es ähnlich aus.

Und diese Zahlen geben noch gar nicht das ganze Ausmaß der Wohnraumknappheit wieder. Nach der festgelegten Einkommensgrenze gibt es heute rein rechnerisch 14,5 Mio. berechnete Sozialmieter, aber nur 4,2 Mio. Sozialwohnungen. Das entspricht einem Fehlbestand von über 10 Mio. Sozialwohnungen! (8)

## Wer ist betroffen?

Die Hauptleidtragenden sind wie gehabt die sozial schwachen Gruppen. In Frankfurt beispielsweise nimmt der Anteil der unter 30-jährigen Wohnungssuchenden seit 1975 von 32,5 auf 41,8 % erhöht. (6) Kinderreiche Familien stehen ebenfalls schlecht da, weil zu der bekannten Kinderfeindlichkeit vieler Hausbesitzer hier vor allem der Mangel an großen Wohnungen (mit bezahlbaren Mieten) zum Tragen kommt. Hoffnungslose Überbelegung der Wohnungen ist die Folge. Eine Untersuchung der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen „Gewos“ über das Ballungsgebiet Mannheim-Ludwigshafen ergab beispielsweise, daß ein Drittel aller 4- und sogar die Hälfte aller

5-Personen-Haushalte selbst nach beschriebenen Maßstäben zu beengt wohnen. (2)

## Wo liegen die Ursachen?

Eine steigende Nachfrage, hervorgerufen durch die auf den „Markt“ drängenden geburtenstarken Jahrgänge, durch Auswanderer, Flüchtlinge und Ausländerfamilien steht ein sinkendes Angebot gegenüber. Während 1973, auf dem Höhepunkt des letzten Baubooms, noch 714.000 Wohnungen fertiggestellt wurden, sankte die Bautätigkeit in der Rezession auf 600.000 Wohnungen (1974) bis auf 370.000 Einheiten (1978) ab! (1)

Und von diesen Wohnungen wieder um und zwei Drittel Eigenheime oder Eigentumswohnungen (9) und konnten somit aus finanziellen Gründen für die angesprochenen Bevölkerungsgruppen nicht in Frage.

Verschärft wird das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage noch durch Abbruch und Zweckentfremdung preiswerten Wohnraums durch Reprivatisierung von Sozialwohnungen etc.

Insgesamt signalisiert der Rückgang des Wohnungsbaus ein deutliches Versagen der „freien Marktwirtschaft“. Durch Anstieg der Bau- und Bodenpreise, durch Zinserhöhungen, Bodenpreise, durch Zinserhöhungen etc. liegt die reine Kostenmiete bei Neubauten heute zwischen 12 und 14 DM pro Quadratmeter, in Großstädten sogar bis zu 20 DM pro Quadratmeter. - Summen, die auf dem Markt einfach nicht mehr aufzubringen sind. (4) Kein Wunder, daß der freifinanzierte Bau von Mietwohnungen auf die lächerliche Summe von 15.000 fertiggestellten Wohnungen gesunken ist. (10) Die Bauwirtschaft hat sich deshalb lohnenderen Projekten zugewandt (öffentliche Aufträge, Industrieanlagen etc.)

## Sozialer Wohnungsbau - Ade?

Der soziale Wohnungsbau bewegt sich in die gleiche Richtung. Er sackte im Zeitraum von 1973 bis 1978 von 169.000 auf 135.000 fertiggestellte Wohnungen ab (1) und wird in diesem Jahr voraussichtlich noch einmal um 11 % auf 120.000 Fertigstellungen absinken. (11)

Es kennzeichnet den sozialen Wohnungsbau in der BRD, daß in diesem Jahr dafür mit rund 4 Mrd. DM nur gerade so viele staatliche Gelder aufgewendet werden, wie sie den Eigenheimbauern durch die Steuerbefreiungen nach § 7b des Einkommensteuergesetzes zu Gute kommen. (2)

Der staatliche Subventionaufwand für geförderte Mietwohnungen ist seit 1974 um 45 % zurückgegangen und liegt heute wieder auf dem Niveau von 1970. (12)

Wie man sieht, wird nicht einmal versucht, mit dem sozialen Wohnungsbau die Schwankungen des „freien“ Marktes auszugleichen.

## Was kommt auf die Mieter zu?

Ein Ende des Wohnungsbaurückgangs ist zur Zeit nicht in Sicht und wird von den verantwortlichen Politikern kurzfristig auch nicht versprochen. Einzig sind sich die bürgerlichen Parteien, daß die Tendenz weg von der „Objektförderung“ (= sozialer Wohnungsbau) hin zur „Subjektförderung“ (= Wohngeld) gehen soll.

Der Mietwohnungsbau soll nach ihren Vorstellungen durch eine kräftige Anhebung des Mietniveaus für die Wohnungsunternehmen langfristig wieder attraktiver gemacht wer-

den. „Auf längere Sicht aber wird der Bürger einen bestimmten, wehr ich ein höherer Anteil seines Einkommens als gegenwärtig für die Miete aufwenden müssen, wobei einkommensschwache Bevölkerungsschichten durch das Wohngeld entlastet werden.“ (Wohnungsbauminister Haack) (1)

Die CDU hat das in ihren „Wohnungspolitischen Leitsätzen“ so formuliert: „Private Investitionsbereitschaft ist der Schlüssel zum Erfolg in der Wohnungspolitik.“ Und: „Ein Mietshaus zu bauen, muß wieder attraktiver werden.“ CDU-Experte Jahn: „Wer es vom Portemonnaie her kann, soll eine marktgerechte Miete zahlen, damit die Einkommensschwachen mehr bekommen können.“ (alles 13)

Die angestrebte Miethöhe wird noch frei gehandelt. „Neue Heimat“-Chef Vietor nannte jüngst die Zahl von 20 - 25 % vom Brutto (!) Einkommen! (14) Zum Vergleich: 1977 lag der Anteil der Mietlast am verfügbaren Einkommen (d.h. Netto-Verdienst) bei 15,6 % (15)

Es liegt auf der Hand, daß dieser zunehmende Versuch, den Lebensstandard der Mieter zu senken, nicht

ohne Schwierigkeiten und Widerstand durchzusetzen ist. Aus diesem Grunde führen die Wohnungswirtschaft und ihre Verbände schon seit Jahren eine breit angelegte Kampagne für ein „mehr marktorientiertes Mietrecht“, (15) womit sie vor allem die Liquidierung der im Miethöhen- und Wohnraumkündigungsschutz festgelegten Mieterrechte meinen!

Dem Mietkampf muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, wenn der Lebensstandard der Werktätigen wirkungsvoll verteidigt werden soll!

## Wohnungskommission

### Quellennachweise

1. Sören 31.6.79
2. Spiegel, 18/79
3. Die Neue 12.6.79
4. Mieter-Zeitung 6/79
5. Frankfurter Rundschau 23.7.79
6. Frankfurter Rundschau 26.7.79
7. Vorwärts 24.79
8. Im arbeitslosen 11.11.79
9. Frankfurter Rundschau 11.6.79
10. Handelsblatt 12.4.79
11. Handelsblatt 11.12.78
12. Handelsblatt 26.4.79
13. Handelsblatt 17.5.79
14. Bild 10.7.79
15. Handelsblatt 4.5.79

# Kurzmeldungen

## Haus- und Grundbesitz in der BRD

Der private Haus- und Grundbesitz in der BRD beträgt rund 1.300 Milliarden DM. Obwohl ca. 39 % der Haushalte eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus besitzen, ist die Konzentration an privaten Haus- und Grundbesitz beträchtlich. Nach einer von dem Bonner Wohnungsbauminister vorgelegten Untersuchung befinden sich etwa 80 % des Haus- und Grundvermögens in der Hand von nur 20 % der Haus- und Grundbesitzer („FR“, 7.8.79)

## Staatsanwalt ermittelt gegen „Neue Heimat“

Unter dem Verdacht der „Untreue zum Nachteil des Landes Nordrhein-Westfalen“ wird gegen die Neue Heimat Städtebau (NHS) ermittelt. Bei dem Neubau des Aachener Krankenhauses muß die NHS Kostensteigerungen von 692 auf 1.400 Millionen DM verantworten. Bauaufträge wurden ohne Ausschreibung zur Ermittlung des billigsten Angebotes vergeben. Gutachter wurden zwar bezahlt, haben jedoch nichts geleistet, etc. Die NHS hat das Verfahren „mit Erstaunen“ zur Kenntnis genommen („FR“, 28.7.). Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß ermittelt bereits seit zwei Jahren.

## Menschenhändler am Bau

Jeder fünfte Bauarbeiter in der Bundesrepublik ist heute bereits ein „Migrant“. Insbesondere arbeitslose Briten werden von niederländischen Firmen auf westdeutsche Baustellen geschickt, wo Arbeitskräftemangel herrscht. Die Sklavenhändler zahlen meist weder Sozialabgaben, noch Lohnsteuer.

Begünstigt durch das EC-Recht

auf freie Arbeitsplatzaufnahme arbeiten heute schätzungsweise 50.000 bis 200.000 Briten in der BRD.

Die IG Bau-Siemens-Erden befürchtet, daß bald schon jeder dritte Mann am Bau ein illegal Arbeitender sein könnte („Hamburger Abendblatt“, 6.8.79)

## Westberlin: 6 % Mieterhöhung

Um die „Wirtschaftlichkeit“ des Altbauwesens zu sichern beschloß der Senat, daß die Grundmieten für die 570.000 Altbauten in Westberlin vom 1. September an um 6 % angehoben werden können. Ausgenommen sind von der Mieterhöhung Wohnungen, die als „Bruchbuden“ anzusehen sind sowie Wohnungen mit einer von mehreren Parteien benutzte Außenloilette („Die Neue“, 9.8.79).

## FDP will Wohnungsbauministerium abschaffen

Weiß der Bund seine Aufgabe, im gesamten Bundesgebiet ein Mindestangebot an Wohnungen zur Verfügung zu stellen, erfüllt habe, will die FDP in der nächsten Legislaturperiode das Wohnungsbauministerium abschaffen und seine Kompetenzen auf die Länder übertragen.

Der SPD-Bundestagabgeordnete Paterna warf der FDP vor mit diesem Vorstoß den Versuch zu unternehmen, das Bundeswohnungsbauministerium „aus ideologischen Gründen reiner marktwirtschaftlicher Lehre“ zu demonstrieren, ebenso wie bei den wiederholten Versuchen der FDP, den Bestand der Sozialwohnungen schrittweise in „marktwirtschaftliche Verhältnisse zu überführen“ und „das soziale Mietrecht zu disqualifizieren“ auszuhebeln („Die Neue“, 7.8.79)

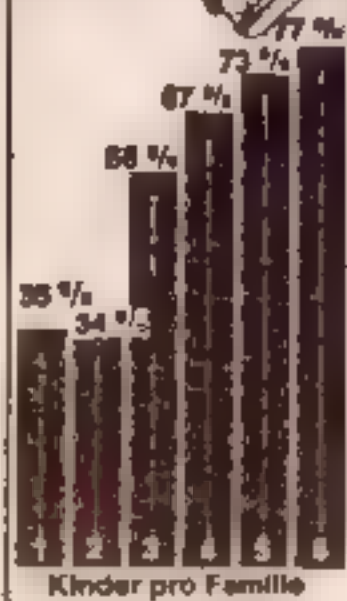
Wohnungskommission

## Kein Platz für Kinder



81 % der Familien mit Kindern in der Bundesrepublik immer noch beengt. Von jeweils 100 Familien mit einem Kind klagen 35 über mangelnden Wohnraum. Großfamilien mit sechs Kindern können sich nur zu 23 Prozent ausreichenden Lebensraum leisten.“

aus „Hamburger Mieterzeitung“ 8/1.8.79





# Betrieb und Gewerkschaft

## DGB-Führer bei Schmidt Ein neuer „Stabilitätspakt“ beschlossen

Geheim sollte ein Treffen bleiben, das Bundeskanzler Schmidt und einige Kabinettsmitglieder mit den Führern der bundesdeutschen DGB-Gewerkschaften am 30.7. abhielt. Durch eine Indiskretion wurde bekannt, daß DGB-Chef Vetter, sein Vorstandsmitglied Pfeiffer sowie die Gewerkschaftsvorsitzenden Hauschild (IG Chemie), Kluncker (ÖTV) und Sperner (IG Bau) beim Kanzler antanzten. Loderer (IG Metall) war wegen Krankheit verhindert. Schmidt holte sich die Unterstützung der durchweg der SPD angehörenden Gewerkschaftsbosse für

- Die beschleunigte Durchsetzung des Atomprogramms der Bundesregierung und ihrer Energiepolitik. Insbesondere soll die Gewerkschaftslobby in der SPD für den bevorstehenden SPD-Parteitag auf die Schmidt-Linie eingeschwenkt werden, nachdem auch in der SPD zunehmend Kritik daran geübt wird.

Unnachgiebigkeit gegenüber Forderungen der gewerkschaftlichen Basis nach einem Lohnnachschlag. Wie der SPIEGEL meldet, wurde Schmidt Unterstützung auf der ganzen Linie zugesagt. Die DGB-Führer sind angesichts zunehmender Belastungen für die arbeitende Bevölkerung also wieder bereit, einen „Stabilitätspakt“ mit der Bundesregierung und den Unternehmern einzugehen.

### Die DGB-Führer spüren

Neu ist Schmidts Forderung nicht, schließlich praktizieren die DGB-Führer vor allem in der Lohnpolitik diesen Pakt bereits. Die IG Metall, die IG Bergbau und die IG Chemie haben deutlich und mehrfach erklärt,

daß sie die am Jahresanfang abgeschlossenen Tarifverträge vorbehaltlos einhalten wollen. Nach dem Treffen mit Schmidt haben auch die IG Bau und die Gewerkschaft Nahrung, Genuß dies erklärt. Deren Vorsitzende Böding verkündete treuherzig, daß der Tarifvertrag eingehalten werde, „solange keine wesentlichen Veränderungen eintreten“ (Welt 11.8. - 4,7 % Preissteigerung betrachtet er offensichtlich als unwesentliche Veränderung).

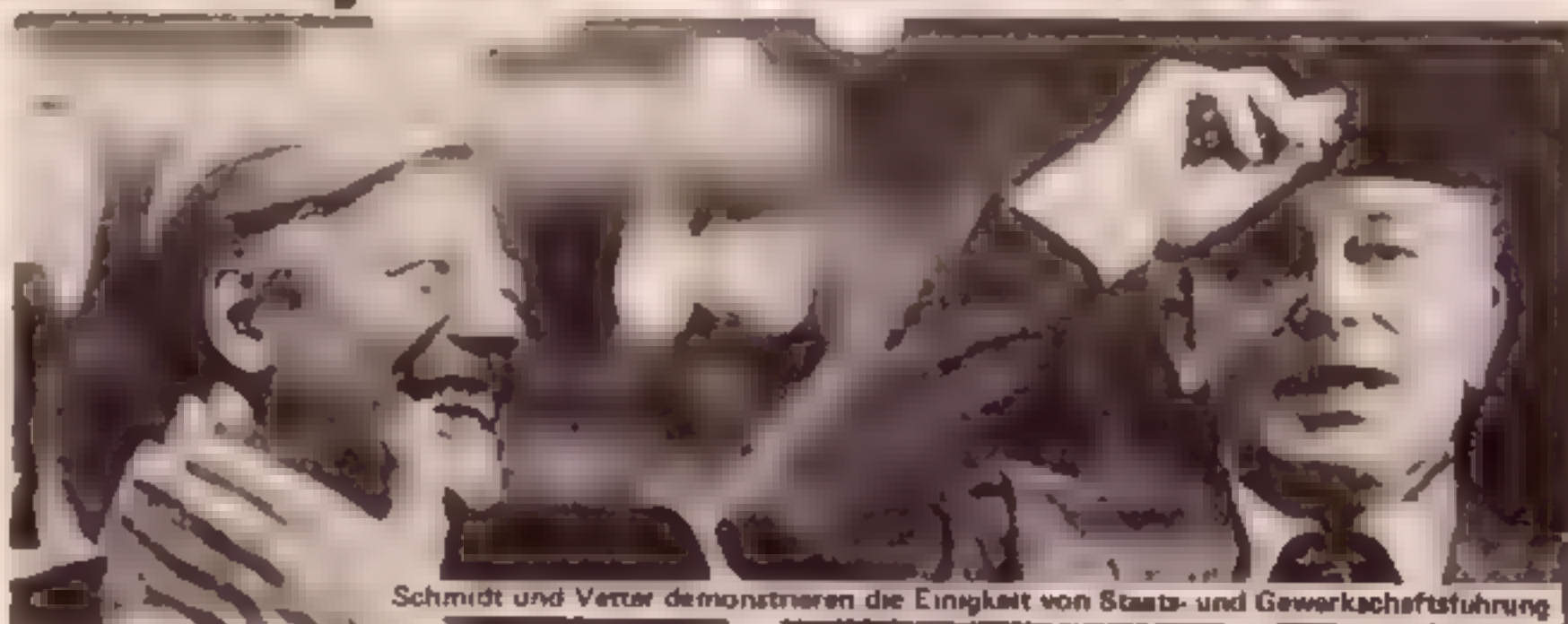
### Unternehmensseite für IGM-Funktionäre

In mehreren Metallbetrieben vor allem Baden-Württembergs haben die Unternehmer Lohnnachschläge von 25 bis 90 Pfennig pro Stunde gezahlt.

Mit dieser Mitteilung trat der Stuttgarter IG Metall-Bezirkssekretär Eisenmann an die Öffentlichkeit. Konkret genannt wurden bis jetzt allerdings nur zwei Betriebe. Danach erhalten die Beschäftigten bei der Turbinenfabrik Voith in Heidenheim eine einmalige Zahlung von 250 bis 400 Mark, und die Kollegen der Gießerei Schenk in Maulbronn 35 Pfennig mehr die Stunde bzw. einen entsprechenden höheren Akkord.

IG Metall-Funktionäre in Baden-Württemberg haben daraus nun abgeleitet, daß bei entsprechendem Druck und gezielter Veröffentlichung solcher heimlichen betrieblichen Zahlungen dies auch in anderen Betrieben als Aufforderung an die Kollegen verstanden werden kann, ihrerseits mehr Lohn zu fordern.

Der Unternehmerverband Gesamtmetall reagiert wütend. Angeblich handelt es sich um ganz wenige Ausnahmen und in diesen Fällen um



Schmidt und Vetter demonstrieren die Einheit von Staats- und Gewerkschaftsführung

„ganz normale“ Erhöhungen oder „außerordentliche“ Zahlungen. Soweit also ein normaler Akt, die Nachschlagforderungen abzuwimmeln. Doch dann erinnert der Unternehmerverband die Gewerkschaftsfunktionäre an die Beschlüsse ihres eigenen Vorstands, der es ja bekanntlich ablehnt, mehr Lohn zu fordern. Dies sei der gezielte Versuch, „die Entscheidung des IG Metall-Vorstandes gegenüber entsprechenden Forderungen aus dem Gewerkschaftsbezirk Baden-Württemberg nun auf betrieblicher Stufe anzugreifen und zu unterlaufen“ (FAZ, 11.8.). Der Unternehmerverband Stuttgart bedauert es, daß die Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall nicht mit der nötigen Entschiedenheit die Auffassung des Vorstands der Gewerkschaft vertreten (ebenda) und der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen“ zieht gar die Anarchie heraufzuziehen.

Wenn jetzt also Funktionäre im Südwesten auf diese Weise versuchen

sollten, Rache am Hauptvorstand zu nehmen, wäre das ein Musterbeispiel verantwortungsloser innergewerkschaftlicher Sektiererei (FAZ, 13.8.). Deutlicher kann also gar nicht werden, in wessen Sinne der IGM-Vorstand die Ablehnung von Nachschlagforderungen beschlossen hat.

### Von bestürzten Metallarbeitern

Die Entscheidung des Vorstands der IG Metall, einen Antrag der großen Tarifkommission Baden-Württembergs nach Kündigung des Tarifvertrages über betriebliche Sonderzahlungen, abzulehnen, hat Enttäuschung ausgelöst, und Resolutionen und Briefe an den Vorstand zur Folge gehabt. Die Vertrauensleute der Firma EGO (Elektrogeräte in Obererdingen) schreiben u.a.

„Um Euch ein Stimmungsbild aus dem Betrieb zu vermitteln, möchten wir Euch mitteilen, wie unsere Kollegen diskutieren.“

Südwesten auf diese Weise versuchen

legen diskutieren.

Wenn die Unternehmer sagen, die Kosten sind gestiegen, wir müssen die Preise erhöhen, sagt niemand was, wenn wir sagen unsere Kosten sind gestiegen und der Preis für unsere Arbeit muß steigen ist der Vorstand unserer eigenen IG Metall dagegen.

Wenn ihr so kommt, dann kommt ja nicht mit satzungsgemäßen Beitrag.

Fängt die Wahlkampfhilfe für die SPD jetzt schon an?

Die Gewerkschaftsbosse können gut solche Beschlüsse fällen, bei den Gehältern merken die es ja nicht - Die müßten mal wieder im Betrieb arbeiten, damit ihnen klar wird, was sie zu vertreten haben“ (FAZ, 13.8.).

Der Brief endet mit der Aufforderung an den Vorstand, den Beschluß zu überdenken, um den Anspruch, Interessenvertretung für die abhängigen Beschäftigten zu machen, gerecht zu werden.

W. K.

## Kurzmeldungen

### DEMAG-Arbeiter wehren sich gegen Betriebsabschließung

Den Morgenzeitungen mußten es die Kollegen entgehen. Die DEMAG-Förderer in k. in Duisburg-Neumühl Teil des vor wenigen Jahren von Mannesmann geschluckten DEMAG-Maschinenbau-Konzerns, soll stillgelegt werden. 187 Arbeitsplätze stehen auf der Abschab-Liste.

Schon um sechs Uhr morgens am 24.7. hatten sich ca. 50 Kollegen vor dem Betriebsratsbüro angemeldet, noch am gleichen Morgen stand der ganze Betrieb still. Mit Empörung quittierten die Kollegen das von Vorstandssprecher Knobloch verkündete „Angebot“, daß rund hundert Kollegen Ersatzarbeitsplätze in Wetter (Ruhr) und in Benrath haben könnten. Die dortigen Betriebe liegen 70 Kilometer entfernt und arbeiten in drei Schichten.

Am 28.7. machte die Belegschaft mit einer Kundgebung in der Neumühler Einkaufsstraße die Bevölkerung auf ihre Probleme aufmerksam. Darin nahmen auch Bürgermeister Krings und der IG Metall-Bevollmächtigte Buhtz teil.

### Ersatzkassenangestellte protestieren gegen Tarifebeschluß

Auf das „für alle Beteiligten“ schmerzlos (so die DAG) Arbeitsangebots von einer Erhöhung der Gehälter um 3,7 - 3,9 % reagierten die Ersatzkassenangestellten im ganzen Bundesgebiet mit Protestaktionen. Erstmalig kam es auch im Ersatzkassenbereich zu Warnstreiks - in Kassel lautete am 13.7.79 eine Geschäftsstelle der „Techniker Krankenkasse“ sogar für eine Stunde geschlossen. Vor der Hauptverwaltung der DAK (Hamburg) fand am 18.7. trotz der Einschüchterungsversuche durch die Geschäftsleitung ein Informationsstand statt. Die Geschäftsleitung hatte gedroht, keine Dienstbefreiung zwischen 12 und 14 Uhr.

- Anweisung an alle Gruppenleiter, Kollegen, die die Mittagspause überziehen, sofort zu melden.

Hier und bei einer gleichzeitigen Aktion der BFK-Kollegen in Wuppertal unterstützten über 500 Kollegen und Kollegen durch ihre Unterschrift die HBV-Forderung nach Fortsetzung der Verhandlungen. Die Ersatzkassenangestellten sind nicht

länger bereit, an den ständig verbesserten Ergebnissen der Kassen nur durch erhöhte Arbeitsintensität beteiligt zu sein.

Eine Sympathisantin aus dem Ersatzkassenbereich

### coop verliert alle Prozesse

Die gewerkschaftseigene coop hat in 1. Instanz alle drei Prozesse gegen den Betriebsratsvorsitzenden Walter Gerber verloren.

Nachdem es bereits früher seine Prozesse gegen die frustlose Kündigung und für seine weitere Freisetzung als BR-Vorsitzender gewonnen hat, stand als letzter Prozeß die Kürzung seines Gehaltes um 25 % an.

Die coop wurde verurteilt, umgehend wieder die alten Bezüge zu zahlen, sowie die seit November 78 restlichen 25 % inkl. Zinsen nachzu zahlen.

### HBV-Komitee

### Tote Fische a la HOECHST

Wurde das Sterben von tausenden von Fischen in Main und Rhein Ende Juli noch einer unbekannten Substanz von einem unbekannten Verursacher zugeschrieben, gab in der Tagesschau vom 1.8. die HOECHST AG eine Erklärung ab, daß durch „Fehlbedeutung“ infolge „menschlichen Versagens“ wahr scheinlich „Endosulfan“ in den Main gelangt sei. hatte sich doch die Beweise dermaßen verdichtet, daß es eh“ Tags darauf in der Presse gestanden hätte.

Was in der Erklärung „Endosulfan“ genannt wird, ist das Pflanzenschutzgift Thiodan, das im Griesheimer Werk hergestellt wird. genau das Thiodan, das 1969 schon einmal zu einer Umweltkatastrophe geführt hat. Damals waren im gesamten Rhein nahe der Mündung alle Fische eingegangen, bis hoch nach Holland mußte die Gewinnung von Trinkwasser durch Uferfiltration vorübergehend eingestellt werden.

Auch dieses Mal haben die zuständigen Behörden Giftalarm an alle Rheinanlieger gegeben.

Auch dieses Mal ermittelt die Staatsanwaltschaft.

1969 hatte die DAK Strafantrag gestellt und die Staatsanwaltschaft benötigte 2 Jahre um das Verfahren einzustellen.

Chemiewerkstatt

### AEG-Kollegen marschieren

Die Belegschaft des von der Schließung bedrohten Gasturbinen-Werks AEG-Kanis will am Donnerstag den 30. August vor der AEG-Konzernzentrale in Frankfurt eine Protestkundgebung durchführen. Die IGM-Ortsverwaltung Emen hat Bunde nach Frankfurt organisiert. Vor der Kundgebung soll eine Demonstration stattfinden. Die IG Metall will zu dieser Aktion im gesamten AEG-Konzern aufrufen und speziell in den von Schließung und Verlegung bedrohten Betrieben mobilisieren.

Weitere Informationen können interessierte Kollegen und Genossen bei ihren örtlichen Verwaltungsteilen oder bei der IG Metall-Ortsverwaltung Emen einholen.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

### Also doch:

## Bundesverdienstkreuzträger Reith ist ein Krimineller!

Hamburg. Am 8. Januar 1975 wurde dem Hamburger Reedereikapitalisten Hans-Edwin Reith, damals Chef der Orion-Reederei (heute Orion & Blumenthal) und unter den Seeleuten für seine rüden und arbeiterfeindlichen Betriebspraktiken weithin bekannt, das Bundesverdienstkreuz verliehen (der AK berichtete darüber). Überreicht wurde das begehrte Blech vom damaligen Senator für Wirtschaft und Verkehr, H. Kern (SPD). Die Hamburger Senatskanzlei teilte seinerzeit als Begründung mit, Reith hätte sich „um den Wiederaufbau der deutschen Schifffahrt, um die Ausbildung des seemannischen Nachwuchses und um die sozialen Belange der Seeleute verdient gemacht“ (zit. nach „Mitteilungen der Senatskanzlei“, 8.1.75).

Diese „Ehrung“ wurde bereits 1975 offen als Provokation gegen die Seeleute empfunden und stieß auf entsprechend heftige Kritik seitens der Gewerkschaften ÖTV und DAG. „Allein die ÖTV schätzte, daß ihre Rechtsstreitigkeiten für die gesamte Seeschifffahrt zu 25 % Reith betreffen“, hieß es am 10.1.75 in einem Rundfunkkommentar im NDR. Und

der Fachschaftsrat der FHS Seefahrt verurteilte in einer Pressemitteilung „auf Schiffe die Verleihung (des Bundesverdienstkreuzes) an einen Mann, der nachweislich seit Jahren permanent die soziale Lage der Seeleute verschlechtert“.

Vier Jahre später nun, am 25.7. 1979, stand der stolze Herr Bundesverdienstkreuzträger vom Hamburger Amtsgericht und wurde - allen „Verdiensten“ zum Trotz - von einem respektlosen Richter zu 120000 Mark (160 Tagessätze) Geldstrafe verurteilt - wegen fortgesetzten Verstoßes gegen das Seemannsgesetz! Nach den Feststellungen des Gerichts nämlich hat Reith zwischen Januar 1971 und Februar 1975 sieben seiner Schiffe bis zu zweieinhalb Jahre lang in zahlreichen Fällen auf der Brücke und an der Maschine unterbesetzt fahren lassen.

Der Richter erklärte in der Urteilsbegründung, daß Reith selbst an zahlreichen Behörden von der Unterbesetzung seiner Schiffe geschrieben, davon also gewußt habe, Vorrang vor den Kapitänen müsse der Reeder für ordnungsgemäße Besatzung sorgen: „Das hat Reeder Reith über

lagedraktion für „Innere Sicherheit“! Nun gut, von der CSU ist man dort gewohnt.

Erstaunlich wird die Geschichte aber das, wo die Konkurrenzgewerkschaft der HBV, die DAG, ihr angeschlagenes Image mit diesem platten Anti-Kommunismus aufzupolieren versucht Bundesweit (herausgegeben vom Bundesvorstand) erschien ein Flugblatt, wo dieser Bayernkurier-Artikel unkommentiert abgedruckt ist natürlich mit allen detaillierten personellen Angaben - falls es der jeweilige Unternehmer noch nicht wissen sollte.

Die CSU scheint einen neuen Bündnispartner zu haben, um Stoßerpapier wird als antikomunistische Konkurrenzgewerkschaft zum DGB ja auch die DAG erwogen.

Darauf angesprochen, reagierten erfreulicherweise viele DAG-Mitglieder sehr unbehaglich auf diese „Enttüllungen“, es wäre gut, könnten Proteste der Mitglieder diese Tendenz stoppen.

### HBV Komitee

einen langen Zeitraum sträflich vernachlässigt. Jede Unterbesetzung ist eine abstrakte Gefährdung der Schiffe und ihrer Mannschaft.

Mit diesem Urteil blieb das Gericht allerdings noch unter der Forderung des Anklagevertreters, des gegen Reith u.a., wegen einer bis zu 40prozentigen Unterbesetzung der Schiffe (!) 180 000 Mark (180 Tagessätze) Geldstrafe beantragt hat.

Auch wurde Reith vom Vorwurf der Anstiftung zur Falschaussage und Vortäuschung einer Straftat freigesprochen. Er sollte angeblich seinen früheren Personalchef in anderen Verfahren wegen Schiffsunterbesetzungen veranlaßt haben, die Schuld auf sich zu nehmen. Trotzdem bleibt dieses Urteil eine insgesamt erfreuliche Angelegenheit. Und immerhin ist es ja auch ganz nett, daß man ab dato getrost behaupten darf, der Präsident der Bundesrepublik Deutschland verteidigt erwiesenermaßen seine Verdienstkreuze auch an behördlich bekannte Kriminelle, Gauner und Menschenschänder. Einen Dank dafür ans Hamburger Amtsgericht - und macht man weiter so...

JO.







## Anti-Atomkongreß der Frauenbewegung

Am 11.8. fand in Köln ein 2. Vorbereitungstreffen für einen Anti-Atomkongreß der Frauenbewegung (15. 16. September) statt. Die Initiative zu diesem Kongreß ging von der Frauenzeitschrift „Courage“ aus. Vor ca. 1/4 Jahr wurde von „Courage“ eine Unterschriftensammlung zu einer Volksabstimmung über Atomkraft eingeleitet. Inzwischen wurden bereits über 20.000 Unterschriften gesammelt und vor kurzem in Bonn übergeben. Auf dem Kongreß soll u.a. diskutiert werden, wie eine Volksabstimmung zu erreichen ist, wie wir eine weder öl- noch atomverseuchte Umwelt durchsetzen können und wie wir den Widerstand vor allem unter den Frauen verbreitern können.

Der Kongreß soll auch im Zeichen des Antikriegstages stattfinden. Die „Courage“-Frauen schreiben dazu: „Die Frage der Atomkraft läßt sich nicht länger auf den Protest gegen die friedliche Nutzung beschränken. Wir müssen gegen militärischen Einsatz dieser Waffen Widerstand leisten – denn was nutzt alle unsere Arbeit in Alternativen, wenn sie durch Waffen, auf die wir keinen Einfluß haben, zerstört werden.“

Einen sehr wesentlichen Teil des Kongresses wird die Diskussion über die Propagandakampagne der Bourgeoisie zur Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr einnehmen. „Courage“: „Wir werden Widerstand leu-

ten gegen das neue „Emanzipationsdiktat“, das uns Frauen in die Bundeswehr stecken will. Sollen wir denen das Öl aus Libyen holen? Erwarte es 1990 zu wenige Männer in der Bundeswehr gibt!“

Beim ersten Treffen zur Vorbereitung vor 4 Wochen in Köln waren ca. 20 Frauen anwesend. Beim 2. Treffen waren es schon ca. 50 bis 60 Frauen u.a. aus Köln (Frauenbuchladen, BI, Bunte Liste, DFI) aus dem Sauerland, Wuppertal, Frauen der Marburger DFG/VK, die Essener Frauengruppe, Bonner Frauenbuchladen, Bielefelder Frauen der dortigen Bunte Liste, Frauen der GJM, der „KPD“ und des KB, Frauen aus München, Hamburg (Bunte Liste, BUU) und natürlich die Frauen der „Courage“-Redaktion.

Es wurde im Wesentlichen über den inhaltlichen Ablauf des Treffens gesprochen. Die Beteiligung war sehr rege, was sich auch an den vielen verschiedenen Vorschlägen der einzelnen Frauen zeigte. Der Kongreß soll am Samstag, dem 15.9., um 10.00 Uhr beginnen. Als erstes sind 3 Vorträge vorgesehen:

1. „Über die Zivile Nutzung der Atomkraft und die Gefahren“, von einer australischen Kinderärztin
2. „Militärische Nutzung der Atomkraft – Auswirkungen der verschiedenen Waffensysteme und Verhältnis Aufrüstung und sog. Entspannung“

3. „Antikriegsbewegung und Gesetzesvorlagen und Initiativen, um die Frauen zum Bund zu zwingen.“ Als Themen für die Arbeitsgruppen wurden vorgeschlagen:

- Widerstand gegen das Atomprogramm (u.a. Götterleben)
- Zusammenhang von ziviler und militärischer Nutzung der Atomkraft
- Gefährlichkeit qualitativ neuer Technik wie der atomaren Energietechnologie
- Feminismus und Militär (Eingeladen werden soll A. Schwarzer)
- Frauenfriedensbewegung
- Kulturgruppe – Männerbündische Strukturen im Militär

Diskussionsthemen sollen außerdem sein:

- Frauen in den Gewerkschaften
- Frauen in der Ökologiebewegung
- Grüne und Bunte (Petra Kelly)
- Frauenpartei (Eva Rath)

Es wurden noch mehr Vorschläge gebracht, wie z.B. das Thema „Sanfte Technologie“, „Zivildienst für Frauen“, „Frauen in Bürgerinitiativen“ u.a., die sicherlich dann stattfinden, wenn sich genügend Frauen finden, die Interesse haben. Bisher sind die einzelnen Arbeitsgruppen auch noch für Initiativen von Frauen offen. Es können nach



wie vor auch noch neue Vorschläge eingebracht werden.

Am Sonntag (16.9.) soll ein Plenum mit Berichten aus den Arbeitsgruppen stattfinden, mit anschließender gemeinsamer Diskussion und einer darauf folgenden Pressekonferenz. Abends sollen Film und Fest stattfinden.

Auf dem Kongreß soll auch der Aufruf zur Großdemonstration in Bonn bekannt gemacht werden und gleichzeitig zur Bildung eines Frau-

enblocks aufgerufen werden. Gut wäre es, wenn der Kongreß auch eine Rednerin für die Demo in Bonn stellen könnte, um die Anliegen gerade der Frauen dort zu vertreten.

Für die Kinder soll auch gesorgt werden. Hierfür werden noch Männer aus der Region gesucht, die Lust haben, sich am Kinderdienst zu beteiligen!

Eine Hamburger Genossin

## "Fremde Schwester Liu"

### Fotos von Frauen in China

Im Nachhinein erscheint es uns ganz merkwürdig: Du fährst drei Wochen nach China und kommst mit einer Fülle von Fragen zurück und arbeitest seit anderthalb Jahren an einem Buchband „Fremde Schwester Liu“, Frauenbilder aus der VR China. Die Eindrücke, die wir von den chinesischen Frauen haben, beschäftigen uns noch heute.

Was können wir von China und seinen Frauen lernen? Was ist in China für die Frauen erreicht worden? Wir haben in unserem Bildband Fragen aufgeworfen und dabei auch über unsere Situation reflektiert, unsere Wünsche und Vorstellungen formuliert und beschrieben, wie diese mit den Einstellungen der Chinesinnen konfrontiert wurden. Konnten wir die Realität der Frauen in diesem Land mit unserem Kulturverständnis überhaupt begreifen? Wurden wir mit unseren Fragen der Entwicklung in diesem Land gerecht? Sahen wir Widersprüche, wo keine waren? Zu den Fragen, mit denen wir ausgezogen waren, um die Wirklichkeit der Frauen Chinas zu erforschen, kamen nun weitaus grundsätzlichere dazu. Wir erkannten, daß es noch einer langen Zeit der Beschäftigung mit diesem Land bedarf, um all die vielen Eindrücke und Informationen, die wir auf unserer Reise bekamen, etwas fundierter erfassen zu können.

Wir wollten das Buch auf keinen Fall ganz alleine machen. Seit unserer

Beschäftigung mit China haben wir Frauen kennengelernt, die ein bis zwei Jahre in China gelebt haben, dort studierten und Frauen, die wie wir Reisen nach China gemacht haben. Sie haben Berichte für unser Buch geschrieben.

Frau Henker, 65 Jahre alt, war damals im Sommer 1977 auch mit einer Reisegruppe in China gewesen. Sie wohnt in Hamburg in einem Altersheim. „So einsame Stunden wie hier gibt es in China nicht. Daß ich überhaupt auf dieses Thema gekommen bin, ist eigentlich ein Frauenproblem. Ich war 50, da sind meine Mädchen aus der Fortbildungsschule und aus der Lehre gekommen. Die brauchen mich nicht mehr. Da habe ich mir überlegt, was soll ich jetzt machen? Jetzt mußte ich selbst was unternehmen, ich fühlte mich leer.“

Frau Henker schildert uns sehr ausführlich, wie sie dazu gekommen ist, sich mit China und den chinesischen Frauen auseinanderzusetzen. Unter anderem beschreibt sie auch ihre Eindrücke, die sie in China gemacht hat.

„Ich sage immer, daß sich die Frauen an Männerarbeit erlernen können, das nehmen sie, aber sie können den Männern nicht sagen, nehmt mal jetzt die Kinder. Sie können selber was holen, festhalten, den Männern was wegnehmen, aber sie können den Männern nichts aufzwingen, die nehmen das nicht so einfach an. Der Kampf besteht noch.“

Kathrin Scherer studierte zwei Jahre in China. Sie schrieb uns: „Meine Zimmergenossin hat einen Freund, den ich nicht kenne und über den wir uns auch nicht unterhalten, nicht weil es peinlich wäre, sondern einfach weil es kaum interessant ist. Ich habe keine chinesische Frau erlebt, die von ihrem Mann oder ihrem Freund einfach so erzählt hätte... Beziehungen zu Frauen und von Frauen untereinander brauchen nicht von Konkurrenzdenken bestimmt zu sein.“

Charlotte Kerner, die von September 1977 bis Oktober 1978 in Peking studierte, schreibt über die 25jährige Philosophiestudentin Li Fen Ming, mit der sie ein Zimmer teilte:

„Neben politischen Fragen waren Kleider ein wichtiges Thema. Die Chinesinnen im Wohnheim betrachteten uns Ausländerinnen genau... Als ich mich am 8. Oktober 1978 von ihr verabschiedete, schenkte ich ihr ein Paar Stöckelschuhe. Sie hatte mir einmal erzählt, daß ihr hohe Schuhe gefallen, weil sie nicht so groß sei...“

Ute Kannenberg, die mit uns zusammen die Reise gemacht hat, berichtet über ihre Eindrücke, die sie im Peking Frauenkrankenhaus als Patientin gemacht hatte. —

Es war doch ein sehr mühsamer und anstrengender Weg, dieses Buch fertigzustellen. Wir stießen ständig auf neue Probleme, die wir im Voraus nicht bedacht, geschweige denn ge-

wußt hatten.

Wie ging es eigentlich an? Nach unserer Reise im August 1977 trugen wir uns mit der ganzen Gruppe, arbeiteten die Protokolle durch, die wir in China mitgeschrieben oder auf Tonband aufgenommen hatten. Wir stellten die Bilder in Galerien und Frauenkreisen aus, wo sie lebhaft Diskussionen auslösten. Wir wurden sehr motiviert und fingen an, noch mehr alle Fotos abzuzeichnen, durchzusehen, Texte zu schreiben und sie einander zuzuordnen. Nach langem Hin und Her fanden wir schließlich eine Form des Lay-outs, die uns beiden zusagte. Daraufhin gingen wir auf die Suche nach einem Verlag. Doch da hörte der Spaß an unserem Buch auf. Bei vielen großen Verlagen kamen wir über ein Telefongespräch mit den Vorzimmern der Cheftage überhaupt nicht hinaus. Bei kleinen Verlagen, die inhaltlich Bücher erstellen, die wir selber gerne lesen, wurden uns Kalkulationen zwischen 40 und 50 DM Endverkaufspreis gemacht (Und wir hatten mit dem Einhalten von Termen unsere liebe Not). Am liebsten hätten wir das Buch bei einem der beiden Frauenbuchverlage gemacht, die wir als erste angesprochen haben (Frauenbuchverlag/München, Frauropolitik/Münster). Beide waren zunächst begeistert, teilten uns mit, daß es sich nicht schickt, noch zu weiteren Verlagen zu gehen, sagten so gut wie zu — und nach vier Monaten we-

der ab. Nach langem Drängen erfuhren wir, daß es bei dem einen inhaltliche und bei dem anderen finanzielle Gründe waren.

Durch das zum Teil unsolidarische Verhalten reichlich genervt zogen wir einen Schlußstrich.

Wir machen das Buch selber! Der erste Schritt war die Geldbeschaffung für die Druckkosten und das Material für die Druckvorlagen. Wir bekamen von mehreren Freunden und Bekannten kleinere und größere Darlehen und suchten den Kontakt mit „Netzwerk“, die sich bemühten, uns Kontakte zu verschaffen.

Zum anderen verkauften wir die Bücher auch im Vorraum. Nachdem wir anfangen, uns zu engagieren, lernten wir viele nette Leute kennen, die uns in unserem Vorhaben bestärkten, halfen und unterstützten.

Das Ergebnis liegt jetzt vor: „Fremde Schwester Liu“ — Frauenbilder aus der VR China. Überformat — 120 Seiten — 170 Fotos. Wir machen selbst keinen Gewinn an diesem Buch und verkaufen es deshalb für 25,— DM selbst.

Postcheckkonto Hamburg, Nr. 114 924-205  
Brigitte Krause, Polchaukamp 24, 2 Hamburg 60.  
oder  
Stefanie Ritter, Bismarckstr. 36, 2 Hamburg 19





## Diskussionen in der DFI

Die Austrittserklärung einer Hamburger Frau aus der DKP-nahen Frauengruppe DFI (siehe „Courage“, April 1979) gibt offenbar nicht nur den persönlichen Eindruck der Autorin wieder.

Zwei Aachener Frauen berichten in einem Leserbrief der „Courage“ vom August über „ähnlich desillusionierende Erfahrungen“ in ihrer DFI-Gruppe. Eine von den Aachener DFI-Frauen gemeinsam vorbereitete Veranstaltung z.B. ließ die Aachener DFI-Gründerin in letzter Minute inhaltlich umstoßen und schließlich platzen.

Frauen der Kölner DFI-Gruppe (linkstheistisch) schreiben in ihrem Leserbrief (ebenfalls „Courage“, August 79): „Wir... haben uns in letzter Zeit genau mit diesen Fragen“ (wie in der Austrittserklärung angeschnitten) „auseinandergesetzt, mit der Arbeitsgrundlage, die nur allgemein gesellschaftliche Fragen beinhaltet und zu wenig frauenspezifische, mit dem zentralen Arbeitskreis, der in der Tat nicht gewählt ist, u.z.w. Wir sind zur Zeit dabei, mit anderen DFI-Gruppen Kontakt aufzunehmen (der durch die faden Rundbriefe nicht inhaltlich hergestellt wird) und stellen fest, daß in etlichen anderen Gruppen ähnliche Selbstverständnisdiskussionen laufen wie bei uns mit entsprechender Kritik an der offiziellen Linie. Es wird sich in Zukunft sicher einiges in der Hinsicht tun, daß die DFI immer mehr eine Frauengruppe wird, die sich für Fraueninteressen einsetzt ohne ihren politischen Anspruch zu verlieren“.

Und im Hinblick auf die Tagung der DFI im Oktober schreiben die Frauen: „Was die Gesamtstruktur und Organisationsform der DFI angeht, so hoffen wir, daß auf unserer nächsten Tagung im Oktober eine demokratischere und durchsichtigere Form durchzusetzen ist“.

Wir sind gespannt.

Daß die in Opposition zur offiziellen Linie stehenden Frauen einiges tun müssen, um sich durchzusetzen, wird angesichts der Stellungnahme der DFI-Gruppe Hamburg, die samt einem Nachwort des Zentralen Arbeitskreises in die DFI-Ortsgruppen ging, deutlich.

In diesem 4-Seitigen Papier gehen die DFI-Frauen nicht auf die konkreten Kritikpunkte der Austrittserklärung ein, sondern stellen lapidar fest, daß eine zum Austrittspapier angesetzte Plenumsdiskussion in Hamburg ergeben habe, „daß die Frauen sich mit dieser Kritik nicht einverstanden erklären“.

AG Frauen Hamburg

## USA: Linker Anwalt verteidigt Vergewaltiger

Wie weit das „demokratische“ Rechtsverständnis linker Anwälte manchmal gehen kann, zeigt ein Fall aus den USA. Wir entnehmen ihn der „Berkeley Barb“ vom 10.5.79. Im April dieses Jahres stand in Kalifornien der Vergewaltiger eines 13-jährigen Mädchens vor Gericht. Sein Anwalt war der in Kalifornien ansässige linke Anwalt Dennis Roberts. Was es sich für einen guten Anwalt gehört, nahm er das Mädchen tüchtig ins Kreuzverhör – vier Tage lang. Damit nicht genug, dem größten Teil seiner Abschlusssätze widmete er der BAWAK, einer Frauengruppe, die sich um Vergewaltigungsoffer kümmert. „Er charakterisierte uns als übergriffige Frauen, die Vergewaltiger mit dem gleichen Haß verfolgen, wie in den Südstaaten die Lynchmobs, die hinter Schwarzen herrennen und die der Vergewaltigung weißer Frauen bezichtigen... Er unterstützte uns, wir hätten Fälle vor Gericht durchgepeitscht, sein Büro belagert, Staatsanwalt und Polizei unter Druck gesetzt“ so eine Frau aus der Frauengruppe über die Verteidigungsrede. Der Vergewaltiger wurde freigesprochen, der Vater des Mädchens bekam eine Anzeige wegen Körperverletzung – er war einem Mitarbeiter des Rechtsanwaltes auf die Fäße getreten....

US-Kommission

# „Ich habe meine Meinung in manchen Fragen kolossal verändert...“

## Ein Gespräch mit der Hamburger „Frauengruppe 50“

Seit ca. anderthalb Jahren gibt es in Hamburg eine Frauengruppe, in der sich Frauen im Alter von 50 bis 60 Jahren zusammenschließen haben. Wir sprachen mit drei Frauen aus dieser Frauengruppe über ihre Erfahrungen, ihre Probleme und ihre Zusammenarbeit. Wir möchten hier den Frauen nochmal herzlich für dieses Interview danken.

AG Frauen, KB Hamburg

AK: Erzähl doch mal, wie Ihr Euch damals überhaupt zusammengefunden habt?

H: Auf Anraten der jungen Mütter aus der Müttergruppe in Eimsbüttel, mit denen ich anfangs zusammengearbeitet habe. Die kamen auf die Idee, ob ich nicht mal versuchen wollte, eine Gruppe mit älteren Frauen zu machen. Da war ich erst sehr skeptisch, aber bei den jungen Frauen war es die Idee, daß ihre Mütter ja eigentlich auch etwas machen müßten.

AK: Und wie seid dann Ihr beide, R. und A., dazugekommen?

A: Ich bin durch meine Tochter dazugekommen. Meine Tochter war auf einer Veranstaltung der Buntten Liste im Winterhuder Fährhaus. Auf der Veranstaltung lag nun eine Liste aus, in der sich alle Frauen, die sich für eine Frauengruppe in unseren Jahrgängen interessieren, eintragen konnten. Da hat meine Tochter mich einfach eingetragen und das fand ich eigentlich recht gut, denn ich hab' immer schon gedacht, irgendetwas müßte ich mal machen, weil ich nicht mehr arbeite und nicht nur zuhause so dumm rumsitzen wollte.

R: Ich bin auch über meine Tochter in die Gruppe gekommen. Meine Ehe war angeknackst und da hat meine Tochter gesagt, du mußt etwas tun, ich fühle mich in der Frauengruppe wohl, mach du das doch auch. Da hab ich das mit meinem Mann besprochen. Der meinte: „Um Gottes Willen, Politik, Kommunismus, sei vorichtig usw.“. Da hab ich das erst einmal gelassen, bis mein Mann dann gegangen ist. Da war ich dann sofort da und fand das gut. Hier waren Frauen, die auch viel durchgemacht hatten und hier konnte man sich mal aussprechen. Wenn ich aus der Frauengruppe wegging, dann war mir immer viel wohler. Da brauchtest du nicht, wie bei einigen Freundinnen, vorsichtig zu sein mit dem, was du sagst und das hat mir unheimlich geholfen.

AK: Aber gab es da nicht anfangs auch bei Euch Probleme, offen über Eure Sachen miteinander zu sprechen?

A: Hier waren ja fast durchweg alle allein. Jede hatte irgendein Problem hinter sich gebracht.

H: Ja, aber irgendwie ist es wohl n'ier runtergekommen.

H: Ja, aber irgendwie ist es wohl auch tatsächlich so, daß man in so einer Gruppe von Frauen doch zumindest mit der Zeit offener wird. Sicher ist das für die meisten Frauen erst einmal eine ganz neue Erfahrung. Am Anfang hatte es mal ziemlich starke Differenzen gegeben, weil einige Frauen kamen, die ganz andere Sachen machen wollten.

AK: Was meinst Du damit?

H: Wir hatten von Anfang an daran gedacht, speziell Frauenfragen zu behandeln, da wir diese Themen gerade in unserer Altersgruppe für sehr wichtig hielten. Einige Frauen, die daran nicht interessiert waren, blieben dann weg.

AK: Ist das nicht auch für Euch eine Umstellung gewesen, als Ihr langsam anfangt, eigenständig Sachen zu machen und Euch intensiver mit Euren und den Frauenfragen auseinanderzusetzen?

A: Bei mir ist das keine große Umstellung gewesen, weil das bei uns zuhause schon immer so lief. Es war vielleicht auch dadurch bedingt, daß mein Mann Schichtdienst hatte und ich auf mich selbst angewiesen war. Ich mußte z.B. allein mit den Kindern im Urlaub fahren usw.. Und wie ich dann in der Frauengruppe angefangen habe, war es selbstverständlich, daß ich meinen Abend für mich hatte. Als mein Mann jetzt aufhörte zu arbeiten, habe ich gesagt: „Meinen Abend möchte ich aber weiter für mich behalten“ – und das hat er auch akzeptiert.

R: Ich fand es toll, daß man richtig mal etwas für sich allein tun konnte, und das habe ich jetzt rausgefunden, daß man überhaupt vieles für sich tun kann. Was eigentlich bislang immer mein Problem war und woran ich

krankte, war, daß ich entweder alles mit meinem Mann zusammen machte oder er machte seine Sachen allein. Ich ging zweimal die Woche mit ihm weg, aber er ging in der Woche vier oder fünfmal weg.

A: Die Männer können ja auch ihre Sachen alleine machen, aber sie sollen den Frauen zugestehen, daß die ihre Sachen alleine machen.

AK: Ist es deswegen zum Bruch in Eurer Ehe gekommen, weil Du angefangen hast, selbst etwas zu machen?

R: Nein, ich war sechzehn so kaputt. Ich habe erst nach der Trennung angefangen, selbst etwas für mich zu tun. Ich wollte lange Zeit immer noch die Ehe retten und habe gar nicht verstanden, daß es viel wichtiger gewesen wäre, etwas für mich zu tun. Und heute bin ich eigentlich kaum einen Abend zuhause.

H: Ja, so sieht das eigentlich bei den meisten von uns aus. A. ist eigentlich die rühmliche Ausnahme. Daß wir heute aktiver geworden sind, – wahrscheinlich wären wir es kaum, wenn wir alle noch verheiratet wären, weil viele Männer in unserem Alter sich da

men, weil du die Frau mit längerer Erfahrung warst?

H: Nein, überhaupt nicht. Zu den Dingen, die ich wissen wollte, hatten die jungen Frauen ja viel größere Erfahrung, ich mußte bei vielen Diskussionen nachfragen. Sicher, es ist schon mal vorgekommen, daß sie wissen wollten, wie eine ältere Frau zu den einen oder anderen Dingen steht. Die Frauengruppe 50 hat später verschiedene Zusammenkünfte mit Frauengruppen jüngerer Frauen gehabt, die eigentlich immer für beide Seiten recht positiv verlaufen sind.

AK: Hast Du nicht manchmal das Gefühl gehabt: Die Jungen können das alles viel besser, die können sich halt besser informieren usw.?

H: Ja, informiert hab ich mich dann aber auch über sie, das hab ich für mich genutzt und hab' ne Menge gelernt. Zunächst mußte ich viele Dinge, die durch lange Ehejahre und die Erziehung unserer Generation noch so im Kopf saßen, abbauen. Ich hab' meine Meinung in manchen Fragen kolossal geändert, z.B. was die Kindererziehung betrifft, oder politische

Problem mit den Renten. Warum kriegen denn die Frauen im Alter von ungefähr Mitte 50, die vielleicht Frührentnerinnen sind, so wenig Rente? Das ist nicht nur die Zeit der Ehe, die dir fehlt. Wir konnten keine Lehre machen. Ich kam 1944 aus der Schule und habe mein Sportstudium angefangen. Das war nach dem Krieg alles vorbei. Ich muß heute also schreiben Ohne Beruf. Und das ist beim Arbeitsamt schon mal schlecht. Dabei habe ich mein ganzes Leben hart gearbeitet. Erst im Geschäft meiner Eltern und später im Geschäft meines Mannes.

AK: Wie war das bei den anderen?

A: Mein Vater war schon früh gestorben und meine Mutter mußte für uns Kinder arbeiten. So konnte ich dann auch keine Lehre machen, weil meine Mutter das finanziell gar nicht geschafft hatte. So habe ich eine Stiefmutter im Haushalt angenommen und bin abends noch zur Handelsschule gegangen. Als ich dann in einem kaufmännischen Beruf überwechseln wollte, hatte ich die größten Schwierigkeiten mit dem Arbeitsamt. Es ge-



einfach quer stellen. Und die Auseinandersetzung mit dem Mann schenken die meisten Frauen.

AK: Ihr seid alle ledig?

H: Ja, fast alle geschieden, verwitwet oder leben getrennt vom Mann. Ich glaube, daß es mehr alleinlebende Frauen gibt, die etwas machen möchten, aber keine richtige Möglichkeit sehen. Da ist dann auch die Schwellenangst, das Problem, sich einfach anzufassen. Aber ich fand es auch so tröstlich, den ganzen Tag zu arbeiten, seinen Haushalt ein bißchen zusammenzukramen, sich vor die Glotze zu setzen, dann wieder ins Bett, morgens wieder hoch und sonst lief nichts, nur wenn mein Sohn mal kam. Aber je älter er wurde, umso mehr unternahm er allein etwas. Ich hatte zwar auch Kontakt zu den Jüngeren, zu den Freundinnen und Freunden meiner Tochter. Ich hab' mit ihnen diskutiert, aber ich hatte immer das Gefühl: Du hast zwar noch 'ne Meinung, aber so richtig Bescheid weißt du nicht, bist nicht richtig informiert usw.. Bis ich dann in die Eimsbütteler Frauengruppe ging. Da hab' ich dann anderthalb Jahre mitgemacht. Ich hab' erst einmal zugehört am Anfang. Wir kannten in unserer Jugendzeit so etwas ja nicht, wir haben ja ganz andere Dinge im Faschismus kennengelernt, wir wurden irgendwohin beordert und dann ging das aber zackig los, und das war ja nicht freiwillig, da mußtest du ja.

R: Wurde in der Frauengruppe auf dich nun besonders Rücksicht genom-

Ansichten, oder überhaupt die Frage, was eine Frau kann oder nicht bzw. darf oder nicht?

R: Heißt das, daß du uns gegenüber den Vorteil hattest, daß du erst mit jungen Frauen zusammengearbeitet hast? Ich denke, für mich wäre das auch ganz gut, damit ich meine Tochter besser verstehe. Ich bin sehr konservativ erzogen, und wenn ich heute meine Mutter so erlebe, dann denke ich, was hast du an mir alles falsch gemacht und werde richtig wütend.

AK: Es hat doch aber auch einen Vorteil, wenn Ihr Euch untereinander über Eure Probleme auseinandersetzen könnt, denn bei Euch kommt doch auch noch eine besondere Situation durch das Alter dazu? Umgekehrt können wir jüngerer Frauen doch wohl auch sagen, daß wir uns mit den Problemen älterer Frauen kaum auseinanderzusetzen und darüber nachdenken, wie es uns später einmal gehen wird.

H: Bei den meisten Frauen ist das doch so: Erst Unterdrückung im Elternhaus, dann in der Ehe, vielleicht noch jung geheiratet. Da fragt man sich doch wirklich, wann sollten diese Frauen überhaupt zu sich selbst finden. Heute kommt bei uns noch die Kriegszeit. Ich war zwölf Jahre, als der Krieg ausbrach und 18, als er zu Ende war.

AK: Da lag es dann ja wohl auch nicht drin, daß Ihr als Mädchen eine Lehre o.ä. hätten machen können?

H: Nein, und heute ist da dann das

lang mir dann schließlich doch, und ich wurde bei den Gaswerken als Bürokraft dienstverpflichtet. Darauf hatte ich noch viel Glück, denn man hätte mich auch genau wie die meisten Frauen in eine Munitionsfabrik o.ä. stecken können.

H: Ja, und mit dem Verdienen war das ja auch so eine Sache. Die Frauen, die vorm Krieg, im Krieg und in der Nachkriegszeit gearbeitet haben, die hatten ja derartig geringe Verdienste, so um 200 DM brutto im Monat o.ä.. Daher ergeben sich für uns dann noch lange verheiratet warst, dann bist du für diese Zeit noch nicht einmal sozialversichert.

R: Ich war 25 Jahre verheiratet. Ich hab' zwar zwischendurch mal gearbeitet, ich hatte Säuglingsschwester gelernt, aber nach der Geburt meines ersten Kindes aufgehört zu arbeiten. Ich hab' dann ab und zu mal als Sprechstundenhilfe ausgeholfen.

AK: Was bekommt Ihr denn so an Rente?

R: Ich bekomme 150 DM. Nun hab' ich ja auch immer sehr wenig verdient. Ich war ja so eine Idealistin. Ich hab' im Säuglingskinderheim gearbeitet, wo elternlose Kinder waren. Da hab' ich nie an meinen Verdienst oder meine spätere Rente gedacht. Da hab' ich dann meine ganze Liebe investiert so für 80 DM, obwohl ich eigentlich 480 DM laut Tarif verdient hätte. Das ist halt so typisch Frau, sich für andere

Fortsetzung nächste Seite







# 'Rosa'-Plakat in Hildesheim beschlagnahmt

Am 26. Juli wurde von anrückenden KriPo-Beamten im Hildesheimer Kommunikationszentrum „Kukus“ ein Plakat der „Rosa“ beschlagnahmt. Begründung: dieses Plakat erzeuge öffentliches Ärgernis. Außerdem fordere es Jugendliche zu strafbaren Handlungen auf. Auf dem Plakat werden zwei sich küssende Männer dargestellt mit der Unterschrift: „Macht euer Schwulsein öffentlich, auch auf den Straßen“. Die beiden erstellten schließlich noch Anzeige gegen ein Mitglied der Hildesheimer Schwulengruppe, weil seine Adresse für die dortige Schwulengruppe als Kontaktadresse fungierte, und gegen das Kommunikationszentrum. Begründet wird die Anzeige mit dem Ordnungswidrigkeitsgesetz (OWiG) § 118, wonach das Aushängen des Plakats eine grob ungehörige Handlung darstelle, die dazu geeignet ist, die Allgemeinheit zu belästigen oder zu gefährden und die öffentliche Ordnung zu gefährden.

Dieses ist ein unverschämter Angriff staatlicherseits auf die Öffentlichkeitsarbeit von Schwulengruppen insgesamt. Es liegt hier die Vermutung nahe, daß das OVG-Urteil aus Nordrhein-Westfalen, wonach Schwulengruppen Öffentlichkeitsarbeit verboten werden kann, nun auch auf Niedersachsen ausgedehnt wird. Wir rufen alle Gruppen auf, die Hildesheimer Schwulengruppe auch im Interesse der eigenen Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

AG Schwule im KB



Das beschlagnahmte Plakat „stellt eine grob ungehörige Handlung dar und ist geeignet die Allgemeinheit zu belästigen oder zu gefährden“

## Neuer Anfang in der Hamburger Schwulenbewegung?

Vertreter aus insgesamt zehn Schwulengruppen und -Initiativen aus Hamburg (die Leder S/M-Gruppe des Gay Liberation Center, Club Albatros von 1974, die AG „Homosexualität und Kirche“, Schwulentelefonseelsorge in der Petri-Kirche, verschiedene HAH-Gruppen sowie die Päderastengruppe, Projektgruppe „Unterrichtseinheit Homosexualität“, Rosa Hilfe, Vertreter des Fördervereins der HAH, die Initiative „Schwule gegen Strauß“ und die Schwulengruppe in der „Bunte Liste Hamburg“) trafen sich am achten August, um einen wesentlichen Mangel bisheriger Schwulenarbeit in Hamburg auszumachen: mangelnder Informationsfluß und keinerlei Koordinierung einzelner Aktivitäten.

Nach übereinstimmender Meinung soll dies fortan dadurch abgestellt werden, daß solche Gespräche aller Gruppen künftig regelmäßig stattfinden sollen. Außerdem hilft ein gemeinsames zu schaffendes Briefkastensystem, den Informationsmangel untereinander abzubauen.

Auf dem nächsten Treffen Anfang Oktober sollen gemeinsame Schritte zur Bundestagswahl gegen die Strauß-Kandidatur überlegt werden.

AG Schwule im KB

## „Rote Zelle Schwule“ – Rotzschwul in Hannover

In Hannover hat sich kürzlich eine Schwulengruppe gegründet: „Rotzschwul“.

In einem erklärenden Flugblatt meinen die initiiierenden Schwulen, daß „in der HSH (hannoverscher Schwulengruppe) bisher zu wenig inhaltliche Auseinandersetzungen mit der Schwulenfrage gelaufen ist“. Sie verstehen sich als „entschieden links und „undogmatisch“. Arbeitsschwerpunkte hat sich „Rotzschwul“ in der Mitarbeit an der „Bunte Liste Hannover“ und in Aktionen an einer ISG (=Gesamtschule) in Hannover gesetzt. Außerdem werden Vorbereitungen für ein Treffen ähnlicher schwuler Initiativen für Ende des Jahres in Hannover getroffen.

Kontakt: Rotzschwul c/o S Paprotka, Stadtstraße 4, 3000 Hannover 1

AG Schwule im KB

## Schwuler Sozialdemokrat zu 450 DM Geldstrafe verurteilt

Zu 450 DM Geldstrafe verurteilt am 30. Juli ein Kölner Amtsgericht den schwulen Sozialdemokraten (SchwulSo) Gerd Blömer wegen „üblicher Nachrede“. Drei Kriminalkommissare stellten aufgrund eines internen SPD-Antrages Strafantrag gegen Gerd B. In diesem Antrag wird die „SPD-Ratzfraktion (von Köln, Anm. AG Schwule) aufgefordert, über den Polizeibeitrag zu untersuchen, ob es bei der Kölner Kriminalpolizei Karrieren gibt, in denen Homosexuelle, ohne daß sie gegen Gesetze verstoßen haben, automatisch geführt werden.“ Begründet hatte Gerd B. den Antrag damit, daß er durch ihm bekannte schwule Polizisten erfährt, daß die Kölner KriPo Spitzel in die schwule Subkultur entsendet, um an persönliche Daten der Schwulen zu gelangen. Gerd B. behauptet auch, daß diesen Spitzeln damit die Spitzeltätigkeiten schmuckhaft gemacht wurde, indem ihnen gesagt wurde, daß „homosexuelle Männer potentielle Triebabwärtiger seien und außerdem automatisch mit vielen ehemaligen Straftätern in Berührung kommen, die, einmal aus der Haftanstalt entlassen, selber oft homosexuell geworden sind und häufig durch Prostitution versuchen, Geld zu verdienen“ und schließlich meint Gerd B. in seinem Antrag, „daß solche faschistischen Ansichten bei

Polizeibeamten noch vorherrschen und an junge Beamte weitergegeben werden“ und daß das in der Tat eine ungeheure Diskriminierung der Schwulen bedeute. Außerdem welche Funktion „Rosa Listen“ auch haben können, belegen die Erfahrungen aus der Weimarer Republik, in der auch schon vorsorglich „Rosa Listen“ angefertigt wurden und den Faschisten praktisch mundgerecht nach 1933 in die Hände fielen. Ganz davon abgesehen, daß bis heute noch nicht geklärt ist, was dieser Antrag in die Hände der Kölner KriPo gelangt sein könnte (böse Zungen münkeln, daß es sich um die schwulenfeindliche Fraktion innerhalb der SPD handelt), bekamen die drei Kölner KriPo-Beamten den inkriminierten Antrag in der Hand und mokierten sich an dem Begriff „faschistisch“. An diesem Begriff machten auch die Richter den Teilbestand der „üblichen Nachrede“ fest. Während der Verhandlung konnte nicht geklärt werden, was an dem Vorwurf der Anlage von „Rosa Listen“ stimmt. Im nächsten AK werden wir uns stärker mit „Rosa Listen“ auseinandersetzen, vor allem in Hinblick auf Aktionen der Schwulenbewegung, um die Vernichtung der Listen zu erreichen.

AG Schwule im KB

## Richtigstellung

In AK 159 ist uns ein Fehler unterlaufen. Versichtlich haben wir den in der Homobla-Zeitung abgedruckten Resolutionsentwurf abgedruckt. Hier ist der offizielle Wortlaut:

„Die Schwulen von Homobla und die Trüchmiere dieser Demonstration in Frankfurt am 28.7.79 fordern mehr Rechte für Homosexuelle und Heterosexuelle.“

Kinder haben ebenso ein Recht auf Sexualität wie Erwachsene. Die Liebe zwischen Kindern und Erwachsenen darf weder behindert noch abgeurteilt werden.

Wir verlangen, daß mit der Benachteiligung der Unverheirateten endgültig Schluss ist.

Wir fordern die Gleichstellung in Erb- und Steuerrecht.

Die Darstellung der Homosexualität als einzig gesunder und menschenwürdiger Form der Sexualität muß endlich ein Ende haben!

Wir verlangen Unterstützung für eigenständige Institutionen

von Schwulenzentren, schwulen Beratungsstellen und schwulen Gesundheitsorganisationen. Wir fordern das Recht der Schwulen selbst in den öffentlichen Medien, Rundfunk und Fernsehen arbeiten zu können. Wir fordern zwei Sitze im Rundfunkrat. Selbstdarstellung der Schwulen im Sexualkundeunterricht muß möglich gemacht werden. Wir verlangen gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung in allen Bereichen.

Wir fordern „Wiedergutmachung“ der schwulen KZ-Opfer und die umfassende Rehabilitierung der Überlebenden. Wir fordern die Streichung der Paragraphen 174, 175 und 176 StGB.

Wir wollen nicht nur in Homobla sondern immer und überall frei und offen schwul sein.“ („lux“, 30.7.79).

## Diskussion über Schwule im Betrieb: Hast Du nun schon mal mit einem Mann geschlafen ... ?!

Diese bohrende Frage wurde mir vor einiger Zeit von einem Kollegen gestellt, der nicht kapieren konnte, daß man die Schwulen verteidigt auch als „nicht“ oder „noch nicht Schwuler“.

Die ganze Sache fing an, als ich unter den Kollegen nach dem Mittagessen in der Cafeteria eine Diskussion über Schwule entspann – natürlich auf Spruchebene. Einige „liberale“ Einwurfe von mir Schwulsein fände ich genauso normal wie Heterosexsein, brachte die Diskussion ziemlich in Stimmung. Das i-Tüpfelchen war dann meine provokative Feststellung, daß nach einer anerkannten wissenschaftlichen Untersuchung 6 % aller Männer schwul seien, daß es demnach auch in unserem Betrieb ca. 25 Schwule gibt. Und auch an unserem Tisch saßen wahrscheinlich ein oder zwei. Die Stimmung war daraufhin sehr „ausgelassen“, man zählte ab und übernahm sich selbst geflissentlich...

Offensichtlich hatte ich hier in ein Wespennest gestochen, denn die ganzen nächsten Tage und auch noch die nächste Woche – jetzt ist es etwas abgeebbt – wurden mir eindeutige Angebote gemacht, doch mal mit aufs Klo zu kommen... etc.. Das war auf die Dauer natürlich reichlich nervig. Ich wurde dann auch mit den übelsten Dingen konfrontiert, die einige Kollegen mir in diesem Zusammenhang erzählten. Einer rühmte sich damit, früher mit seinem Kumpel Schwule auf irgendeinem Schwulenlo zusammenzuschlagen und ihnen das Geld abknöpfen zu haben. Ein anderer erzählte, wie er beim

Spazierengehen mit seiner Tochter mit zwei Schwulen konfrontiert wurde, die sich gegenseitig an die Hose faßten. Als seine Tochter dann gefragt habe, was da da machen, habe ich die kalte Wut gepakt und er habe ihnen mit Gewalt die Köpfe zusammengeschlagen, so daß sie zusammengeackelt seien. Hier sah ich keinen Sinn mehr, in eine Auseinandersetzung einzusteigen. Ich habe mich darauf beschränkt, ihnen zu sagen, daß ich das Scheiße finde.

Im Laufe der Auseinandersetzung hat sich die Kollegenschaft in zwei Gruppen differenziert: Die einen „akzeptierten“ Schwule, wenn sie in Ruhe gelassen werden, die anderen würden sie am liebsten in die Psychiatrie stecken. Mit zwei Kollegen konnte ich etwas ernsthafte über das Problem sprechen – inzwischen ist diese Diskussion jedoch eingeschlafen, was wohl auch daran liegt, daß ich doch ziemlich schockiert war über das Spruchtrommelfeuer. Irgendwie war ich jedoch auch ganz stolz, daß ich hier mal konsequent gebarben bin. Ich habe recht deutlich zu spüren bekommen, wie unsicher die Kollegen in dieser Frage sind...

In Zukunft werde ich wohl, auch solche Diskussionen etwas gezielter führen, damit durch diese Sprücheklopfer eine wirkliche Diskussion nicht von vornherein im Keim erstickt wird.

Ein Jugendgenosse, KB/HH

(Wir danken dem Genossen für diesen Bericht, AG Schwule im KB).

## Unterstützt Kirchmeier!

Der Kirchenvorstand in Bargteheide (Schlesw.-Holst.) will den schwulen Diakon Horst Kirchmeier entlassen (siehe auch AK 159, S. 31). Hier soll mal wieder ein schwules Berufsverbot durchgesetzt werden. Die AG Schwule muß dazu auf Kirchmeier Unterstützungsmitteln zu gründen, die Informationsarbeit machen und/oder für folgende Termine mobilisieren:

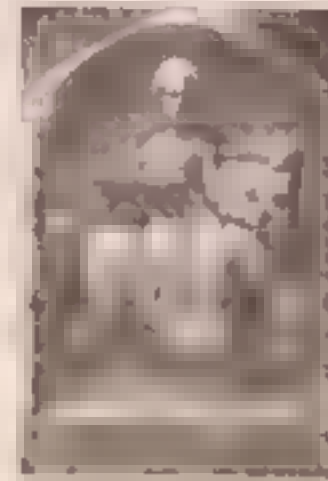
Info-Stände in Bargteheide 24. 8.; 25. 8.; 31. 8.

Jugendgottesdienst mit Kirchmeier 15. 9., 9 Uhr

Demonstration in Bargteheide 14. 9. 10 Uhr

Material und Informationen über Bunte-Liste-Büro, Fruchtallee 9, 2000 Hamb. 19, Schwule.

## Unsere kleine Zeitung



7/79

„Unsere kleine Zeitung“ (UKZ) erscheint seit 1974 und wird von der Westberliner Gruppe L 74, in der sich ältere berufstätige lesbische Frauen zusammengeschlossen haben, herausgegeben. Die Juli/August-Nr. enthält verschiedene Positionspapiere zur „Lesbenbewegung und Frauenbewegung“. Buchbesprechungen, Nachrichten aus der Lesbenbewegung und nicht zuletzt natürlich Termine und Kontaktanzeigen. Lesblache AK Leserinnen, die die UKZ noch nicht kennen, sollten auf jeden Fall regelmäßig hineinsehen, da hier eine gute Möglichkeit für uns besteht, uns über Lebenspositionen zu informieren und auszudiskutieren. Erhältlich, auch im Abonnement über Gruppe L 74, Mariannenstr. 34 I Berlin 36.



AG Schwule im KB  
10 JAHRE STONEWALL -  
10 JAHRE SCHWULEN- UND  
LESBENBEWEGUNG  
Brochüre, 88 Seiten, DM 5,-

INHALT: Darstellung der Stonewall-Rebellion (New York 1969) und ihrer Auswirkungen. Beginn und Entwicklung der Schwulen- und Lesbenbewegung in den USA. SCHWERPUNKTE: Die Bryant-Brix-Kampagnen. Die Antwort der Schwulen- & Lesbenbewegung: Massenweise rein in die Straßen!

In vielen weiteren Artikeln, die z. T. aus ausländischen Schwulenzentren erstmalig in deutscher Sprache veröffentlicht werden, geben wir Ereignisse und Informationen aus vielen anderen Ländern wieder, wo Schwule und Lesben sich zusammengeschlossen haben.

## 10 Jahre Stonewall – 10 Jahre Schwulen- & Lesben-Bewegung

Bestellungen gegen Vorkasse:  
J. Raents Verlag  
Lorchestraße 75  
2000 Hamburg 50





## Nazi-Bombenanschlag auf das Amtsgericht Hannover

Im Zusammenhang mit dem Bückeburger Prozeß gegen die „Hansa-Bande“ wurde im AK 158 berichtet, daß der Braunschweiger Nazi Paul Otto dem „Hansa“-Führer Kühnen sowie einem Nazi aus Schleswig-Holstein je eine selbstgebaute Rohrbombe gegeben hatte. Die Bombe des Schleswig-Holsteiners ist dann nach Ansicht der Bundesanwaltschaft im Amtsgericht Hannover explodiert.

Hierzu sind einige Ergänzungen notwendig. Zum einen ist die Existenz der Bombe und ihr Einsatz am Amtsgericht Hannover nicht erst seit der Zeugenaussage im Bückeburger Prozeß bekannt. Die „TAZ“ berichtete bereits am 24.5.79, daß Material zur Herstellung der Bomben bei einer Durchsuchung der Wohnung Ottes gefunden worden sei, aus diesem Material habe sich eindeutig ergeben, daß die in Hannover explodierte Bombe von Otto stammte. Von einem Ermittlungsverfahren in dieser Hinsicht war allerdings nichts zu hören.

Zum anderen hat in Bückeburg zu diesem Komplex außer dem in AK 158 erwähnten Andreas Kuchmann auch Ober-Schreiber ausgestellt, der für seine Nazi-Aktivitäten gerade 2 Monate hinter Gittern verbringen muß. Schreiber gestand, von Otto eine Bombe erhalten und diese am Amtsgericht Hannover gezündet zu haben („HAZ“, 17.7.79).

Interessant bei der ganzen Geschichte ist aber insbesondere der Zeitpunkt der Explosion und die wei-

tere Entwicklung, die Bombe ging nämlich am 21.10.77 hoch, drei Tage nach dem Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe in Stammheim. Die Kriminalpolizei machte daher auch sofort „Symptomanalysen der Terroristenzene“ für den Bombenanschlag verantwortlich („HAZ“, 22./23.10.77). Angeblich soll sich auch wenig später ein „Kommando Andreas Baader“ zu dem Anschlag bekannt haben. Ziel der Aktion war es, die „Terror“-Hysterie noch weiter zu schüren. Ein konkretes Ereignis bestand darin, daß bis vor kurzem alle Besucher des Amtsgerichts (auch die als Zeugen oder Angeklagte Geladenen) eine Auswärtigen- und Taschenkontrolle über sich ergehen lassen mußten.

Dabei – und das ist der Clou des Ganzen – wußte die Polizei bereits wenige Tage nach dem Anschlag, wer die Täter waren. Bei einer Razzia in der hannoverschen Nazi-Szene geriet die Polizei auch an einen Jung-Nazi, der erst kurze Zeit bei der „Bewegung“ war und dann auch sofort ausgesackte Tütchen war dies für die Polizei offenbar kein Anlaß, Schreiber und seine Mitläufer vor Gericht zu stellen. Nachdem Schreiber sich jetzt in Bückeburg offen zu dem Anschlag bekannt hat, wird sich dies jedoch wahrscheinlich nicht mehr vermeiden lassen. Und da sage noch einer, die Justiz wäre auf dem rechten Auge blind!

Ein AK-Leser aus Hannover

Auge blind!

Ein AK-Leser aus Hannover

## Neonazis demontieren Selbstschußanlage. Presse spricht von „Vorkämpfern für Menschlichkeit“

Unter der Überschrift „Kampf der Unmenschlichkeit“ berichtete die Münsteraner Lokalzeitung „Westfälische Nachrichten“ vom 11.7. in großer Aufmachung (1/2 Seite) über die Demontierung eines Selbstschußautomaten an der Grenze zur DDR durch drei Studenten. Nun gut, daß man mit solchen Heldentaten Beifall von so manchem unverbesserlichen Kalten Krieger als auch vom herrschenden Antikommunismus erbeischt, ist nichts Neues. Die in der „WN“ namentlich aufgeführten Helden im „Kampf gegen die Unmenschlichkeit“ lassen von vornherein starken Zweifel bezüglich der vorgeblich so humanistischen Motivation (lt. „WN“) der „Menschenrechtler“ aufkommen (ganz abgesehen davon, daß solche Aktionen grundsätzlich und objektiv nur jenen Kräften Nutzen bringen, die mit „Menschlichkeit“ und „Menschenrechten“ nicht gerade etwas im Sinn haben), handelt es sich doch zumindest bei zwei „Helden“ um bekannte und ausgekochte Neonazis!

Michael Bolle, 24 Jahre, Student, Mitglied des Landes- und Bundesvorstandes der „Jungen Nationaldemokraten“, Mitherausgeber des Münsteraner JN-Pfeils (ein lokales Nazi-Blättchen, das in hoher Auflage umsonst vor Münsteraner Schulen verteilt wird). Bolle zählt zum Führungskern der „Harting-Bande“, deren neonazistische Parolen sich über die Grenzen NRW's hinaus bis in den norddeutschen Raum erstrecken. Bolle ist wiederholt bei solchen Provokationen gegenüber Antifaschisten als Schläger in Erscheinung getreten.

Rainer Vogel, 28 Jahre, stellvertretender Landes- und Bundesvorsitzender der JN, Leiter des „Nationalen Centrum Köln“ und Chef der Kölner Tarnorganisation „Arbeitskreis kritischer Bürger Köln“ (AKBK). Dritter im Bunde ist ein gewisser Ralph Fischer, der wie Vogel aus Köln kommt.

Über die neonazistische Gesinnung von Bolle und Vogel, bzw. deren Exponentenstellung in der JN ist in der „WN“ nichts zu erfahren, obwohl dieser Aufschluß über den realen politischen Hintergrund der Aktion geben würde. Zum Glück ist im Fall Bolle muß dieser der lokalen Presse bekannt sein, handelt es sich bei ihm doch um einen allgemein bekannten und berechtigten Faschisten. Zudem ist Münster als Hochburg, was JN und NSDAP Aktivitäten anbetrifft, anzusehen, in deren Zusammenhang immer wieder der Name Michael Bolle auftaucht. Auch Rainer Vogel dürfte der „WN“ kein Unbekannter sein, immerhin trat er bereits wiederholt als Redner auf den nicht gerade seltenen Kundgebungen der NPD/JN in Münster auf. Durch diese Art der Berichterstattung macht sich die „WN“ zum propagandistischen Arm der Neonazis.

Mit Hilfe der „WN“ konnten sich Bolle und Vogel als „Kämpfer gegen Unmenschlichkeit“ profilieren. Schützenhilfe bekamen die Nazis auch von Löwenthals ZDF-Magazin, das 15 Minuten lang („WN“, 11.7.) über die Aktion berichtete.

Antifa-Kommission NRW

## Die Harting-Bande klagt weiter

Gegen den Presseverantwortlichen der Dokumentation zur Harting-Bande und dem entsprechenden Informationsplakat der „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus NRW“ laufen drei Ermittlungsverfahren bei der Bielefelder Staatsanwaltschaft.

Der Bochumer Faschist Olaf Dau erhebt Strafanzeige wegen Verstoß gegen das Urheberrechtsgesetz, weil in der Dokumentation die Titelseite einer Ausgabe des neonazistischen Kölner Jugendmagazins „perplex“ wiedergegeben wurde. Die Wiedergabe von Artikeln ist nämlich untersagt. Ferner will „perplex“ nicht neonazistisch sein und Dau nicht mit der Harting-Bande in Verbindung gebracht werden.

Die Paderborner JN-Aktivisten Josef Böhle und Eduard Plachka erheben Strafanzeige wegen des Verstoßes gegen das Urheberrecht und wegen Beleidigung. Gegen letzteres verstößt ihrer Meinung nach die Veröffentlichung ihrer Konterfeits in der Broschüre und auf dem Plakat. Beleidigt fühlt sich Böhle durch die Bezeichnung „Schläger“.

Karl-Heinz Harting und Bernd Dröms – beide zum Kopf der Bande zu rechnen – erheben Strafanzeige wegen Beleidigung und Verleumdung. Hartings Anzeige ist inhaltlich identisch mit dem Antrag auf einstweilige Verfügung gegen das Plakat der Landeskonferenz. Da hat er bereits landgerichtlich bestätigt bekommen, daß er als Faschist und Nazi bezeichnet werden darf.

und ein eventuell sogar paramilitärisches Ausbildungszentrum leitet. (s. AK 158 und 159).

Der Jurastudent Dröms hält es gar nicht für nötig, seine Anzeige zu begründen.

Mit diesen Strafanzeigen gerät nun auch die Dokumentation zur Harting-Bande ins Schußfeld der Nazis. Ziel ist es in erster Linie, einen nicht-faschistischen Charakter für diese NPD/JN-Truppe gerichtlich bescheinigt zu bekommen.

Ob der Bielefelder Staatsanwalt Perrin diesem Ansinnen entsprechen wird, ist noch offen. Bisher wurde der Presseverantwortliche lediglich vernommen.

Antifa-Kommission NRW

## Neonazi-Tarnorganisation im Rhein-Neckar-Raum gegründet

Am Sonntag, den 15.7.79 trat diese neue Gruppe in Weinheim/Bergstraße zum erstenmal an die Öffentlichkeit. „1. Volkslauf National“, veranstaltet von „Bürger für aktive Freizeit Rhein-Neckar“, Gruppe Wm/B., mit Unterstützung der Stadtverwaltung Weinheim/B.

Tarnorganisation ist fast übertrieben, Öffentlichkeit wird sogar angestrebt, indem man bestimmte „Freizeitangebote“ macht, wohl um sich erst mal einen biedereren Anstrich zu geben. Ausdruck hierfür ist z.B. die Ankündigung des sog. „Volkslaufs“ im Sportteil der „Weinheimer Nachrichten“ vom 9.7.79.

Die Gesamtleitung liegt in den Händen des Weinheimer NPD-Stadtrats Günter Deckert, der auch zugleich Sprecher (sic) der Weinheimer Freizeitgruppe ist, die die Aufnahme in den Deutschen Leichtathletikverband beantragt hat.

Dadurch neugierig geworden, telefonierte ich am Samstagabend mit Herrn Deckert (bekanntlich hoher Funktionär innerhalb des NPD).

L.Z.: „Ich wollte mal fragen, ob da morgen beim Volkslauf die Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet kommen, denn auf Ihrem Handzettel steht ja „Volkslauf National“.“

G.D.: „Ja, eh, das soll bedeuten, daß das natürlich kein internationaler Volkslauf ist.“

(Tatsächlich kamen über 100 Teilnehmer aus dem Rhein-Neckar-Raum).

L.Z.: „Ich würde gerne wissen, ob es hier in Heidelberg auch schon so eine Freizeitgruppe gibt.“

G.D.: „Nein, in Heidelberg mußten

nach interessanten gewonnen werden, aber in Ladenburg gibt es eine Gruppe und in Wiesloch gibt es auch schon einen Interessentenkreis.“

„Wissen Sie, wir wollen den Jugendlichen hier Freizeitmöglichkeiten bieten, ohne daß sie unbedingt Mitglied in einem Sportverein werden müssen. Zum Beispiel wollen wir Speerwurf anbieten, Bogenschießen, Steinwurf.“

Letzte Klarheit verschaffte ich mir dann am folgenden Sonntag in Wein-

heim. Meinem Begleiter und mir wurde „schlagartig“ bewußt gemacht, mit welcher Sorte von „Bürgern für aktive Freizeit“ man hier zu tun kriegt. Kaum hatten wir den „Verpflegungsplatz“ betreten, wurden wir von drei Typen eingekreist. Sie waren auf uns aufmerksam geworden, da jeder von uns eine Kamera umgehängt hatte.

„Zeigen Sie sofort Ihren Presseausweis!“ – „Haben Sie überhaupt einen Presseausweis?“ – „Haben Sie eine Genehmigung?“ – „Dann rücken Sie sofort den Film raus!“ Es folgten Versuche, mir die Kamera zu entreißen, den Film zu entnehmen.

Besonders einer der drei, ein nervöser Schlägertyp, ca. 30 Jahre alt, trägt Abzeichen „Laßt Heß Frei!“ exponiert sich mit Drohbildern und Laubhütten.

Dann lenken die beiden anderen die bei erfahrenen, ein, nachdem wir versichern, überhaupt noch kein Foto gemacht zu haben und die Kamera erst mal zurück ins Auto zu bringen.

Soweit dieser Vorgang, der bestimmt nicht in die Strategie von G.

Deckert paßt (er selbst war gerade nicht anwesend gewesen). Diese neue Strategie.

Einsackern in den Freizeitbereich – Gründung sportlicher Vereine, militärische Sportübungen, besonders für Jugendliche (=Wehrsportgruppen).

„11) dies scheint für die Neonazis lebensnotwendig zu sein (übrigens, Startgeld beim Volkslauf 10 DM!), da ihre Bastionen hier im Rhein-Neckar-Raum langsam ins Wanken geraten zu scheinen. Um es nochmal zu betonen, besonders Jugendliche sind durch solche „Vereine“ gefährdet, also: Antifaschisten im Erziehungsbereich – aufgepaßt!“

Übrigens ist schon der „2. Nationale Volkslauf“ angekündigt, und zwar am Sonntag, den 30. September ab 8 Uhr, auf dem Neckarvorland bei der Fähre nach Neckarhausen (Start/Ziel). Veranstalter: „Bürger für aktive Freizeit“, Gruppe Ladenburg, 6807 Ladenburg, Januariusweg 8 (Willi Busch). Dieser W. Busch war früher bekannt als hoher NPD-Funktionär, nun hat er erscheinend eine neue Aufgabe gefunden.

Persönliche Anmerkung: „Jogging“, also Volkslauf allein oder mit mehreren, ist z.Zt. groß in Mode. Viele gehen bei diesen Sportintendenzen auch Antifaschistisches mit. Diese sollten sich mal aufrufen und dann zusammenüberlegen, was und in welcher Form man gegen den am 30. September geplanten „2. Nationalen Volkslauf“ unternehmen könnte.

Heidelberg, L.Z., 18.7.79

## Keine Zulassung der NPD zur Bremer Bürgerschaftswahl!

Die Wahlpropaganda der NPD läuft hier in Bremen schon fast auf vollen Touren. Flugblattaktionen in der Stadt, „Info“-stände am Bahnhof und Planungen für Großkundgebungen und Parteitag im September. Wahlkampfschwerpunkt ist die rassistische Hetze gegen die ausländischen Kollegen.

Die Horrormision einer „verlorenen Minderheit“ deutscher Kinder in Kindergärten und Schulen wird auf Flugblättern heraufbeschworen, als wenn deutsche Kinder durch eine zahlenmäßige Übermacht ausländischer Kinder entrechtet und unterdrückt würden. Abgesehen von dem völlig aus der Luft gegriffenen Zahlenspekulationen stellt es die Verhältnisse auf den Kopf, denn ausländische Kinder sind an unseren Schulen hoffnungslos benachteiligt.

Die Hetze wendet sich insbesondere gegen die „Einschmelzung der Ausländer in das deutsche Volk“. Es fehlt nur noch, daß „deutsche Mädchen“ aufgefordert werden, sich nicht mit ausländischen Männern einzulassen, in Anerkennung an Gesetze des „Dritten Reichs“ zur „Reinhaltung des deutschen Blutes“. Demagogisch wird von der NPD auch die Frage aufgeworfen, „wovon denn die nicht erwerbstätigen Ausländer leben“. Dabei wird indirekt unterstellt, daß Ausländer „arbeitscheue Elemente“ seien, die auf Kosten der fleißigen Deutschen leben. Völlig außen vor bleibt dabei, daß die ausländischen Arbeitnehmer die schwersten, dreckigsten und schlechtbezahltesten Arbeitsplätze einnehmen. Zudem bleibt z.B. unberücksichtigt, daß Ausländer als erste entlassen werden.

Die NPD steht die „Lösung der Gastarbeiterfrage“ darin, sie in Ghettos zu halten und dann schrittweise auszuweisen. Das ganze wird demagogisch als Recht der Ausländer auf ihre eigene Kultur verkauft. Wie weit ist da der Schritt zu einer neuen „Endlösung“? Diese Hetze gegen Ausländer ist nur ein Beispiel für die Politik der NPD, die in der Tradition der Nazis die Unterdrückung religiöser, sexueller, politischer und rassistischer Minderheiten fortsetzen will.

Wir meinen, Bremen sollte auch im Wahlkampf nicht zum Tummelplatz für alte und neue Nazis werden. Deshalb fordern wir:

Keine Zulassung der NPD zur Bremer Bürgerschaftswahl. Verbot der NPD!

Frauengruppe gegen Faschismus

## Für Widerstandskämpfer kein Platz in der Schule

Ein ehemaliger Widerstandskämpfer und KZ-Insasse durfte am Gymnasium Königsbrunn bei Augsburg nicht über seine Erfahrungen im „Dritten Reich“ und über die Verbrechen in Konzentrationslagern sprechen.

Das Direktorat der Schule hatte zwar eine von der Schulleiterverwaltung organisierte antifaschistische Ausstellung genehmigt, die Schulleitung aber verhol den Auftritt des ehemaligen KZ-Häftlings mit der Begründung: „der Schulerwünsch, den ehemaligen KZ-Häftling einzuladen, (sei) so kurzfristig gekommen, daß man sich über den betreffenden Mann, der am Gymnasium

nicht bekannt gewesen sei, nicht mehr habe erkundigen können“.

Kritik an diesem Vorgehen kam vor allem von SPD und den Jungdemokraten. Die Jungdemokraten schrieben in einem offenen Brief an Kultusminister Mayer, „daß die Entscheidung des Schulleiters in Königsbrunn angesichts der Politik, die die bayerische Staatsregierung und die Mehrheitsfraktion im bayerischen Landtag betreiben, fast verständlich ist. Aussagen von Ministerpräsident Strauß zu „Holocaust“, das Verbot des Films „Aus einem deutschen Leben“ von Kotulla und die Weigerung der CSU, die Ausstellung

„Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933 bis 1945“ einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen“, erschwerten es einem Schulleiter, eine Veranstaltung, wie die in Königsbrunn zu genehmigen. Die Jungdemokraten forderten, daß es ehemaligen Widerstandskämpfern ermöglicht werde, in den Schulen und nicht nur im Rahmen einer Veranstaltung, sondern auch im Geschichtsunterricht – über ihre Erfahrungen zu berichten (nach „Nürnberger Nachrichten“, 3.8.79).

KB/Gruppe Nürnberg



## Kurzmeldungen

### NSDAP in Bayern?

Am 31. Juli wurden in Regensburg (Bayern) ein 20-jähriger Bundesgrenzschutzbeamter und ein gleichaltriger ehemaliger Bundeswehrangehöriger unter dem Verdacht rechtsextremistischer Aktivitäten und unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen. Der Ermittlungsrichter ließ einen der beiden sofort wieder laufen, gegen den anderen erließ er Haftbefehl. Bei Hausdurchsuchungen wurden „sieben Langwaffen, drei Vorderladerrevolver, acht Gewehrschäfte, mehrere Griffschalen für Faustfeuerwaffen, mehrere Bajonette, kleinere Mengen Schwarzpulver, 640 Schuß Pistolenmunition, 1400 Gewehrpatronen, Maschinengewehrmunition und 260 Jagdpatronen sichergestellt“ („Passauer Neue Presse“, 1.8.79).

Nach Angaben der Polizei gehören die beiden zu einer Gruppe von mindestens vier Leuten, die sich seit Dezember 78 an Wochenenden an verschiedenen Orten im Landkreis Regensburg getroffen haben und dabei über die Rekrutierung weiterer Mitglieder diskutiert haben sollen. Weitere Angaben über die beiden nicht Verhafteten machte das LKA nicht. Die beiden sollen aus dem Raum Teisnach stammen (nach „PNP“).

Ob zwischen dieser Nazi-Gruppe und einer einen Tag später in München ausgehobenen elfköpfigen Nazi-Bande eine Verbindung besteht, wird derzeit angeblich „untersucht“. Ermittelt wurde gegen die elf wegen

Verstoßes gegen Paragraph 86 a StGB (Verwendung von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen). Bei elf gleichzeitigen Hausdurchsuchungen in München und Materialen gefunden worden, die auf eine Verbindung der Münchener Gruppe zur NSDAP in den USA hindeuten. Der mutmaßliche Anführer, der ehemalige Bundeswehrsoldat Wilfried Kraus war zwar vor einiger Zeit schon wegen Hakenkreuzschmierereien zu 10 Monaten Knast verurteilt worden, aber jetzt ist er natürlich nicht aufzufinden: nach ihm wird inzwischen per Steckbrief gefahndet. Die Münchener Nazis „trafen sich in Gaststätten, sangen dort Nazilieder und schmierten Hakenkreuze an die Wände.“ (Zitate und Informationen nach „FR“ und „Nürnberger Nachrichten“ vom 2.8. und 4.8.79).

### Nazi-Netz in Spanien ausgehoben

Ein von rund 50 jungen Neonazis aus Spanien und der BRD errichtetes Lager in dem 45 km nordwestlich von Madrid liegenden Ort San Lorenzo del Escorial ist von der spanischen Polizei besetzt und aufgelöst worden. „Wie die Madrider Nachrichtenagentur EFE mitteilt, hatten die Jungen Leute, die mit Führtenmessern ausgerüstet waren und sich mit Euzernen Kreuzen dekorierten, Urlaub in der Umgebung des Lagers belästigt. Sie beschimpften jeden, der lange Haare oder einen Bart trug, als ‚Roten‘. Am Eingang ihres Lagers hatten die Neonazis zur Erinnerung an die frühere militärische Zusammenarbeit zwi-

schen den beiden Ländern ein Schild mit der Aufschrift „Blau Division, Legion Comor“ angebracht“ („Nürnberger Nachrichten“, 3.8.79).

### NS ohne NS?

Pünktlich am 13.8. stellte Naziführer Erwin Schönborn wieder mal eine neue Organisation vor. Nachdem sich vor ca. einem Jahr eine „Schülerinitiative für Wahrheit und Demokratie“ als Eintagsfliege (zwecks Durchführung eines verbotenen „Auschwitz-Kongresses“ von Schönborn) erwies, ließ er jetzt einen „Nationalsozialistischen Schülerbund“ durch seinen Intimus Ralf Platzdach und den INter, Schläger und Hakenkreuzträger Peter Müller gründen.

In der Pressemitteilung ließ es es, es werde ein „moderner Nationalsozialismus“ nach Schönbornscher Prägung verfolgt, „ohne NS-Fetischismus“, „nicht gegen, aber ohne Hitler“.

Ob der neue Verein „völlig legal“ seinen Feldzug gegen „antideutsche Grauelagen“ unternehmen kann, wird gegenwärtig von der Frankfurter Staatsanwaltschaft schon überprüft. Die Erfahrungen sprechen dafür, daß auch diesem NS-Unternehmen ein „Pernischema“ – und zwar frühzeitig – ausgestellt wird, auch wenn gegen Schönborn vor zwei Monaten eine anderthalbjährige Haftstrafe ausgesprochen wurde.

In dem Fall war die Parole der abesteten Nationalsozialisten: „Wir waren und bleiben Nationalsozialisten legalisiert“.

### NPD-Schläger verurteilt

Zu je einem Jahr Haft verurteilt das Landgericht München fünf NPD-Schläger, die im Juli '77 gemeinsam mit 15 anderen Nazis vor der Münchener Uni-Mensa einen organisierten brutalen Überfall auf Studenten durchgeführt hatten. Mit Lederbandagen, Schlagstöcken und Totschlägern waren sie auf die Studenten losgegangen, eine Studentin wurde bewußtlos geschlagen, andere hatten Gehirnerschütterungen, Prellungen und Blutergüsse. Die Nazis handelten im Auftrag von Münchener Burschenschaften, die sich mit diesem „Auftritt“ einen festen Platz vor der Mensa zukünftig sichern wollten. Angeblich konnte aber dieser Zusammenhang auch in 15 Prozeßtagen nicht geklärt werden. Das ist auch kein Wunder: so erklärte der Vorsitzende Richter in seiner Urteilsbegründung: „Dies ist kein politischer Prozeß“. Offenbar bestand kein Interesse daran, die Hintergründe und Hintermänner derartiger Aktionen aufzudecken zu machen. Vier der fünf Verurteilten und Söhne des bekannten ehemaligen Regensburger NPD-Vorsitzenden Max Anton Kerschner (Kerschner-Bande), gegen den das Verfahren „wegen Verhandlungsunfähigkeit“ ausgesetzt worden war (Angaben nach „Nürnberger Nachrichten“ vom 9.8.79).

### Ermittlungen gegen Nazi-Pfarrer

Die Kriminalpolizei befaßt sich mit den Äußerungen des 79-jährigen Pfarrers Robert Dollinger, die bei einer

Festrede zur 850-Jahr-Feier der Gemeinde Dachsbach (Bayern) gefallen sind. Sogar dem bayerischen Justizminister H. J. Meier gingen die Äußerungen des Pfarrers über „Fremdarbeiter“ und „Wehrjuden“ zu weit, er verließ die „Feier“ frühzeitig. Jetzt „wird untersucht, ob der Pfarrer Bestimmungen des Strafrechts verletzt hat“ („Nürnberger Nachrichten“, 4.8.79).

### Nazi-Propaganda in Wundertüten

Meisenheim/Baden. Bilder von Hitler, Göring und Heß brachte die Firma „Samenbilder-Vertrieb GmbH“ auf den Markt: verpackt in Wundertüten für Kinder! Entsetzte Eltern aus Bergkamen stellten das bei einem Kinderfest fest und erstellten Anzeige.

Schon vor einem Jahr hatte die Staatsanwaltschaft gegen den „Samenbilder-Vertrieb“ ermittelt. Ohne praktische Konsequenz wie man sieht.

### Hakenkreuzschmierereien

Mit Hakenkreuzen beschmierten Neonazis das Lichtenfelder Gymnasium (Bayern). Außerdem kratzten sie nachts aus dem noch weichen Plastikbelag des Schulhofes ein großes Hakenkreuz heraus, das sie mit 55 Runen, dem Parteinamen NSDAP und dem Ausruf „Sieg Heil“ beschrifteten (Angaben nach „Mainpost“, 10.8.79).

Antifaschistische

# Bürgerdialog à la Albrecht: Handgranaten und MG's für die Polizei?

Aus dem Lande des Herrn Albrecht stammt ein propagandistischer Vorstoß besonderer Art. Ein (Landes-)Gesetzentwurf „über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ sieht die offizielle Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren (MG) und Handgranaten vor. Im Bewußtsein darüber, daß dieses Vorhaben Widerstand und Proteste hervorrufen wird, hat das niedersächsische Innenministerium dem Gesetzentwurf gleichaktive Situationsberichte als Agitationsmaterial beigelegt.

Fern von jeder Realität wurden Situationen konstruiert, in denen der Einsatz dieser Waffen unvermeidlich sein soll.

a) „8.00 Uhr: Raketenüberfall auf das Gebäude des Niedersächsischen Ministers des Innern von Osten her. Durch mindestens 15 Raketen wurden zwölf Bedienstete getötet, 28 verletzt, erhebliche Gebäudeschäden verursacht, das Lagezentrum der

Niedersächsischen Polizei ist ausgefallen.“

8.15 Uhr: Anruf bei der dpa-Agenz in Hannover. Ein sogenannter RAF-Kampfschiff „Tod und Freiheit“ übernimmt die Verantwortung und gibt an, er habe einen Teil des Innenministeriums (Hochhauskomplex in Hannover – Anm. AK) besetzt. Er werde von dort in Abständen von 30 Minuten neue Anschläge auf öffentliche Gebäude, Schulen, Krankenhäuser und auf Wohnzentren verüben, bis er sich im Fernsehen davon überzeugt habe, daß in Frankfurt/Main eine Luftkassamachine mit 30 namentlich Genannten, mit Waffen nach eigener Wahl und je 500.000 DM ausgestatteten RAF-Häftlingen gestartet sei“ („FR“, 28.7.). Im weiteren Verlauf dieses „fiktiven Situationsberichts“ wird dann der Einsatz von Handgranaten als taktisch einzige Möglichkeit zur Bekämpfung dieser „terroristischen Bedrohung“ konstruiert.

b) „6.30 Uhr: Polizei erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß deutsche Terroristen in etwa einer Stunde einen Angriff aus der Luft (drei Hubschrauber) auf ein im nordwestlichen Niedersachsen gelegenes chemisches Werk (Werk X) mit hochbrisanten Bomben und Bordwaffen planen. Der Abflugsort der Terroristen wird der Polizei nicht bekannt“ („FR“, 30.7.). Mit dieser Geschichte soll die Notwendigkeit des Einsatzes von Maschinengewehren (zum Abschuß der Hubschrauber) bewiesen werden.

Wie wichtig in beiden Fällen wird hervorgehoben, daß im Planungsstadium die Bundeswehr ihr Eingreifen abgelehnt hätte, da die „verfassungsmäßigen Voraussetzungen für den Einsatz der Streitkräfte nicht erfüllt seien“. Es wird somit der Eindruck erweckt, die Polizei solle aus Sorge um die „Verfassungstreue“ mit Handgranaten und MG's aus-

gerüstet werden, nach dem Motto: Wenn du den (verfassungswidrigen) Einsatz der Bundeswehr nicht willst, dann mußt du Handgranaten und Maschinengewehre für die Polizei in Kauf nehmen.

Ein demagogischer Trick gegenüber allen Zweiflern, denn es besteht ansonsten keine Bedenken, die Hilfe der Bundeswehr für die „innere Sicherheit“ in Anspruch zu nehmen, sei es bei der Aufforderung des BKA an das Flottenkommando im Herbst 1977, nach einem (ebenfalls fiktiven) Hochseefischerei-Schleier-Entführer Ausschau zu halten, sei es auch bei mehrfacher Einbeziehung des militärischen Abschirmdienstes (MAD) in Fahndungs- und Spitzelaktionen.

Im Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten und MG's war bereits von der sogenannten Innenministerkonferenz 1976 im „Münsterentwurf“ (ME) für ein bundeseinheitliches Polizeigesetz vorgesehen. Die Ver-

abschiedung dieses Entwurfs durch die einzelnen Länder ist auf Grund von massiver Kritik im Stocken geblieben, eine einheitliche Verabschiedung scheint für die nächste Zeit nicht wahrscheinlich.

Im „Münsterentwurf“ vorgesehene Handgranaten- und MG-Bewaffnung war eine der mit am häufigsten kritisierten Verschärfungen des Polizeirechts. Selbst einige Heißhörter des politischen Todeschusses sprachen sich gegen Handgranaten und MG's aus.

In dieser Situation setzen CDU-regierte Länder offenbar darauf, unabhängig vom einem bundeseinheitlichen Polizeigesetz mit eigenen Landesgesetzen vollendete Tatsachen zu schaffen.

# Heimlich, still und leise: Para-Polizei wird aufgerüstet!

Im Schatten der staatlichen Ausrüstung von Polizei, Geheimdiensten, Militär usw. wurden in den letzten Jahren zunehmend auch private „Ordnungstruppen“ in der BRD aufgebaut. Mittlerweile sorgen rund 55.000 Werkschützer in den westdeutschen Betrieben für „Ruhe und Ordnung“; weitere 60.000 Privatpolizisten sind im sogenannten Objekt- und Personenschutz eingesetzt. Einige „Sicherheitsdienste“ sind schon mit Maschinengewehren und -pistolen ausgerüstet. Von der im Dunkeln liegenden, aber wachsenden Zahl sogenannter „Selbstverteidigungs“-Institute und -Gruppierungen sei hier zunächst abgesehen.

Von offizieller Seite werden inzwischen wortstark „Bedenken“ gegen diese Entwicklung geäußert. Der SPD-„Sicherheitsexperte“ Heinz Penzky z.B. sieht in den paramilitärischen Verbänden „die Gefahr von Privatarmeen im Wartestand“. NRW-Innenminister Hirsch, Ex-Vorsitzender der sogenannten „ständigen Konferenz der Innenminister“ für 1978, warnte kürzlich vor „polizeiähnlich organisierten, entsprechend bewaffneten Einrichtungen“ („FAZ“, 6.7.79). Im Herbst wdh. Hirsch darüber eine Expertise im Bundestaginnenausschuß vorlegen.

Die Sorge dieser Herren scheint aber nicht der Existenz und dem Anwachsen der paramilitärischen Verbände zu gelten. Die Bestrebungen von Penzky, Hirsch u.a. zielen vielmehr darauf, die paramilitärischen Kräfte in das staatliche „Sicherheits“-Konzept „einzubinden“.

Die Vorschläge von Innenminister Hirsch lassen bereits erkennen, wie diese „Einbindung“ erfolgen soll: Hirsch fordert, daß die „Überwachung“ der Privatpolizeien nicht mehr den Gewerbeaufsichtsdirektoren überlassen bleiben dürfe, sondern die Polizei mehr als bisher die Überwachung dieser Organisationen zu übernehmen habe. Die privaten Sicherheitskräfte sollen „vor der Polizei die Eignung und Zuverlässigkeit für ihren Job beweisen“. Die Qualifikation vieler privater „Sicherheitskräfte“ scheint noch nicht den gewünschten polizeilichen Standards zu entsprechen. „Die sich anbietenden Unternehmen verfügen häufig über schlecht bezahlte und mangelhaft ausgebildete Leute ohne Beruf und fachliche Ausbildung“ – so die Referenten für Waffenrecht der Landesinnenminister. Was liegt also näher als z.B. eine einheitliche Schußwaffenausbildung vorzusehen, so wie es die Bundesländer verlangen?

Wie das konkret aussehen kann, verdeutlichte schon vor längerer Zeit der baden-württembergische Polizeistreife Stümper. Er schlug vor, daß private Polizeigruppen in Übungen des Polizeivollzugsdienstes „am Rande“ eingeschaltet werden müßten (W+S-Information Nr. 136).

Was den Werkschutz betrifft, so erfolgt die Ausrichtung der Ausbildung in den drei Werkschutzschulen schon in dem gewünschten Sinne. Der Bremer Kriminaldirektor Schäfer: Die Werkschützer müßten so ausgebildet werden, daß sie „selbst die Spezialisten der Kriminalpolizei über treffen. Dazu bedarf es einer Aus-

bildung, welche von der Einheitlichkeit aller Sicherungsmaßnahmen als Prinzip ausgeht“ („Die Polizei“ 5/77). Das im Dezember 78 durchgeführte dritte „Teco-Sicherheitsgespräch“ (benannt nach der Veranstalterfirma: Werkschutzschule Teco, d.h. „Tiedemann & Co“) macht dieses Ziel noch etwas deutlicher: Die „geladenen Gäste aus Wirtschaft, Geheimdiensten, Polizei- und Bundeswehr usw. sahen die Aufgabe dieser Tagung in der Notwendigkeit einer „Systematisierung praktischer Präventionsbemühungen“ gegen „Anarchie und Terrorismus“. Da angeblich „die Polizei infolge Überlastung nur noch sehr mühsam ihre eigenen Aufgaben erledigen kann“, seien die privaten „Sicherheitsunternehmen“ besonders gefordert.

In die gleiche Richtung zieht ein Artikel Schäfers in der Zeitschrift „Wirtschaftsschutz“ unter der Überschrift: „Das private Bewachungsgewerbe im Vorfeld der Kriminalitätsbekämpfung – Prävention durch professionelle Wachsamkeit“. Hier läßt er sich auch über die Zielgruppen derartiger Strategien aus: Es sind die „Systemstörer“, „Terroristen“, die „auch in der Verdünnung radikaler Bürgerinitiativen“ tätig seien, „anarchische“, „gutgläubige“ Atomkraftgegner, „Reformpubertisten“, die es durch die „Wahrnehmung von Selbstschutz- und Eigensicherungsrechten“ präventiv zu bekämpfen gelte.

Antifa-Kommission  
K.B./Gruppe Hamburg

## RUSSELL-REIHE

DOKUMENTATION VON TEXTEN UND VORSCHRIFTEN GEGEN DEN FASCHISMUS UND IHRE ANWENDUNG, VERDREHUNG UND MISSANWENDUNG SEITENS DER BRD – STAATSORGANE VON 1945 – 1977

Exemplarisch wird der Aufbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierung wie sie u.a. das Potsdamer Abkommen zwingend vorschreibt, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und beginnende „Verfolgung“ von Nazi-Verbrechern aufgezeigt.

ISBN 3 88 305 001 6

184 Seiten DM 10,-

### „NSDAP“ – PROPAGANDISTEN UNTER DER LUPE

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu unbehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und neonazistischen Aktionen von Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Diese Kreise betreiben seit Jahren offen anti-demokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich“, dabei sind sie keine isolierten „Spinner“, sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt.

ISBN 3 88 305 003 1

206 Seiten DM 13,50

### „JE DER KANN DER NACHSTE SEIN!“

Erste umfassende Dokumentation der polizeilichen Todeschüsse seit 1971 und ihrer Legitimation. Über 150 Menschen sind seit 1971 in der BRD durch unmittelbare Gewaltanwendung seitens der Polizei u.a. durch den Todeschuß ums Leben gekommen. 140 Fälle dokumentieren dies, inklusive der gesetzlichen Grundlagen. Weiterhin müssen erste Fälle beschrieben werden, wo Kritik am Todeschuß diffamiert und unterdrückt wird.

ISBN 3 88 305 004 0

316 Seiten DM 18,-

### NACH SCHLEYER „SONDERKOMMANDOS“ IN DER BRD – ZUGIGER AUSBAU DER NEUEN GeStaPo

In der BRD kam während der Fahndung nach den Schleyer-Entführern ein Apparat zum vollen Einsatz, der seit der Abschaffung der Notstandsgesetze 1968 von der SPD/FDP-Koalition als „Reform-Programm Innere Sicherheit“ planmäßig aufgebaut wurde. Krisenstab, Bundeskriminalamt, Bundeskanzleramt, Polizeiliche Sonderkommandos. In der Folge wurden die sogenannten „Anti-Terror-Pakete“ verabschiedet. Diese Analyse des Polizeiparates, die sich auf umfangreiche Dokumente stützt, wurde im Mai 1978 veröffentlicht. Sie zeigt, wie die Polizei wieder aufgebaut und nun Anfang 1979 neu angelegt nach § 90 a und § 185. Klager sind BKA, LKA Hamburg, LKA Westfalen und F.S. Strauß.

ISBN 3 88 305 005 8

240 Seiten DM 14,-

zu beziehen über: Luvantis – Verlag, Lohseweg 75, 2000 Hamburg 50 oder über Vertriebs-Verlagsgesellschaft VVA, Lohseweg 75, 2000 Hamburg 50. Preis 240,- DM 203





## Zwei neue Urteile zu „Mitgliedschaft“ und „Jugendsünden“

In zwei neuen Grundsatzzurteilen „beschäftigte“ sah das Oberverwaltungsgericht für Rheinland-Pfalz, die letzte Stufe vor dem Bundesverwaltungsgericht, mit den Fragen der „Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei“ und den sog. „Jugendsünden“.

Im ersten Fall ging es genauer gesagt um die Frage, ob die Mitgliedschaft für ein Berufsverbot auch dann ausreicht, wenn der/die Betroffene „gläubwürdig“ versichert von der „Verfassungstreue“ der entsprechenden Organisation auszugehen, in diesem Fall der DKP. Das Gericht entschied, daß „in der Mitgliedschaft eines Bewerbers in einer verfassungsfeindlichen Partei ein entscheidendes Indiz gegen dessen Bereitschaft zur derzeitigen aktiven Verteidigung der Verfassung“ zu sehen sei. „Selbst wenn ein Bewerber diesen Widerspruch tatsächlich nicht erkennen sollte, bestehen zu mindest erhebliche Zweifel, ob jener die beamtenrechtlichen Pflicht zur qualifizierten Treue zur freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbringen könne. Das heißt: ein Mißverstehen des Bewerbers, was die Verfassung wolle und was Treue ihr heißt, spricht nicht für, sondern gegen ihn“ (nach „JAZ“, 28 7 79).

Damit ist wieder höchststrafwürdig ein Stück der sog. „Einzelfallprüfung“ gefallen, denn in der Praxis kann dies Urteil nur bedeuten, daß nur noch die objektiven „Tatbestände“ zählen, die subjektiven jedoch ausgeschaltet werden.

Das zweite Urteil beschäftigt sich mit der Heranziehung sog. „Jugendsünden“. 1974 hatte ein Bewerber für den öffentlichen Dienst eine

Liste „Demokraten/Sozialisten/Rote Hilfe“ zu den Studentenparlamentswahlen kandidiert. 1976 wurde er mit Hinweis auf diese Kandidatur abgelehnt. In der ersten Gerichtsinstanz bekam das Land Rheinland-Pfalz Recht. Der Bewerber gab im Anhörungsverfahren an, er habe für diese Liste nur kandidiert, weil er sich hochschulpolitisch engagieren wollte.

Jetzt gehört er der SPD an. Seine damalige Zugehörigkeit zu dieser Liste müsse als „Jugendsünde“ angesehen werden. Das Oberverwaltungsgericht entschied jetzt: „Im Falle dieses Bewerbers seien die Zweifel der Anstellungsbehörde nicht begründet... Dafür wird als besonders wichtiger Grund hervorgehoben, daß der Bewerber keiner verfassungsfeindlichen Partei angehört. Der Bewerber habe während seiner Jugendzeit sich mit der Politik nicht identifiziert, habe aber doch nur insoweit, als es um engere hochschulpolitische Ziele gegangen sei. Dem Einsatz des Bewerbers für das Universitäts-Wahlbündnis „Demokraten/Sozialisten/Rote Hilfe“ sei heute nicht mehr Gewicht als einer sogenannten Jugendsünde beizumessen.“

Der klare Gegensatz dieser beiden Urteile (vom früheren Gerichtspräsidenten ins Auge gefaßt) zeigt, daß die eigenen „Verfassungstreue“ der Partei ausgehen aber nicht bereit sind, die angegriffene Organisation zu verlassen, werden mit Berufsverbot bestraft. Diejenigen, die sich nachträglich abgrenzen, sollen eine Chance bekommen – alles im Sinne und zur Aufrechterhaltung der freiheitlich demokratischen Grundordnung.



## Noch ein NPD-Nazi im Schuldienst?

Wenn es den normalen behördlichen Gang geht, wird nach den Sommerferien der Oldenburger NPD-Nazi Ronald Drechsler wahrscheinlich in Roldenburg/Wümmen (am Rats-Gymnasium) in den Schuldienst übernommen. Dies wäre der vorläufige Höhepunkt in der Duldung des Treibens von Drechsler, der bislang schon an der Oldenburger Universität offen als NPD-Funktionär auftreten konnte. Drechsler ist kein „kleiner Fisch“.

— Seit 1966 in der NPD, ist er Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Oldenburg/Stadt.

- Mitglied des NPD-Landesvorstandes Niedersachsen,
- stellvertretender Vorsitzender der NPD-Studentenorganisation NHB,
- mehrfacher NPD- und NHB-Kandidat bei verschiedenen Wahlen (u.a. Landtagswahlen 1978).

Drechsler verbreitete auch die Lügen-Broschüre „Starben wirklich sechs Millionen?“

(Nach: „Würden Sie diesen Mann in den Schuldienst einstellen?“, herausg. v. Fachschaft SoWi, AStA, Basisgruppen, SHB, MSB, Antifa-Gruppe — Oldenburg)

## Name einfügen genügt

Die schwäbischen Spezies deutscher Beamtengründlichkeit können einen neuen Präzedenzfall vorweisen. Um subalterne Beamtenhonne nicht über die Gebühr zu strapazieren, formuliert das baden-württembergische Ministerium für Kultus und Sport eine „Musterablehnung“ für Bewerber im öffentlichen Dienst, ein Formular für Berufsverbote vorzugeben.

„Nur für den behördeninternen Gebrauch“ ging unter dem Aktenzeichen V 5008/345 des Oberverwaltungsamts am 16.7.79 die „Anlage drei der Ausführungsbestimmungen zum Vollzug des Beschlusses der Landesregierung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst“ zu (veröffentlicht in „Badische Zeitung“, 3 7 79).

Nach dem Kopf „Betrifft Beschluß der Landesregierung über die Pflicht der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst vom 2. Oktober 1973“ heißt es in der Anlage drei: „Hier: (Name einsetzen)“.

Im weiteren enthält die Vorlage alles, was in einem richtigen Ablehnungsbescheid stehen muß von „1. getroffene Maßnahme Ablehnung des Antrags auf Einstellung als Realschullehrerantworter“ bis zum Schlußwort „Verfügung unanfechtbar“.

Zunächst: „Tragende Gründe der Entscheidung. a) Erkenntnisse: X war im Jahre 1973 Mitglied und Kandidat der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Philologie (SAG Phil.) bei den Studentenparlamentwahlen an der Universität Mannheim. Sie betreute am 31.1.1976 einen nicht genehmigten Informationsstand des KBW (mit Bücher- und Zeitschriftenverkauf), weswegen die zur Anzeige gebracht und mit einer Ordnungsstrafe belegt wurde.“

Weiter im (Formular) Text: „b) Einlassung: Anlässlich ihrer Anhörung am 13.4. und 7.10.1977 erklärte X: Sie wolle außer einer von ihr übergebenen schriftlichen Stellungnahme vom 12.4.1977 keine Erklärung abgeben. Die Frage nach ihrer Mitgliedschaft beim KBW sei ebenso als Gesinnungsschnüffler zu werten wie diejenige, ob sie sich von der politischen Zielsetzung des KBW distanzieren.“

Schließlich, man ahnt es schon: „c) Würdigung durch die Behörde: X hat durch das aktive Eintreten für die Ziele des KBW sowie durch ihre fehlende Bereitschaft, sich von diesen Zielen zu distanzieren, unmißverständlich gezeigt, daß sie nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit...“

Und so muß denn enttäuscht sein, wer den Gleichklang in Sprache und Duktus bei bekannt gewordenen Berufsverboteverfügungen — ergangen selbstverständlich „in umfassender Würdigung jedes einzelnen Falles“ für eine Folge der Kongenialität der vier baden-württembergischen Oberverwaltungspräsidenten hielt.

KB Freiburg

## Neue Berufsverbote bei Post und Bahn „Liberalisierung“ nur der Schnee von gestern

Anfang des Jahres hatten die SPD-Führer noch groß getöpt, mit den Kabinettsbeschlüssen vom 17. Januar zur Neuordnung der „Grundsätze zur Prüfung der Verfassungstreue“ (sprich: „Wegfall“ der Regelanfrage) sei der Radikalerlass zumindest für den Bereich des Bundes vom Tisch. Aufgrund unserer Erfahrungen in der Vergangenheit haben wir bereits vor Illusionen in diese „Liberalisierung“ gewarnt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Kabinettsbeschlüsse zumindest für den Bereich des Bundes nicht nur keine „Verbesserung“, sondern sogar eine Verschärfung des Berufsverbotsprinzips gebracht haben. Das belegen eine ganze Reihe neuer Berufsverbote, bzw. die Wiederannahme „alter“ Fälle, die bereits positiv für die Betroffenen entschieden worden waren.

Im Oktober 78 erfolgte dann die Kündigung, die allerdings sowohl vom örtlichen Personalsrat beim Fernmeldeamt I wie auch vom Bezirkspersonalsrat der Oberpostdirektion Bremen abgelehnt wurde. Im Juni 79 lehnte auch der Hauptpersonalsrat beim Bundespostministerium die Kündigung ab. Vorher hatten schon die Personalsräte ihrer Poststelle und der Oberpostdirektion ihre Zustimmung zur Kündigung versagt.

Trotzdem wies das Postministerium am 1. Oktober 79 an, die Kündigung zum 31.8.79 auszusprechen. In einem ersten Gutachten... (Text ist hier sehr undeutlich, aber es geht um die Kündigungsentscheidung).

weiteren Verfahren gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte bei Bahn und Post, die teilweise schon über 25 Jahre im Dienst sind.

Das Presse- und (Der-) Informationsamt der Bundesregierung hat laut Bundestagsdruckwoche 80/761 in den Jahren 1972 bis 1978 über 72 Millionen Mark ausgegeben, um im Ausland der „polymachen und unqualifizierten“ Kritik an der Berufsverbotepraxis in der BRD entgegenzuwirken. Nach dieser neuerlichen Verschärfung ist damit zu rechnen, daß hier wohl noch einige Millionen hinzu kommen müssen. Die SPD wird in Zukunft jedenfalls kaum noch glauben machen können, die Fortführung und Verschärfung der Berufsverbote sei nur ein „Schnee von gestern“.



Rollende Pressekonferenz von Bundesbahnkollegen am 27.4.78 gegen ihre Berufsverbote. Im linken Fenster (3.v.l.) Rudi Röder. Aus: „die tzt“, 10.8.1979.

Beispiel 1: Zwei Fernmeldehandwerker wurden im bekanntlich ganz besonders „liberalen“ Bremen zum 31.8.1979 gekündigt. Ihr Verfahren läuft bereits seit über zwei Jahren. Im Juli 77 wurden sie zu einer ersten „Anhörung“ geladen. Dabei wurden ihnen verschiedene Aktivitäten für den KBW vorgehalten wie „KVZ“-Verkauf, Flugblattverteilung und Teilnahme an Veranstaltungen z.B. gegen den § 218.

Mit diesen Aktivitäten hätten die beiden gegen ihre Pflicht und ihr Gehalt verstoßen. Bemerkenswert hierbei ist, daß es sich bei den beiden Kollegen noch nicht einmal um Beamte, sondern um Arbeiter handelt. Die beiden lehnten eine Stellungnahme zu den „Vorhaltungen“ mit dem Argument ab, was sie in ihrer Freizeit täten, gehe niemanden bei der Post etwas an. Im Mai 78 erfolgte dann von der Oberpostdirektion eine sog. „Abmahnung“, in der die beiden Kollegen aufgefordert wurden, binnen vier Wochen zu erklären, „sich künftig gelöblich und pflichtgemäß verhalten“ zu wollen, aus dem KBW auszutreten und künftig keine Aktivitäten mehr für den KBW zu entwickeln. Bei Nicht-Beantwortung dieser „Abmahnung“ würde die sofortige Kündigung erfolgen.

sich abgelehnt, die beiden Kollegen bis dahin weiter zu beschäftigen, so daß jetzt von ihnen einseitige Verfügung erwirkt werden muß.

Beispiel 2: Gegen den Lokomotivführer Rudi Röder, den Briefträger Wolfgang Repp und den Fernmeldeoberinspektor Berthold Georgs wurden neue Berufsverboteverfahren eingeleitet. Alle drei hatten schon einmal ein Verfahren am Hals. Besonders der Fall Röder hatte vor zwei, drei Jahren internationales Aufsehen erregt, was wohl auch dazu führte, daß er nach mehreren für ihn positiv ausgegangenen Gerichtsverfahren zum Beamten „auf Lebenszeit“ übernommen wurde, allerdings mit der Auflage, „innerhalb eines angemessenen Frist“ aus der DAP auszutreten und sich jeder weiteren Aktivität für die DKP zu enthalten. Da sich Röder auf diese Erpressung nicht einließ, wurde jetzt ein erneutes Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Dienst eingeleitet. Dasselbe passierte auch den beiden anderen Kollegen, die ebenfalls schon verurteilt waren.

Nicht genug damit in mindestens vier weiteren Fällen hat Bundesberufsverbotsminister Cacheide neue Berufsverbotsverfahren eingeleitet, so gegen zwei Posthauptschaffner aus Quakborn und Pinneberg, einen Lokomotivführer aus Marl und eine Fernmeldeobersekretärin. Darüber hinaus laufen noch eine ganze Reihe

### Berufsverbot an der Uni Ulm?

Elisbeth S., seit Januar 1979 als Lehrkraft angestellt, droht ein Berufsverbot. Auf eine Routineanfrage der Univerwaltung teute der Verfassungsschutz im März dieses Jahres folgen die „Erkenntnisse“:

1976 Teilnahme an einer Veranstaltung des „vom KBW gesteuerten Komitees gegen den § 218“.

1975 Verkauf der „Was tun“ (Zeitung der GIM).

1973 Verteilung eines Flugblattes der GIM zum Militärputsch in Chile.

Elisbeth S. erklärte dazu, sie stände durchaus auf dem Boden des Grundgesetzes und hätte nie an Aktionen gegen die Verfassung teilgenommen. Der Univerwaltung und dem Ministerium reichte auch dies noch nicht. In einem Schreiben heißt es: „Die Univerwaltung vermochte... sich nicht davon zu überzeugen, daß keinerlei Zweifel an Ihrer Verfassungstreue bestehen“ („tzt“, 23 7). Also auch in diesem Fall die Univerwaltung behauptet nicht einmal, daß „Zweifel“ bestehen und „bewiesen“ werden können, sondern es reicht, daß „Zweifel“ aufgestellt werden, die auch in diesem Fall nicht zur vollen Zufriedenheit ausgeräumt werden konnten. So einfach können heute in der BRD Berufsverbote verhängt werden!

Berufsverbote-Kommission





# Militarismus Antimilitarismus



## Nie wieder Krieg

Vor 40 Jahren, am 1. September 1939, begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg.

Die nackte Zahl von über 60 Millionen Toten - davon allein 20 Millionen in der Sowjetunion - als eine Folge des von den Nazis entfesselten Krieges kann das gesamte Ausmaß von Leiden und Vernichtung nur schwer vorstellbar machen. Noch heute leiden Zehntausende von Menschen unter den Folgen des Krieges.

Die Imperialisten sind seit dem Ende des 2. Weltkrieges weder „friedlicher“ noch „vernünftiger“ oder gar „humaner“ geworden. Ihr Drang nach Weltherrschaft, nach totaler Unterwerfung des gesamten Erdballs manifestiert sich in vielen „kleinen“ Kriegen und in der Anhäufung ungeheurer militärischer Kapazitäten, die inzwischen zur Vernichtung jeglichen Lebens reichen.

Auch China und die Sowjetunion haben inzwischen demonstriert, daß sie zur Absicherung und Ausweitung ihrer Machtansprüche nicht davor zurückschrecken, fremde Völker militärisch zu überfallen und zu unterdrücken. Dafür stehen die Namen CSSR, Kambodscha und Vietnam.

Insbesondere das von den USA und der Sowjetunion aufgebaute atomare Potential stellt eine bisher nicht gekannte Bedrohung dar. Über 50.000 Atombomben werden für die

Soldaten gefallen sind“, schrieb H. J. Schulz in seinem Buch „Militarismus und Kapitalismus in der BRD“.

Diese Tatsachen sagen weit mehr über die Situation, in der wir heute in der Frage von Krieg und Frieden stehen, als all das Gerede von der „Entspannung“ als Haupttendenz unserer Zeit. Unmengen von Papier, vollgeschrieben mit dem salbungsvollen Ausdrucksformel „Friedenskonferenz“, müssen heute, genauso wie bereits vor dem 1. und dem 2. Weltkrieg, den militärischen Erfolgen zugeschnitten werden. Denn all diese „Friedens-Konferenzen“ und Abrüstungsverhandlungen haben angesichts der gleichzeitig von allen Seiten fortgesetzten Aufrüstung nur die Funktion des Betrugs.

Der deutsche Imperialismus gehört heute, knapp 35 Jahre nach dem Ende des von ihm angezeigten 2. Weltkrieges, wieder zu den stärksten Militärmächten der Welt. Der militärische Etat in einer Höhe von 56 Milliarden DM (1979), ein Viertel des gesamten Bundeshaushalts, geht zu Lasten der sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung.

In den Führungsstäben der NATO wird systematisch, nicht zuletzt auf Drängen der BRD, ein verstärktes Eingreifen in afrikanischen „Krisengebieten“ geplant und vorbereitet. Als im letzten Jahr eine Revolution in Zaire das pro-imperialistische Mobu

## Veranstaltungen und Aktionen zum Antikriegstag

### Aktivitäten des DGB

Hamburg: Kundgebung am 19. um 15.00 Uhr an der Nicolaikirche. Friedenswoche der KJA-Jugend mit einer Großveranstaltung am 19. an der Audi-Max. Großveranstaltung am 19. in der Westfalen-Halle. Vorher findet um 15.30 Uhr eine Mahnkundgebung in Dortmund-Bittermark statt.

Krefeld: Aktionswoche mit einem Fackelzug am 31.8. zur ehemaligen Synagoge Krefeld.

Ortswestfalen-Lippe: Großveranstaltung am 31.8. im Schulzentrum. Lage Redner Detlev Henschke.

Köln: Demonstration am 31.8. Außerdem Friedenswoche mit verschiedenen Veranstaltungen.

Saarbrücken: Kundgebung am 19.9. Nürnberg: Veranstaltung mit Fackelzug und Kundgebung am 31.8.

Dachau: Kundgebung am 19. München: Friedenswoche und Kundgebung am 19. um 10.00 Uhr im „Circus-Krone-Bau“.

Aachen: Fackelzug am 31.8. Frankfurt, Kassel, Marburg: In diesen drei Städten führt der DGB Schwerpunktveranstaltungen durch.

Gelsenkirchen: Am 29.8. Podiumsdiskussion mit dem Thema: „Ist der Faschismus tot?“ Außerdem finden in vielen

1979



### Diskussionsveranstaltung Ein Beitrag Hamburger Frauen zum Antikriegstag

Frauen in die Bundeswehr?  
NEIN DANK!

Vor 40 Jahren begann der 2. Weltkrieg  
Kulturprogramm Hamburger Frauen  
31. August, 20 Uhr

bach, Hospitalstr. 14, 5500 Offenbach).

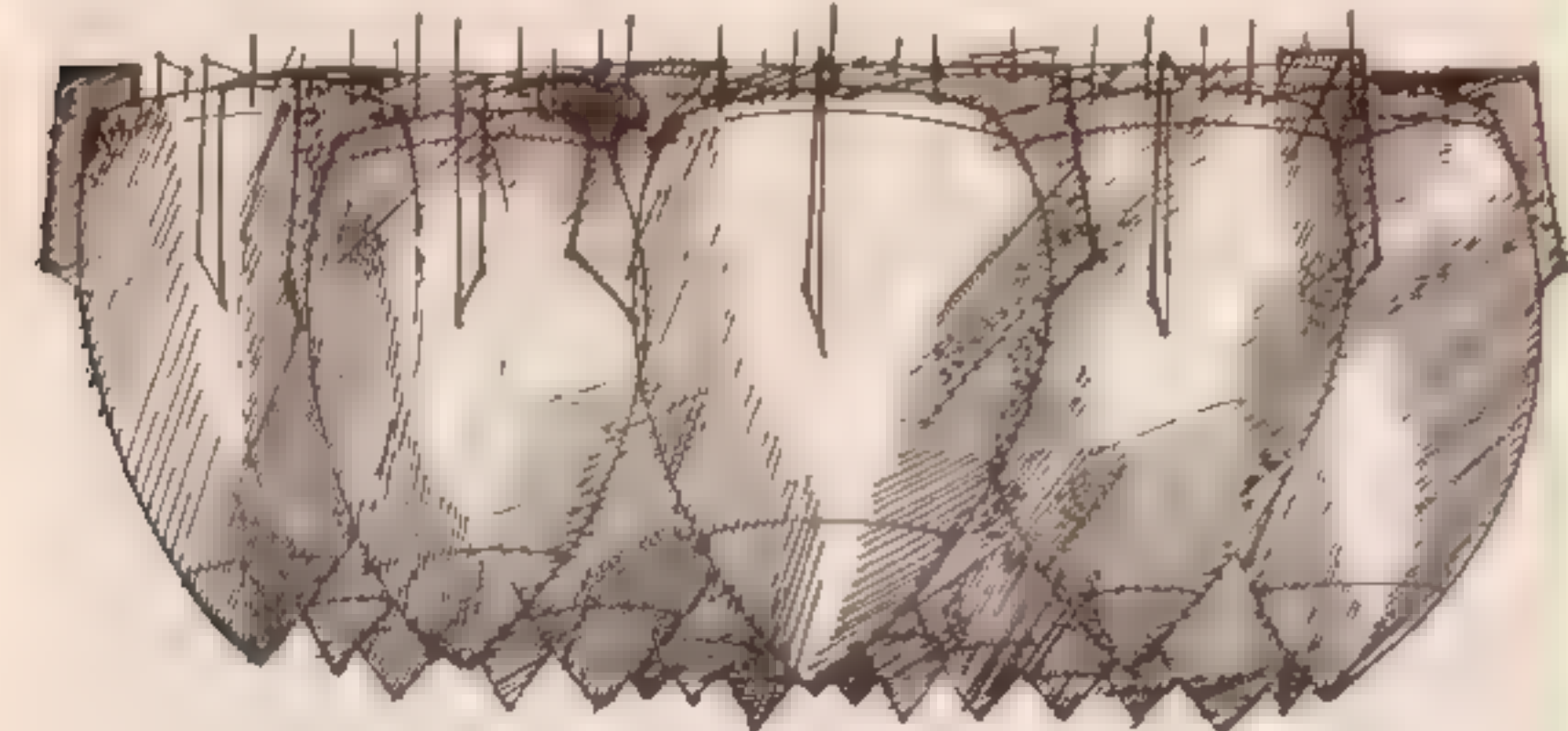
Göttingen: Das Bündnis von u.a. SOZDL, DFG/VK und Gewaltfreie Aktion führt eine umfangreiche Aktionswoche in Göttingen durch. Neumünster: Ein selten breites Bündnis von demokratischen Organisationen und Gruppen führt

am 31.8. eine Filmveranstaltung und am 1.9. einen Fackelzug durch Hamburg. Am 31.8. findet in der Markthalle eine Podiumsdiskussion unter dem Motto: „Frauen zum Bund - Nein Danke!“ statt. Es diskutieren u.a. Frauen der ASF (SPD), der DFI (DKP-nahe), der Bundesliste, des DGB und der feministischen „Courage“.

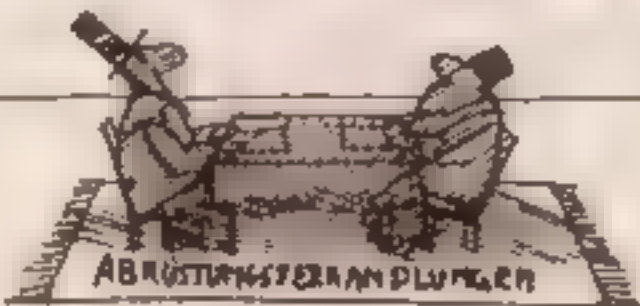
## Auch zum Antikriegstag: „KPD“ betreibt Kriegshetze

Nicht einmal zum Antikriegstag kann die „KPD“ es lassen. Sie wirft sich für die militärische Aufrüstung der BRD und Westeuropas in die Bresche! In der „Roten Fahne“ vom 9.8. betet die „KPD“ wieder das stupide Märchen von der riesigen sowjetischen „Überlegenheit“ herunter und behauptet, daß der Weltfrieden „nicht allgemein durch das Westrücken“ bedroht sei, sondern nur durch die „Supermächte“ USA und Sowjetunion, wobei die Sowjetunion selbstverständlich der „Hauptkriegstreiber“ sei. „Wer aktiv für Frieden heute kämpfen will, muß gegen das Westrücken der beiden Supermächte zuerst eintreten und den Hauptkriegstreiber SU bekämpfen“. In diesem Sinne wendet sich die „KPD“ gegen „einseitige Vorleistungen“ der Nato bzw. spricht sich, im Klartext, für eine forcierte militärische Aufrüstung Westeuropas durch die Sowjetunion aus. Forderungen gegen die Rüstung der BRD haben nach Meinung der „KPD“ beim Antikriegstag nichts zu suchen. Stattdessen dürfen ihrer Meinung nach nur die Forderungen erhoben werden: „Stopp dem Welt-

ruhen der Supermächte“ oder noch etwas präziser: „Aktionseinheit gegen die Hauptkriegstreiber - heute vor allem die Sowjetunion“. Dabei wäre im Sinne Deng Hsiao-ping (Ehrenvorsitzender der „KPD“) noch zu ergänzen, daß in diese antisowjetische „Aktionseinheit“ selbstverständlich auch der US-Imperialismus einbezogen werden muß. Interessant ist, daß die „KPD“ ihre Kriegshetze gegen die Sowjetunion auch der DGB-Jugend andienen möchte, die sich in diesem Jahr stärker als früher zum Antikriegstag engagiert. Argumentationslinie der „KPD“: „Es reicht nicht aus, allgemein gegen Westrücken in Ost und West einzutreten. Die Hegemonialpolitik der SU muß angeprangert, die Aufrüstung der SU muß konkret angegriffen werden.“ (9/8) Von den zwei „Supermächten“ spricht die „KPD“ überhaupt nur noch um den frommen Schein zu wahren. In Wahrheit ist für die „KPD“ der US-Imperialismus bereits zur Speerspitze der „antihegemonialistischen Einheitsfront“ geworden.



Paul Flora



ABRÜSTUNGSVERHANDLUNGEN

nukleare Vernichtung der Menschheit bereitgehalten.

Weltweit arbeiten über 300.000 Wissenschaftler an immer neuen Waffen. In den Kriegslaboratorien werden chemische und biologische Kampfstoffe produziert, von denen millionstel Gramm zur Tötung eines Menschen ausreichen. Sogar der Weltraum ist durch Hunderte von militärischen Satelliten „erschlossen“.

„Während du dreißig Minuten in dieser Zeitung liest, sterben auf dieser Erde rund 200 Menschen an Unterernährung. Im gleichen Zeitraum werden aber durchschnittlich 20 Millionen Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben“, schrieb Robert Jungk im „Baseler Magazin“ (31.12.77). Diese Aussage macht deutlich, was sich hinter der schwer vorstellbaren Zahl von 400 Milliarden Dollar, die 1976 weltweit für militärische Zwecke ausgegeben wurden, verbirgt.

Seit 1945 haben weit mehr als hundert „kleine“ Kriege stattgefunden. Über 20 Millionen Menschen, verschiedene Quellen sprechen sogar von 30 Millionen und mehr, starben in dieser „friedlichen“ Zeit. Neben „Sowjet“ ist jedenfalls sicher, daß in den drei Jahrzehnten ohne großen Krieg seit dem 2. Weltkrieg mehr Menschen durch Krieg und Bürgerkrieg umgekommen sind als in den dreieinhalb Jahrhunderten bis 1939

to-Regime bedrohte, wurden nach Beratungen zwischen Frankreich, den USA, Belgien und der BRD belgische und französische Truppen zur Niederschlagung des Aufstandes eingesetzt.

Die Öländer des Nahen Ostens werden in neokolonialistischer Manier zur „Interessenszone“ des Imperialismus erklärt. Aus dem „Volk ohne Raum“ (Hitler) ist ein „Volk ohne Energie“ (Strauß) geworden. Während SPD/FDP-Führer noch allgemein von der Gefahr eines Ölkrieges reden, machen sich Strauß-nahe Kreise und Medien bereits sehr konkret für ein militärisches „Eingreifen“ im Nahen Osten stark.

Der KB ruft zur Beteiligung an den Aktivitäten des Antikriegstages auf. Wir grenzen uns dabei von dem „Entspannung“-Märchen ab, das einhellig von SPD/DGB und dem „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ vertreten wird. 20 Jahre „Entspannung“, „Abrüstungskonferenzen“ und Verträge sind die Begleitmusik zu einer Aufrüstung, die besonders auf dem Gebiet der Atomwaffen in der Geschichte beispiellos ist. Nicht Fortsetzung von schweinischer „Entspannung“ und realer Aufrüstung ist das Gebot, sondern die Forderung nach wirklichen Abrüstungs-

Städten kleinere Veranstaltungen und Friedenswochen der DGB-Jugend statt. Es werden verschiedene Fahrten zu Gedenkstätten organisiert und andere mehr. Es ist auf jeden Fall sinnvoll, sich bei den örtlichen DGB-Strukturen genauer zu erkundigen!

### Aktivitäten des KOFAZ und anderer

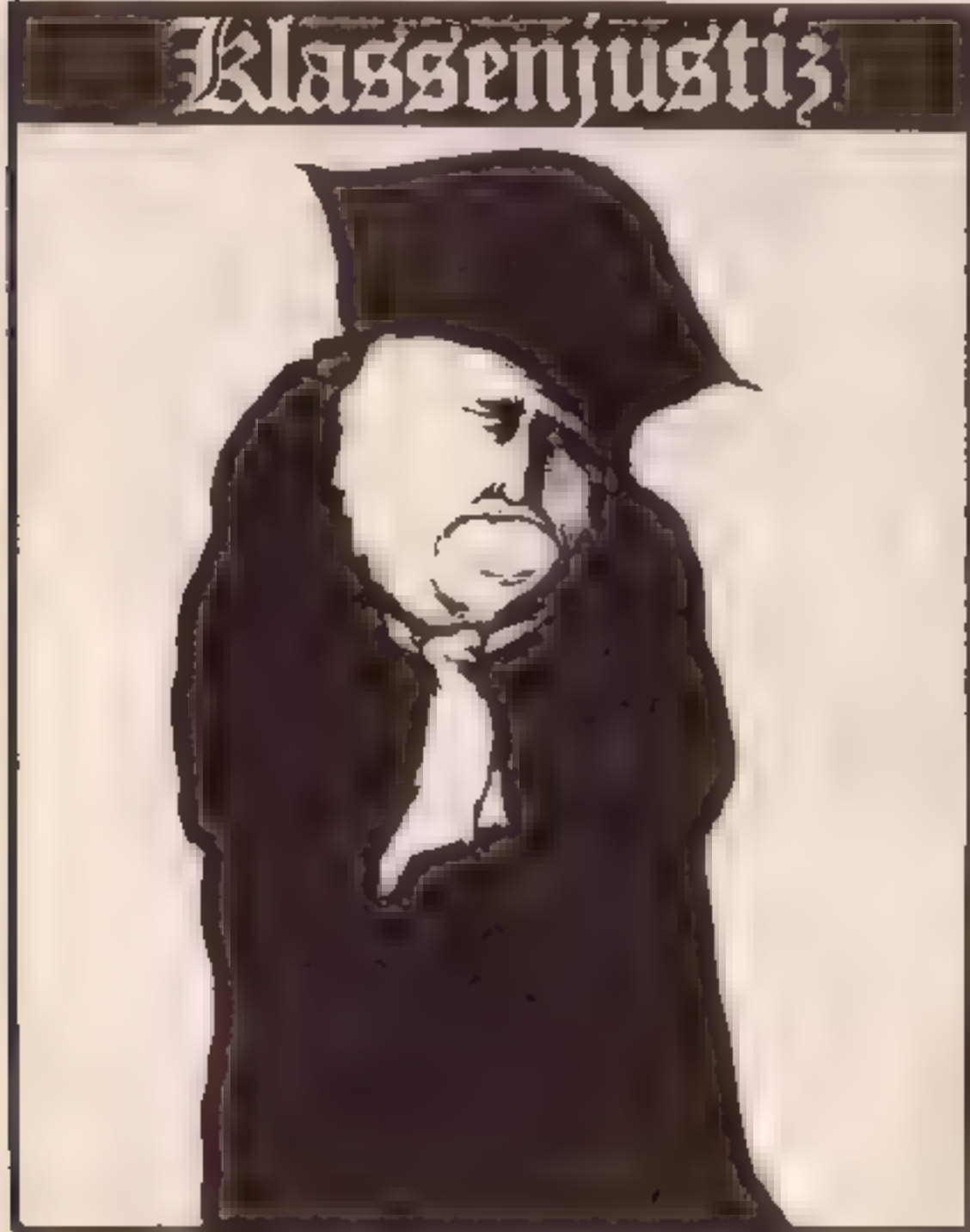
Bonn: Am 19. veranstaltet das KOFAZ seine zentrale Demonstration und Kundgebung. Ehem. Kirchliche Gruppen, die DGB-Jugend, die Falken, KOFAZ-nahe Gruppen und andere veranstalten eine Friedenswoche. Höhepunkt soll eine Podiumsdiskussion am 6.9. sein. Thema: „Bedrohung aus der Osten?“ Westberlin: Verschiedene dem KOFAZ nahestehende Organisationen rufen zu einer Kundgebung am 19. um 19.30 in der Neuen Welt-Hallenbeide auf. Redner ist u.a. Kurt Scharf. Karl Der Oberbürgermeister und der Stadtpräsident haben im Namen der Ratversammlung alle Verbände und Organisationen aufgefordert, am 19. einen Schweigemarsch mit Kundgebung zu unterstützen. Redner ist Heinrich Albertz. Offenbach: Das Antimilitaristische Komitee veranstaltet eine Aktionswoche. (Kontakt über ANK Offen-







# Klassenjustiz



## „Bunte-Liste“-Helfer verurteilt

Im Mai letzten Jahres wurden zwei Helfer der „Bunten Liste“ von Zivilfahndern festgenommen, als sie zu später Stunde einen der bekannten grauen Waschbetonkasten an der Straße mit Wahlplakaten verzierten. Die Festnahme erfolgte wie im Film: der eine wurde von den Bulen quer über den Kofferraum eines Autos gestoßen und in Handschellen gelegt, als er den Dienstausweis zu sehen verlangte. Den anderen ließ man ungeschoren, damit er die gerade angebrachten und noch feuchten Plakate von dem Kasten wieder entfernen konnte. Beide wurden zum Zwecke der Personalienfeststellung mit zur Wache genommen.

Zunige Monate später erhielten sie eine gerichtliche Vorladung. Auf eine Information der Polizei hin hatten die Hamburger Elektrizitäts-Werke Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gestellt. Der die Anklage vertretende Staatsanwalt Reumann, aus anderen politischen Prozessen wie gegen den J Reente-Verlag bereits berühmt-berühmt, verlangte eine besonders hohe Geldstrafe, damit diese sich als abschreckendes Beispiel innerhalb der Linken herumsprechen sollte. Reumann behandelte den Fall in der ihm eigenen politisch und fachlichen Gründlichkeit. Zunächst wurde die grundlegende Frage erörtert, ob das Anbringen eines Plakates in diesem Fall überhaupt eine Sachbeschädigung darstelle, zumal die Plakate unmittelbar nach ihrer Anbringung ja wieder entfernt worden waren. Richter Sörensen entschloß sich dennoch, die „Tat“ als strafwürdig anzusehen. Am 3. Verhandlungstag (II) deckte der Verteidiger auf, daß der bewußte Waschbetonkasten sich gar nicht im Eigentum der HEW befand, die HEW also überhaupt nicht klageberechtigt war. Sicherlich ist dies als Beispiel für die umsichtige Sorgfalt der staatsan-

waltschaftlichen Ermittlungen zu werten und beweist wieder einmal die Qualitäten von Staatsanwalt Reumann. Obwohl die Klage damit eigentlich gegenstandslos geworden war, wurde ein 4. Hauptverhandlungstermin anberaumt. Und jetzt legte sich Reumann erst richtig ins Zeug. Fast ein Jahr nach der „Tat“ stellte Reumann den wirklichen Eigentümer des „sachbeschädigten“ Kastens fest, nämlich die Hansestadt

Hamburg, vertreten durch die Innenbehörde. Der Kasten gehörte zu der Ampelanlage der benachbarten Kreuzung. Durch seinen persönlichen Einsatz stellte er sicher, daß (fast ein Jahr nach der „Tat“) der 4. Hauptverhandlung eine rechtsgültige Klage der Innenbehörde vorlag. Sie wurde verhandelt, und „im Namen des Volkes“ wurden die beiden Kollegen „der gemeinschaftlichen versuchten Sachbeschädigung schuldig“ gesprochen. In der Urteilsbegründung heißt es, es läge auch dann „eine Sachbeschädigung vor, wenn eine dem Eigentümer Interesse zuwiderlaufende äußere Zustandsveränderung oder eine wesentliche Veränderung des von dem Eigentümer bestimmten Erscheinungsbildes gegeben ist. Hierbei kommt es nicht auf eine Einschränkung der Funktionstüchtigkeit oder auf ästhetische Gesichtspunkte an... Zu berücksichtigen ist auch, welchen kriminellen Gehalt die von den beiden Angeklagten begangene Tat hat“. Die beiden „Bunte-Liste“-Helfer wurden zu Geldstrafen auf Bewährung in Höhe von 250 DM und 100 DM verurteilt. Gegen den mit der höheren Geldstrafe belegten Kollegen war „schon einmal wegen Sachbeschädigung durch Plakatkleben 1976 ermittelt worden“ (alle Zitate aus dem Urteil).

Ein Genosse  
KB-Gruppe Hamburg

## Schwedische Amtshilfe im Kröcher-Prozeß

Unter den ca. 100 Zeugen, die im jetzt begonnenen Prozeß gegen Norbert Kröcher und (leider weiß ich den Vornamen nicht) Adomeit vernommen werden sollen („FR“, 7.8.) sind ca. 25 schwedische Staatsbürger. Alle haben „Einladungen“ bekommen, in der Bundesrepublik auszusagen. Verständlicherweise war das Interesse der Betroffenen nicht sehr groß, dieser Einladung zu folgen...

Damit der Prozeß nach den Vorstellungen der deutschen Justiz ablaufen kann, ist nun ein Abkommen mit der schwedischen Justiz getroffen worden: es wird Amtshilfe geleistet in der Form, daß ein gesamter Gerichtshof aus Westdeutschland anreist, um die Zeugen zu vernehmen. An die Zeugen ist bereits die Vorladung ergangen. Ein Zeugnisverweigerungsrecht gibt es hier nach den

schwedischen Gesetzen, die angewendet werden, nicht, bei Zuwiderhandlung wandert der Zeuge für eine Zeit von drei Monaten in den Arrest. Inwiefern die schwedischen Behörden über den Charakter des Prozesses – politisch oder kriminell – einen Beschluß gefaßt haben (Amtshilfe bei politischen Prozessen gibt es unseres Wissens nicht, aber in jedem Falle ist ja Schweden der Ant-Terror-Konvention beigetreten), ist uns noch nicht bekannt.

Das schwedische Gericht ist so „hilfsbereit“, den Geladenen die entsprechenden Auszüge aus den Protokollen der Voruntersuchung zuzusenden – um ihr Gedächtnis aufzufrischen...

Skandinavienkommission nach Berichten von schwedischen Genossen

## Jakob Moneta: Die Verteidigung der Agit-Drucker muß zur Sache der Gewerkschaften werden!

Die folgende Rede wurde von Jakob Moneta auf einer Veranstaltung zur Solidarität mit den Agit-Druckern in Westberlin am 13.7.79 gehalten und uns freundlicherweise zum Abdruck im AK zur Verfügung gestellt. Träger der Solidaritätsveranstaltung war das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte, unterstützt wurde sie von einer respektablen Anzahl demokratischer und linker Organisationen Westberlins. Westberliner Antirepressionsgruppe des KB

Als Gewerkschafter und Nicht-Jurist möchte ich den möglicherweise hier anwesenden Informanten des Gerichts, das die Agit-Drucker verurteilt, das folgende zu bedenken anheimstellen.

Während des Arbeitskampfes in der Druckindustrie haben sich Gewerkschafter in einigen Druckereien geweigert, sie diffamierende, ihre Auseinandersetzung mit den Unternehmern verurteilende, ihre Gewerkschaft herabsetzende oder lügenhafte Artikel zu setzen und zu drucken. Das löste einen gewaltigen Aufschrei aus. Prevezaren, die jedes Jahr ein paar Zeitungen schlucken, deren Redakteure sie dann ideologisch gleichschalten, so daß sie die Meinung ihres Brötchengebers Millionen Menschen täglich als die Meinung des gesunden Menschenverstandes verkaufen müssen, heulten auf. Sie sahen die Presse- und Meinungsfreiheit in Gefahr. „Setzer und Drucker werfen sich zu Zensoren auf“, klagten sie. Politiker und sogar demokratische Journalisten schlossen sich an. Summiert man all das Wehgeschrei, Sie sahen durch die Einschüchterung von Setzern und Druckern in ihre eigenen Angelegenheiten unsere demokratischen Freiheiten bedroht. Wo können wir auch hin, wenn nicht die Finanziers und Besitzer, die Auftraggeber von Zeitungen und Druckereien die Meinung bestimmen dürfen, die ihre Blätter zu vertreten haben, sondern diejenigen, die diese Dinge produzieren, denen man sogar auferlegt, Beschimpfungen und Verleumdungen gegen sich selbst blindlings zu verbreiten.

ten und einen kommerziellen Auftrag ausführen, obwohl sie mit dem Inhalt des Produkts nicht einverstanden waren.

Nach dem Urteil gegen die Agit-Drucker, die ins Gefängnis müssen, obwohl sie nur ihre Arbeitskraft gegen Bezahlung zur Verfügung stellten, darf man gespannt sein, wie das Urteil im Prozeß gegen die zehn Gründungsmitglieder der „NSDAP Ortsgruppe Berlin“ ausfallen wird. Ihr „NSDAP-Presswart“ erklärte z.B. auf einem Mitgliedertreffen in der Gaststätte „Jägerhütte“ in Westberlin zu den drei Polizeibeamten, die bei der Entführung von Schleyer ums Leben kamen: „Wenn's die Roten nicht getan hätten, dann hätten es eben wir später machen müssen“. Das Nazihetzblatt „Reichszeitung, Wille und Weg“ nannte die Erziehung des ehemaligen Generalbundesanwalts Siegfried Buback eine Befreiung von einer Bestie in Menschengestalt. Der Berliner Gauweiser der NSDAP, Wolfgang Rahl, hatte neben mancherlei gesetzlich eindeutigen Verboten eine kleine Waffensammlung zu Hause. Aber um einen Vergleichsmaßstab mit dem Urteil gegen die Agit-Drucker zu haben, brauchen wir das NSDAP-Urteil gar nicht abzuwarten. Es liegen nämlich bereits Urteile vor, die sehr genau zeigen, nicht was, sondern wer in der Bundesrepublik von bestimmten Gerichten verfolgt und bestraft wird und wer ohne, oder mit lächerlich geringer Strafe davonkommt.

So wurde das Ermittlungsverfahren gegen den NPD-Funktor Heinrich Gerlach, das vom Fachschaftsrat

tastet, hieß es im Einstellungsbescheid.

Im Agit-Drucker-Urteil heißt es jedoch, daß die „Entwürdigung des Gegners... in dem Leser psychologische Hemmungen abbauen und dadurch ein Klima vorbereiten helfen (kann), in dem Untaten entstehen können“ (S. 65).

Der Göttinger Fachschaft Theologie bleibt nach dem NSDAP-Urteil nichts anderes übrig als festzustellen: die bundesdeutsche Justiz habe sich wie der einmal unfähig zu einer konsequenten antifaschistischen Haltung gezeigt.

Die fraglichen Gesetzesparagrafen seien offensichtlich nur geschaffen worden, um eine systematische Opposition zu kriminalisieren. Und das ist natürlich nur eine linke Opposition.

Das läßt sich denn auch anhand der meisten Urteile gegen Linke, oder als Linke eingestuft, im Vergleich etwa zu den Urteilen in NS-Prozessen jetzt eindeutig belegen. Denn wir haben jetzt zwei Untersuchungen über die Strafverfolgung von NS-Tätern, die eine von Adelbert Ruckert, die andere von Ulrich Dieter Opitz, die beweisen, daß „Nichtschicht bei Strafzumessung, Rücksicht in der Strafvollstreckung und Bewährung aller Gesichtspunkte zugunsten der Verurteilten mitunter mit grotesk anmutenden Argumenten bei NS-Prozessen durchaus üblich waren und sind.“

Nur drei Fälle wollen wir herausgreifen, um einen Vergleichsmaßstab zu gewinnen.

1. SS-Obertruppführer Theodor Pillich wurde von einem Gießener Schwurgericht zu drei Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt, weil er erwiesenermaßen in einem Exekutionskommando an der Erschießung von 162 jüdischen Männern, Frauen und Kindern in Polen beteiligt war. Das Gericht räumte zugunsten von Pillich ein, daß dieser nicht mit der Tat identifiziert und das Geschehen aus tiefstem Herzen abgelehnt habe.

Aus dem Agit-Drucker Urteil erfahren wir, daß es jeder „natürlichen menschlichen Verhaltensweise“ widerspricht und unglaublich ist, wenn die Angeklagten behaupten, Texte, die sie druckten, nicht gelesen zu haben. Aber 162 Menschen kann man erschießen helfen, ohne sich mit der Tat zu identifizieren und obwohl man das „Geschehen“ aus tiefstem Herzen ablehnt. Das entspricht offenbar der natürlichen menschlichen Verhaltensweise und ist glaubhaft!

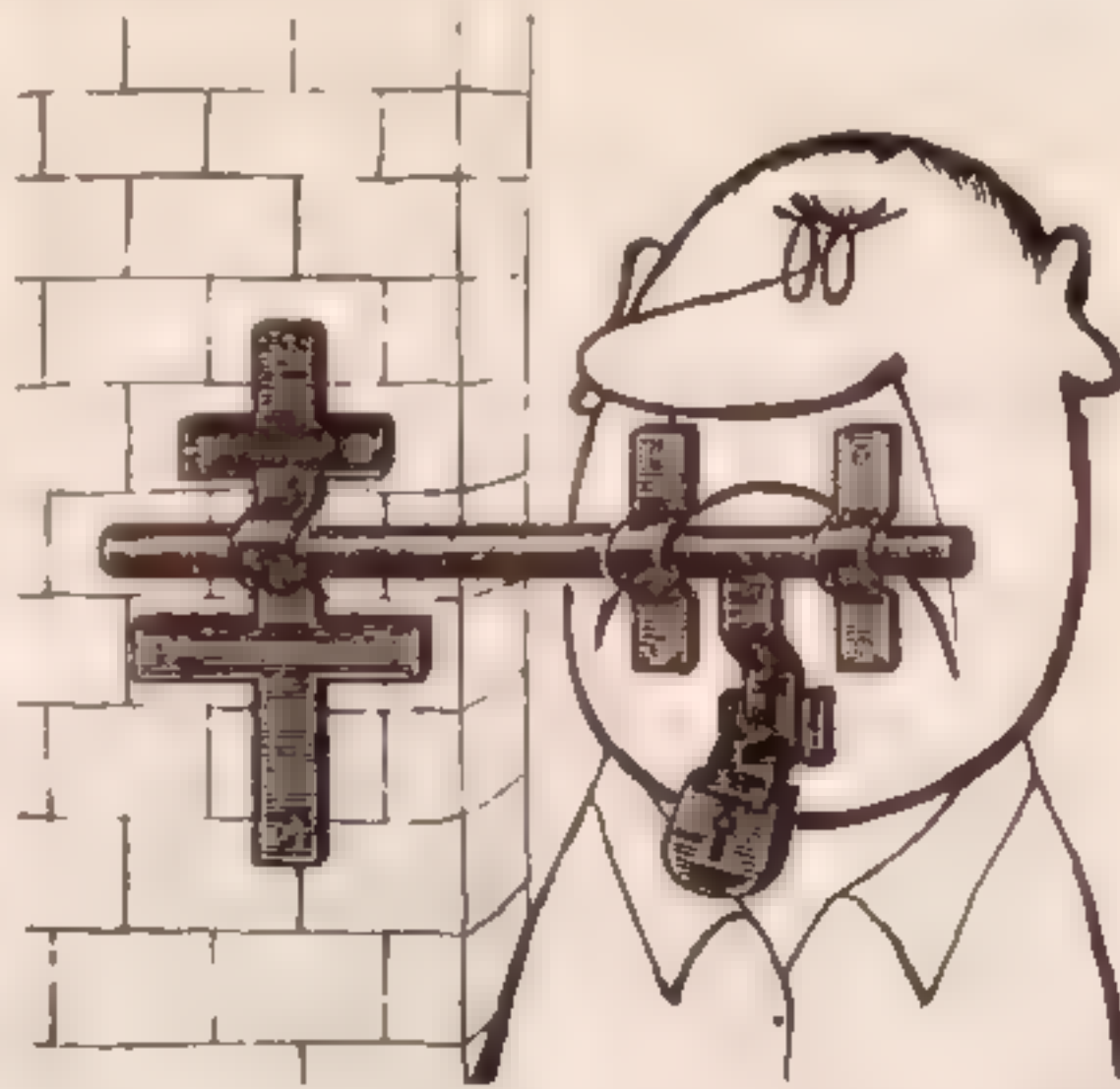
2. Dem SS-Sturmabteil und Einsatzgruppenführer Otto Bradfisch, verantwortlich für den Tod von 15.000 Juden, wurde von den Geschworenen nur zehn Jahre Zuchthaus reduziert, weil er nach 1945 straffrei als „ordentliches Mitglied der Gesellschaft“ geacht habe.

Das kann man aber von den Agit-Druckern keineswegs behaupten. Denn von ihnen wird in dem Urteil festgestellt (S. 42), sie hätten sich als Teil einer „basissorientierten linken Bewegung“ gesehen, die ein alternatives besseres Leben ermöglichen will. „Jedliche Arbeitsleistung und damit Fremdbestimmung sollte in ihrem Kollektiv aufgehoben sein, daß keine gegenseitigen Über- und Unterordnungsverhältnisse kennen wollte.“

Eine Kollektiv ohne Über- und Unterordnung, das kann doch einfach kein „ordentliches Mitglied der Gesellschaft“ leben. Da kann man sich doch nicht einmal auf den Befehlsoberbefehl berufen, wie wenn man ein paar Tausend Kommunisten, Polen, Russen oder Juden umgebracht hat.

3. In der Urteilsbegründung im Falle des SS-Oberführers und Befehlshabers der Sicherheitspolizei in Serbien, Emanuel Schäfer, der sechseinhalb Jahre Zuchthaus wegen Mordbeihilfe und Totschlag erhielt, machte das Schwurgericht beim Kölner Landgericht geltend, daß es sich bei einem der Opfer um einen „großen Deutschenhasser“ bei dem Angeklagten hingegen seinen ganzen persönlichen Haß nach „vaterländische Gesichtspunkte“ bestimmend gewesen sei. Solche vaterländischen Gesichtspunkte konnten die Agit-Drucker leider nicht geltend machen. Sie gehörten zu der kommunistischen Sorte von Vögeln, die wie es im Urteil (S. 86) heißt, „das utopische Ziel eines ‚alter“

Fortsetzung nächste Seite



Siné

All das ist durchaus normal in unserer Ordnung. Wer bezahlt, der hat das Sagen und was Brot ich eß, des Lied ich sing. Das sind Grundpfeiler, auf denen dieses System aufgebaut ist. Und nun kommt das Berliner Kammergericht daher – und hier bitte ich die Informanten, genau achtzugeben – und wagt es, in umstürzlerischer Weise, durch das Urteil gegen die Agit-Drucker, diese Grundpfeiler einfach in die Luft zu jagen!

Drucker werden hiernach verpöchtelt, Zensur auszuüben. Sie dürfen nicht einfach einen Auftrag ausführen, der bezahlt wird. Sie haben zu prüfen, ob das, was sie drucken, auch auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht, obwohl ihnen ausdrücklich vom Gericht bestätigt wird (Seite 88 des Agit-Drucker-Urteils), daß sie einen kommerziellen Auftrag ausgeführt haben.

Während Mitglieder des Betriebsrats des „Weser-Kurier“ in Bremen von der politischen Polizei in die Züge genommen wurden, weil sie sich weigerten, einen Artikel zu drucken, der ihren Arbeitskampf herabsetzte, sonst also Zensur ausüben würde, die Agit-Drucker verurteilt wurde, keine Zensur ausüb-

Theologie in Göttingen beantragt worden war – und zwar wegen Verdachts der Volksverhetzung, der Verbreitung nazistischer Gedankenguts und der Verunglimpfung von Verfassungsorganen – von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Göttingen eingestellt. Die Gründe für die Einstellung der Ermittlungen sind vom Standpunkt einer konsequenten Klassenjustiz sehr einleuchtend. Die mehrfach von dem NPD-Mann verwendete Parole „Rotfront verreckt“ sei nicht als Bestandteil nazistischer Gedankenguts zu werten, meinte der Staatsanwalt, weil das Institut für Zeitgeschichte in München nicht habe feststellen können, ob diese Parole kennzeichnend sei für eine ehemalige nationalsozialistische Organisation. Das stimmt ganz genau, denn die Parole hieß damals „Juda verreckt“. Und das war ja ganz harmlos, denn die Juden sind doch gar nicht alleine verreckt. Sie wurden nur vergast. Volksverhetzung liegt nach Meinung des Staatsanwalts nicht vor, wenn man von einem „türkischen Anstand“ spricht und davon, das „jüdische und asiatische Menschenrasen Deutschland zersetzen wollten“. Der „Personenkreis“, dieser Gruppe werde hierdurch nicht ange-







# Britische Truppen raus aus Nord-Irland!

## Interview mit dem Genossen Kieran Nugent über die Situation in den H-Blocks

Im folgenden drucken wir Auszüge aus einem Interview, das KIERAN NUGENT im Juni 1979 dem Redaktionskollektiv von TROOPS OUT (der Zeitung der United Troops Out Movement, Sammlungsbewegung gegen die Präsenz britischer Truppen in Nordirland) gegeben hat.

Um dieses Interview zu verstehen, geben wir vorab einige Informationen zum Kampf der republikanischen Gefangenen in Nordirland.

1968/69 spitzten sich die Auseinandersetzungen zwischen Protestanten und Katholiken in Nordirland um die Unabhängigkeit des Landes erheblich zu. Im August 1969 kam es dann zu Straßenkämpfen in Derry, Belfast und anderen Teilen Nordirlands, die die britische Regierung am 14. August veranlaßten, in Nordirland mit Truppen einzumarschieren.

(Ein umfassendes historisches Überblick erhalten wir zur Zeit und werden ihn in einer der nächsten Nummern des ARBEITERKAMPF veröffentlichen.)

Drei Jahre nach der Okkupation durch Großbritannien trat 1972 der Kampf um den politischen Status von Gefangenen in den Vordergrund.

Nach einem erfolgreichen Hungerstreik von Billy McKee und fünf anderen republikanischen Gefangenen 1972 wurde den politischen Gefangenen ein „spezieller Kassenstatus“ zuerkannt.

Die IRA bekam dadurch den Charakter des politischen Gegners zugewiesen und ihr Kampf gegen die britischen Truppen bekam den Status des politischen Kampfes.

Politische Gefangene durften seit der Zeit ihre eigenen Kleider tragen, sie brauchten keine Knastarbeit abzuleisten und sie waren getrennt von anderen Gefangenen. Sie hatten jeden Tag Zusammenkünfte, ein leichtes nahrhaftes Essenspaket einmal pro Woche, unbegrenzte ein- und ausgehende Post und einen halbtägigen Besuchstermin pro Woche (Irish Republican Information Service, 9. Juni 1979).

Nach dem Ende der Haft von Billy und den fünf anderen Genossen wurde dieser Status für alle, die nach 1976 „terroristischer Versöße“ für schuldig befunden wurden, der politische Status wieder aberkannt (während allen vorher Verurteilten dieser Status erhalten blieb).

Gleichzeitig mit der Regretierung fing auch die Presse an den britischen Widerstand und insbesondere den politischen Kampf der IRA zu kriminalisieren, indem die IRA-Mitglieder als Terroristen abgestempelt und ihre Aktionen pauschal als Terroranschläge verurteilt wurden.

Die Nichtanerkennung des politischen Status der Gefangenen und die derzeitigen Auseinandersetzungen in Long Kesh sollen in diesem Rahmen

die Nichtanerkennung des politischen Status der Gefangenen und die derzeitigen Auseinandersetzungen in Long Kesh sollen in diesem Rahmen dazu dienen, die Identität der gefangenen Genossen als Freiheitskämpfer zu zerstören. Die Brutalität dieses Versuchs wird durch das Interview hautnah aufgezeigt.

Z.Zt. sitzen etwa 2.000 irische Freiheitskämpfer in englischen Knästen in Irland und England. In den H-Blocks von Long Kesh vegetieren 350 Gefangene (laut westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee).

Kieran Nugent war der erste Republikaner, der nach dem März 1976

verurteilt wurde und es verweigerte, als Krimineller behandelt zu werden. Er wurde am 11. Mai 1979 aus Long Kesh entlassen, nachdem er zwei Jahre und acht Monate nur eine Decke als Bekleidungsstück hatte, da er sich weigerte, Gefangenekleidung zu tragen.

Ich wurde am 14. September 1976 zu drei Jahren wegen hijacking (Entführung) verurteilt. Nach meiner Ankunft im H1 Block von Long Kesh traf ich auf einen Offizier und einen Wärter, die mich mit gespreizten Armen und Beinen an die Wand stellten — nach dem Stil der britischen Armee — und mich aufforderten, meine Kleidung abzugeben. Ich gab keine Antwort. Dafür wurde ich gebost und geschlagen. Ich wurde dann in eine total leere Zelle „geführt“ — einen Arm auf den Rücken gedreht — die Tür wurde hinter mir geschlossen und sie meinten, sie kamen gleich wieder. Nach fünf Minuten forderten sie mich erneut auf, mich auszuziehen. Wieder verweigerte ich.

Dann fielen sie brutal über mich her und rissen mir die Kleidung vom Körper. Einer der Wärter warf mir eine Decke zu, dies war der Anfang des „Decken-Protestes“.

In der Zelle gab es nichts außer einer Matratze und dieser Decke. Ich bekam den Tag nichts mehr zu essen und zu trinken, das Licht brannte die ganze Nacht.

Einer der Wärter kam am nächsten Morgen und brachte mir eine halbe Tasse Tee und zwei Scheiben Brot. Etwa 1 1/2 Stunden später kamen sie wieder herein. Ich fragte sie nach Holzstangen. Sie sagten mir, daß ich eine Stunde pro Tag bewußt bekommen hätte. Dem Morgen regnete es sehr stark. Sie gestatteten mir meine Decke um mich zu wickeln und so wurde ich auf den Hof geführt. Sie bauten zu der Zeit immer noch an den Blocks, der Hof war noch nicht planiert und ich mußte hart auf klettern. Später kamen sie und gaben mir Holzstangen. Nach dem Hofgang war die Decke total durchnäßt. Ich hatte keine andere. Außerdem war die Heizung sehr klein gestellt.

Ein paar Stunden später war Mittag, wenn man das zu nennen kann. Mittag — das war ein Plastik Teiler mit sehr wenig Essen drauf und ein Löffel zum Essen. Sie verweigerten mir Messer und Löffel, was allerdings für so wenig auch gar nicht gebraucht wurde.

In dieser Nacht kam ich in eine Zelle mit Holzstange, Matratze und Decke sowie einem Nachttopf, sonst war nichts drin.

Ich sollte wie jeder andere Gefangene eine Tülle (ca. 4 Liter) Wasser pro Tag bekommen, ich bekam gerade eine Tasse.

Dies war der erste Tag im H1 Block. Ich wurde zum ersten Mal in die Zelle pro Tag bekommen, ich bekam gerade eine Tasse.

Dies war der erste Tag im H1 Block. Ich war zu der Zeit allein in H1. Die Wärter isolierten mich — keiner kam in meine Nähe. Dies war der Anfang ihres Versuchs, meinen Widerstand zu brechen. Erstens Brutalität, zweitens Hunger, drittens Isolation. Wahrscheinlich dachte einer der Knast-Psychologen, daß er ein winziges bißchen Geschichte kennen würde. Er hat aber nicht zurückgeblieben auf die irische Geschichte.

Nach zwei oder drei Wochen kam wieder ein Offizier und bot mir einige Auftragsarbeiten, extra Zigaretten,



kleine Extra-Zugeständnisse mit der Versprechung an, daß er nach mir sehen und mich gut behandeln würde, wenn ich Anstaltskleidung trüge.

Drei oder vier Wochen später stieß ein anderer Belfast-Republikaner Brendan (Ned - Flynn) zu mir und ein paar Wochen später kamen noch mal sechs aus Belfast. Zu der Zeit gab es außerdem Loyalisten unter den Gefangenen. Diese trugen Anstaltskleidung. Es kam dann die Zeit, in der die Republikaner aufgesplittet wurden. Jeder unter 21 Jahren wurde nach H2 verlegt, das für Young Prisoners (junge Gefangene) wie sie es nannten, war.

Zu dieser Zeit in H2 bekamen wir das Erlaubnis, einmal pro Woche zu duschen, was wir auch machten. Wir durften einen Brief pro Monat erhalten, der allerdings nicht mehr als zwei Seiten enthalten durfte. Waren mehr als zwei Seiten drin, nahmen die Wärter Seiten heraus — z.B. die erste und die dritte — so daß der Rest totaler Dreck war. Man durfte außerdem einmal im Monat einen dreißigminütigen Besuch empfangen, dafür mußte man allerdings Anstaltskleidung tragen. Das ist keine. Die Brutalität nahm 100%ig zu. Die Männer wurden aus ihren Zellen gezogen und zusammengeschlagen.

Man kam eine neue Phase. Keiner durfte mehr seine Zelle ohne eine Decke umzuhaben, verlassen. Wir wurden aufgefordert, entweder nackt oder in (Längsmantel) zum Hofgang zu gehen. Das war um Weihnachten 1976. Es war bitterkalt. Unter keinen Umständen waren wir dazu bereit. Dann zwangen sie uns, nackt aus den Zellen zu gehen, um unser Essen zu empfangen. Wenn einer das nicht wollte, bekam er nichts.

Im Mai 1977 wurde H3 fertiggestellt und sowohl unsere Genossen als Essen zu empfangen. Wenn einer das nicht wollte, bekam er nichts.

Im Mai 1977 wurde H3 fertiggestellt und sowohl unsere Genossen als H1 als auch wir wurden darin untergebracht. H3 war eine ganz andere Situation. Nicht, daß die Wärter sich änderten, sondern wir waren jetzt mehr wie 80 Männer.

Auch wurde unsere Kommunikation mit unseren Leuten draußen besser, weil die verheirateten Männer Besuch bekommen konnten.

Ab Januar 1978 glaubten wir, daß die britische Regierung Order gegeben hatte, unseren Protest zu brechen. Männer, die zum Duschen gingen, mußten sich mit gespreizten Armen und Beinen aufstellen, wurden überfallen und geschlagen. Man durfte einmal pro Tag zur Toilette gehen und dasselbe passierte dann. Brutale Übergriffe, unverschämte und entwürdigende Durchsuchungen.

Wir waren nicht auf solche Sachen vorbereitet, so beschloßen wir, nicht mehr aus den Zellen zu gehen, passierte was wolle. Die Wärter begannen dann, uns Plastikschläuche zu bringen, die etwa 1 1/2 cm hoch mit Wasser gefüllt waren, was ungenügend war, um sich zu waschen. Das ging so weiter für eine ziemliche Zeit. So beschloßen wir auch das nicht mehr anzunehmen. Dies war der Anfang des „nicht mehr Waschen“-Protestes.

Sie hatten Loyalisten als Kalfaktoren eingesetzt, die einen Wagen mit einem großen Plastikbehälter heraufhoben und diese schüttelten den Inhalt unserer Nachttöpfe in diesen Kübel. Man kann sich den Gestank vorstellen — 48 Männer und ihre Nachttöpfe waren seit Tagen nicht geleert. Das wurde zeitlich so zusammengeleert, daß der Essenswagen zur gleichen Zeit rumfuhr, sofort nachdem der Kübel reingefahren wurde kam der Essenswagen und sie gaben uns das Essen

mit den gleichen Gummihandschuhen aus, mit denen sie die Pisspötte ausgeleert hatten. Das Essen war nicht mehr zu gebrauchen.

Die Wärter kamen tagsüber und durchsuchten die Zellen, man mußte sich nackt an die Wand stellen und empörende Untersuchungen über sich ergehen lassen. Dann kippten sie die Pisspötte über die Betten und Decken. Diese waren vollständig durchnäßt. Die Heizung wurde ganz abgestellt.

Um die einzigen Sachen, die wir hatten, die Matratzen und Decken zu reiten, beschloßen wir den Inhalt der Nachttöpfe aus dem Fenster zu werfen. Die Wärter gingen uns Haus herum, um den Inhalt zurück zuwerfen. Das ging eine ganze Zeit so, die Matratzen und Decken waren total versaut.

Wir mußten eine Entscheidung fällen, was wir weiter machen. So beschloßen wir, die Exkremente gleichmäßig an den Zellenwänden zu verteilen. Ich muß wirklich dazu sagen, daß wir das nicht gerne mochten. Ich aber wenigstens die Betten und Decken zu reiten, blieb uns nichts anderes übrig. Wir mußten Matratzenstücke und Teile der Decken dafür benutzen und das fiel uns sehr, sehr schwer, denn es war sehr kalt und die Matratzen sehr klein.

Auch das Essen, das wir bekamen, wurde ungemein auch das schmierig, was wir gegen die Wände. Die Zellen waren in dieser Zeit wie Kloaken. Maden bräuteten zu hunderten, man konnte sie über Betten, Decken und Boden kriechen sehen. Maden waren auch im Essen, die Wärter tauchten sie da rein.

Es war das Gespräch davon, daß die Wärter die Maden zum Fischen benutzen. Sie hatten einem republikanischen Häftling gegenüber damit gepöhl. Sie sagten, wir würden ihnen Geld sparen helfen, sie bräuteten sie jetzt nicht mehr zu kaufen.

Eines Tages, als wir eine Versammlung hatten — Versammlungen sind einmal pro Woche 20 Minuten, das ist die einzige Möglichkeit, mal den Rest der Genossen zu sehen — kamen wir zurück und wurden ganz schnell in unsere Zellen geschickt. Irgendwas war merkwürdig.

Die Wärter hatten es besonders eilig. Im ersten Moment passierte gar nichts dann fingen meine Augen an zu tränen. Ich fing an zu husten. Ich hörte andere Männer schreien, sie wurden keine Luft mehr kriegen. Ich sah in die Zellenhecken. Da war eine große Plutze einer violetten Flüssigkeit, aus der Dämpfe aufstiegen. Unsere erste Reaktion war, Wasser draufzuschütten, es könnte sich verdünnen. Aber sofort stiegen noch mehr Dämpfe auf. Es war eine hochkonzentrierte (hemikale) — wir wissen heute noch nicht was. Die anderen und ich selbst hatten alle Erfahrungen mit CS-Gas gemacht. Dies war irgendwie ähnlich. Es hatte die gleiche Wirkung. Ethische Männer brachen zusammen. Wir fragten die Wärter nach Ärzten, sie lachten nur.

Um wieder atmen zu können, mußten wir die Fenstercheiben einschlagen. Das wurde uns als mutwillige Zerstörung ausgelegt, wir hatten jedoch keine Alternative. Auf keinen Fall war es von uns geplant. Als endlich die Wärter herumgingen, kamen einige Männer doch noch zur Krankenstation. Sie wurden von MO's (Medical Officers) begutachtet, Wärter in weißen Kitteln. Sie gaben den Männern irgendeine Flüssigkeit. Die tranken das, weil sie alles getrunken hätten, was Linderung versprach. Den Männern ging's trotzdem noch

schlecht, aber ihnen wurde gesagt, wenn sie mehr Hilfe haben wollten, sollten sie sich in die Liste eintragen, um am nächsten Morgen um 7.30 Uhr zum Arzt zu gehen.

Die Fenster waren jetzt zerbrochen. Das nutzten sie, um von der Rückseite her die Zellen und uns total unter Wasser zu setzen. Die Heizung wurde ganz abgedreht, so war es naß und kalt.

Am 30. Dezember 1978, drei oder vier Tage nachdem Direktor Miles (der Mann, der für alle diese Aktivitäten verantwortlich war, der anwesend war, wenn Gefangene geschlagen wurden und auch selbst zugeschlagen hatten) von der IRA exekutiert worden war, wurden wir in unseren Zellen überfallen.

Uns wurden die Decken weggenommen, und wir wurden den Flügel heruntergetrieben, wo „Bäder“ für uns vorbereitet waren. Wir wurden mit Gewalt an Armen und Beinen auf Stühlen festgehalten, der Bart und die Haare abrasiert. Dann wurden wir ins Wasser geschmissen. Das Wasser war verschieden temperiert, einige bekamen eiskaltes Wasser, andere verbrühten sich. Fünf oder sechs Wärter bästerten einen mit Schrubbern ab. Wir bekamen hinterher vom MO Desinfektionsmittel, um es auf die Wunden zu tun, weil unsere Haut so kaputt war. Wir wurden dann in einen anderen Flügel gesteckt, der vorher gesäubert war und bekamen neue Matratzen.

Um diesen Überfall zu legitimieren, hatten Gefängnisärzte festgestellt, daß wir Läuse hätten. Keiner wurde vom Arzt untersucht, der ging einfach nur an den Gefangenen vorbei und sagte „Ja, Ja, Ja“ zu den Wärtern.

Wir glaubten, daß etwas anderes dahinter steckte. Für sich gesehen war es nur eine andere Art von Brutalität.

Wir glaubten, daß etwas anderes dahinter steckte. Für sich gesehen war es nur eine andere Art von Brutalität und entwürdigender Behandlung. Wir glaubten auch, daß sie sich für die Exekution von Direktor Miles rächen wollten.

Zu Weihnachten bekamen wir keine Post, Briefe und Karten wurden vernichtet.

Fortsetzung nächste Seite

### Anzeige

#### Dokumentation

UND KAMPF DER REPUBLIKANISCHEN GEFANGENEN

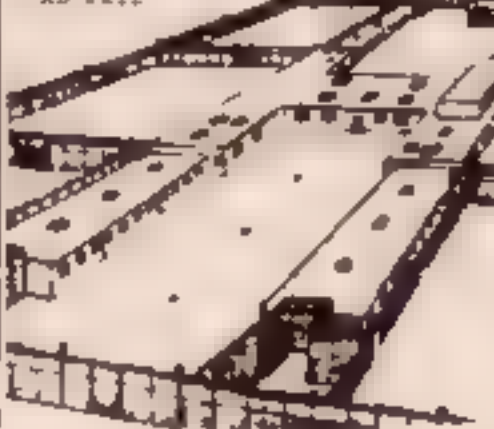
FÜR DEN POLITISCHEN STATUS IN DEN

### H BLOCKS

DEN 22'S LONG KESH, IN PROBLEME

BRITISCHER ARABER UND 1976/77

AU 411



UND KAMPF DER REPUBLIKANISCHEN GEFANGENEN

FÜR DEN POLITISCHEN STATUS IN DEN

H BLOCKS

DEN 22'S LONG KESH, IN PROBLEME

BRITISCHER ARABER UND 1976/77

AU 411

UND KAMPF DER REPUBLIKANISCHEN GEFANGENEN

FÜR DEN POLITISCHEN STATUS IN DEN

H BLOCKS

DEN 22'S LONG KESH, IN PROBLEME

BRITISCHER ARABER UND 1976/77

AU 411

UND KAMPF DER REPUBLIKANISCHEN GEFANGENEN



Fortsetzung von Seite 28

Es kam der Januar 1979 — jedes Jahr gab es im Januar neue Instruktionen für die Wärter — wir waren darauf vorbereitet. Ein brutaler Krieg wird seit Januar geführt, der auch jetzt noch anhält.

Wir wurden jetzt den ganzen Tag eingesperrt. Große Staubsauger wurden angeschafft, um den Urin und so aufzusaugen. Die machen einen lauten hohen Ton und sind vom morgens bis abends im Betrieb. Auch kommen die Wärter zur Reinigung mit Chemikalien. Dabei tragen sie Schutzmasken und Schutzkleidung. Sie sprühen diese Chemikalien auf die Gefangenen. Neuerdings werden Stahlgitter und Weißblech vor den Zellenfenstern angebracht. Einige können das Tageslicht nicht mehr sehen. Die Augen werden sehr sehr schlecht. Kopfschmerzen sind die Folge. Zur Zeit wird keine ärztliche Hilfe mehr angenommen. Es gibt sowieso keine medizinische Versorgung — bei einem Arzt auf vier- bis fünfhundert Mann.

Den Männern, die immer noch drin sind und die total krank sind, wurde medizinische Versorgung verweigert bis sie Gefangenekleidung anziehen. Früher oder später wird es passieren, daß einer im Saal herauskommt. Einige Männer werden geistig nicht damit fertig ... das ist noch so ein Problem.

Aber die Moral ist sehr gut. Sie stehen 100%ig hinter der republikanischen Bewegung. Die Leute mögen fragen, was macht ihr den ganzen Tag eingeschlossen in den Zellen. Wir versuchen, unseren Geist die ganze Zeit aktiv zu halten. Unterricht in gelisch findet regelmäßig statt. Wir spielen Bingo. Einige werden sagen, was für ein geistloses Spiel Bingo doch ist, aber das ist es, was wir machen müssen — Rätsel und sowas —, um den Verstand zu behalten. Dies ist ein freiwilliger Protest. Keiner wird gezwungen, mitzumachen oder bekommt Schwierigkeiten deswegen. Die Leute werden fragen, wie die Gefangenen sich selbst in Bezug auf die Kriegsmühen außerhalb sehen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Männer nicht für irgendwelche Vergünstigungen in den H Blocks sind. Sie sind nicht wegen Farb-TV's in den H Blocks. Sie sind auch nicht in den H Blocks, um den politischen Status zu wollen.

Die Männer in den H Blocks verlangen den Status von Kriegsgefangenen. Es wird kein Entgegenkommen geben vor dieser Anerkennung. Sie könnten uns dreiteilige Nacktelstreifen anzugs als Gefangenekleidung geben. Wir würden auch die nicht anziehen. Der Protest geht weiter!

## Italien: Regierungskarussell dreht sich weiter

Italien hat seit Anfang August wieder eine Regierung — die 42. seit dem Sturz des Faschismus. Damit endete vorerst die bisher längste Regierungskrise, die mit dem Rücktritt der Regierung Andreotti am 31. März eingeleitet worden war. Am 3./4. Juni fanden Neuwahlen statt, die jedoch keine wesentliche Veränderung erbrachten. Bemerkenswert war der Rückgang der PCI (von 34,4 auf 30,4 %) und der Erfolg der Radikalen Partei. Programmatisch etwa den Alternativen Listen vergleichbar mit 3,4 % (vorher 1,07 %), was ihr 18 Parlamentssitze (vorher vier) brachte. Die PR hatte offenbar in erster Linie von PCI-Wählern profitiert, die mit der versöhnlichen Politik dieser Partei gegenüber der Christdemokratie (DC) nicht mehr einverstanden waren.

Im Großen und Ganzen bestätigten die Neuwahlen die labile Verteilung der Gewichte im Parlament: 262 (vorher 263) Sitze für die DC, 45 (vorher 34) Sitze für die kleinen Koalitionsparteien der DC, 30 (vorher 35) Sitze für die faschistische MSI, sechs Sitze (vorher drei) für regionale rechte Listen, 62 (vorher 57) Sitze für die linkssozialdemokratische PSI, 202 (vorher 227) Sitze für die PCI, 24 (vorher 21) Sitze für die Linksoptionen (PR, PDUP/DP).

Die DC verfügt bei dieser Sitzverteilung zusammen mit ihren kleinen Koalitionsparteien (PRI = Liberale, PLI = Rechtsliberale, PSDI = Rechte Sozialdemokraten) nur über 307 (vorher 297) von insgesamt 630 Sitzen. Nicht einmal die Stimmen der rechten Regionalisten (u.a. die Sudtiner Volkspartei, die der CSU nahesteht) könnten diesem Regierungsbündnis eine Mehrheit sichern. Eine Regierung auf die Stimmen der Faschisten zu stützen wäre in Italien undenkbar. Somit bleibt die neue Regierung, wie die Regierung Andreotti vor den Wahlen, auf die „Toleranz“ der linkssozialdemokratischen PSI (zumindest auf deren Stimmenthaltung) angewiesen. Hier liegt der Kern der sich dahinschleppenden Regierungskrise.

Die PSI kann nicht ohne weiteres die Regierung unterstützen bzw. „tolerieren“. In diesem Fall würde nämlich der PCI die Rolle der einzigen Oppositionspartei

zufallen, was niemand von den Herrschenden will und was die Gefahr einer Aufhebung der PSI (zugunsten der PCI) heraufbeschwören würde. Die PSI braucht einen politischen Spielraum, in dem sie sich als Opposition gegen arbeitseindringende und antidemokratische Maßnahmen des DC-Regierungsbündnisses profilieren kann. Dieses Problem wurde bisher so gelöst, daß die PCI (die aus krasen taktischen Erwägungen eine Schwächung der DC zu vermeiden versuchte) sich mit der PSI in das Wechselspiel von Opposition und „Tolerierung“ der Regierungspolitik einließ. Dieses Wechselspiel kostete die PCI bei den Wahlen runde 4 %. Dieser Rückschlag wiederum gab denjenigen in der PCI starke Argumente, die die „Tolerierung“-Politik nie gutgeheißen hatten, weil sie den eigenen Prestigeverlust für die Partei befürchteten. Das Ergebnis heftiger Diskussionen in der PCI-Spitze nach den Neuwahlen war, daß die PCI zukünftig keine Regierung unterstützen werde, der sie selbst nicht angehört. Regierungsbeteiligung oder Opposition, lautet die neue Formel.

Diese Entscheidung der PCI macht es auch der PSI schwerer, ein neues DC-Regierungsbündnis voranzutreiben bzw. zu „tolerieren“. Als erster stieg nach den Neuwahlen Anfang Juli der alte Regierungschef Andreotti noch einmal in die Bots, um wieder die Regierung zu bilden. Das Scheitern dieses Versuchs stand schon vorher fest. Die PSI erklärte, daß sie keinesfalls eine neue Regierung Andreotti unterstützen werde. Außerdem forderte sie, daß der neue Regierungschef erstmals nicht der DC angehören sollte.

Nachdem Andreotti das Handtuch geworfen hatte, versuchte der PSI-Führer Craxi eine Regierungsbildung. Erstmals fiel damit einem PSI-Politiker diese Rolle zu. Craxi bestand auf einer direkten Regierungsbeteiligung der PSI und auf einer stärkeren Einbeziehung der PCI in die Regierungspolitik. PCI-Chef Berlinguer „bekräftigte“ daraufhin die Entscheidung seiner Partei (eventuelle Regierungsbeteiligung oder Opposition) deutete aber zugleich an, daß sich dies künftig auch wieder ändern könnte.

Die DC hingegen forderte von der

PSI als zentrale Voraussetzung für ein Regierungsbündnis eine strikte Abgrenzung von der PCI. Die PSI sollte verpflichtet werden, alle lokalen und regionalen Regierungsbündnisse mit der PCI aufzukündigen. Eine Einigung auf dieser Basis war offensichtlich unmöglich. Nach dem Scheitern Andreottis gab der bisherige Schatzminister Pandolfi (DC) ein kurzes Intermezzo als Beauftragter zur Regierungsbildung. Die PSI lehnte es aber kategorisch ab, eine Regierung Pandolfi zu „tolerieren“.

So folgte schließlich im Reigen der früheren Innenminister Cossiga (DC). Er war verantwortlich für die „harte Linie“ während der Moro-Entführung im vorigen Jahr. Nach der Auffindung der Leiche Moros

trat er zurück. Aus kaum zu erklärenden Gründen signalisierte die PSI diesmal ihre „Toleranz“. Allerdings mit der Einschränkung, daß die Regierung Cossiga nur bis zum DC-Parteitag im Herbst, höchstens jedoch bis zum Frühjahr 1980, im Amt bleiben soll.

Dem Regierungsbündnis gehören jetzt die DC, die PSDI und die PLI an. Die PRI bleibt draußen, weil sie eine Regierungsbeteiligung der weit rechts stehenden PLI ablehnt. Schwerpunkte im Regierungsprogramm von Cossiga sind die „Innere Sicherheit“ und die „Inflationbekämpfung“ (= „Sparpolitik“) auf Kosten der Bevölkerung im Rahmen der internationalen Verpflichtungen, die Italien gegenüber dem Imperialismus eingehen mußte.

## Es gärt in den italienischen Knästen

Mit ihren Blechnäpfen haben am 1. August die Insassen des Gefängnisses Don Bosco in Pisa lautstark gegen die besonders schlechten Haftbedingungen einiger Gefangenen protestiert.

Die italienische Gefängnisbürokratie hat mit einer in Italien üblichen Methode reagiert. Zwei angebliche „Räufelkämpferinnen“ wurden noch in der gleichen Nacht in einen anderen Knast überführt. Es handelt sich dabei interessanterweise um zwei angebliche „Terroristinnen“.

Die junge Studentin der Politikwissenschaften Giovanna Maria Ponzetta, die etwa einen Monat zuvor unter der Anklage der Zugehörigkeit zur „Prima linea“ verhaftet wurde, sowie Isabella Ravazzi, die zur Genovesi-Gruppe der „Brigate Rosse“ gezählt wird.

Zu einem bislang noch recht ungewöhnlichen Vorfall kam es einen Tag zuvor im Turiner Gefängnis „Nuove“. Dort gab es eine „Protestaktion“ der Gefängniswärter. Nach einem mit blutigen bewaffneten Fluchtversuch von drei Häftlingen, die dabei zwei Wärter als Geiseln benutzten, machte sich der „Volksrat“ der Wärter auf dem Hof verschanzt.

Auf die Frage, in wem die Gefängniswärter ihre Feinde sehen, ant-

wortet einer (28): „Zuerst die Gefangenen, dann die Terroristen, aber auch die Direktion, der Minister, der Staat, Rom, die Politiker“. Mangelnde Ausbildung wird unter dem Aspekt gesehen: „Sie konfrontieren Leute mit Grundschulabschluß mit politischen Häftlingen, die dich auch mit einer Diskussion idlen können“.

Die Richtung der Wärterproteste scheint also überwiegend reaktionär zu sein, was bei den katastrophalen Strukturen des italienischen Knast-(un)wesens auch nicht sonderlich verwunderlich ist. Tatsächlicher Grund zum Protestieren haben die Gefängniswärter aber allemal. Als Polizei-Gruppe sind sie einer militärischen Disziplin unterworfen, haben keine gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, sind vom übrigen Gefängnispersonal getrennt und erhalten keinerlei adäquate Ausbildung, was sich natürlich auch wieder negativ und repressiv auf die Gefangenen auswirkt (alle Informationen nach „La Repubblica“, die Nummern).

Für alle, die sich etwas mehr für die italienische Konstitution und Bewegung interessieren, ist der Roman von Santo Natale „Der Bankrott der Banditen“ sehr zu empfehlen.

Italienkommission



# lateinamerika

## Kurzmeldungen Nicaragua

### Die Konterrevolution lebt noch

Rund die Hälfte der ehemaligen Nationalgarde, ca. 6 000 bis 7 000 Mann, haben sich nach Honduras abgesetzt. Rund 3 500 von ihnen haben die Grenze illegal überschritten, sie dürften weitgehend mit modernen Waffen ausgerüstet sein. Als Anführer der konterrevolutionären Kräfte werden der Sohn des Diktators Anastasio Somoza Portocarrero und der Oberst Harry Pineda angesehen (NZZ, 4.8.79). Nach Angaben von Radio Sandino haben sich bereits 1 500 Guardas Nacionales neu zum Kampf gegen die FSLN formiert, so daß sich die FSLN gezwungen gesehen hat, eine rund 2 000 Personen starke Truppe in das Grenzgebiet zu entsenden. Kommandant dieser Truppe ist Eden Pastora, der als „Commandante Zero“ die Besetzung des Nationalpalastes geleitet hatte (Tagesspiegel 29.7.79). Die Regierung von Honduras hat inzwischen erklärt, sie werde nicht zulassen, daß von honduranischem Boden aus eine Gegenrevolution in Gang gesetzt werde (NZZ, 3.8.79). Man wird sehen.

Aber auch im Inneren des Landes haben die Nationalgardisten ihren Widerstand noch nicht restlos aufgegeben. In der Nacht zum 1. August beispielsweise mußten Einheiten der FSLN in Managua (?) in Stellung gehen, um Granatfeuer zu erwidern (NZZ, 3.8.79). Nach Aussagen eines Kommandanten verlieren die Sandi-

nisten jede Nacht allein im Bereich der Hauptstadt fünf Mann (Tagesspiegel 29.7.79). Hierfür sind wahrscheinlich hauptsächlich Nationalgardisten verantwortlich, die in den Lagern des Roten Kreuzes untergekommen sind und dort nicht verfolgt werden.

Überhaupt ist die ausgesprochene Mäße, mit der die ehemaligen Anhänger Somozas behandelt werden auf Erstaunen und Anerkennung gestoßen (FR, 9.8.79). Ganz bewußt wird von der FSLN auf kleinliche Rache verzichtet, nur wer sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht hat, soll vor ein (zivilisiertes) Gericht gestellt werden. Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen wird gefordert, den Nationalgardisten vornehmlich nicht den Status von politischen Flüchtlingen zuzusprechen, weil sie in Nicaragua nicht wegen ihrer politischen Einstellung mit Repressalien zu rechnen haben, sondern lediglich für Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Vor diesem Hintergrund wurden Berichte von in die USA geflüchteten ehemaligen hohen Offizieren der Nationalgarde über angebliche Gräueltaten der FSLN ausgesprochen überliefert und werden nicht einmal von der bürgerlichen Presse geglaubt. Nach diesen Angaben sollen von den Sandinisten über 3 000 Angehörige der Nationalgarde umgebracht worden sein (NZZ, 4.8.79).

### Neues Massengrab in Nicaragua entdeckt

Die Leichen von mehreren hundert Häftlingen wurden in einem ehemaligen Übungslager der Nationalgarde gefunden. Die meisten Leichen wiesen Kopfschüsse auf. Vor rund zwei Monaten sollen hier etwa 900 Gefangene ermordet worden sein. Ein Leutnant, der für das Lager verantwortlich war, sagte aus, daß sich noch zwei weitere Massengräber in dem Lager befänden (NZZ, 10./11.8.79).

### Bodenreform eingeleitet

Was wir in Nicaragua brauchen, ist eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Wir werden nicht die kubanische Revolution nachahmen, wo der Boden in Kollektive aufgeteilt wurde, noch die bolivianische Erfahrung, wo jeder Bauer ein so kleines Stück Boden erhielt, daß es ihm anschließend schlechter ging als zuvor. Wir werden eine nicaraguanische, auf unseren eigenen Bedarf, auf unseren eigenen Möglichkeiten beruhende Revolution vornehmen. Das erklärte der neue Minister für Bodenreform und Mitglied der FSLN Jaime Wheelock. Die Bodenreform solle auf einer „völlig realistischen und pragmatischen Grundlage“ vorgenommen werden. Der einzige landwirtschaftliche Besitz, der ohne Entschädigung enteignet werden solle, ist der Boden der Familie So-

moza, ihrer engsten Verwandten und Helfer sowie der Offiziere der Nationalgarde, die aus dem Land geflohen sind. Die übrigen Güter sollen im Privatbesitz bleiben.

Ein Teil des beschlagnahmten Somozas-Besitzes werde unter einzelnen Bauern, ein weiterer Teil an Bauerngenossenschaften aufgeteilt. Teilweise wolle die Regierung ihn aber auch als Staatsbesitz führen. Einige der konfiszierten Güter und Plantagen seien so groß, daß „wir neue kleine Somozas schaffen würden“, wenn sie unter Einzelbauern aufgeteilt würden (nach SZ, 8.8.79).

### Hilfe nicht ausreichend

Nur langsam entschließen sich die Imperialisten, genügend Kapital bereitzustellen, um einen Neuaufbau Nicaraguas zu ermöglichen. Zu nächst geben sich Delegationen der verschiedenen Länder in Managua die Klinke in die Hand, um die Lage im Land zu analysieren, Gefährnisse zu besichtigen usw. So eine US-Delegation des demokratischen Senators Zorinsky (Nebraska) und eine Delegation der Sozialistischen Internationale mit Mario Soares an der Spitze. Sie wollen die Möglichkeiten für eine Kooperation in Wirtschaft und Kultur erkunden. Die Zahlungsmoral der deutschen Vertreter ist mehr als schlecht. Ganze 680 000 DM wurden bisher von der BRD gezahlt, zehn Millionen DM Entwicklungsgelder stehen angeblich noch außer Reichweite zur Verfügung. Sie waren ursprünglich für So-

moza gedacht, wurden dann aber nicht mehr ausgezahlt. Sie sind für den Aufbau des Telefonsystems (Siemens) und zur Förderung des Kleinbauunternehmertums gedacht (SZ, 2.8.79). Die provisorische Regierung hat dagegen von den Ländern der Sozialistischen Internationale die Einrichtung eines Soforthilfefonds von 2,5 Milliarden Dollar gefordert (FR, 10.8.79). Die USA liefern zwar bereits Lebensmittel und Medikamente, allerdings bisher nicht die Menge, die versprochen wurde.

Eine Expertengruppe der OAS schätzt, daß ungefähr 500 000 Menschen in Nicaragua Hunger eliden und vom Roten Kreuz versorgt werden müssen. Das ist rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Die Zahl kann sich ohne weiteres verdoppeln, wenn die gesamten Flüchtlinge zurückkehren. Um alleine die nächsten 45 Tage zu überleben, werden rund 150 Millionen Dollar benötigt (NZZ, 5.8.79).

### Unternehmer beraten Strategie:

Am 20. August wollen sich die Kapitalisten Mittelamerikas treffen, um „die Situation in Nicaragua zu analysieren“. Erwartet werden Mitglieder des Verbandes der Privatunternehmer Mittelamerikas aus Guatemala, El Salvador, Honduras, Costa Rica und Panama. Kapitalisten aus Nicaragua werden voraussichtlich nicht an dem Treffen teilnehmen.

In den Nachbarländern Nicaraguas Honduras, El Salvador und Guatemala (alles Militärdiktaturen) ist gleich-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 29

zeitig eine Pressekampagne gegen die neue Regierung in Managua angelaufen. In großer Aufmachung werden die „Bedenken“ der privaten Unternehmer gegenüber dem Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung veröffentlicht. Besondere Aufregung herrscht über die Nationalisierungsmaßnahmen im Bankenwesen, die geplante Agrarreform und die stärkere Beteiligung der Arbeiter.

Es wird erwartet, daß auch die Kapitalisten auf eine gemeinsame Strategie einigen werden. Schon jetzt wird in der Tagespresse einiger Länder die Aufforderung geäußert, Druck auf Nicaragua auszuüben, ohne dies allerdings genauer zu erläutern („SZ“, 11./12.8.79, „FR“, 10.8.79).

### Waffen aus den USA?

Wie bereits im letzten AK berichtet hat der neue Innenminister Nikaraguas, Tomas Borge, die USA aufgefordert, Waffen an die neue Regierung zu liefern. Die Waffen sollen vor allem zur Abwehr eines drohenden konterrevolutionären Angriffs von ehemaligen Nationalgardisten dienen. Die Sandinisten haben diese Forderung inzwischen mit der Drohung verknüpft, sich sonst woanders auch beim Warschauer Pakt, mit den benötigten Waffen zu versorgen. Angeblich sollen die USA inzwischen zur Waffenlieferung bereit sein, auch wenn „Wirtschaftshilfe und Unterstützung mit Lebensmitteln vorrangig bleiben“ soll („SZ“, 3.7.79).

### Somoza aus den Bahamas ausgewiesen

Die Behörden der Bahamas haben Somoza ausgewiesen. Der Exdiktator hatte sich mit seiner Luxusjacht „Jäger als erlaubt“ auf der Inselgruppe aufgehalten. Lateinamerika-ner können die Bahamas bis zu 14 Tage visumfrei besuchen. Die Erteilung eines Visums haben die Behörden aus „Sicherheitsgründen“ abgelehnt („NZZ“, 7.8.79, „SZ“, 6.8.79).

Der Generalstaatsanwalt von Nikaragua setzt sich weiter für eine Auslieferung Somozas an die Gerichte Nikaraguas ein. Man werde alle legalen Mittel einsetzen und „weder Zeit aufwand noch Mühe scheuen“ um dieses Ziel zu erreichen. An eine Ermordung Somozas im Ausland sei ausdrücklich nicht gedacht. „Wir wollen ihn lebendig haben, damit er sich vor dem Volke verantwortet. Falls es zu einem Attentat gegen Somoza kommt, liegt die Verantwortung ganz sicher nicht bei der Regierung des Wiederaufbaus“ („SZ“, 2.8.79).

Wiederaufbau“ („SZ“, 2.8.79)

### Ungewöhnlicher Botschafter

Ein leichtes Schmunzeln kann man sich nicht verkneifen, wenn man vom Botschafterwechsel in den USA hört: Bisheriger Botschafter Nikaraguas war seit 35 (!) Jahren der Schwager Somozas, der aufgrund seiner langen Amtszeit verschiedene repräsentative Funktionen im amerikanischen Diplomatenschor innehatte und wegen seines verschwenderischen Lebensstils – es war ja schließlich nicht sein Geld – auffiel. Zum neuen wenn auch nur vorläufigen Botschafter ernannte die Regierung Nikaraguas Saul Arana, der in Washington Kreisen längst kein Unbekannter mehr war, vor allem nicht bei der Washingtoner Polizei, die ihn zwei Wochen zuvor noch vorübergehend festgenommen hatte, als er gemeinsam mit anderen Demonstranten versucht hatte, gewaltsam die nikaraguanische Botschaft in der amerikanischen Hauptstadt zu stürmen.

Wegen seiner „grenzenlosen Demonstrationsfreudigkeit“ hatte Arana diverse Male Schwierigkeiten mit der amerikanischen Polizei. Bleibt nachzutragen, daß Somoza's Schwager keineswegs freiwillig die Botschaft verließ, sondern Saul Arana sich mit Hilfe der amerikanischen Polizei Einlaß in die Botschaft verschaffen mußte („NZZ“, 8.8.79).

Lateinamerika-Kommission

## Pascal Allende wieder in Chile

Einer der bekanntesten MIR-Führer Andres Pascal Allende, ist illegal nach Chile zurückgekehrt. Nach einer nächtlichen Schießerei zwischen Sicherheitsbeamten und Angehörigen des verbotenen MIR in einem gebirgsnahen Vorort von Santiago, entdeckte die Polizei an einem von den Chilenern benutzten Wagen die Fingerabdrücke von Allende.

Pascal Allende, ein Neffe des ermordeten UP-Präsidenten Salvador Allende, mußte vor drei Jahren nach einer Schießerei mit der Polizei ins Exil gehen („FR“, 9.8. und „NZZ“, 11.8.79). Lateinamerika-Kommission

# „Die saubersten Wahlen in der Geschichte Boliviens“

(„Neue Zürcher Zeitung“, 26.7.79)

Ohne eindeutiges Ergebnis blieben die ersten Parlamentswahlen in Bolivien nach 15 Jahren Militärdiktatur jedenfalls wenn man die offiziellen Wahlergebnisse zugrunde legt. Die Linke wurde um ihren Wahlsieg betrogen, ein „gemäßigter Rechter“ ist als vorläufiger Sieger aus den Stichwahlen im Parlament hervorgegangen.

An den Wahlen beteiligten sich die linke (sozialdemokratische) Unidad Democratica y Popular (UDP) mit Hernan Siles Zuazo als Spitzenkandidat, die rechte Alianza de Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) unter Victor Paz Estenssoro und die ultrasrechte Alianza Democratica Nacionalista (ADN) des ehemaligen Militärdiktators Hugo Banzer. Darüber hinaus beteiligten sich einige Parteien der Linken und Rechten, deren größte die Sozialistische Partei (PSI) mit ihrem Spitzenkandidaten Marcelo Santa Cruz ist.

Die Militärs wollen die Regierungsverantwortung in einem Moment an einen zivilen Präsidenten übertragen, in dem die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten bedrohliche Ausmaße angenommen haben. Die Verschuldung gegenüber dem Ausland ist so drückend, daß La Paz im Bezug auf den Schuldendienst seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Außer bei Zink sind alle Preise für die Exportgüter Boliviens gesun-

ken und auch die Erdschürfung entwickelt sich rückläufig (NZZ, 26.8.79). Die Arbeiter fordern der hohen Inflation wegen Lohnerhöhungen um 100% (SZ, 10.8.79). Geeigneter Kandidat der Militärs – in Absprache mit der amerikanischen Botschaft (FR, 9.8.79) ist der 71-jährige Paz Estenssoro von MNR. Estenssoro hatte die Präsidentschaftswahlen 1951, 1960 und 1964 gewonnen. Aus dieser Zeit hat er in Teilen der Bevölkerung immer noch einen relativ guten Ruf. MNR war damals keine reaktionäre, sondern eine populistische Bewegung, die mit der heutigen MNR nur noch den Namen gemein hat.

Das Wahlsystem ist so angelegt, daß die Reaktionen von vornherein stark bewertet werden. Im Urwald-department Pando, einer Hochburg der MNR genügen 1500 Stimmen für einen Abgeordneten, während in La Paz, wo der Einfluß der Linken größer ist, 25 000 Stimmen benötigt werden (TAZ, 8.8.79). Diese konstitutionelle, legale Wahlmanipulation reichte allerdings nicht aus, um einen Wahlsieg der MNR zu sichern. Mit gut 53 000 Stimmen Vorsprung gewann der Sozialdemokrat Zuazo die Wahlen. Aber schon einen Tag später war sein Vorsprung auf 1512 Stimmen gesunken. Es waren kurzweiliger 168 000 Stimmen, rund 10% der insgesamt abgegebenen Stimmen,

für ungültig erklärt worden, die Wahl zettel seien falsch ausgefüllt worden, wurde dazu erklärt. Hieran möchte man sich aber nur in den Wahlbezirken, in denen die UDP die Mehrheit erreicht hatte (FR, 7.8.79).

Die Sitzverteilung sieht nach dem rechnerischen Wahlergebnis so aus: UDP 46 Sitze, MNR 88 Sitze, ADN 21 Sitze.

Somit hat keiner der Kandidaten die notwendige absolute Mehrheit; in diesem Fall soll das Parlament durch Stichwahl den Präsidenten bestimmen. Allerdings war keine der drei Fraktionen bereit, einen anderen Kandidaten zu unterstützen. In mehr als fünf Wahlgängen kam keine Entscheidung zustande. Die reaktionären Kräfte hatten zwar eine eindeutige, aber verstrittene Mehrheit. Banzer war nicht bereit, die etwas gemäßigte MNR zu unterstützen.

Die Linken mobilisierten die Bevölkerung gegen den Wahlbetrug und hatten damit auch nicht wenig Erfolg. Die Gewerkschaftszentrale COB rief für einen Tag zum Generalstreik auf, der das ganze Land stilllegte (SZ, 4.15.8.79). Die COB enthüllte, daß ein „Staatsstreik in drei Stufen“ geplant sei, den Wahlsieg von Hernan Siles Zuazo durch eine Manipulation der Auszählung zu verkleinern, damit die Präsidentschaft von Victor Paz Estenssoro zu ermöglichen und

schließlich die gewerkschaftlichen Freiheiten zu verringern, um durch die Zerstörung der Gewerkschaften die Arbeiterbewegung anzugreifen (TAZ, 6.8.79). Zuazo selbst begann mit einem Hungerstreik, um eine Anerkennung des Wählerwillens durchzusetzen.

Unter dem Druck dieser außerparlamentarischen Protestaktionen schwenkte es den Abgeordneten nicht annehmbar, einfach kackfisch Estenssoro zum Präsidenten zu wählen. Man verständigte sich auf einen Kompromiß. Für eine Übergangszeit von einem Jahr soll der frühere Außenminister Walter Guevara Arze Präsident sein, anschließend sind Neuwahlen geplant. Arze ist ebenfalls Mitglied der MNR und dürfte eine ähnliche Politik betreiben wie sein Parteifreund Estenssoro. Ob ihm allerdings eine Befriedung der Arbeiterklasse gelingt, erscheint fraglich. Wie der Generalsekretär der Arbeiterzentrale, Oscar Sanjines, erklärte, werde man aufmerksam die Aktivitäten der neuen Regierung beobachten und ihr – „wenn nötig“ – entgegensteuern. Am 17. August wird die Arbeiterzentrale ihre Forderungen der Regierung vorlegen. Wichtiger Bestandteil dieses Katalogs ist die Forderung nach Lohn und Gehaltserhöhung um etwa 100% (SZ, 10.8.79). Lateinamerika-Kommission

## Streiks und Straßenkämpfe in Peru

Würde man dem peruanischen Fernseh-Glauben schenken, so gab es in Lima am vergangenen 29. Juli, anläßlich des 158. Jahrestages der Unabhängigkeit Perus, lediglich eine ganz normale Militärparade. Ungewöhnlich war nur, daß der Präsident der Republik, General Morales Bermudez, nach Abnahme der Parade fluchtartig in einem unauffälligen Wagen das Gelände verließ. Eine viertausendköpfige Menge, die sich unter den Fahnen der Lehrgewerkschaft SUTEP versammelt hatte, veranlaßte den General zu dem ganz und gar

Soles 1975 auf 6 110 Soles 1979 (Marka, 7.8.79). Selbst die von der SUTEP geforderte Gehaltserhöhung von 100% läge noch unterhalb des Existenzminimums (TAZ, 20.7.79).

Seit dem 4. Juni befand sich die SUTEP im Streik (vgl. AK 157). In enger Zusammenarbeit mit Eltern und Schülern, mit ständigen Massendemonstrationen und permanenter politischer Aufklärung konnten die 100 000 Grund- und Oberschullehrer, die in der SUTEP organisiert sind, eine relativ stabile und militante Solidaritätsfront im ganzen

Land in der Sudregion Perus neben Menschen ums Leben gekommen sein (El País, 31.7.79).

Pohtische Forderungen standen im Vordergrund. Die Anerkennung der SUTEP als legitimer Vertreter der Lehrer (bis zum Schluß hatte sich Erziehungsminister Guablosche geweigert, mit „Marxisten“ zu verhandeln), vollkommene Rehabilitierung aller entlassenen Lehrer, Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte auf Streik, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Der Lehrstreik hatte immer mehr auf andere Gewerkschaften und Berufsgruppen übergegriffen. Am 19. Juli schließlich hatten sämtliche Gewerkschaften zu einem Generalstreik gegen die Hungerpolitik der Militärregierung aufgerufen.

Am 29. Juli kam es dann zum vorläufigen Höhepunkt des Lehrstreiks, mit schweren Straßenkämpfen in Lima, in deren Verlauf auch die US-Botschaft erhebliche Verunstaltungen

an ihrer Fassade hinnehmen mußte.

Die Militärs haben inzwischen angeboten, die Bezüge der Lehrer um monatlich 16 bis 31 Dollar zu erhöhen. Die Lehrgewerkschaft SUTEP bezeichnete dieses Angebot als jämmerlichen Schwindel und fordert weiterhin die Aufstockung um 43 Dollar, die Wiedereinstellung aller entlassenen Lehrer, Freilassung gefangener gesetzter Lehrer sowie die Bezahlung der Streiktagen. Der Streik dauert zu diesem Zeitpunkt (12.8.) bereits 69 Tage. Eine endgültige Entscheidung über die Beibehaltung ihrer Position wird die Gewerkschaftsführung jedoch erst nach Beratungen mit der Bank in den nächsten Tagen fällen. Der Erziehungsminister behauptet unterdessen, daß bereits 88% des Lehrpersonals die Arbeit wieder aufgenommen haben (TAZ, 14.8.79).

Lateinamerikakommission HH



protokollwidrigen Verhalten. Dies zeigte das Fernsehen natürlich nicht. Unmittelbar auf die Militärparade folgte die „Parade des Volkes“ (Marka, 2.8.79, Marka ist eine unabhängige linke Zeitung in Peru), eine der militantesten Demonstrationen der jüngeren Geschichte, bei der die bis an die Zähne bewaffnete Polizei zeitweise unter dem Steinhagel der Demonstranten das Feld räumen mußte. Die äußerste Entschlossenheit der Bevölkerung ist die Antwort auf die Austeritätspolitik der Militärs. Acht Millionen US-Dollar Verschuldung hat die Militärs zu drastischen Kürzungen des Staatshaushalts veranlaßt, und das v.a. im sozialen Sektor. 70 000 Staatsangestellte wurden entlassen. Heute haben nur noch 38% der erwerbsfähigen Bevölkerung einen vollen Arbeitsplatz (Marka, 12.7.79). Die Reallohn sind um 45% gesunken, so z.B. bei den Lehrern von 10 600

Land aufbauen. Auch die von der Regierung ausgerufenen Verlängerung der Ferien konnte diese Solidarität nicht aufknacken (Marka, 26.7.79).

Das Rezept der Goplas hieß Gewalt. Während der Auseinandersetzungen sind mehrere tausend Personen verhaftet worden, unter ihnen der Generalsekretär der SUTEP, Horacio Zeballos, der als Diabetiker in Isolationshaft gesteckt wurde. Es wurden teilweise minderjährige Studenten gefoltert und wochenlang ohne Begründung festgehalten. 1250 Lehrer wurden vom Dienst suspendiert. 600 gleich zu Anfang des Streiks verhaftet (Lateinamerika Nachr. Juli/August 79). Bei den Straßenkämpfen sind mehrere hundert Personen von den Schrotflinten, Tränengasbomben und Keulen der Polizei verletzt worden. Es sind mehrere Tote zu beklagen. Allein am 28.7.91

### Chilenischer Gewerkschafter zum Plan Laboral

## Arbeiter aller Fraktionen gegen Regierungsabsichten mobilisieren

SANTIAGO (JWM) – Fast sechs Jahre wurden in Chile die Interessen der nationalen und internationalen Großkapital vom Militär gewaltsam durchgepuscht. Jetzt werden sie gewaltsam gestoppt im „Plan Laboral“, legitimierter kapitalistischer Terror. Die Anliegen des Monats vom Arbeitsministerium eingehenden neuen Bestimmungen wurden international vielfach als erfolgreiches Schritt zum Abbau der Willkürherrschaft der Soldatenka begrüßt. Praktisch schreiben sie jedoch die Rechte ausgrenzt der Arbeiter fest. Chiles Gewerkschaften kündigen deshalb einheitlich Widerstand an. Auch die regierungsabhängigen „gelben“ Gruppen regten sich. Während die Arbeiterorganisationen gemäß dem „Plan Laboral“ aller rechtlichen Möglichkeiten beraubt und, könnten sie im Resultat doch nur Streiks gewinnen. Die Einmütigkeit im der Ablehnung konnte ein wichtiger Schritt zur Einheit des Kampfes für die Arbeiterinteressen werden. Im Chile von heute ist das praktisch untrennbar vom Kampf gegen die Militärschicht.

Mex (ausw. Korrespondent von Inter Press Service) spricht mit Manuel Jimenez, dem Generalsekretär der regierungsabhängigen Nationalen Gewerkschaftsföderation (CNS) über das neue Gesetz. Hier das leicht gekürzte Interview:

FRAGE: Warum lehnt die CNS den „Plan Laboral“ ab?

JIMENEZ: Wir lehnen den vollkommen ab, weil er ein Paket von Bestimmungen darstellt, das uns die wenigen Errungenschaften, die uns hochgebehalten sind, nimmt. Die kollektive Verhandlung, z.B. des Streikrechts und andere Rechte der Arbeiter. Die Regierung hat zudem vor, den gewerklichen Kampf zu zerstören. Wir lehnen darüber, daß verschiedene Gewerkschaften in einem Betrieb aufgemischt werden können. Wir lehnen die Spaltung in die Gewerkschaftsbewegung zu. Fragen: Wie Arbeiter haben in den letzten sechs Jahren für unsere gewerkschaftlichen Freiheiten gekämpft? Für die Stärkung unserer großen

nur die Unternehmen, das nationale und das ausländische Kapital. Bis vor kurzem hat die Regierung der Arbeiterklasse geschädigt. Sie praktisch verweigert den Gehalt der „freien Marktwirtschaft“ überlassen. In der die Arbeiter eben nur eine Waise mehr sind.

FRAGE: Welche negativen Bestimmungen enthält das neue Gesetz?

JIMENEZ: Ein konkreter und aktueller Fall ist der der Arbeiter in den großen Kupferminen. Ihnen nimmt der „Plan Laboral“ die garantierten Rechte der bisher verfassungsmäßig anerkannt waren geschonte. In ungenutzten, die das Resultat jahrelanger Kämpfe waren. Man hat ihnen das Gewerkschaftsrecht genommen und ihr Streikrecht in der Begründung, die Kupferindustrie sei von strategischer Bedeutung für das Land.

Generell sind die Arbeiter jetzt im Hinblick auf Streiks weitgehend den Unternehmen ausgeliefert. Wenn ein Ausstand 60 Tage überdauert, ist der Unternehmer berechtigt vorübergehend und zu geringeren Löhnen neue Arbeiter anstelle der streikenden einzustellen.

FRAGE: Welche Aktionen planen die Gewerkschaften, um eine Modifizierung des Gesetzes zu erreichen?

JIMENEZ: Der Gewerkschafts-Verbandsvorstand ist der Auffassung, daß die Arbeiter sich diesen Plänen in einer Demonstration vollkommener Einheit widersetzen müssen. Die Industriearbeiter, die Bauern und Handwerker sollten eine gemeinsame Front bilden und der Regierung demonstrieren, daß die Pläne die ihren Rechten widersprechen, nicht akzeptiert werden.

FRAGE: Was bezweckt Euer Vorschlag einer gemeinsamen Führung aller Verbände und Gewerkschaften bezwecken?

JIMENEZ: Wir glauben, als Arbeiter muß der einzige Weg zu effektiver Aktion die Herstellung unserer Einheit sein. Wir müssen uns vereinen, um unsere Rechte zu verteidigen. Wir müssen uns vereinen, um unsere Rechte zu verteidigen. Wir müssen uns vereinen, um unsere Rechte zu verteidigen.

Da andererseits unser getriggertes Prinzip der „Einigkeit“ in der Arbeiterbewegung nicht funktionieren kann, können auch jene Arbeitnehmer und ihre Vertreter in einer gemeinsamen Organisation mitwirken, die sich nicht an die Gewerkschaftsstruktur halten.

aus: Die Neue 26.7.79



# afrika

## Commonwealth-Konferenz:

## Erneuter Angriff auf den zimbabweschen Befreiungskampf

Die diesjährige Gipfelkonferenz der Commonwealth-Staaten, die Anfang August in Lusaka (Sambia) stattfand, stand unter dem Vorzeichen einer drohenden „Krise“.

Anlaß war die Ankündigung der britischen Regierung, Ende November dieses Jahres die Wirtschaftsanktionen gegen Rhodesien aufzuheben und das Marionettenregime unter Buschhof Abel Muzorewa offiziell anzuerkennen.

Vor allem die afrikanischen Mitgliedstaaten reagierten auf diese Ankündigung mit scharfem Protest: Tansanias Ministerpräsident Nyerere drohte mit dem Austritt aus dem Commonwealth, Nigeria schloß sich dieser Drohung an und verstaatlichte als demonstrative Geste am Vortag der Konferenz die britische Ölgesellschaft BP („International Herald Tribune“, 2.8.79).

Die „Times of Zambia“ schlug besonders radikale Töne an und titulierte Margaret Thatcher als „eisernen

hatte, daß Nkomo während der Konferenz das Land verläßt, wurde nicht nachgegeben („Die Neue“, 10.8.).

Wer allerdings angesichts solcher radikaler Gebärden eine afrikanische Version der arabischen Front der „Standhaftigkeit und Konfrontation“ vermutete, sah sich im Verlauf der Konferenz eines Besseren belehrt. Wohlwissend, daß eine einseitige Anerkennung des Muzorewa-Regimes mit einem erheblichen Prestigeverlust des britischen Imperialismus in Afrika und einer weltweiten Isolierung verbunden wäre, wurde der alte — bereits fehlgeschlagene Versuch einer Allparteienkonferenz neu aufgewärmt. Von Aufhebung der Sanktionen und vorzeitiger Anerkennung kein Wort mehr — stattdessen gestand die „eisernen Lady“ zu, daß die jetzige rhodesische Verfassung „defekt“ und die Monopolstellung der Weißen „exzessiv“ sei („SZ“, 6.8.).

Nach Wunsch der britischen Imperialisten soll demnach am 10. Septem-

eines Finanzfonds für ausreisewillige Weiße gefordert.

Nyerere bezeichnet die Initiative als „letzte Chance“. Falls sie nicht wahrgenommen werde, werde Rhodesien zu einem „zweiten Mosambik“ („FR“, 8.8.). Dieser Rückfall Nyereres noch hinter offizielle Positionen der OAU, die eindeutig die PF als einzige Vertretung des zimbabweschen Volkes anerkennt, ist aus Sicherheit als Alibi für Tansanias zu werten und dürfte zumindest auf den Widerstand Angolas und Mosambiks stoßen. Zudem bedeutet es einen sehr eindeutigen Affront gegen die Kräfte der PF und wird entsprechend genüßlich von der biesigen reaktionären Presse ausgeschlachtet.

Der eigentliche Erfolg der diplomatischen Offensive der britischen Imperialisten liegt darin, daß es zum einen gelungen ist, die Commonwealth-Staaten einheitlich auf eine Verhandlungsstrategie in der Rhodesien-Frage einzuschwören und zum anderen mit Tansania ein wichtiges Land des Frontstaatenbündnis zum offiziellen Fürsprecher dieser Strategie zu machen. Nyerere hat auch deutlich gemacht, daß er notfalls mit Druck die PF an den Verhandlungstisch zwingen will („FR“, 7.8., „HT“, 7.8.).

Hintergrund dieser politischen Kehrtwende Tansanias ist u.a. die enorme wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes vom britischen und amerikanischen Imperialismus — durch den Krieg mit Uganda schwach — stark hat. So hat Großbritannien kürzlich auf die Rückzahlung von mehreren Hunderttausend DM Schulden verzichtet. Hier und woher erhebliche Anreizmöglichkeiten für die Imperialisten, Druck auszuüben und so das Frontstaatenbündnis zu spalten.

### Plötzlicher Sinneswandel

Auch Sambia war nach Verkündung der britischen Pläne plötzlich des Lobes voll für die „eisernen Lady“. Auf einer Kundgebung sagte Kaunda, wenn irgendein britischer Premierminister das Problem Rhodesien lösen könne, so sei es M. Thatcher.

„Ich denke, wir handeln richtig, ich denke, wir handeln richtig, ihr eine Chance zu geben. Wir hoffen und beten, daß die Muzorewa-Smith-Clique diesen neuen Versuch nicht wiederum torpedieren wird.“ („SZ“, 14.8.). Das radikale Wortgeplänkel Kaundas im Vorfeld der Konferenz war es nicht für bare Münze zu nehmen, wenn man sich der spektakulären Alleingänge Sambias (z.B. Wiedereröffnung der Eisenbahnroute nach Rhodesien) erinnert. In guter Erinnerung ist auch die Duldung bzw. Umklammerung der sambischen Regierung angesichts brutaler militärischer Aktionen der rhodesischen Armee auf zivile Flüchtlingslager.

### Und die Patriotische Front?

Erste Stellungnahmen von ZANU und ZAPU lassen vorerst eine eindeutige Ablehnung der neuen Rhodesien-Initiative erkennen. ZANU-Generalsekretär Edward Tekere erklärte, daß man „mit Verrätern wie Muzorewa auf keinen Fall an einem Tisch sitzen wolle“.

Auch die militärischen Aktivitäten würden für die Dauer der Verhandlungen nicht unterbrochen werden, wie es die britische Regierung gefordert hatte.

ZANU-Präsident Mugabe nannte drei Grundbedingungen für die Annahme des Plans: Rücktritt des Muzorewa-Regimes, Auflösung der rhodesischen Polizei und Armee und die Anerkennung der PF-Streitkräfte als nationale Armee des Landes.

Ein Sprecher der ZAPU erklärte, die überragende Rolle der Briten in dem Kompromißvorschlag (Ausarbeitung der Verfassung, Überwachung der Wahlen, das England als ehemalige Kolonialmacht nach allen Erfahrungen nicht als unparteiisch anzusehen sei („die Neue“, 10.8.).

Mittlerweile hat Muzorewa, der anfangs die britischen Vorschläge als „Beleidigung der Regierung und des Volks von Zimbabwe“ bezeichnet



Die schwarze Mehrheitsregierung Rhodesiens in Aktion...

hatte, seine Teilnahme an der Allparteienkonferenz zugesagt („Tageschau“, 15.8., 57. 14.8.).

### Alter Wein in neuen Schläuchen

In der bürgerlichen Presse wird die Rhodesien-Initiative — Großbritannien allgemein — positiv dargestellt. Die Berichte stimmen mit so von Anekdoten wie überwiegend die „Konvergenz des Willens“ der Commonwealth-Staaten sei „phantastisch“ („SZ“, 8.8.).

Schönen britischen Familien es sich bei den Vorschlägen lediglich um eine Neuauflage der alten angloamerikanischen Pläne, an denen bereits die Genfer Konferenz von 1976 gescheitert war.

Heute wie auch damals steile diese Verhandlungstaktik einen Versuch des Imperialismus dar, durch Unterbreitung von Vorschlägen Zeit zu gewinnen, den zimbabweschen Befreiungskampf zu schwächen und in diesem Sinn massiven Druck auf die wesentlichen Unterstützer der PF, die Front-

staaten, auszuüben.

Die Thatcher Regierung steht zu dem vor der ersten Aufgabe eine Lösung zuzubringen, die eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zu Rhodesien erlaubt, ohne die Gefahr internationaler Isolierung einzugehen.

Ein erster politischer Erfolg ist M. Thatcher bereits durch das einseitige Votum des Commonwealth und der Gewinnung Tansanias gelungen. Hinter dem Vorgesprochen der Briten und dem Ausnahmsgeheimnis eines Frontstaaten es geht um mehr, als es wohl so zu sehen scheint. Wenn die PF im Fall einer Nicht-Entscheidung der Allparteienkonferenz den schwarzen Fächer zuzuspielen. Die PF hätte sich in diesem Fall offen gegen den gesamten Commonwealth und — was schwerer wiegt — gegen zwei ihrer wesentlichen Verbündeten, Tansania und Sambia — gestellt.

Ob vor allem die ZAPU diesem Druck standhalten wird, ist fraglich.

Afrika-Kommission



Lady“ von „blinder und kleinstmütiger Arroganz“ in der Rhodesien-Frage. Es sei bedauerlich, daß Großbritannien eine Regierungschefin habe, die „solche rassistischen Vorurteile“ habe („SZ“, 31.7.).

Noch am Vortag der Konferenz fand ein gemeinsames Treffen der Frontstaaten statt, von denen Sambia, Tansania und Botswana Mitglieder des Commonwealth sind.

Nach Angaben der „Neuen“ (10.8.) wurde von allen fünf Präsidenten übereinstimmend festgelegt, die Muzorewa-Regierung nicht anzuerkennen, der Aufhebung von Sanktionen nicht zuzustimmen und die Patriotische Front als „einzige und legitime Vertretung des Volkes von Zimbabwe“ zu unterstützen.

Auch dem frechen Erpressungsversuch des britischen Außenministers Lord Carrington, der in einem vertraulichen Brief an Kaunda gefordert

ber in London eine Allparteienkonferenz unter Einschluß von Muzorewa und Vertretern der PF stattfinden. Zudem wurde Großbritannien auf der Konferenz mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragt, die die Monopolstellung der Rassisten auf ein „vertretbares“ Maß einschränken soll. Großbritannien besteht auch auf der Durchführung von Neuwahlen unter Aufsicht der Briten und Beobachtern des Commonwealth („Le Monde“, 8.8., „die Neue“, 7.8.).

### Krumme Touren Tansanias

Sowohl „Le Monde“ (8.8.) als auch „die Neue“ (10.8.) berichten, daß Nyerere von sich aus vorgeschlagen hat, daß den Weißen in der zukünftigen Verfassung ein Minimum an Parlamentssitzen garantiert wird. Darüber hinaus hat er die Einrichtung

## Namibia: RSA ernennt neuen Administrator

Mit der Benennung von Gerrit Viljoen zum neuen Generaladministrator für Namibia steuert die RSA Regierung offenbar neue Provokationen an. Viljoen löst den bisherigen Administrator Steyn ab, der in der letzten Zeit wegen angeblich enger Zusammenarbeit mit der DTA (Marionettenpartei) und wegen der (rein kosmetischen) „Besetzung“ einiger Rassen gesetzte Zielsetzung von Angriffen der weißen Minderheit in Namibia geworden war. Der Terror der rechtsextremen Weißen, insbesondere der „Weißen Widerstandsbewegung“, steigerte sich in den letzten Wochen erheblich (bis hin zu Bombenanschlägen auf SWAPO-Büros). Am 26.6. wurde ein Handgranatenanschlag auf die Freimaurerloge in Windhuk verübt, bei dem es einen Toten und mehrere Verletzte gab („NZ“, 29.6.). Dem Anschlag folgte eine Serie von telefonischen Morddrohungen, sogar gegen gemischtrassige Fußballclubs. In Windhuk treten seit einiger Zeit jugendliche Banden auf, die gemischtrassige Paare nachts abpassen, überfallen und verprügeln, desbezügliche Anzeigen werden von der Polizei nicht bzw. nur „ungern“ entgegengenommen („FAZ“, 3.7.). Der Führer der rechtsextremen (weißen) Partei AKTUR, du Plessis, hat bereits einen „großen Truck“ nach Südafrika angedroht, falls die Situation in Namibia für die Weißen „untragbar“ würde („SZ“, 31.7.). Neben dem propagandistischen Effekt, der bei derlei Skandalen für die kosmetischen Operationen der DTA abfällt, liefern diese Aktionen andererseits auch die Basis für eine noch verschärfte Gangart der RSA im Vorgehen gegen die SWAPO. Personellen Ausdruck findet diese verschärfte

Gangart in der Person G. Viljoens.

G. Viljoen ist der Chef des südafrikanischen „Broederbond“, einer seit 1918 bestehenden elitären rassistischen Geheimorganisation („NZ“, 15.4.). Mitglieder des „Broederbond“ und der mit ihm verbundenen rechtsterroristischen Organisation „Ossewa Brandwag“ studierten nach 1933 bei den deutschen Nazis Organisations-techniken und Propaganda. 1934 formulierte das Programm des „Broederbond“: „Laßt uns stets daran denken, daß das wichtigste Streben des Afrikanertums sein Ziel ist: Die Dominanz über Südafrika zu erreichen. ... für uns besteht die Lösung der Probleme Südafrikas nicht darin, ob die eine oder andere Partei die Oberhand gewinnt, sondern daß der Broederbond das Land regiert“ („FR“, 6.8. und „NZ“, 15.4.). Der „Broederbond“ besteht heute aus ca. 12.000 Mitgliedern der Oberklasse und hält tatsächlich sämtliche Schaltstellen der Macht in Südafrika in den Händen. Seit dem Sieg der „Nationalen Partei“ 1948 waren sämtliche Regierungschefs „Brüder“, bis auf eine Ausnahme sind alle Kabinettsmitglieder der jetzigen Regierung Botha Mitglieder des „Broederbond“, und es existiert keine staatliche Körperschaft oder Behörde, deren Vorsitzender kein „Bruder“ wäre. Der „Broederbond“ verfügt über eigene Schulen und Universitäten und hat auch die letzten gemischtrassigen Universitäten Südafrikas „purifiziert“. G. Viljoen ist Rektor der „Randse Afrikaanse Universiteit“ in Johannesburg und damit — wie insgesamt der „Broederbond“ — strenger Verfechter der Apartheid.

Afrika-Kommission



# Kurzmeldungen Rhodesien

## Der Kampf der Marionetten

Nach vielem Hin und Her hat Sithole Muzorewa Hauptkonkurrent um die Marionettenherrschaft in Rhodesien, jetzt kein begeben und seinen Parlamentsboykott — rechtzeitig einen Tag vor Beginn der Commonwealth-Konferenz — aufgegeben. Getrieben hat ihn hierzu, nach eigenen Angaben, ein „wachsendes Gefühl unter der schwarzen Bevölkerung, daß die Hoffnungen des afrikanischen Volks verraten werden und daß die ZANU jetzt ihre Parlamentssitze einnehmen müsse, um die afrikanischen Interessen zu retten“ („LHT“, 1.8.). Tatsächlich veranstaltete die rhodesische Armee zehn Tage vor dieser Erklärung ein Massaker unter den marodierenden Hiltstruppen von Sithole (183 Tote). Knapp eine Woche später wurden 450 Mitglieder der Sithole-Partei („ZANU“) in verschiedenen Landesteilen verhaftet („LHT“, 28.7.). Unmittelbar nach Bekanntwerden des Scheinwahl-Ergebnisses vom

April, bei der Sithole mit nur zwölf Sitzen bescheiden abgeschnitten hatte, forderte Sithole noch, die Wahlmanipulationen durch eine internationale Untersuchungskommission prüfen zu lassen und verweigerte eine Mitarbeit im „Parlament“. Daß dieser halb-öffentlich ausgetragene Streit der Marionetten nicht ins Bild der „freien, fairen Wahlen“ paßte, war so klar wie die Tatsache, daß Muzorewa auf Dauer dieses Spiel nicht mitspielen würde.

## Heimliche Hinrichtungen

Auf heimliche Hinrichtungen in Rhodesien haben Mitglieder von Amnesty International amerikanische Parlamentarier aufmerksam gemacht. Wie Thomas Downey, Mitglied der Sondergruppe des Kongresses für Südafrika, in einem Kommuniqué mitteilte, hätten er und seine Mitarbeiter von Amnesty International Informations-

material über 27 Hinrichtungen erhalten, die im Laufe des Juli im Zentralgefängnis von Salisbury vollzogen worden sind. Amnesty hat den rhodesischen Premier Muzorewa aufgefordert, diese Informationen entweder zu bestätigen oder zu dementieren („SZ“, 10.8.79).

## Muzorewas Militäretat

1 375.000 Rand (= ca. 2,9 Mio. DM) pro Tag (!) beabsichtigt die neue „schwarze Mehrheitsregierung“ von Rhodesien für die Bekämpfung des „Terrorismus“, sprich der schwarzen Befreiungsbewegungen, im neuen Finanzjahr auszugeben. Insgesamt hat die Muzorewa-Regierung 300 Millionen Rand ihres 1 353 Millionen Rand umfassenden Gesamthaushalts für ihren Krieg gegen die Patriotic Front veranschlagt, das entspricht ca. 29 % ihres Gesamthaushalts. Dieser Voranschlag wurde vom neuen Finanzmini-

ster David Smith dem Parlament in Salisbury vorgelegt. Für verschiedene Kriegsbereiche werden Erhöhungen um 25 % gegenüber dem Vorjahr anvisiert. Durch „konsequente Sparmaßnahmen“ in anderen Bereichen (Besneidung der Subventionen für Farmer und Senkung der Entschädigung für die Opfer von „Terroristenüberfällen“) bleibt die Gesamterhöhung des neuen Haushalts auf 10 % beschränkt („Radio Johannesburg“, nach „monitor-dienst“, 27.7.79).

## Überfälle auf Ziele in Botswana

Luftlandetruppen der rhodesischen Armee haben Anfang August erneut Ziele in dem benachbarten Botswana angegriffen. Der als „Präventivschlag“ bezeichnete Überfall soll einem Lager der Patriotic Front in Francistown im Nordosten Botswanas gegolten haben. Bei der Aktion wurden Häuser in die Luft gesprengt und — nach botswanischen Angaben — ein Zivilist getötet („FR“, 11.8.79).

Afrika-Kommission

# Angola: Tausende Kriegsopfer

Bei Angriffen der südafrikanischen Rassenarmee auf Angola sind nach Angaben der Vereinten Nationen in den vergangenen Monaten 570 Angolaner und mehr als 800 Flüchtlinge aus Namibia und Rhodesien getötet worden. Der UN-Bericht gibt die Zahl der Verletzten mit etwa 2.000 an. Die Sachschäden betragen mehrere Millionen Dollar. Der Bericht beschuldigt Südafrika systematischer Aggressionsakte gegen Angola. „Als Speerspitze anderer kapitalistischer Interessen“ habe die Regierung in Pretoria zudem versucht, vor Amtsantritt des angolanischen Präsidenten Agostinho Neto eine ihr genehme Führung in Luanda einzusetzen („FR“, 3.8.79).

Afrika-Kommission

# asien

## US-Imperialisten forcieren Anti-Vietnam-Kampagne

Nachdem sie auf der Genfer Flüchtlingskonferenz mit ihrer Absicht, diese in ein Anti-Vietnam-Tribunal umzuwandeln, zusammen mit den Vertretern Großbritanniens und der VR China relativ isoliert dastanden, haben die US-Imperialisten ihre Absicht, massiven Druck auf Vietnam auszuüben, noch lange nicht aufgegeben.

Zur gleichen Zeit, als mehrere Parlamentsdelegationen aus den USA Vietnam besuchten, wurde in Washington wieder deutlich mit dem Saker gemacht. So veröffentlichte die „New York Times“ ein Regierungspapier, das Anforderungen für die US-Marine und —Luftwaffe enthielt, „künftig demonstrieren auch innerhalb der von vielen Küstenstaaten einseitig deklarierten Zwölf-Meilen-Zone“ zu operieren („FR“, 13.8.79). Gegen wen das speziell gerichtet ist, wurde ebenfalls in aller Deutlichkeit gesagt. Danach sind „spezifische Instruktionen an die Kommandanten der Marine ergangen, in den Gewässern vor Argentinien, Birma, Libyen und Vietnam, die alle eine Zwölf-Meilen-Zone haben, die US-Flagge zu zeigen. Das Auftreten der amerikanischen Schiffe soll ohne vorherige Warnung erfolgen“ und „das Recht zum Kreuzen in diesem Seegebiet soll notfalls mit Waffengewalt gewahrt werden“. Daß es hier nicht um irgendwelche Prinzipien geht, sondern ganz konkret um die Vorbereitung von „Zwischenfällen“ vor Vietnam (auch Libyen ist in diesem Zusammenhang interessant!), zeigt die Tatsache, daß in der Richtlinie „die Sowjetunion und China, die sich ebenfalls eine Zwölf-Meilen-Zone zugelegt haben, ausdrücklich ausgeschlossen“ werden (ebenda).

Auf der diplomatischen Ebene versuchen die US-Imperialisten ebenfalls, weiteren Druck auf Vietnam auszuüben.

Vertreter einer Parlamentsdelegation, die letzte Woche aus Vietnam zurückkehrte, empfahlen der US-Regierung eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Während Vietnam, das immerhin die schriftliche Zusage des ehemaligen US-Präsidenten Nixon über Milliardenhilfe besitzt, inzwischen bereit ist, mit den USA ohne Vorbedingungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln, hat die Regierung in Washington den Spieß umgedreht und fordert zuerst den Rückzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha und die Beendigung angeblicher Unterdrückung ethnischer Minderheiten in Vietnam.

Da die USA derzeit sogar die Existenz von Gesprächen mit Vietnam über die Normalisierung der Beziehungen dementieren, hat der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach amerikanischen Journalisten

in Hanoi einige Einzelheiten mitgeteilt. So berichtete er, „daß Washington im November einen Botschafteraustausch im letzten Moment habe pfeifen lassen. Bei den Geheimgesprächen in New York sei man nur noch Stunden von einem Abkommen entfernt gewesen und habe sich schon über Größe, Lage, Personalstärke und andere Einzelheiten der vorgesehenen Vertretungen geeinigt gehabt. Die Amerikaner hätten dann jedoch unerwartet die „chinesische Karte“ gespielt, einen Botschafteraustausch mit Peking vereinbart und die Gespräche abgebrochen“ („SZ“, 10.8.79). Über die derzeit laufenden Geheimgespräche, die von den USA nach wie vor geleugnet werden, wollte Nguyen keine Einzelheiten nennen, „um die Gespräche nicht zu gefährden“ (ebenda).

Mit ihrer anti-vietnamesischen Hetze haben die US-Imperialisten es auch geschafft, ehemalige Kriegergegner für ihre Propaganda einzuspannen. Über das Beispiel Joan Bann berichteten wir vor einiger Zeit.

Wie rigoros gegen abweichende Meinungen gehandelt wird, konnte unlängst die engagierte Schauspielerin Jane Fonda spüren.



Im März war sie zum Mitglied des kalifornischen Kunstrats ernannt worden. Durch ihre jüngsten Filme „Coming Home“, der die Auswirkungen des Vietnamkrieges auf eine ganze Generation zeigt, und „The China Syndrome“, der den Unfall bei Harrisburg auf beklemmende Weise vorwegnahm, hatte sie gezeigt, daß sie nach wie vor ihren Beruf als Ausdruck kritischer Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen begreift. Das paßt natürlich nicht in die derzeitige politische Landschaft. So machte der kalifornische Senat mit der deutlichen Mehrheit von 28 zu 5 die immerhin vom Gouverneur des Staates (und potentiellen Präsidentschaftskandida-

ten) Jerry Brown ausgesprochene Ernennung rückgängig. Die Begründung, von dem republikanischen Senator Robert Nunn in Worte gekleidet, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Sie ging im Juli 1972 nach Nordvietnam und forderte über Radio Hanoi unsere Piloten zur Desertation auf. Sie half einem Land, gegen das wir Krieg führten. Jerry Brown hat sie nicht nur zum Mitglied des Kunstrats ernannt, sie ist auch eine politische Beraterin des Gouverneurs. Wollen wir einen Präsidenten der Vereinigten Staaten, der sich von Verrätern und Kollaborateuren beraten läßt?“ („SZ“, 13.8.79).

Die Hetztruden führten dazu, daß selbst von den 17 Senatoren der Demokraten Browns nur 5 an der Ernennung festhielten.

In einer „ganzzseitigen Anzeige in der „Los Angeles Times“ brandmarkten 280 Schauspieler, Schriftsteller, Produzenten und Regisseure von Rang und Namen die Entscheidung als eine Ernennung des McCarthyismus“ („FR“, 10.8.79) und brachten damit ebenso wie der kalifornische Kunstrat, der Jane Fondas Wiedereinstellung forderte, zum Ausdruck, daß sie nicht wieder wie vor 25 Jahren ängstlich schweigen wollen. Damals „hatten wir nicht den Mut zu protestieren, als Karrieren zugrunde gerichtet wurden, und auch heute noch verfolgt uns die Schande unseres damaligen Schweigens. Wollen wir zulassen, daß sich die Geschichte jetzt wiederholt?“ („SZ“, 13.8.79), fragte die Präsidentin der Vereinigung der Filmschauspieler in Hollywood, die in einer einstimmig angenommenen Resolution das Vorgehen des Senats verurteilt und eine Untersuchung gefordert hatte.

Asien/Australien-Kommission

## China exportiert Arbeiter

Von 20 Mio. Arbeitslosen in China sprach kürzlich der Stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien (laut „Süddeutsche Z.“, 10.8.). Was liegt also näher als der Export von Arbeitern ins kapitalistische Ausland? Der italienische Baukonzern „Italtat“ hat bereits einen entsprechenden Vertrag mit der chinesischen Regierung abgeschlossen. „Einige tausend“ Chinesen, wie es vorerst heißt, sollen auf Baustellen der „Italtat“ in Drittländern geschickt werden. Schon ist die Rede davon, bis zu 400 000 chinesische Arbeiter an die „Italtat“ zu vermieten („Handelsblatt“, 7.8.).

## Kurzmeldungen

### Hungersnot droht in Kambodscha

Nachdem im Aggressionskrieg gegen den US-Imperialismus ca. eine Million Kambodschaner ihr Leben lassen mußten, unter dem Pol-Pot-Regime nach Angaben der derzeitigen Regierung etwa drei Millionen Menschen getötet wurden, droht jetzt weiteren zwei Millionen der Hungertod.

Damit wurden von den einst etwa acht Millionen Einwohnern dieses Landes nicht viele übrig bleiben.

Denn alarmierende Tatsache hat jetzt die UNICEF und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) vermeldet, eine Hungersnot für Kambodscha zu erwarten. Bisher hatte sich die Regierung der FUNKSN in Phnom Penh geweigert, solche Hilfe, die mit politischen Erpressungen verbunden war, anzunehmen. So erkennt die UNO nach wie vor das mörderische Pol-Pot-Regime als „legitimen Vertreter“ Kambodschas an und verhandelt mit der derzeitigen Regierung nur als „Behörden“. Aufgrund der katastrophalen Situation der Bevölkerung hat die kambodschanische Regierung jetzt ihre Bereitschaft erklärt, auch unter diesen Bedingungen die Hilfe anzunehmen.

Bisher war Kambodscha ein wesentliches von Vietnam unterstützt worden, das selbst unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen zu leiden hat. Durch fleißige Überschwemmungen, die neben Umweltkatastrophen auch die katastrophalen Zustände der Deiche und Bewässerungssysteme nach dem 30-jährigen Aggressionskrieg zur Ursache haben, wurde im letzten Jahr ein Großteil der Reisernnte vernichtet. In Kambodscha ist die Lage mindestens ebenso schlimm. Durch die ständigen Überfälle des Restes des Pol-Pot-Regimes ist die landwirtschaftliche Produktion stark zurückgegangen. „Vertreter des Pol-Pot-Regimes beschuldigen die Vietnamesen, die verbleibenden Ernteträge für ihren eigenen Verbrauch zu stehlen“ Augenzeugen in Vietnam berichten ihrerseits über Lastwagenkolonnen mit Reis, die in Richtung Kambodscha fahren („FR“, 11.8.79).

### Pekinger Märchenstunde

Bei den Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und der VR China zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten erfuhr der stauende Zuschauer ganz neue Einzelheiten über den Indochinakrieg. Wer bisher angenommen hatte, das vietnamesische Volk hätte die Franzosen und die US-Imperialisten aus dem Land gejagt, wurde neuerdings informiert. Bei einer in der chinesischen Hauptstadt Peking am 1. August Promokonferenz, daß die chinesischen „Berater“ bei der Schlacht von Dien Bien Phu 1954 in Wirklichkeit „Politoffiziere, die die Operation kommandierten“, gewesen seien („Le Monde“, 1.8.79). Auch gegen die US-Imperialisten haben demnach die Chinesen einen Großteil des Erfolgs für sich zu verbuchen. Haben doch „über 300 000 chinesische Soldaten von 1964 bis 1971 an der Seite der Vietnamesen“ am Krieg teilgenommen.

Da hilft es denn auch nichts, wenn der vietnamesische Delegationschef diese Zahlen als „aus der Luft gegriffen“ bezeichnete und die chinesische Seite beschuldigte, „die Geschichte umzuschreiben“.

### Südkoreanische Bullen ermorden Textilarbeiterin

Daß der brutale Terror des südkoreanischen Park-Regimes auch nach dem Besuch Carter und dessen Menschenrechtsprüfungen weitergehen würde, war zu erwarten.

Im Hauptquartier der oppositionellen Neuen Demokratischen Partei in der Hauptstadt Seoul hatten sich Textilarbeiterinnen für ihre Forderung nach Wiedereinstellung zu einem Sitzstreik niedergelassen. Als die Bullen unter Einsatz von Tränengas das Gebäude stürmten, wurde eine der Arbeiterinnen getötet. „Nach Darstellung der Polizei sprang sie in selbstmörderischer Absicht in den Tod“ („SZ“, 14.8.79), hieß es dazu zunächst. 172 ihrer Kolleginnen wurden festgenommen, etwa 40 Personen, „darunter Journalisten und hochrangige Parteimitglieder, wurden verletzt“ („SZ“, 13.8.79). Der (süd-)koreanische Journalistenverband beschuldigte die Polizei der Brutalität gegenüber Reportern, die über die Aktionen berichten wollten.



Arbeiterinnen aus Tschan





# nahost

## Westsahara:

## Bedeutet der Frieden mit Mauretanien eine Ausweitung des Krieges?

Die Frente Polisario hat am 5. August einen bedeutenden Sieg errungen. In Algier unterzeichneten Vertreter der mauretanischen Regierung einen Friedensvertrag mit der Frente Polisario. Vorher hatte die große Mehrheit der OAU-Länder auf der OAU-Konferenz in Monrovia eine Empfehlung angenommen, die für die Westsahara einen sofortigen Waffenstillstand sowie ein Referendum zur Selbstbestimmung der Sahauri und eine Konferenz aller am Konflikt Beteiligten zur Anwendung dieser Beschlüsse vorsieht; auch Mauretanien hatte dieser Empfehlung zugestimmt. Damit ist Marokko auf diplomatischer Ebene weiter isoliert worden.

Doch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Mauretanien kündigte die marokkanische Regierung Konsequenzen an, die bisher von Mauretanien besetzte Südtel der Westsahara, Tiris el-Gharbia, werde selbstverständlich von Marokko besetzt werden, inzwischen wurden die marokkanischen Truppen in der Westsahara verstärkt, und die marokkanische Regierung erklärte, sie habe die Verwaltung Tiris el-Gharbias übernommen. Dies deutet darauf hin, daß die marokkanische Regierung mit einer Verschärfung des Krieges verhindern will, daß die Frente Polisario auch nur den „Mini-Staat“ erhält.

Daß die Polisario am 12. Juli den einjährigen Waffenstillstand gegenüber Mauretanien aufgekündigt hatte und deswegen einen Angriff auf Tiris el-Gharbia von Mauretanien besetzten Teil der Westsahara dokumentierte, hat sicher die Entscheidung der mauretanischen Regierung beschleunigt, in Verhand-

lungen um einen Friedensvertrag einzutreten, denn einen weiteren Krieg hätte Mauretanien sich nicht leisten können.

Am 5. August wurde schließlich der Friedensvertrag unterzeichnet, der beinhaltet, daß Mauretanien auf alle Ansprüche in der Westsahara verzichtet, sich aus der Westsahara zurückzieht und in ständigen Treffen mit der Polisario die Bedingungen für den

Rückzug abklärt. Ein Zeitplan wurde nicht genannt, auch ist von keinem Referendum die Rede, auf dem die mauretanische Regierung bisher bestanden hatte. Marokko wird im Vertrag ebenfalls nicht erwähnt.

Schon vor der Unterzeichnung des Vertrages hatte der marokkanische Außenminister Boucetta erklärt, angesichts einer solchen Vertragsverletzung — des Vertrages von Madrid über die

Aufteilung der Westsahara 1975 — wäre Marokko gezwungen, alle Maßnahmen zu treffen, um seine territoriale Integrität zu verteidigen, seine eigene Sicherheit und die Stabilität der gesamten Region zu sichern („Guardian“, 3.8.79).

Die USA kündigten eine Lockerung ihrer Beschränkungen über den Gebrauch von amerikanischen Waffen an, da der militärische Druck der Polisario auf Marokko zunehmen werde und Marokko im Nahen Osten eine „maßgebende Rolle“ spiele („Frankfurter Rundschau“, 26.7.79), die es selbstverständlich zu erhalten gilt. Die bisherigen Beschränkungen sahen vor, daß Marokko US-Waffen nicht außerhalb der legalen Grenzen benutzen dürfe; die Lieferung der von Marokko geforderten Aufklärungsflugzeuge und Cobra-Hubschrauber im Wert von 200 Mio. Dollar war mit dieser Begründung bisher verschoben worden. Diese Aufklärungsflugzeuge sind in den 60-er Jahren für Anti-Guerilla-Operationen in Vietnam entwickelt worden und werden als effektiv in der Bekämpfung von Guerillas in der Wüste angesehen als amerikanische F-3 Bomber oder die französischen Mirage. Damit steuere auch die USA eine militärische Eskalation an und bietet gleichzeitig der marokkanischen Regierung die nötige politische Rückendeckung an.

Nach Meldungen der marokkanischen Nachrichtenagentur MAP be- trug am 12. August der US-Kon- greßbeschluss, der die USA zu- rückzuführen und die Polisario zu unterstützen, 118 gegen 113 Stimmen. Die Polisario hat den

Arum, Damit ist er der erste wichtige Politiker der westlichen Länder, der mit seiner Anwesenheit in der Westsahara die Ansprüche Marokkos praktisch anerkannt hat und auch die „Neutralitäts“politik der USA in der Frage der Westsahara aufgibt („FR“, 15.8.79).

Auch der Senegal hat Marokko seine Unterstützung zugesichert („Neue Zürcher Zeitung“, 11.8.79).

Nach dem 5. August verstärkte Marokko seine Truppen in der Westsahara. Den Friedensvertrag erklärte Außenminister Boucetta für null und nichtig. Presse und Parteien forderten einmütig eine Besetzung von Tiris el-Gharbia. Dort befinden sich schon seit 1977 etwa 2.500 marokkanische Soldaten, Marokko kündigte den Abzug seiner Truppen aus Mauretanien an (mehrere Tausend) und begann mit US-Hilfe mit der Evakuierung der 1.500 Mann starken Elite-Fallschirmjäger-Truppen aus der Zaïre-Provinz Shaba („LM“, 10.8.79). Marokko bereitet sich offensichtlich darauf vor, die Siedlungen im Süden vollständig militärisch zu besetzen und Fakten zu schaffen, bevor Mauretanien sich zurückgezogen hat. Am 11. und 12. August besuchte der marokkanische Innenminister Dastri Dakhla, wo an den öffentlichen Gebäuden schon die marokkanische Flagge gehißt wurde, auf dem Flughafen von Dakhla be- finden sich marokkanische Kampf- und Transportflugzeuge. Marokko hat den Süden der Westsahara praktisch schon



## Israel - Kurzmeldungen Israel - Kurzmeldungen

### Landenteignung in Nordisrael

Im Norden Israels soll ein Militärflugplatz errichtet werden. Es ist dies ein Teil des Ausbaus Israels zum „Flugzeugträger“ und außerdem eine direkte Bedrohung mehr für Libanon und Syrien. Die palästinensischen Bewohner eines großen Gebietes sollen entschädigungslos enteignet werden.

### Zionistische Hetze gegen Palästinenser

Der Militärbefehlshaber von Nordisrael, General Avigdor Ben-Gurion, bezeichnete die Palästinenser in den von ihm beherrschten Gebieten als „Kriegsgeiseln im Körper der israelischen Nation“ („Frankfurter Rundschau“, 11.8.). Er sprach damit offen aus, was die Zionisten sonst nur denken, wenn sie von den „arabischen Bürgern Israels“ reden. Ben-Gurion sagte weiter: „Die 300.000 Araber in Israel warten nur darauf, uns an die Gabel zu springen und zu erwürgen“. Da hat er Recht, was solche Herren wie ihn betrifft.

### Strafmaß für Mörder

Als die Zionisten im März 1978 Libanon überfielen, verübten sie eine Unzahl von Verbrechen gegen die Bevölkerung und die Kämpfer der fortschrittlichen Kräfte. Trotz Abschirmung und Gegenpropaganda blieben diese Vorgänge auch in der bürgerlichen Presse nicht völlig verborgen. So ging u.a. eine Reihe von Fotos durch die Weltpresse, die einen israelischen Offizier zeigen, wie er gefesselte und geknebelte Gefangene erschießt. Die Zionisten leiteten es daraufhin für ratsam, den Offizier vor ein Militärgericht zu stellen. Er wurde degradiert und zu zwölf Jahren Haft verurteilt, legte Berufung ein, kam vor das höchste Militärgericht und erhielt acht Jahre Haft. Damit jedoch nicht genug. Es griff der israelische Stabschef ein, General Rafael Eytan, der das „Recht“ hat, Strafmaße der Militärgerichte zu ändern. Er ermäßigte die Strafe auf zwei Jahre. Besonders zu beachten ist die Begründung, die er hierfür veröffentlichte. Trotz der Feststellungen der beiden Militärgerichte verfügte Eytan, es habe sich um „Notwehr“ gehandelt.

(Frankfurter Rundschau, 11.8., 4.7.79)

Ein israelischer Reservist, der in Jerusalem aus persönlichen Gründen inhaftiert wurde, wurde in erster Instanz zu 20 Jahren, in zweiter Instanz zu zehn Jahren verurteilt und von Eytan auf zwei Jahre begnadigt.

Die meisten zionistischen Verbrechen kommen allerdings gar nicht erst vor ein Gericht. Denn Notwehr, alles Notwehr, Terror ist das, was die Palästinenser tun (frei nach E. Fried).

### Drohungen gegen arabische Bürgermeister

Die fortschrittlichen arabischen Bürgermeister der besetzten Städte Nabulus (Bassam Schaqa'a), Ramallah (Karam Khalef), Al-Bireh (Ibrahim Tawil) und Halhul (Mohammed Milhem) sollen vor Gericht gestellt werden (siehe auch AK 158, Seite 39). Die Anklagen sind alle politischer Natur: Beteiligung an Demonstrationen, Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, Übertretung von gegen sie verhängten Reiseverboten. Eine Verurteilung würde den israelischen Besatzern die rechtliche Handhabe liefern, diese Bürgermeister abzusetzen.

### Palästinensischer Sozialkongress in Jerusalem

Ende Juli fand in Jerusalem mit Billigung der Besatzer ein „palästinensischer Sozialkongress“ statt, an dem 700 Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten und Gäste teilnahmen. Anscheinend entwickelte sich der Kongress radikaler, als es die Zionisten gehofft hatten, obwohl er von konservativen palästinensischen Persönlichkeiten organisiert worden war.

Da politische Reden verboten waren, wurde der Kampf des palästinensischen Volkes in Theater und Tansaufführungen propagiert. Die Kleidung der Künstler hatte die Farben der verbotenen palästinensischen Fahne. In einer abschließenden Erklärung betonte der Kongress die Einheit des palästinensischen Volkes und rief zum Widerstand gegen die zionistische Besetzung auf. Es wurde die Errichtung eines palästinensischen Staates gefordert („TAZ“, 24.7.; „Monitordienst“, 23. und 24.7.79).

Der israelische Rundfunk fragte,

was der Kongress abgelehnt, was die Kongress, bei dem eine scharfe Atmosphäre vorherrschte und „Rufe nach einem bewaffneten Kampf gegen Israel zu hören waren“, sei durch „schwere Fehler der Behörden“ ermöglicht worden. „Wieso wurden Bürgermeister und andere Persönlichkeiten aus den Territorien nicht an der Teilnahme gehindert?“ (nach „Monitordienst“ 25.7.79).

### Beduinen per Sondergesetz entrechtet

Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag sieht vor, dass die Beduinen in der Sinai-Halbinsel leben dürfen. Dies wird von den Zionisten zur Begründung für weitere Vertreibungen benutzt. 8.300 Beduinen sollen 35.000 Hektar Land innerhalb von drei Monaten verlassen. Die Beduinen leben dort seit hundert Jahren und hatten auf ihrem Land u.a. Bäume gepflanzt und Gemüse angebaut. Die alten Rechte der Beduinen werden nicht anerkannt (vgl. den Artikel in AK 153, Seite 53). Als „Entschädigung“ will ihnen Israel von ihrem eigenen Land ein (!) Dunum (1/10 Hektar) pro Person überlassen, zudem noch eine das nötige Wasser für einen intensiven Ackerbau für einen Obstbaum sollen sie 20 DM erhalten für ein Haus 400 DM. Wer sich weigert, verliert jedes Anrecht auf diese Entschädigung und soll mit Gewalt vertrieben werden. Scheich Abu Rahim: „Aus Landwirten und Herdenbesitzern sollen Tagelöhner werden, die in Stümpfen wohnen“ („TAZ“, 1.8.).

Um das ganze schnell durchziehen zu können, soll ein Sondergesetz innerhalb von Wochen durch das israelische Parlament gezogen werden. Nach Erlass dieses Gesetzes haben die Beduinen keine Möglichkeit mehr, die Gerichte anzurufen, wodurch sie sonst etwa zwei Jahre Zeit hätten gewinnen können. Das Gesetz würde anschließend auf weitere der 100.000 Beduinen angewendet werden können.

Die Beduinen führten mehrere Demonstrationen vor dem israelischen Parlament durch. Sie wurden u.a. von Palästinensern aus den besetzten Gebieten, Bauern aus Nordpalästina, israelischen Menschenrechtsorganisationen, Teilen der MAPAM, der KP Israel, den Linksozialisten, Vertre-

ten der Christen in Israel und bekannten jüdischen Persönlichkeiten aus den USA wie Woody Allen, Leonard Bernstein, den Literaturnobelpreisträger Saul Bellow und Basheva Singer unterstützt.

Als am 18. vor der Knesset 7.000 Menschen demonstrierten, wurden sie von Schlägern der „jüdischen Verteidigungsliga“ angegriffen.

## Tunesien: Internationale Solidaritätsbewegung erreicht Begnadigungen

Anfang August wurden in Tunesien der ehemalige Gewerkschaftsführer Habib Achour und acht weitere politische Gefangene begnadigt. Nach dem ersten Generalstreik in Tunesien am 26. Januar 1978, bei dem es durch das brutale Vorgehen der Regierung hunderte von Toten, tausende von Verletzten sowie einige hundert Verhaftungen gegeben hatte, war nahezu die gesamte Gewerkschaftsführung verhaftet und im Oktober zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Habib Achour erhielt mit einem weiteren Angeklagten die höchste Strafe von zehn Jahren Zwangsarbeit wegen „Angriffs auf die innere Staatssicherheit“. Nach zwei Monaten Haft in Tunis wurden beide in das berühmte Folter-Gefängnis Borjer-Roumi in Nador gebracht. Nachdem eine internationale Solidaritätsbewegung, u.a. der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, Amnesty International und die Internationale Föderation der Menschenrechte, gegen die Verurteilung sowie gegen die Haftbedingungen der Gewerkschaftler protestiert haben, wurde Achour jetzt freigelassen. Allerdings darf er sein Haus in Tunis nicht verlassen und außer seiner Familie keine Besuche empfangen.

Mit der Freilassung Achours versucht die tunesische Regierung, ihr Ansehen nach innen und gegenüber dem Ausland etwas aufzubohren, zumal auch in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr Wahlen in Tunesien stattfinden. Damit bleiben jedoch die Verurteilungen aller anderen Gewerkschaftler bestehen und die Regierung nimmt nichts von ihrem Vorgehen bei der blutigen Nieder-

schlagung des Generalstreiks und der Entfernung unzähliger Gewerkschaftler aus der UGIT zurück.

Mit Achour wurden acht weitere Gefangene freigelassen, unter ihnen Ahmed Ben Othman, Noureddine Ben Khedder, Mohamed Rached Bella Jouna, Gilbert Naccache, Mohamed Flus und Abdellah Roumi. Diese sechs gehören zu den sogenannten „vergessenen Gefangenen von Borjer-Roumi“, die im Mai dieses Jahres einen Hungerstreik durchführten, um gegen ihre unrechtmäßige Inhaftierung zu protestieren. Zumindest Ahmed Ben Othman ist schwer ge-  
tort worden.

Nahost Kommission

Seitdem befanden sie sich ohne neuen Prozeß und neue Verurteilung, sondern nur aufgrund dieses Präzedenzfalls in Haft. Insgesamt haben alle eine Haftzeit von sieben bis neun Jahren hinter sich — eine Gewähr, daß der Gnadenlaß bei der nächsten Gelegenheit nicht wieder aufgehoben wird, haben sie bei der Willkürpolitik des tunesischen Regimes nicht!

Nahost Kommission



# „Wer in Nicaragua die Linke unterstützt, trägt den Spaltpilz in die Regierung und treibt deren bürgerliche Teile in die Arme des Imperialismus“!

Dieses ist nicht etwa von der DKP-Zeitung „UZ“ oder dem „Neuen Deutschland“ entnommenes Zitat. Mit dieser Argumentation wurde unter anderem die mehrheitliche (13 : 7) Entscheidung zugunsten einer Spendenaktion für die nicaraguanische Regierung und nicht für die FSLN auf einer Schulung des Metallbereichs des KB/Hamburg begründet.

Ich möchte hier als ein Vertreter der Minderheitsposition meine Haltung begründen.

## Der besondere Charakter der Entwicklung in Nicaragua

Aufgrund der totalen Herrschaft des von den US-Imperialisten ausgehenden Somoza-Clans war es in Nicaragua möglich, eine Einheitsfront zum Sturz dieser Diktatur zu bilden, die ein Bündnis umfaßt, das von der revolutionären Linken bis hin zur nationalen Bourgeoisie reicht. Die gegenwärtige Regierung setzt sich aus Vertretern aller dieser Strömungen zusammen.

Alle Erfahrungen aus Ländern, in denen ein solcher Bündnis möglich war – hier seien nur China und Vietnam genannt – haben gezeigt, daß im Verlaufe der Entwicklung nach der Niederdrückung des gemeinsamen Feindes die Widersprüche zwischen den Teilen eines solchen Bündnisses schärfer hervortreten. Dabei ist es von größter Wichtigkeit, welchen Einfluß eine sozialistische Kraft in einem solchen

Bündnis hat. Während in China und Vietnam die Einheitsfront ganz klar unter dem politischen Einfluß der jeweiligen KP stand, können wir ähnliches für Nicaragua heute nicht feststellen.

In den Kämpfen gegen die Somoza-Diktatur 1978 hatte sich allerdings schon gezeigt, daß die bürgerlichen Teile der Front davor zurückschreckten, wirklich einen konsequenten Kampf zu führen, der letzten Endes auch gegen ihre eigenen Klasseninteressen gehen würde – das zeigte sich etwa im Abbruch des Generalstreiks, als die Arbeiter begannen, über die tolerierten Grenzen hinaus zu gehen.

Da die Bourgeoisie aber erkennen mußte, daß ein Sturz der Somoza-Diktatur, an dem ihr zu ihrer eigenen Entwicklung sehr viel gelegen war, nur mit den Linken gemeinsam erfolgen konnte, waren sie durchaus bereit, Zugeständnisse an die Linke zu machen.

Das Programm der Regierung geht denn auch weit über das hinaus, was Kapitalisten „normalerweise“ bereit sind, zuzugestehen.

Dieses Programm sollte auch von uns unterstützt werden und für die Verwirklichung zu Spenden und Solidarität aufgerufen werden. Allerdings meine ich, daß die Zusammensetzung des derzeitigen Bündnisses von uns verlangt, gezielt die Linke in diesem Bündnis zu unterstützen. Damit tragen wir nicht den Spaltpilz hinein – der besteht aufgrund der Zusam-

mensetzung und der Klassenwidersprüche zwischen den verschiedenen Teilen. So schreibt die „FAZ“ es sicherlich richtig ein, wenn sie schreibt: „die jetzt in der Freude über den Sturz der Diktatur gezeigte Eingekerkeltheit kann nur kurz die großen Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen in der Front gegen Somoza, in der Regierung und in der sandinistischen Befreiungsfront verdecken“ und weiter: „Daß man erst in drei Jahren wählen lassen will, ist ein Erfolg der Gemäßigten. Wenn jetzt gleich gewählt würde, könnte bei der derzeitigen Stimmung im Volk eine sandinistische Partei mit einem überwältigenden Sieg rechnen. Die bürgerlichen Parteien hätten dann kaum Zeit gehabt, sich zu formieren und bekannt zu werden“ (30.7.).

Daß Kräfte, die nicht gerade dafür bekannt sind, fortschrittliche Entwicklungen zu unterstützen, an dieser „Formierung“ tatkräftig mitwirken wollen, zeigt die Reise einer Delegation der „Sozialistischen Internationale“ nach Nicaragua – ausgerechnet unter der Leitung von Mario Soares, der ja beste Erfahrungen auf dem Gebiet aufzuweisen hat, wie man spontan-revolutionäre Bewegung in parlamentarische Bahnen lenkt!

In dem Sinne sollten wir lieber gezielt die Kräfte unterstützen, die einer solchen „Formierung“ entgegenwirken. So vertritt etwa die GPP Tendenz der Sandinistas: „Die Zusammensetzung der Junta können

wir nur mit Vorbehalten akzeptieren. Neben der Junta müssen sich andere Institutionen organisieren, von denen dann die wirkliche politische Macht ausgehen muß. Die Regierungsjunta kann diese Institutionen mitrepräsentieren, doch die Entscheidungen sollten nicht in der Junta, sondern auf anderen Ebenen gefällt werden. Wir müssen Organisationsformen finden, wie etwa die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) in Kuba“ (zitiert nach „FAZ“, 30.7.79).

## Wie halten wir's denn sonst mit der Unterstützung?

Es würde neben dem Vorwurf der Spaltung in der Diskussion auch vorgetragen, eine Unterstützung der Linken wäre ein „schulmeisterliches“ Verhalten, da wir dann im Prinzip durch die KB-Brille besehen, nur „Jupencine Marxisten-Leninisten“ unterstützen dürfen.

Ich meine wir haben in der Vergangenheit die Situationen durchaus durch die „KB-Brille“ betrachtet und dann entschieden, welche Bewegung in dem entsprechenden Land den gesellschaftlichen Prozeß am besten vorantreiben kann. Dabei haben wir das niemals davon abhängig gemacht, ob diese Organisationen auch eine „Jupencine KB-Publik machen“!

Als Beispiele will ich hier nur MIR (Chile), MPLA (Angola) und MIS (Portugal) nennen, wobei sich durchaus hinterher herausstellen kann, daß unsere Einschätzung nicht richtig war.

Aber das Argument, die Linke in einem Prozeß wie in Nicaragua zu unterstützen, würde dem Imperialismus Zutreibdienste leisten, geht doch allzuleicht in die revisionistische Richtung. Nach dieser Logik müßten wir auch in Palästina die PLO und nicht die PFLP unterstützen, denn das treibt die PLO-Führung denn ja auch in die Arme der Imperialisten oder der Revisionisten. Ich meine, daß aber auch hier sich gerade zeigt, daß die Stärkung der konsequentesten Kräfte in einem solchen Bündnis doch am ehesten dazu führt, dessen Führung zu einem korrekten Kurs zu zwingen.

Wenn in der Diskussion dann noch ein Widerspruch zwischen den Parolen „Alles für den Aufbau eines neuen Nicaragua“ (und damit Spenden an die Regierung gemeint waren) und „Stärken wir die FSLN“ konstruiert wurde, so unterstellt das doch auch, daß die Sandinistas etwaige Spenden nicht zum Wiederaufbau des Landes nutzen würden, sondern dafür die Regierung ein besserer Garant wäre.

Zum Abschluß der Diskussion, die ich auch gerade wegen der Schärfe, mit der sie geführt wurde, sehr erfrischend fand, setzte sich mehrheitlich die Position der Unterstützung der Regierung (als Gegensatz zur Stärkung der Linken) durch. Ich meine allerdings nicht, daß damit auch die Diskussion über diese Frage beendet ist – im Gegenteil!

Hio., Dämmer-Zelle

## So nicht, Genossen!

Bezugnehmend auf die Äußerungen des Genossen Ho, von der Minderheitsposition in der gebotenen Kürze die Argumente der Mehrheit.

1. Der Genosse Ho, versucht eingehend den „besonderen Charakter der Entwicklung Nicaraguas“ zu erklären. Er spricht von der totalen Herrschaft des US-Imperialismus, die die jetzige Einheitsfront möglich gemacht hat. Wir fragen: Was ist hier besonders im Vergleich zu anderen Ländern der 3. Welt? Der Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus oder der Zusammenschluß großer Teile des geknechteten Volkes? Sicherlich nicht! Natürlich gibt es unterschiedliche und verschiedenartige Besonderheiten in diesen Ländern (Stand der Produktivkräfte, wirtschaftliche Gegebenheiten, Entwicklung der Klassen etc.), aber gerade die Entwicklung hin zu nationaler Unabhängigkeit – ein Weg der sich zweifelsohne in Nicaragua abzeichnet – hat doch für alle Revolutionen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern allgemeingültigen Charakter und gilt für eine gewisse Geschichtsperiode (Mao).

Daß es sich hier nicht um einen Ausreißer der Genossen handelt, wird in der Betrachtung ihrer Haltung zum Bündnis selber deutlich.

2. Der Genosse weist darauf hin, daß sich „im Verlaufe der Entwicklung“ die Widersprüche im Bündnis verschärfen, erinnert an die Wankelmütigkeit der nationalen Bourgeoisie und schreibt von „Zugeständnissen an die Linke“. Es ist doch völlig unzweifelhaft – und kein Kommunist würde hier widersprechen – daß die bürgerlichen Kräfte allein aus ihrem Klasseninteresse heraus wankelmütig sind. Ebenso daß sich die Widersprüche zuspitzen. Kein Mensch in unserer Diskussion hat dies bestritten. Aber es geht doch gerade um unser Verhältnis zu den drei Tendenzen der jetzigen Etappe der gesellschaftlichen Entwicklung Nicaraguas. Vielleicht kurz hierzu die Situation: 40.000 Tote, 70.000 Flüchtlinge in über 70 Lagern, fast alle Städte von Somozas Luftwaffe zerstört, 80 % der Fabriken vernichtet, ebenso viele Felder zerstört.

Aus diesen Gegebenheiten – verursacht durch den Imperialismus und seinen Somoza-Clan – hat sich breiter Widerstand in der Bevölkerung gebildet. Vor allem durch die militärischen und politischen Erfolge der FSLN und der MPU (linke Massenpartei) wurde die Grundlage für ein breites Bündnis linker bis bürgerlicher Kräfte gebildet.

Die nationale Bourgeoisie, die mittels ihrer Gemeinschaftsfront (FAO), in diesem Bündnis vertreten ist, ist gerade nicht aus einer Stärkungsposition – wie es in dem Papier des Genossen scheinen mag („hat ihr sehr viel daran gelegen...“) – diesem Bündnis beigetreten, sondern mehr zähneknirschend, auf Grund der oben skizzierten Erfolge der Linke-

kräfte. Es ist eben nicht so, wie andere Vertreter der Minderheit uns weismachen wollen, daß es sich um eine geschickte Taktik der nationalen Bourgeoisie handelt. Das verkant nicht nur die aktuelle Lage, sondern ist eine direkte Herabsetzung des Sieges im Volkskrieg!

3. Kommen wir zu den Zielen der von dem Bündnis gebildeten Provisorischen Regierung. Sie besteht unbedingt auf das Selbstbestimmungsrecht, bekennt sich zur Blockfreiheit und wird diesen Ländern den nächsten beitreten. Sie spricht sich für Verstaatlichung verschiedener wirtschaftlicher Sektoren aus und hat dies am 25.7. bereits weitgehend vollzogen. Bei ausländischen Investitionen behält es sich die Regierung vor, die Prioritäten festzulegen und Kontrollen vorzunehmen (siehe hierzu „FR“, 20.7.). Wir meinen, daß sich u.a. diese Vorstellungen organisch in den jetzigen Prozeß des Landes einordnen und beileide nicht von den Kapitalisten höflicherweise „zugestanden“ wurden, sondern Ergebnis guter Bündnispolitik linker Kräfte sind. Aber Genosse Ho, will angeblich keinerlei „politischen Einfluß sozialistischer Kräfte feststellen“ haben...?

4. Der Knackpunkt unserer Differenzen scheint – wie oben schon angedeutet – in dem unterschiedlichen Verständnis des Befreiungskampfes in der 3. Welt zu liegen und in der Beurteilung der nationalen Bourgeoisie in diesem Bündnis.

Wir gehen davon aus, daß sich die Revolution in Nicaragua – ein wenig vergleichbar z.B. mit der in Südvietnam – bedingt durch den halbkolonialen Charakter der Gesellschaft in zwei Phasen vollzieht. In der ersten Phase der neu demokratischen Revolution muß „die koloniale, halbkoloniale und halbfeudale Form der Gesellschaft geändert und diese in eine unabhängige demokratische Gesellschaft umgewandelt werden. In der zweiten Phase ist die Revolution voranzutreiben und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten“ (Mao, Bd. II, S. 349).

In den nächsten Monaten und wohl Jahren muß es darum gehen, die notwendigsten Dinge zu meistern, den unterentwickelten Stand der Industrie, Landwirtschaft etc. auszugleichen, die Betriebe überhaupt wieder aufzubauen, ja erst mal die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Und in dieser Phase des Wiederaufbaues und wie Mao sagte, „der Neuen Demokratie“ hat die nationale Bourgeoisie tatsächlich eine fortschrittliche Funktion.

„Die nationale Bourgeoisie eines kolonialen oder halbkolonialen Landes bewahrt sich auch im Zeitalter des Imperialismus, weil sie von den ausländischen Monopolen in ihrer freien Entwicklung unterdrückt wird, zu bestimmten Zeiten und in einem gewissen Grade, einen revolutionären Charakter im Kampf gegen den ausländischen Imperialismus und die mit ihm verbündeten einheimischen

Marionetten. Auf dieser Grundlage ist ein begrenztes Zusammengehen der anderen revolutionären Klassen und Schichten des Volkes mit der nationalen Bourgeoisie im Kampf gegen den Imperialismus möglich“ (AK Nr. 61).

Und natürlich ist es positiv und zu unterstützen, wenn sich parallel zu diesem Bündnis und einer Provisorischen Regierung Strukturen einer Volksmacht entwickeln, wie von der GPP Tendenz beschriebener.

Der Genosse empört sich über unsere Feststellung, daß Parteilichkeit für fortschrittliche Positionen in der internationalen Solidarität immer auch Polarisierung des Befreiungskampfes in der 3. Welt bedeutet. Ist das denn so neu? Haben wir es nicht in der damaligen Vietnam-Solidarität geschafft, den US-Imperialismus und seine Lakaien politisch zu isolieren, weltweit sogar, und somit den Sieg der FNL zu beschleunigen?!

Die FNL gründete nach dem Volkskrieg eine Provisorische Regierung. Ihr damaliges Zehn-Punkte-Programm umfaßte u.a. (Punkt 3): „Durchführung einer Politik, die für die Einheit der gesamten Bevölkerung, für nationale Versöhnung und Eintracht eintritt (!!) und sich dem aggressiven Imperialismus widersetzt“, oder Punkt 6: „Die Wiederherstellung der Produktion wird aktiv betrieben... der Besitz von Unternehmen und Handlern ist geschützt. Sie können ihre geschäftlichen Transaktionen fortsetzen, wenn diese den nationalen Plänen und dem Unterhalt der Bevölkerung dienlich sind.“ Punkt 10 lautet: „Alle (!) Angehörigen des Militärs, Offiziere, Politiker etc. der Marionetten-Regierung, die die feindlichen Reihen verlassen haben“, werden in ihren Geschäften unterstützt oder können nach Hause zurückkehren und sich nach Wunsch und Vermögen an verschiedenen Aktivitäten beteiligen.“

Schon vergessene Genossen? Habt ihr damals etwa zur Unterstützung der dortigen „linken Kräfte“, evtl. der KP, aufgerufen? Wir jedenfalls nicht!

Na ja, werdet ihr jetzt sagen, daß war auch ein linkes Bündnis, das „ganz klar unter dem Einfluß der KP“ stand, was wir für Nicaragua nicht „feststellen können“. Ein Glück, können wir nur erwidern, denn die dortige „KP“ arbeitet eifrig an der Gemeinschaftsfront (FAO) der Unternehmer etc. mit!

Es war doch bislang nie unsere Haltung, daß wir irgendwelche Personen, Gruppen oder „KPs“ unterstützen haben, weil sie evtl. einen sozialistischen Anspruch haben. Wir haben unsere Haltung immer nach dem Programm, Zielen und der Politik von gesellschaftlichen Kräften ausgerichtet (ganz im Gegensatz zu den Linksektoren, die immer irgendwo Bruderparteien aus dem Bauchladen zogen).

Und ist die Forderung nach Selbstbestimmung oder die Verstaatlichung wirtschaftlicher Sektoren etwa im Sinne des Imperialismus oder der „Sozialistischen Internationale“? Versuchen sie die bürgerlichen Kräfte in der Provisorischen Regierung bei dieser Politik zu bestärken? Im Gegenteil: Sie wollen das Bündnis aufspalten, das bürgerliche Lager von den festgelegten Zielen abhalten, um das Land wieder unter Kontrolle zu bringen.

Das wird allerdings nicht verhindert, wenn andererseits einseitig die FSLN oder MPU (die Genossen waren sich da nicht so einig...) unterstützt wird – unabhängig davon, ob die sandinistischen Genossen darüber überhaupt erbaud sind.

Vielmehr bleibt eine festgelegte Parteilichkeit für die FSLN – und nicht für das Programm der Provisorischen Regierung – die bürgerlichen Kräfte in die Isolation, bzw. fördert ihr Einweichen zum Imperialismus. Ein Abspielen der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräfte aus dem Bündnis hätte verheerende Folgen für den so notwendigen Wiederaufbau und wäre ein willkommenes Schweregut für Carter und Soares. Die einzige Chance für einen unabhängigen Weg Nicaraguas besteht gerade in der breiten diplomatischen, politischen und materiellen Unterstützung der Provisorischen Regierung und in der Stärkung ihrer auf fortschrittlicher Grundlage basierenden Einheit. Für die vielfältigen Zweifel der Genossen besteht u.E. genauso wenig Grund, wie im Hochstufieren der FSLN als die lupenreine „sozialistische Kraft“.

Die Genomina Dora, leuendes Mitglied der FSLN, sagt zu den Vorstellungen ihrer Organisation:

„Die sandinistische Befreiungsfront hat sich vorgenommen, die demokratischen Freiheiten einzuführen. Dieser historische Weg hat eine innere Logik und man kann keine Sprünge vollziehen. Gegenwärtig den Sozialismus zu fordern, wäre unrealistisch und paßt nicht in die aktuelle Entwicklung, denn das Volk hat weder Verständnis für den Sozialismus noch ist es auf dessen Realisierung vorbereitet. Es gibt in bestimmten Bereichen Widerstand dagegen. Unsere Absicht ist, alle Bereiche mit dem Ziel, die Diktatur zu stürzen, zusammenzufassen und den Wiederaufbau des Landes auf demokratische Weise zu organisieren, die die grundlegenden Interessen des Volkes garantiert. Das Volk wird darüber entscheiden“ („TAZ“, 21.6.).

5. Der Genosse Ho spricht weiter davon, man könne ja „auch“ die Provisorische Regierung unterstützen und es gäbe keinen Widerspruch zwischen den Parolen „Volle Unterstützung für die Ziele der Provisorischen Regierung“ und „Stärken wir die FSLN“. Wir sind da anderer Meinung.

Die Provisorische Regierung verkörpert den gegenwärtigen revolutionären Prozeß, sie ist entstanden aus dem gemeinsamen Interesse verschiedener Schichten und Klassen nach Unabhängigkeit vom Imperialismus. Nur gemeinsam – für einen gewissen Zeitraum – werden die dieses Ziel erreichen (Nebenbei: Wer um die Propagierung eines „dauerhaften Bündnisses“ mit der nationalen Bourgeoisie in die Schuhe schieben will, sollte sich nicht auf die Finger treten lassen!).

Darum darf man/frau das Bündnis nicht mit dem Hinweis auf klauenmäßige Widersprüche aufspalten, die momentan nicht die Hauptseite im derzeitigen Prozeß in Nicaragua spielen. Das Wörtchen „auch“ unterstützen fassen wir so verstanden als niedliche Verharmlosung der eigentlichen (unbeachteten?) Absichten des Verfassers auf. Übrigens: Woher nimmt der Genosse die Treffsicherheit her, gerade die FSLN zu unterstützen und nicht etwa die MPU? Und wenn FSLN, welche der drei Tendenzen sollte von uns favorisiert werden? So viele Fragen, so wenig Antworten.

6. Mit ihrem historischen Rückblick führen die Genossen dann ihr wohl schworstes Geschütz auf Sie ein: unsere Unterstützung von MES (Portugal), PFLP, MIR (Chile) etc. Es werden ernsthaft Länder wie Portugal und Chile mit der jetzigen Lage in Nicaragua verglichen. Genossen sagt selbst: Geht ihr hier nicht ein wenig zu weit?!

Nehmen wir Portugal! Neben einer völlig andersgearteten nomen handelte es sich zudem noch um eine Kolonialmacht, oder Chile, wo ebenfalls die gesellschaftlichen Widersprüche sich bereits wesentlich schärfer zuspitzen hatten, wo es um den „friedlichen Weg zum Sozialismus“ ging. Oder die PLO, wo große Teile sich bereits mit einer Ministationslösung abgefunden hatten, ein Volk, was einen ganz anderen Weg der Befreiung ihres Landes einschlagen muß als das nicaraguanische Volk.

Wir halten es für einen schweren Fehler, im Rahmen der internationalen Solidarität unabhängig von den konkreten Bedingungen und der Situation in den verschiedenen Ländern, zu diskutieren und die Frage der konkreten Unterstützung aufzuwerfen. Das wirkt nicht nur genauso farblos wie jemand, der zu jedem Karneval die gleiche rote Pappnase herausholt und meint, er hätte das ideale Kostüm gefunden – sondern es verwässert unser internationalistisches Bewußtsein und ersetzt es durch Schematismus.

Eins noch zum Schluß. Daß wir in die Nähe der Revisionisten gestellt wurden, fanden wir zwar nicht so witzig, kennzeichnet aber nur den Schematismus des Verfassers!

L.A. P./Zelle Blohm & Vom



# Öfter mal was Neues?

Die Mehrheitsentscheidung auf einer Schulung des Hamburger Metall-Bereichs des KB zugunsten einer Spendsammlung für die Provisorische Regierung Nikaraguas statt für die FSLN wird vom LG als krisen- und Angriff auf die bisherige Internationalismus-Politik des KB betrachtet. Diese Entscheidung widerspricht allen historischen Erfahrungen ebenso wie der konkreten Situation in Nikaragua.

Der Argumentationskern der Mehrheitsentscheidung lautet: „Die Provisorische Regierung verkörpert den gegenwärtigen revolutionären Prozeß, sie ist entstanden aus dem gemeinsamen Interesse verschiedener Schichten und Klassen nach Unabhängigkeit vom Imperialismus. Nur gemeinsam werden sie – für einen gewissen Zeitraum – diese Ziele erreichen... Darum darf man/frau das Bündnis nicht mit dem Hinweis auf klassenmäßige Widersprüche aufspalten, die momentan nicht die Hauptteile im derzeitigen Prozeß in Nikaragua spielen. Vielmehr steht eine festgelegte Parteilinie für die FSLN – und nicht für das Programm der Provisorischen Regierung – die bürgerlichen Kräfte in die Isolation bzw. fördert ihr Einsinken zum Imperialismus. Ein Abspalten der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräfte aus dem Bündnis

hätte verheerende Folgen für den Wiederaufbau und wäre ein willkommenes Schachzug für Carter.

Die Genossen der Mehrheit konstruieren eine besondere Phase, für die die Hauptaufgabe nicht im inneren Klassenkampf, sondern im Wiederaufbau und in der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit liegt. Sie gehen ferner davon aus, daß zur erfolgreichen Durchführung dieser Phase die Wahrung der Einheit der Anti-Somoza-Koalition notwendig sei und Widersprüche innerhalb dieser Koalition hinter dem Gebot der Einheit zurücktreten müßten.

Die reale Situation in Nikaragua ist dadurch gekennzeichnet, daß sich schließlich nahezu geschlossen alle Klassen und Schichten und alle Kräfte des politischen Spektrums in einer Koalition gegen Somoza zusammengefanden. Diese Koalition wurde auch von mehreren bürgerlichen Staaten Lateinamerikas unterstützt.

Diese Koalition umfaßt also Kräfte mit ganz unterschiedlichen Klasseninteressen, politischen Perspektiven und Beziehungen zum Imperialismus.

Allgemein gilt für die Koalitionen dieser Art: Je breiter sie sind und umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß solche Koalitionen nach dem Erreichen ihres gemeinsamen Zieles (in

diesem Fall der Sturz Somozas) wieder auseinanderfallen und statt des alten Widerspruchs (Bündnis gegen Somoza) neue Widersprüche (in der Reihenfolge der bisherigen Koalition) zu den bestimmenden werden. Da durch solche Koalitionen eine Art von Doppelherrschaft antagonistischer Klasseninteressen ausgeübt wird, ist eine Zuspitzung des Kampfes um die Macht innerhalb solcher Koalitionen unvermeidlich, und zwar völlig unabhängig von fremden Wünschen nach Wahrung der Einheit. Die Zuspitzung dieses Kampfes um die Macht kann rasch zur faktischen Ausschaltung der bürgerlichen Kräfte von der Macht führen, wenn – wie in China oder Vietnam – die Linke bereits sehr stark und einheitlich ist und wenn nach Lage der Dinge eine wirksame Unterstützung der bürgerlichen Kräfte durch den Imperialismus nicht mehr möglich ist. Andernfalls können leicht die bürgerlichen Kräfte die Oberhand gewinnen, was in Portugal nach dem Sturz des Faschismus, wie in den anticolonialistischen Koalitionen nach dem 2. Weltkrieg (Frankreich, Italien) oder wie jetzt in Iran.

In Nikaragua, mitten in einer imperialistischen Einflußzone des US-Imperialismus, ist es unvermeidlich, daß es zu einem heftigen Kampf um die

weitere Entwicklung des Landes zwischen den anti-imperialistischen Kräften einerseits und den zum Bündnis mit dem Imperialismus tendierenden Kräften in der derzeitigen Regierungskoalition andererseits kommt. Dieser Konflikt kann die Form einer Fortsetzung des bewaffneten Kampfes annehmen.

Unser Aufgabe als Kommunisten und unserer gesamten internationalistischen Tradition entspricht es, ausdrücklich die Linke Nikaraguas zu unterstützen. Unterstützung der Provisorischen Regierung in der gegenwärtigen Unterstützung der Linken ließe in der Tendenz, die bürgerlichen Kräfte gegen die Linken zu unterstützen. Das ist zweifellos nicht unsere Aufgabe.

Die Genossen der Mehrheit argumentieren, daß eine „festgelegte Parteilinie“ (z.B. durch Spenden) für die FSLN statt für die Provisorische Regierung das „Einschwenken“ der bürgerlichen Kräfte zum Imperialismus fördern würde. Die Annahme, daß die derzeitige Koalition in Nikaragua durch Spenden des KB für die FSLN gefährdet oder gar gesprengt werden könnte, ist freilich allzu absurd, um ernst genommen zu werden. Es geht den Genossen der Mehrheit im Grunde darum, von der Linken in Nikaragua selbst eine Politik zu fordern, die eine Zuspit-

zung des Widerspruchs vermeidet, um ein „Abschwenken“ der Bourgeoisie von der Koalition zu verhindern, da die Genossen der Mehrheit ein solches „Abschwenken“ für eine wirtschaftliche und politische Katastrophe halten. Diese Furcht vor einem „Abschwenken“ der Bourgeoisie hat Lenin theoretisch schon 1905 in seiner Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ erledigt (vgl. Abschnitt 12. „Wird der Schwung der demokratischen Revolution geschwächt, wenn die Bourgeoisie von ihr abschwenkt?“).

Die ideologische Quelle des Irrtums der Genossen der Mehrheit liegt in der chinesischen „Theorie der drei Welten“. Diese „Theorie“ idealisiert u.a. die Möglichkeiten der Einheit antagonistischer (unversöhnlicher) Klassenkräfte in den Ländern der „Dritten Welt“ und fordert die Unterordnung der revolutionären Interessen der Volkskräfte unter die „allgemeineren“ Ziele der nationalen Einheit, Unabhängigkeit, wirtschaftlicher Aufbau. Diese „Theorie“ beinhaltet die Preisgabe des parteilichen Standpunkts zugunsten der Volkskräfte und führt letztlich zur Versöhnung mit den pro-imperialistischen Kräften in der „Dritten Welt“.

Leitendes Gremium

## Diskussion über Fraktionsbildung im KB

Im AK 56 (25. Juni 79) wurde das Positionspapier einer Kritik-Fraktion im KB veröffentlicht. Unterzeichnet war dieses Papier von 30 Mitgliedern des KB und neun „Ehemaligen“. Unter den Unterzeichnern waren u.a. sieben Genossinnen aus Altona, sieben aus dem ÖTV-Bereich sechs aus der AG Zivildienst, drei aus Bergedorf und drei aus der RGV-Kommission. Zunächst suchte von uns allzu glühend übernommene Behauptungen, daß sich die „Fraktion“ gegenüber dem ersten Unterzeichnerkreis mehr als verdoppelt habe (das wären ca. 80 Personen! – vgl. die entsprechende Angabe im redaktionellen Vorwort im AK 156), anzusprechen, wohl eher dem Wunschdenken der „Fraktion“ als der Realität im Gegenteil scheint es beim Kreis der Unterzeichner des Papiers in zwischen Schrupf-Tendenzen zu geben. Ob es sich dabei um das sogenannte „Gewandtschurmpfen“ handelt, ist fraglich. Andererseits ist der Teil von Genossinnen, die mit einzelnen Elementen des „Kritik-Papiers“ sympathisieren, ohne sich der „Fraktion“ anzuschließen und ohne deren Methoden im einzelnen für angebracht zu halten, wohl doch nicht unerheblich.

Zum weiteren Verlauf der Debatte ist inzwischen ein Haufen von „Unser Weg“ (UW 29) herausgekommen. Unter anderem enthält diese Zusammenstellung auch ein neues Positionspapier der „Kritik-Fraktion“. Während sie in ihrem ersten Papier (AK 156) nur allgemein über „die organisatorischen Strukturen“ im KB geschrieben hatte, fordert sie in ihrem zweiten Papier u.a.: Die Tauglichkeit kommunistischer Organisationsformen generell in Frage zu stellen, Methoden und Politik der gesamten historischen kommunistischen

Bewegung generell in Frage zu stellen, die gesamte „Führung“ des KB „vom Zentralkomitee bis zum LG Mitglied“ neu zu formieren.

Inzwischen verstärkten sich die Zweifel, ob es sich bei diesem Kreis überhaupt um eine Fraktion im Sinne kommunistischer Organisationsprinzipien handelt, denn: 1. Die „Fraktion“ hat keine politische Plattform, sondern ist eine offene Sammelbewegung für „Unzufriedenheit“; 2. Die „Fraktion“ hat keine politische Plattform, sondern ist eine offene Sammelbewegung für „Unzufriedenheit“; 3. Die Nichtbeachtung der Organisationsdisziplin wird von der „Fraktion“ offen verkannt.

Vor diesem Hintergrund wurden vor ein paar Wochen vom LG die Thesen zur Bildung von Fraktionen zur Diskussion in der gesamten Organisation gestellt. Wie veröffentlichte diese „Thesen“ nebenstehend. In der inzwischen angelaufenen Diskussion (die allerdings bisher, bedingt durch die Lebenssituation, erst in einer Minderheit von Einheiten geführt worden ist), ergibt sich, daß ungefähr 85 % der an der Diskussion beteiligten Genossinnen den „Thesen“ im wesentlichen zustimmen, während etwa zehn % dagegen stimmen und fünf % sich der Stimme enthalten. Vor den Abstimmungen fanden jeweils mehrstündige Diskussionen in den Einheiten statt, in manchen Fällen wurde auch noch ein zweiter Diskussionstermin angesetzt.

### Änderungsvorschläge

In der bisherigen Diskussion tauchten bereits mehrere Änderungsvorschläge zum Text der „Thesen“ auf. Ziemlich breit wird der Passus von der „Durchführung mehrheitlich gefasster Beschlüsse“ (im Punkt 4) kritisiert. Vorgeschlagen wurde statt-

dessen: „kein Verstoß gegen mehrheitlich gefasste Beschlüsse“ (Mehheit Bremen). In Lüneburg wurde von zwei Genossen in Frage gestellt, ob die Durchführung mehrheitlich gefasster Beschlüsse tatsächlich zur Organisationsdisziplin gehört. Ein Genosse aus dem Hamburger ÖTV-Bereich meinte, daß sich Mitglieder „bei Lieferung einer Begründung“ nicht an Beschlüsse zu halten brauchen.

Die Frauenzelle Hamburg (Hamburg) schlägt vor, „daß die aktive Durchführung von Beschlüssen nicht in jedem Fall von Kritikern verlangt wird, sondern daß eine aktive Gegenarbeit in der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll“. Die Sympathisierengruppe Dörmehorst meint zu diesem Punkt: „Wegen grundsätzlicher Erwägungen hat in einem kommunistischen Staat die formale Verpflichtung der Organisationsmitglieder, auch gegen ihren eigenen Auffassungen handeln zu müssen, nichts zu suchen“. Es müsse das Recht gesichert sein, „die Durchführung von Beschlüssen abzulehnen, wenn Rechenschaft sowohl über die Gründe als auch über die möglichen Folgen abgelegt wird. Jedoch dürfe es kein Entgegenarbeiten gegen Beschlüsse in der Öffentlichkeit geben.“

Anderer Vorschlag forderten, in die „Thesen“ weitergehende Aussagen über die Rechte von Fraktionen im KB aufzunehmen. So sollte Punkt 3 ergänzt werden um eine Formulierung, daß Fraktionen das Recht zu steht, „ihre Positionen in schriftlicher Form und nach Vorlage beim Anleiterkreis über die organisatorischen Kommunikationswege zu verbreiten“ (ein Genosse des IKH Hamburg). Die Mehrheit des Hamburger ÖTV-Komitees fordert eine Festschreibung des Rechts von Fraktionen, „nach nach außen darzustellen“. Außerdem müsse geklärt werden, ob einer Fraktion das Recht auf eigene Organe und Beteiligung an den Leitungen zusteht.

Die Sympathisierengruppe Dörmehorst schreibt: „Fraktionen müssen darauf verpflichtet werden, ihre Arbeit inhaltlich in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen und sich hierin nicht zu verabschieden. Ein wichtiger Punkt ist dabei – das zeigt doch das aktuelle Beispiel –, daß die Fraktionsarbeit kontrollierbar gemacht werden muß. Man muß verlangen, daß Fraktionen erstens bei ihrer Bildung über ihre Differenzen präzise Auskunft geben, sogar eine Planung über ihre weitere Arbeit ablegen und zweitens regelmäßig Rechenschaft ablegen und die Fortdauer ihrer Fraktionierung begründen... Darüber hinaus müßte die Kommunikation zwischen zentralen Leitungsgremien und Fraktion sichergestellt werden. Sogar die gestimmte Aufnahme einer Fraktionsmitglied in die zuständige Leitung (Kooperierung) sollte erwogen werden.“

In anderen Vorschlägen wurde eine rigide Fassung der „Thesen“ ge-

fordert. So schlägt eine Zelle im Hamburger Druck-Bereich die Aufnahme folgender Formulierung vor: „Fraktionen können nicht ewig existieren, auf Kongressen später dann auf unseren Parteitagen muß eine gemeinsame Meinung des KB festgestellt werden, die dann verbindlich ist. Genossen des Hamburger ÖTV-Bereiches werden festgelegt, daß die Fraktionen nicht an Beschlüsse zu halten brauchen.“

### Die liberale Position

Weit verbreitet (und stärker, als es sich letztlich in den Abstimmungen ergeben hat) wurde vor recht liberalen und großzügigen Positionen ausdiskutiert.

So stieß der Punkt 5 der Thesen auf Widerspruch und viele Fragen, weil es dort heißt, daß sich Fraktionen „am bestimmten, diskutierbaren Anscheinungen“ sammeln. „Was ist diskutierbar und was entscheidet das?“, wurde vielfach gefragt – Die Antwort auf den ersten Teil der Frage ergibt sich aus dem Zusammenhang der „Thesen“, nämlich der Abgrenzung zu den Methoden der „Fraktion“, die eine Sammelbewegung auf der Basis beliebiger „Unzufriedenheit“ mit dem KB und/oder seinen „Leitungsebenen“ ist. Eine derartige Sammelbewegung ist noch niemals als Fraktion bezeichnet worden. Die Frage, was darüber entscheidet, was „bestimmte und diskutierbare Auffassungen“ sind, läßt sich ebenfalls ohne weiteres beantworten: Nicht das LG oder die AK-Redaktion, sondern – wie in diesem konkreten Fall der „Kritik-Fraktion“ – je nach Umfang der „Fraktion“ die Gesamtorganisation oder Delegierten-Gremien.

Bemerkenswerterweise wurde auch von den liberalsten Genossinnen gar nicht bestritten, daß es sich bei der „Fraktion“ um eine Sammelbewegung ohne klaren Inhalt handelt. Die Meinung war nur, daß man dies lieber in Kauf nehmen wolle, als eine ihrer Meinung nach „unbrauchbare“ Formulierung wie die in Punkt 5 der Thesen faktisch bedeutet das, daß jeder mit z-belegbaren Auffassungen im KB eine Fraktion aufrufen kann, oder auch mit gar keinen Auffassungen, sondern lediglich mit einer Handvoll „offener Fragen“.

Eine andere Einbeziehung der liberalen Position war, daß die Punkte 1 bis 6 (eventuell mit der Einschränkung zu 5 und zur Durchführung von Beschlüssen) im großen und ganzen als berechtigt angesehen wurden, daß auch die Angaben über die Methoden der „Fraktion“ gar nicht in Frage gestellt wurden – aber der Punkt 7 („Unvereinbarkeit“) abgelehnt wurde. Man müsse sich trotzdem mit der „Fraktion“ weiter auseinandersetzen und dürfe „das Problem nicht mit administrativen Maßnahmen lösen“. Außerdem wurde davor gewarnt, daß solche „administrativen Maßnahmen“ die Anhänger der „Fraktion“ nur noch enger zusam-

menzschweißen würden. Diese Position läuft darauf hinaus, für jeden Kreis im KB, der sich zur Fraktion erklärt, die totale Narrenfreiheit hinsichtlich der Wirkung der Organisation zu garantieren. Das ist natürlich nicht unsere Aufgabe. Wir wollen nicht, daß die Fraktion eine Sammelbewegung ohne klaren Inhalt wird, die sich nur auf die Methoden der „Fraktion“ beschränkt. Wir wollen, daß die Fraktion eine Sammelbewegung ist, die sich auf die Methoden der „Fraktion“ beschränkt. Wir wollen, daß die Fraktion eine Sammelbewegung ist, die sich auf die Methoden der „Fraktion“ beschränkt.

### Die Position der „Fraktion“

In der „Fraktion“ wurde abgesprochen, sich an der Diskussion über die „Thesen“ in den jeweiligen Einheiten nicht zu beteiligen, sondern die sofortige Einstellung der Diskussion über die „Thesen“ und deren Zurücknahme durch das LG zu fordern. Soweit bisher erkennbar kamen die meisten Mitglieder der „Fraktion“ dieser vereinbarten Taktik nach.

Als Begründung für die Nichtteilnahme an der Diskussion wurde von der „Fraktion“ angeführt, es handle sich gar nicht um eine richtige Diskussion, sondern um das bloße formale „Absegnen“ einer Anwendung des LG.

Von Seiten der „Fraktion“ liegt bisher keine inhaltliche Stellungnahme zu den „Thesen“ vor. Aus einem Papier der drei Bergedorfer „Fraktionsmitglieder“ geht ausdrücklich hervor, daß die „Fraktion“ auch zukünftig nicht vorhat, zu den Thesen Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich wird der führende Kern der „Fraktion“ aber selbst erkennen, daß es sich mit dieser hinverbrannten Taktik die letzten Reste von Sympathie im liberalen Lager des KB verscherzt – und schließlich doch noch eine Stellungnahme abgeben.

Eine sehr originelle Variante der „Fraktions“-Idee bot die Zelle Altona II, die mit der „Fraktion“ personell verbunden ist. Diese Zelle lehnte die „Thesen“ total ab, u.a. mit der Begründung, sie könne mangels Information nicht beurteilen, ob die Angaben über die Arbeitsweise der „Fraktion“ (Punkt 6) zutreffend seien. Die Zelle Altona II forderte außerdem vom LG (!) Angaben über die derzeitige Stärke der „Fraktion“ und ihren Einfluß in den einzelnen Bereichen – wohl wissend, daß die „Fraktion“ sich im arbeitenden Mitglieder des LG sogar von ihren ansonsten halböffentlichen Diskussionsrunden ausschließt. Wir geben diese Aufforderung zur Information aber gern an die „Fraktion“ weiter.

Außer der Zelle Altona II hat bisher nur die Hamburger Lehnzelle (mit knapper Mehrheit) die „Thesen“ abgelehnt.

### Thesen zur Bildung von Fraktionen im KB

- Die Bildung von Fraktionen im KB ist für eine neue Phase. Hierzu gilt es, bisher eher passive Reaktionen, die sich die Frage stellen, ob es sich noch nicht geändert hat. Aber immer noch ist eine Frage der GMA in einem Antwortbrief. Zunächst gilt es, eine klare Meinungsbildung zu erreichen. Wenn die Diskussion im Vorfeld des KB-Kongresses über die Herausbildung solcher Fraktionen führen sollte, dürfte diese sich gemeinsam auf den Kongress vorbereiten.
- In der Geschichte der kommunistischen Bewegung ist die Frage immer unterschiedlich beantwortet worden. In der KPdSU wurde auf dem 19. Parteitag 1922 der Verbot fraktioneller Gruppen beschlossen, nachdem zuvor die Partei in der Praxis einräumte, daß die Existenz von Fraktionen im Ende der 20er Jahre aufgehoben. In der KP Chinas liegt kein Fraktionsverbot.
- Wir halten die Bildung von Fraktionen für ein wichtiges Instrument bei der Klärung politischer Kontroversen im KB. Fraktionen haben das Recht, sich zu treffen, um Diskussionen vorzubereiten, Streitgespräche auszuwerten und zu beschreiben.
- Die Mitglieder von Fraktionen stellen an die Organisationsdisziplin des KB gebunden. Durchführung mehrheitlich gefasster Beschlüsse. Nicht Weitergabe von Informationen. Innerparteiliche Diskussionen unter keine Kooperations mit Nicht-Mitgliedern gegen Genossinnen in Massenorganisationen, Initiativen etc., sondern Klärung von Streitfragen. n.a. h.a. b. d. KB.
- Fraktionen können sich auf der Basis politischer und organisatorischer Meinungsverschiedenheiten bilden. Fraktionen müssen sich aber um eine einheitliche, diskutierbare Auffassung. Sie sind keine Fraktionsorganisationen innerhalb des KB.
- Die sogenannte „Kritik-Fraktion“ ist im Sinne des KB eine Fraktion. Sie ist eine Sammelbewegung ohne konkreten politischen und/oder organisatorischen Inhalt. Ihr einziger Zweck ist es, in beliebigen Differenzen auf beidseitigen Äußerungen der Politik und/oder der Strukturen des KB.
- a) Die „Kritik-Fraktion“ ist nicht ausschließlich und als erklärtes Ziel nicht im Rahmen des KB, sondern bereits auch außerhalb des KB eine Sammelbewegung, wozu bisher die einzige Kriterien die die Zustimmung zu den „Fraktions“-Methoden, „Unzufriedenheit“ sowie eine liberale oder liberale Fraktionsauffassung im KB waren. Daraus ergibt sich, daß die „Fraktion“ für eine Vielzahl von Mitgliedern eine Organisation ist, deren Zweck es ist, die Politik und/oder die Strukturen des KB zu kritisieren, aber nicht die Politik und/oder die Strukturen des KB zu verändern. b) Die „Kritik-Fraktion“ ist nicht ausschließlich und als erklärtes Ziel nicht im Rahmen des KB, sondern bereits auch außerhalb des KB eine Sammelbewegung, wozu bisher die einzige Kriterien die die Zustimmung zu den „Fraktions“-Methoden, „Unzufriedenheit“ sowie eine liberale oder liberale Fraktionsauffassung im KB waren. Daraus ergibt sich, daß die „Fraktion“ für eine Vielzahl von Mitgliedern eine Organisation ist, deren Zweck es ist, die Politik und/oder die Strukturen des KB zu kritisieren, aber nicht die Politik und/oder die Strukturen des KB zu verändern.
- Die Bildung der „Kritik-Fraktion“ erfolgt nicht nach den Grundsätzen einer Fraktionsbildung innerhalb einer kommunistischen Organisation, wie wir die in diesem LG unter Umständen für notwendig halten. Sofern die „Kritik-Fraktion“ insgesamt sich nicht eindeutig in den Punkten 4 und 5 dieser Thesen äußert und sich dabei auch in ihrer Praxis nicht in die Mitgliedschaft in der sog. „Kritik-Fraktion“ unterwirft, unterwirft sie sich der Mitgliedschaft im KB.

Leitendes Gremium



# Krise, Utopismus und Entsolidarisierung

Dieser Artikel soll versuchen, die Debatte um Utopismus, Feminismus und die Einbeziehung des Privaten in die politische Debatte fortzusetzen, die die Göttinger Genossinnen Ha./Kl. im AK 156 begonnen hatten. In ihren Artikeln warnten Ha./Kl. vor einem innerorganisatorischen Überhandnehmen utopischer Forderungen und feministischer Positionen. Ihren ersten Kritikteil (Utopismus) wollten wir in diesem Artikel im wesentlichen kritisieren, ihren zweiten Kritikteil (Feminismus) bestätigen und vertiefen.

Unser Artikel umfaßt drei Abschnitte. Im ersten Abschnitt kritisieren wir, daß Ha./Kl. u.E. im wesentlichen falsche Vorstellungen vom Utopismus verbreitet haben versuchen zu zeigen, was Utopismus aus unserer Sicht ist und geben dann Beispiele für utopische Erwartungshaltungen einiger Genossinnen an den KB insgesamt halten wir den Utopismus allerdings bloß für einen Nebenaspekt bei der allgemeinen Entsolidarisierung, dem Verfall revolutionärer Moral innerhalb des KB. Gegen diese Entsolidarisierung so lautet unser Vorschlag müsse der Hauptstoß geführt werden nicht aber gegen den Utopismus. Im Kampf gegen die Entsolidarisierung wollen wir eine Umkehr von allgemeiner und verbreiteter Verweigerungstendenzen suchen. Bei unserem Vorschlag, den Kampf gegen die Entsolidarisierung kampagnenweise anzugehen versuchen wir uns auch von der u.E. recht undifferenzierten Forderung „Macht das Private öffentlich“ abzugrenzen, indem wir sie konkretisieren.

Im zweiten Abschnitt befassen wir uns mit dem Zusammenhang von Krise und Krisenliteratur, wie er u.E. erstmals von Ha./Kl. in die Debatte gebracht wurde. In Auseinandersetzung mit den bezuglichen Buchbesprechungen im letzten Jahr AK-Berichterstattung wollen wir die Kritik von Ha./Kl. vertiefen und aufzeigen, daß besonders auf diesem speziellen Sektor tatsächlich eine offene Platte zum Feminismus innerhalb des KB entstanden ist und daß wir dabei sind, alte korrekte Fronten auf diesem Sektor, wie sie vor Jahren bezogen worden sind, wieder zu räumen. Insbesondere dazu hoffen wir auf eine längere Debatte im AK, in der wir uns alle speziell mit Modellformeln einer „neuen Weiblichkeit“, einer neuen „frauenfreundlichen Sprache“, einer neuen „weiblichen Identifikation“ und ähnlichem mehr auseinandersetzen sollten.

Ha./Kl. kritisieren die „überhöhte“, „utopische Erwartungshaltung“ bei immer mehr Genossinnen des KB in ihre Organisation. Gemeint ist damit die um sich greifende Tendenz, den KB als organisatorischen Rahmen ihrer eigenen Bedürfnisbefriedigung, ihrer persönlichen „Selbstverwirklichung“, Emanzipation zu betrachten bzw. Forderungen auf dieser Linie an die Organisation zu richten. Bedauerlicherweise haben sich die Kritikerinnen von Ha./Kl. mit diesem Kritikanzettel nur oberflächlich auseinandergesetzt. Ha./Kl. sind daran allerdings nicht ganz unschuldig, da sie bei der Entwicklung ihrer Kritik von vornherein zwei, genauer gesagt sogar drei Fehler machen: Erstens „konkretisieren“ sie ihre Utopismus-Kritik einseitig an unserer Frauenpolitik, obwohl anderweitige Beispiele sich viel vielfältiger und tiefer absumieren als völlig verfehlte „Beispiele“ unter ihre „Utopismus“-Kritik, so daß der Gedanke nicht ganz fernliegen muß, daß sie gar nicht so genau wissen, wovon sie eigentlich sprechen, wenn sie die „utopische Erwartungshaltung“ von immer mehr Genossinnen ins Visier nehmen. Drittens legt ihre Polemik den Gedanken nahe, daß der von ihnen kritisierte Utopismus auf der Seite der „utopischen“ Krikenursachen das Hauptproblem sei, was u.E. in zweifacher Hinsicht falsch ist, einmal ist die Utopismus natürlich nicht Ursache, sondern Folge oder Ausdruck der krisenhaften Entwicklung unserer Organisation (wenngleich er auf sie selbst natürlich zurückwirkt) und zum anderen ist der Utopismus u.E. nur ein Neben- und nicht der Hauptaspekt bei der allgemeinen Entsolidarisierung als der hauptsächlichsten Krisenerscheinung im Inneren des KB.

Unabhängig von dieser Kritik (die wir weiter unten entwickeln werden) gebührt Ha./Kl. u.E. der Verdienst, mit dieser Gedankenführung den ersten Schritt zu einer weiteren und neuen Etappe unserer Krisen-debatte getan zu haben, einer Etappe, in der wir hoffen (oder ahnen), Elemente für die Umkehr aus der Krise zu finden. Umgekehrt sehen wir die Gefahr, daß die Fehler, Mängel und Ausreißer in den Artikeln von Ha./Kl. zum Anlaß genommen werden, die bisher nur zaghaft und einen winzigen Spalt geöffnete Tür zu dieser notwendigen weiteren Etappe unserer Krisendiskussion wieder voll und lautstark zukunnen. Wir wollen mit unserem Artikel also einen Fuß in diesen Türspalt stellen.

## Utopismus als Krisenerscheinung

Der revolutionäre Marxismus formuliert utopische Ziele: Das Absterben des Staates (und „der Partei“) und die Aufhebung aller Grenzen, die Aufhebung der Trennung von Kopf und Handarbeit, die absolute und restlose Gleichstellung aller menschlichen Individuen, ein gesellschaftliches Leben nach dem Prinzip jeder nach seinen Bedürfnissen u.ä.m., kurzum den „neuen Menschen“. Daß diese Ziele des Kommunismus nicht „reine“, sondern „konkrete Utopie“ sind, haben die „Klassiker“, vornehmlich Marx, wissenschaftlich belegt. Allein — die praktischen Versuche, an diese Ziele heranzukommen,

sind immer eher traurig als hoffnungsfroh angesichts des „realen Sozialismus“ und seiner Vorposten im Rest der Welt.

Diese Lage (besser: Sicht?) der Dinge veranlaßt derzeit immer mehr Genossinnen — nicht nur unserer Organisation — Wege der absehbaren Abkehr zu suchen, zumindest zu einigen dieser „utopischen“ Ziele einzuschlagen oder zumindest vorzuschlagen. Utopismus als Krisenerscheinung oder Fehlströmung meint also die Mentalität, „utopische“ Ziele zu verfolgen, die u.E. keinesfalls Domäne unserer Frauenpolitik, wie Ha./Kl. nahelegen, sondern tritt in anderen Bereichen viel stärker und massiver auf, was wir an einigen Beispielen aufzeigen wollen.

Im AK 153 ist ein Kritikbeitrag einer Gruppe von Technik-Genossinnen abgedruckt, in denen sie die Aufhebung von Kopf- und Handarbeit bei unserer Zeitungserstellung fordern, und zwar hier und heute. Als AK-Redakteure müßten wir eigentlich überglücklich sein, daß sich hier eine Reihe von Genossinnen melden, uns künftig beim Abfassen und Korrigieren der Artikel zu helfen (oder gar abzuklösen). „Im Prinzip“ also eine

künftige beim Abfassen und Korrigieren der Artikel zu helfen (oder gar abzuklösen). „Im Prinzip“ also eine goldrichtige Forderung, nur — ist ihre Umsetzung hier und heute praktikabel ...? Die Genossinnen aus unserer Technik schreiben: „Wir sind der Meinung, daß dem Schema der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, der damit verbundenen Hierarchiebildung hierarchischer Strukturen entgegengetreten werden muß.“ Schön, aber wie? Vom Standpunkt einer Emanzipation sowohl der Kopf-, als auch der Handarbeiter und vom Standpunkt einer möglichst allseitigen Ausbildung beider, wäre dies zweifellos eine ausgezeichnete Forderung. Aber wie sieht diese Forderung vom Standpunkt unserer Aufgaben vor der Bewegung aus?

In einer Reihe von Ortsgruppen wurde die Forderung nach routinierter Besetzung aller Leitungsorgane des KB erhoben, „damit jeder mal drankommt“. Wiederum — vom Standpunkt der Emanzipation derjenigen Genossinnen, die nicht mit Leitungsaufgaben bei uns betraut sind, ein ganz ausgezeichnete Forderung. Aber welches Licht fällt auf diese Forderung vom Standpunkt der Erhaltung bzw. der Steigerung unserer politischen Schlagkraft? Diese Problematik unterliegt der in letzter Zeit ebenfalls vielfach erhobenen Forderung nach mehrheitlicher (51 %) Besetzung aller unserer Leitungsorgane mit Genossinnen (Frauen). Die neugegründete Zeile in einem unserer Organisationsbetriebe hat es abgelehnt, eine „verantwortliche/n Anleiter/in“ zu wählen, sondern zieht es ansehend vor, in wechselnder Besetzung an den übergeordneten Anleitungen Grenzen teilzunehmen. Sie schreiben: „Wir möchten mit Delegierten im vertreten sein, allerdings haben wir nicht den Anspruch (?!), einen als Anleiter(in) dort hinzuschicken, sondern möchten durch jeweils von uns delegierte Gen. dort vertreten sein“.

Diese Beispiele mögen genügen, um die reale Existenz einer utopischen Fehlströmung im KB zu be-

legen. Es geht uns selbstverständlich nicht darum, hier und heute gewisse praktikable Schritte in Richtung auf utopische Vorstellungen hin zu verhindern; mehr noch, wir sind sogar bereit, hier und dort — immer im Rahmen des Vertretbaren — auch zu experimentieren. Den utopischen Forderungen — und wir haben ausdrücklich hier nicht die extremen, gewissermaßen offenkundig „splenigen“ genannt, sondern die, die derzeit größeren Anklang und breitere Zustimmung im KB haben — liegt der richtige Denkansatz zugrunde, daß eine kommunistische Organisation nicht bloßes Zweckbündnis zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, sondern eine Keimform der „neuen Gesellschaft“, also Hort für die Herausbildung des „neuen, emanzipierten Menschen“. So ist der Utopismus aber nicht gerade darin, daß er den Blick für Machbare Erreichbare zunehmend verliert, daß er also den zweiten Aspekt (die Organisation als „Keimform der neuen Gesellschaft“) überleitet und den ersten Aspekt (die Organisation als „Zweckbündnis zur gesellschaftlichen Umwälzung“) zunehmend aus dem Auge verliert.

## Utopismus und Verweigerung

### Utopismus und Verweigerung

Der Utopismus ist u.E. im allgemeinen eine „ganz normale“ Begleiterscheinung bei der kommunistischen Arbeit, vielfach hat er sogar die schützende Wirkung, Erscheinungen der Verkörperung in der „Alltagsarbeit“ transparent zu machen, „aufzuräumen“, an unsere gemeinsamen „revolutionären Ideale“ zu erinnern. Das Besondere an unserer Krise allerdings ist nicht nur ein z.T. belangloses Anwachsen des Utopismus, sondern seine regelrecht perverse Paarung mit einer um sich greifenden „Verweigerung“drohung, also mit der Tendenz, die Arbeit für unsere Sache einzuschränken, einzustellen, die Organisation zu verlassen. Diese um sich greifende „Verweigerungs“-tendenz ist u.E. ohnehin das wesentliche Merkmal unserer Krise, d.h. zugleich auch sein wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zu sonstigen geäußerten Kritiken oder ehemals aufgetretenen Kritikwellen an bestimmten Punkten unserer Politik.

In den Betrieben und Protokollen unserer Krisendiskussion wimmelt es geradezu von Aussagen, die diese Tendenz bezeugen. Das Studium dieser Krisendokumente zeigt gleichzeitig, daß diese Tendenz (Paarung von utopischen Forderungen/Vorstellungen und „Verweigerungs“-drohung) auch im persönlichen, privaten Bereich angesiedelt ist, wie Ha./Kl. durchaus richtig diagnostizieren. Zugleich zeigt sich dabei, daß die vielfach utopischen Forderungen und Ansichten zur „privaten Emanzipation“ und „persönlichen Bedürfnisbefriedigung“ keineswegs ursprünglich im spezifischen Bereich unserer Frauenpolitik angesiedelt sind, und daß eine kritische Auseinandersetzung mit dieser speziellen Form des Utopismus noch lange nicht bedeutet, sich mit der Frauenpolitik des KB auseinanderzusetzen, geschweige denn, sie liquidieren zu wollen, wie eine Reihe von Kritiker(innen) von Ha./Kl. glauben machen wollen. Zum Beweis

im dritten und letzten Abschnitt wollen wir uns mit den vielfach glatt bestrittenen, manchmal allerdings durchaus allgemein, aber absolut unkongret bestätigten Tendenzen zum Feminismus im KB auseinandersetzen. Wir werden uns dabei auf eine Reihe innerorganisatorischer Protokolle stützen und sie für diese Debatte auswerten. Dabei kritisieren wir auch den Versuch der Hamburger Arbeitsgruppe Frauen, der Kritik an feministischen Tendenzen innerhalb des KB mit Hinweisen darauf zu begegnen, daß es in der AK-Berichterstattung keine feministischen Artikel gibt. Tatsächlich gibt es im letzten Jahr — mit einer einzigen Ausnahme — keine Auseinandersetzung mit dem Feminismus mehr und absolut nichts zur Auseinandersetzung mit pro-feministischen Strömungen innerhalb des KB. Das können wir nicht als unseren Verdienst ansehen.

Insbesondere unsere Kritik am weitgehenden Versuch auf politische Auseinandersetzung mit pro-feministischen Tendenzen inner- und außerhalb des KB sollte keinesfalls einseitig als Kritik an der Arbeitsgruppe Frauen mißinterpretiert werden. Als Mitglieder der KB-Gremien sind und waren wir für die Gesamtankunft unserer Politik mitverantwortlich und z.T. in früheren Jahren auf dem Sektor unserer Frauenpolitik auch aktiver bzw. engagierter. Dabei beziehen wir uns selbstkritisch an unsere diesbezüglichen Anmerkungen mit ein und verzichten diesen Artikel als ersten Schritt einer Wiedergutmachung.

Wir bitten insbesondere unsere Leser(innen), den „roten Faden“ unserer Argumentation im Blick zu behalten und mit der in letzter Zeit aufgetretenen Unart zu brechen, einzelne untergeordnete Gedankengänge oder gar einzelne Satzketten aus ihrem Zusammenhang zu reißen, um uns womöglich am Ende ganz andere politische Anliegen zu unterstellen. Es geht uns also um den Kampf gegen die Entsolidarisierung, gegen pro-feministische Tendenzen, gegen die verbreitete „Verweigerungshaltung“ und für die Wiederherstellung revolutionärer Moral im KB, für Kampf um mehr Gleichberechtigung unserer Genossinnen ohne Anleihen beim Feminismus.

## Leitung des Hamburger „Zentrums“

dafür einige, wahllos herausgegriffene Zitate aus unseren Krisendokumenten. In der Austrittserklärung der Genossin R. (Bezirksorganisation Bergedorf, 26.8.78) heißt es u.a.: „Wenn man nicht die Schritte seiner eigenen Situation beseitigen will, wie will man da eine Gesellschaft aufbauen, in der Freiheit und Gleichheit herrschen sollen? Ich meine, wie soll denn der Sozialismus aussehen, wenn nicht so, wie die Organisation oder Partei, die ihn aufbaut? [...] Das (meine „Befreiung, meine Selbstbestätigung“) bedeutet aber auch, hier und heute anzufangen, das zu ändern, was sich ändern läßt, und das sind im Moment leider nicht die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, sondern ihre Auswirkungen auf uns. [...] Der demokratische Zentralismus ist doch schon lange am Existenzkrisenpunkt, wenn nicht am Ende, der Politik bedeutet für mich Hierarchie.“

In einem weiteren Kritikpapier dreier Bergedorfer Genossen heißt es: „Von der oben erwähnten Schulung erhoffen wir uns ein tiefgreifendes Verständnis zentraler Zwischenmenschlichkeit und damit auch die Möglichkeit eines bewußteren Verhaltens schädlicher Verhaltensweisen. Denn wir meinen, daß dieses „sitirische Klima“ in der Organisation ein weiterer wichtiger Punkt ist, der zur „Reinigung“ führen muß, daß dieses „sitirische Klima“ in der Organisation ein weiterer wichtiger Punkt ist, der zur Resignation, Enttäuschung und zum Austritt führt. Ein Schulungsvorschlag dazu wäre vielleicht: „Angst im Kapitalismus“ von D. Duhm. (Erklärung vom 11.8.78, D. Duhm, 1.8.78, heute AAK.)

„Ein „ausgeflippter“ Genosse aus Hamburg“ erklärt im UW Extra, S. 7: „Der mangelnde persönliche Freiraum ist häufiger Auslöser für einen Austritt.“ [...] Es ist mir einfach unbegreiflich, wie man diese Gesellschaft verändern und revolutionieren will, wenn man den einzelnen Menschen dabei ausnimmt. Wohin dies führt, haben wir doch in allen Rev.-Staaten vor Augen.“

Bei diesen Beispielen erscheint also der Utopismus in spezifischen Kleid der Forderung nach „privater Revolution“, „Revolutionierung der zwischenmenschlichen Verhältnisse“ etc. „Im Prinzip“ gibt es gegen Forderungen dieser Art kaum sinnvolles einzuwenden. Allerdings können dieserart Forderungen „jetzt und sofort“ und „hier und heute“ im Rahmen des KB nicht eingelöst werden, ohne daß wir unseren Charakter als revolutionäre kommunistische Organisation aufgeben würden. Einleuchtend ist, daß ein Anwachsen von sog. „Beziehungsdebatte“ im KB die utopische Hoffnungen nährt, daß Probleme dieser Natur im bzw. mittels des KB in absehbarer Zeit zu lösen wären. Das kann u.E. in der politischen Praxis des KB nur im großen Kaltenjammer enden, der dann u.U. Grundlage für den schrittweisen Rückzug unserer Genossinnen aus der gemeinsamen Arbeit und — eventuell — schließlich sogar zum Austritt aus der Organisation führen.

Den bisher behandelten Fällen ist eine „überhöhte Erwartungshaltung“ in die „Leistungsfähigkeit“ des KB gemeinsam. V.a., die zum Schluß behandelten Fälle zeigen zusätzlich noch eine z.T. erschreckende Blauäugigkeit gegenüber den Verhältnissen des realen Kapitalismus, speziell in die

Möglichkeiten einer „individuellen Emanzipation“ außerhalb einer kommunistischen Organisation. Diese Kritik richtet sich nicht bloß gegen ausgegrenzte ehemalige Genossen, die diesen Schritt unter der Flagge der „privaten Revolution“ jetzt und sofort vollzogen haben, sondern auch gegen all die Genossinnen, die mit solchen Gedanken in unterschiedlicher Lautstärke sympathisieren, was unserer Erfahrung nach nicht gerade wenige sind.

Es ist u.E. ein eigentümliches Phänomen, daß heute zunehmend mehr Genossinnen daran glauben, daß die Entwicklung ihres Selbstbewußtseins, ihrer Emanzipation und „Selbstverwirklichung“ außerhalb des KB und ohne die „Belastung“ organisierter politischer Arbeit eher möglich ist als innerhalb des KB, also im Rahmen eines kollektiven Kampfes gegen eine Gesellschaftsordnung, die sich gerade dadurch auszeichnet, daß sie Ausbeutung und Unterdrückung, Anpassung statt Emanzipation, moralische und geistige Verkrüppelung u.ä.m. als selbst und umfassend nicht nur zur Voraussetzung hat, sondern sie Tag für Tag auf's Neue durchsetzt.

Eigentümlich ist dieses Phänomen gerade deshalb, weil die ursprünglichen Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus sowie die ursprünglichen gerade deshalb, weil die ursprünglichen Erfahrungen mit dem realen Kapitalismus sowie die ursprünglichen Motivationen zur Aufnahme politischer Arbeit (und zum Eintritt in den KB) geradezu umgekehrt waren. In den Hirnen vieler unserer Genossinnen muß im Lauf der Krise also eine eigentümliche Metamorphose der gesellschaftlichen Realität stattgefunden haben, an deren Beginn die Erkenntnis von Unterdrückung, Ausbeutung und Bevormundung stand sowie der Wille zum kollektiven emanzipatorischen Kampf dagegen und an deren Ende die „Verlockungen“ dieser selben gesellschaftlichen Realität samt ihrer leeren Verheißungen auf Schein-„Emanzipation“ übrig geblieben sind und jetzt geradezu als Erlösung vom mühseligen Kampf um kollektive Emanzipation gefeiert, oder doch zumindest hoch in Kurs gelobt werden.

Die Hinwendung zu Versuchen individueller „Schein-„Emanzipation“ hat u.E. das Ausbleiben echter gesellschaftspolitischer Veränderungen zur objektiven Grundlage, und zwar vermittelt über die zerbrochenen persönlichen Hoffnungen auf rasche politische Erfolge im Großen wie im Kleinen (z.B. im „eigenen“ Betrieb etc.). Dieser Umstand macht auch verständlich, daß der KB heute weitaus weniger krisengeschüttelt dasteht als vergleichbare andere Organisationen und Gruppen, die viel stärker als wir trügerische Hoffnungen auf rasche Erfolge im gesellschaftspolitischen Bereich genährt haben (erinnert sei z.B. in diesem Zusammenhang an die KBW Parole „Die Massen wollen nach links“ und die der KPD/ML „Auch im Industriegebiet ist Revolution die Haupttendenz“), demgegenüber im KB (z.B. mit Artikeln wie „Warm anziehen“) stets auf die Langfristigkeit politischer Veränderungen und ein umfassendes Verständnis in diese Problematik geworben worden ist.

In einem Krisenbericht heißt es dazu: „Es schlich sich nach und nach die „bürgerliche Ideologie“ ein, man

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 36

lebt nur einmal (was ja auch bei den Kollegen weit verbreitet ist) und man/frau will sich das doch auch mal schön machen, was vom Leben haben' (Krisenbericht des Genossen M., OTV-Bereich Hamburg, 10.9.78). Der Genosse weist interessanterweise darauf hin, daß er bereits seit 1970 bei uns organisiert ist.

Sollte es tatsächlich so sein, daß der reale Kapitalismus hier und heute die Rahmenbedingungen dafür liefert, daß man/frau sein/ihr Leben in vollen Zügen genießen kann (bei kleineren Unannehmlichkeiten im Detail), wie in dieser Krisenstellungnahme recht unverblümt angenommen wird, dann sollten wir schleunigst unseren Kampf gegen diese Gesellschaftsordnung einstellen zugunsten einer Verteidigung derselben.

Es greift bei uns eine Tendenz um sich, in allem Möglichen unmittelbare persönliche Befriedigung zu suchen: Eine Debatte wird weniger danach beurteilt, ob sie in einer bestimmten Frage Klärung, in einem bestimmten Problem Durchblick gebracht hat, sondern stärker, ob man/frau sich gut „einbringen“ konnte. Eine politische Aktion wird weniger danach beurteilt, ob sie die Sache vorangebracht hat, sondern stärker danach, ob sie man/frau „Spaß“ oder sonstwas gebracht hat. Die unmittelbare persönliche Befriedigung wird als Anforderung an den KB, an die Arbeit im KB, an die politische Arbeit überhaupt gestellt, bleibt sie aus, reagiert man/frau mit „Verweigerung“, Entzug, Rückzug und im Extremfall mit Austritt.

Es ist u.E. ein Punkt erreicht, an dem diese Tendenzen nicht mehr mit dem Hinweis auf die Krise „respektiert“, sondern im Gegenteil, an dem sie also transparent gemacht und bekämpft werden sollten.

### Die Zersetzung revolutionärer Moral

Die um sich greifende Zersetzung revolutionärer Moral ist gewissermaßen das Gegenstück zum krisenhaften Anwachsen des Utopismus innerhalb des KB. Einige Leserbriefschreiber an den AK sind zugleich erschütternde wie auch (hoffentlich) aufrüttelnde Dokumente dieser Krisenerscheinung. Die schleichende Entsolidarisierung im KB hat viele Gesichter, die u.E. bisher noch viel zu wenig in die Krisen-debatte eingebracht worden sind.

Die neueren Beiträge „Von einer, die rumog, das Licht zu lernen“ (in AK 158, Seite 17) w

wie „Eigentum ist Diebstahl“ (in AK 159, Seite 27) sind anschauliche Beispiele anscheinend völlig veränderter Sitten in Punkto persönliches Eigentum von Genossinnen. Sie sind zugleich anschauliche Beispiele dafür, wie weit sich Solidarität unter den Genossinnen und die Prinzipien revolutionärer Moral bereits zersetzt haben. Ginge es in diesen beiden Zeitschriften darum, aufzuzeigen, mit welcher Gedanken- und z.T. auch Rücksichtslosigkeit mit den persönlichen Habseligkeiten von Genossinnen umgesprungen wird, so gibt es umgekehrt auch eine Fülle von Beispielen von Herzlosigkeit und Rohheit gegenüber den Genossinnen (wie Lehrer, Facharbeiter etc.) gegenüber jungen Lehrlings- und Schülergenossen. Unter der Parole dies ist mein Geld, mein Auto, meine Wohnung, mein Fernsehapparat etc. werden v.a. unsere jungen Genossinnen im Regen stehen gelassen. War es früher z.B. selbstverständliche Tradition im KB (und davor im SALZ), daß zwei, drei „gut verdienende“ Genossinnen einen Lehrlings- oder Schüler-Genossen mit durchgeführt haben, mehrten sich heute Beispiele wo insbesondere die „Gutverdienenden“ eher nach „standesgemäßen“ Konsumtrachten. Diese Krisenerscheinungen haben selbstverständlich auch ihre politische Seite. Freier war es zu normal, daß unsere gestandenen Kameradinnen sich auch in ihrer „Freizeit“ um neue, schwächere etc. Genossinnen politisch gekümmert haben, mit ihnen zusammen Wohnungsgemeinschaften gebildet haben, mit ihnen zusammen ihr Feierabend-Bier getrunken haben etc. pp. Heute dagegen beherrschen Cliquen-Bildung, Herausbildung von Sitz- und Hackordnungen immer stärker das Bild. In diesem Klima wuchern dann Neid, Zwietracht, Gerücheweisen, Klatschsucht, Fälschlichkeiten, Konkurrenz etc. pp.

In allen diesen neuen Erscheinungen drückt sich u.E. eine zunehmende Abspaltung an unsere gesellschaftliche Umgebung (Reprivatisierung) aus, und zwar keineswegs im Sinne eines „Fisch-im-Wasser-Schwimmens“, sondern im Gegenteil: man/frau kopiert gerade die schlechten Elemente dieser Gesellschaft. Will man also den Utopismus als Krisenerscheinung anpacken, so sollte dies einen glaubhaften Kampf gegen die Tendenz zur Entsolidarisierung zur Voraussetzung haben, die heute schon ein recht unbefriedigendes Klima im KB geschaffen hat, in dem sich zurecht viele Genossinnen nicht mehr wohlfühlen. U.E. liegen in

diesen Umständen viele Grundlagen für die in neuerer Zeit aufkommenden utopistischen Forderungen. Utopismus und Entsolidarisierung sind u.E. ein klassisches Gegensatzpaar, bilden also eine „Einheit von Gegensätzen“. Diesen Zusammenhang haben u.E. Ha/KL nicht erkannt. Dennoch haben sie mit ihrem Denksatz uns selbst auf diese Spur gebracht. Es dürfte einleuchten, daß in einem Klima wie beschrieben nicht Emanzipation (unserer Genossinnen) gedeihen, sondern eher Chauvinismus (unserer Genossen). Ha/KL dagegen vermuten, daß die Sensibilität unserer Genossinnen gewachsen sei und umgekehrt ihre Unterdrückung eher zurückgegangen ist. Das ist nach unserer Erfahrung beides falsch. Nicht die Sensibilität unserer Genossinnen ist in letzter Zeit gewachsen, sondern ihre (u.F. berechnete) Angst vor einem schlechten Roll-back chauvinistischer Tendenzen. Mehr noch: U.E. ist darüber hinaus sogar ihre Hilflosigkeit gewachsen, wenigstens so auch manchmal im Tarnkleid kraftmeierischer Parolen einherkommt, wofür einige Leserbriefe aus AK 157, die sich gegen Ha/KL richten, gutes Anschauungsmaterial bieten. Auch das in letzter Zeit auf Versammlungen häufiger auftretende Gerede über „Frauenunterdrückung im Allgemeinen (wo dann konkret gar nichts besprochen/beschlossen wird), ist u.E. nicht Ausdruck gesteigerter Sensibilität, sondern zunehmende Hilflosigkeit.

In diesem Zusammenhang wechseln Ha/KL u.E. Wesen und Erscheinung: Richtig ist im allgemeinen, daß heute über Frauenunterdrückung häufiger gesprochen wird als früher und richtig ist wohl auch, daß bestimmte krasse Fälle von Chauvinismus in der Organisations-Öffentlichkeit seltener geworden sind, bzw. - um das mal etwas burleskos auszudrücken - daß unsere „Chauvis“ einfach auch geschickter geworden sind. Am Wesen der Sache ändert das erstmal nur wenig. Der Umstand, daß sich der Chauvinismus (gemeint ist der „gewöhnliche Chauvinismus“) re-privatisiert, heißt noch lange nicht, daß er abnimmt.

Wir erwähnten schon, daß Ha/KL den Zusammenhang von Utopismus und Entsolidarisierung nicht erkannt haben, was wiederum einige weitere Irrtümer nach sich gezogen hat, die Jahr der Anlaß für den vielstimmigen Chauvinismus-Vorwurf im darauffolgenden AK (Nr. 157) waren. So konkretisierten Ha/KL ihren Utopismusvorwurf exemplarisch an Artikeln über Verhältnisse und gegen die Organisationsform der Kette. Dieser

Vorwurf ist in der Tat ein Vergleich zu ermöglichen - etwa das selbe, als würden wir Kritik an der Herausbildung dogmatischer und sektiererischer Strömungen mit Artikeln zu „belegen“ versuchen, die den Kampf gegen den Opportunismus zum Inhalt haben. Das ist ein böser methodischer Fehler, der Ha/KL unterlaufen ist und der Ansatz einiger ihrer Kritiker(innen) ist, Zweifel an der Ehrlichkeit Ha/KL's anzumelden. Dennoch halten wir diesen methodischen Fehler für die eigentliche Quelle einiger Ausreißer und Entgleisungen in den Artikeln von Ha/KL, und nicht etwa frauenfeindliche Motivation, wie vielfach angenommen wurde. Allerdings ist in der praktischen Konsequenz ein Unterschied zwischen beiden naturgemäß nicht, bzw. kaum noch erkennbar. Darum sollten Ha/KL jetzt nicht gekränkt sein, wenn sich ihre Kritikerinnen vielleicht etwas bemächtigten und rabout dagegen gewehrt haben. Gerade unsere Genossinnen (und auch unsere jungen Genossen) haben in einem Klima um sich greifender Entsolidarisierung viel zu verlieren. Das kann selbstverständlich nicht hingenommen werden.

Zusammenfassend meinen wir, daß die Entsolidarisierung die gefährlichste Erscheinungsform in der Krise ist der gegenüber der Utopismus nur als Nebenaspekt, z.T. als Echo oder Reflex davon erscheint. Darum muß gegen die krisenhaften Verfallserscheinungen revolutionärer Moral und die Verwässerung guter Sitten der Hauptstoß geführt werden. Der Kampf gegen die Entsolidarisierung gehört nicht in den „privaten“ Bereich, ist kein „Beziehungsproblem“ sondern muß öffentlich - auch im AK - geführt werden. Es ist u.E. Aufgabe unserer örtlichen Frauenarbeitsgruppen, diesen Kampf zu organisieren, bzw. zu unterstützen (z.B. durch Abfassung zusammenfassender Artikel dazu etc.).

Umgekehrt halten wir die Aufforderung, künftig „auf dem Gebiet des Persönlichen“ mehr zu tun - wie das in einem Leserbrief indirekt angeregt worden ist (AK 157, S. 51) für ebenso undifferenziert wie die in letzter Zeit öfters vernommene Parole „das Private ist politisch“ (was auch öffentlich zu behandeln) stellt sich also die Frage der Abgrenzung dessen, was wir aus dem „privaten“, „persönlichen“ Bereich unserer Genossinnen öffentlich behandeln sollten und was möglichst nicht.

Ohne politischen Wert sind u.E. Erlebnisberichte einzelner Genossinnen, die ausschließlich oder doch

hauptsächlich persönliche Querelen behandeln, über die sie im Einzelnen verärgert sein mögen, die aber nicht oder nur wenig mit unserem Kampf gegen die Entsolidarisierung zu tun haben. Unser Weggefährte Mao gibt dazu in seiner Abhandlung „Über den Subjektivismus“ (in seiner Schrift „Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei“, Werke Bd. I, S. 126) einige brauchbare Hinweise. Man solle sich vor „Willkür und Vulgarisierung der Kritik hüten; jede Meinungsäußerung muß auf Tatsachen beruhen, die Kritik muß den politischen Aspekt betonen.“ Dagegen führe „unbegründeter Klatsch und gegenseitiger Argwohn“ zu „prinzipiellen Zwistigkeiten und zum Zerfall der Parteiorganisationen.“ „Persönliche Mängel sollen, wenn sie nicht mit politischen oder organisatorischen Fehlern verbunden sind, nicht allzuviel getadelt werden.“ Andernfalls bestünde Gefahr, daß die Genossinnen „in Verlegenheit geraten“ würden, „ängstlich und übervorsichtig werden“, darüber dann „die politischen Aufgaben der Partei vergessen“. In allem begi - Mao zufolge - „eine große Gefahr“.

Ebenfalls nicht in unsere Diskussion gehören u.E. rein persönlich gefärbte Berichte unserer Genossinnen über ihre sexuellen Erlebnisse, die allzuoft gern als Schritte der Emanzipation oder umgekehrt auch als negatives Anschauungsmaterial gefeiert, bzw. angeboten werden. Ausgenommen davon sind selbstverständlich Enthüllungen, die sich gegen sexuelle Gewalt richten. Kategorisch abgelehnt werden müssen also Versuche seitens einzelner Genossinnen und/oder Teilen der Organisation, sich mittels welcher Methoden auch immer (von Psycho-Terror bis hin zum freundlich verbrämten moralischen Druck) in „private“ Verhältnisse anderer Genossinnen einzumischen, sofern sie nicht ausdrücklich darum gebeten werden. Dazu notierte N.K. Krupskaja: „Mir scheint, die Forderung (Lenins), nicht mit gierigen Händen in einer fremden Seele zu wühlen, war gerade Hinweis für wahres Feingefühl“ (Das ist Lenin S. 205).

bleibt es zu fragen, daß bestimmte Formen der Entsolidarisierung zwischen auch Eingang in die Diskussion sehr „privat“ und Ausnahmefälle gefunden haben, wofür wiederum die hier behandelte Debatte einige gute Beispiele gibt. Zu diesem speziellen Punkt wollen wir uns noch gesondert - womöglich in einer der nächsten AK-Ausgaben - äußern.

# Krise und Krisenliteratur

# Krise und Krisenliteratur

Ha/KL beschäftigen sich u. a. mit dem Aspekt, daß jede politische Krise ihre spezifische Krisenliteratur produziert. Damit ist gemeint, daß politische Rückschläge, also objektive Vorgänge, politisch und literarisch in „Abrechnungen“ mit revolutionären marxistischen Auffassungen weitergeführt werden. Diese Literatur vertieft die Krise durch ihre Rückwirkung auf marxistische Organisationen, versucht sie zu verewigen. Beispielhaft werden bei Ha/KL drei Bücher genannt: „Rubinroter Dschungel“, „Die Scham ist vorbei“ und „Häutungen“. Diese Bücher halten Ha/KL für „denkbar ungeeignet, einen konkreten Ausweg aus der Sackgasse der Frauenpolitik zu weisen“. Den großen Anklang, den diese Bücher auch im KB finden, führen Ha/KL darauf zurück, daß sie von „persönlicher Betroffenheit“ ausgehen, daß sie an existierende Probleme und Hoffnungen anknüpfen. Dieses gekonnte „Abholen“ der Leser stellt den Blick für die politischen Konsequenzen der Bücher und bringt sogar rückschrittliche Ideologien an die Frau (bzw. den Mann). Ha/KL vertreten die Auffassung, daß solche Bücher gegenwärtig bei den Frauen im KB einen größeren Stellenwert haben als revolutionäre Frauenliteratur, in der die Emanzipation der Frau im Kontext des Klassenkampfes, „in der Konfrontation mit den herrschenden Verhältnissen“ beschrieben wird.

### Die Leserbriefe zur „Krisenliteratur“

Vier der insgesamt vierzehn Leserbriefe in AK 157 gehen auf diesen Gedankengang bei Ha/KL ein oder streifen ihn zumindest, gemessen an der Wichtigkeit der Frage ist die Debatte dieses Komplexes noch unterentwickelt.

Bine beschuldigt Ha/KL lediglich, „hämische Bemerkungen über

die Literaturvorlieben von Genossinnen“ gemacht zu haben. Hauptsächlich polemisiert Bine dann gegen den Begriff „sprachschändersche Exzesse“, mit dem Verena Stefana „Häutungen“ belegt werden - bei so viel „deutschem Puritanismus“ habe sich Bines „Magen umgedreht“. Bine verlagert ihre Polemik leider auf einen lokalen Nebenaspekt, der sprachlichen Beurteilung von „Häutungen“. Aber selbst in diesem Punkt hat Bine unrecht, denn das unverständliche Geschehen der Stefan wird von dieser als „neue Sprache der Frauen“ ideologisiert, ist also nicht nur „künstlerische Ausdrucksform“, sondern die Erklärung des Schwachsinn zur „Theorie“. Bines superschärfe Polemik legt ein wenig die Vermutung nahe, daß sie mit der schroffen Ablehnung des Buches durch Ha/KL nicht einverstanden ist.

E. Kulturkommission unterschiebt Ha/KL, sie haben die „Häute“ der Frauenbücher nur ins Spiel gebracht, um den „typisch weiblichen Unverstand“ behaupten zu können. Ihre Bemerkungen über das Wesen revolutionärer Frauenliteratur und ihre Behauptung, daß diese gegenwärtig wenig in der Diskussion wäre, geißelt E. „Das ist unseren kleinhäutigen, öffentlichen Gehirnen natürlich zu hoch“. E. ist durchgängig bemüht, durch eine krasse Überzeichnung der Positionen von Ha/KL zu „belegen“, daß die Göttinger noch viel, viel rabiatere Frauenfeinde sind, als sie offen schreiben. E.'s knapper Text ist daher wohl auch hauptsächlich von dem Gedanken getragen, solche Diskussionen über den Text dieser „Ratten“ zu verhindern, die über die Feststellung und Verurteilung des Chauvinismus hinausgehen.

Der Artikel „Ob, hat nur mein Busen web ...“ vertritt (nicht nur) bezüglich besagter Passage bei Ha/KL

„Da meint man(n) doch tatsächlich, uns vorschreiben zu können, wie unsere Frauenpolitik aussehen soll, was wir lesen sollten und was nicht, wann und worüber wir diskutieren dürfen“. Im Schlußteil des Artikels wird dieses „Ansinnen“ zurückgewiesen. „Am besten ist, ihr (gemeint sind hier „die Männer“, nicht nur Ha und K.) seid erstmal ganz still, ihr laßt uns unseren Weg gehen! Wir wollen uns emanzipieren, wir wollen uns nicht vorschreiben lassen, was wir diskutieren sollen! Wir werden Artikel schreiben, die uns gefallen, wir werden lesen, was uns gefällt und wollen uns eine eigene Meinung über diese Bücher bilden“. Die beiden Genossinnen äußern am deutlichsten, daß sie mit Ha und K. nicht diskutieren wollen, sie begründen diese Ablehnung durchaus nicht nur mit den politischen Positionen der Göttinger, sondern sie bestreiten tendenziell den KB-Männern das Recht (zumindest aber die Fähigkeit), Frauenpolitik zu diskutieren, Bücher zu besprechen etc. Von diesem Grundgedanken her ist es nur logisch, daß die Genossinnen auf Ha/KL's Überlegungen zur Frauenliteratur nicht eingehen. Diese bewußte „Verweigerung“ wird untermauert mit der Behauptung, Ha/KL wollten vorschreiben, was gelesen, diskutiert etc. werden darf. Die Genossinnen bedienen sich schlicht eines Tricks, wenn sie einen Diskussionsbeitrag mit einer administrativen Maßnahme „verwechseln“. Der Trick dient offensichtlich dazu, den Göttingern eine ganz besondere Gefährlichkeit zuzusprechen.

Am ausführlichsten steigt U.I. „Hamburg“ ein. Auch U.I. unterstellt den Göttingern allerschlechtesten Absichten, wenn sie feststellen, ihnen gebe es nicht darum, „den Frauen (im KB) durch eine Diskussion über die Entsolidarisierung den Weg zu zeigen“. Als direkten Beleg für diese These

führt U.I. fort: „Z. B. im Beitrag zur Krisenliteratur, wo das Buch „Rubinroter Dschungel“ als „literarisch minderwertig“ abqualifiziert wird, nur weil es keine Systematik beinhaltet und eben „nur“ ein Beitrag für eine diskriminierte Minderheit ist“. Hier polemisiert U.I. äußerst unsauber.

Erstens: Die Bezeichnung „literarisch minderwertig“ ist bei Ha/KL, ohne jede politische Relevanz, sie drückt lediglich aus, daß Ha/KL sich für Kunstschwerförmigkeiten halten. Zweitens: Ha/KL werfen dem Buch überhaupt nicht vor, daß es „keine Systematik beinhaltet“. Drittens: Sie kreiden dem Buch nicht an, daß es sich nur für eine unterdrückte Minderheit einsetzt - also nur ein „beschränktes Ziel“ verfolgt. Ha/KL's Gedankenführung ist ganz schlicht, daß „Rubinroter Dschungel“ die kapitalistische Ideologie des „american way of life“ vertritt und daß im Rahmen der set Ideologie recht ungezwungen über lesbische Liebe geschrieben wird. Stimmt Ha/KL's Beschreibung (dazu weiter unten), handelt es sich also im wesentlichen um ein stockreaktionäres Buch, das auch für die Masse der unterdrückten Homosexuellen keinerlei positiven Wert hat.

U.I. fährt fort, Ha/KL hätten sich konkreter mit den Büchern und der Argumenten ihrer Verteidigung auseinandersetzen müssen (im AK) und sie pflichten ihnen überraschend bei, daß „der Zusammenhang zur Krise sicherlich nicht falsch“ ist. Den Hinweis von Ha/KL auf revolutionäre Frauenliteratur hält U.I. für banal, weil „wir Genossinnen ... schon selbst darauf gekommen (sind), Klassenkern ... zu schulen“.

Zentrales Anliegen U.I.'s scheint zu sein, Ha/KL's Überlegungen weitestgehend als Hingespinnste abzutun: „Mir ist nicht bekannt, daß Genossinnen des KB die oben genannte Lek

türe als Schulungsmaterial des KB verstehen oder diese auf Frauenversammlungen ausschließlich diskutiert wird. In der Regel ist dies die Beilektüre für Genossinnen, so wie dies für Genossen der Fußballreife oder die Comics sein mögen ...“.

Nach U.I.'s Meinung spielen die Ideologien der von ihr selbst und Ha/KL als „Krisenliteratur“ bezeichneten Bücher im KB (fast) keine Rolle, sie haben für die KB-Politik ungefähr den Stellenwert des Spiels zwischen dem FC St. Pauli und Olympia Wilhelmshaven.

Um die Antworten auf diesen Aspekt bei Ha/KL zu vervollständigen müssen zumindest drei Buchbesprechungen der sogenannten Krisenliteratur im AK erwähnt werden.

Zum Buch „Rubinroter Dschungel“ sind im AK zwei Besprechungen zu lesen (Nr. 151 und 154). Beide Genossinnen sind von dem Buch schlicht begeistert („Einer der besten Frauenromane der letzten Zeit“) und empfehlen daher dringend die Lektüre. Die Buchbesprechungen weichen nur in Nuancen voneinander ab (dazu weiter unten). Diese Genossinnen werden gegen Ha/KL's Sichtweise dieser Bücher strikt ankämpfen. Gleiches gilt für Sicherheit für die Berliner Genossin und ihren Freund, die in AK 157 dem Buch „Die Scham ist vorbei“ uneingeschränkt applaudieren. Auch in KB-internen Diskussionen wurden Ha/KL's Frauenfeindlichkeit häufiger damit „belegt“, daß sie bezweifelnderweise so wertvolle Bücher angreifen.

Erwähnenswert scheint noch eine Variante, die nicht im AK auftaucht aber in KB-Versammlungen doch eine gewisse Rolle gespielt hat. Hiernach ist das besonders diffamatorische an Ha/KL's Überlegungen die Unterstellung, KB-Genossinnen würden „diese

Fortsetzung nächste Seite







# „Grauzonen des Feminismus“?

In mehreren Leserbriefen in AK 157 wird Ha. und Kl. vorgehalten, daß sie ihre Kritik an feministischen Tendenzen im KB nicht konkret belegen. Die Hannoveraner Genossinnen sprechen von „Glaubensbekenntnissen“, mit denen die Göttinger operieren. Auch Kt. und eine Bremer Genossin weisen darauf hin, daß die tatsächlichen unkonkret beschrieben werden.

Dieser Kritik stimmen wir uneingeschränkt zu, besonders die sorglose Verwendung von Einleitungen wie „... ich kann mir vorstellen (...), daß im Bewußtsein vieler Genossinnen ...“ läßt darauf schließen, daß die beiden Göttinger eine hohe Meinung von der „göttinger These“ haben, während sie der faktennahen Beweisführung wenig Bedeutung beimessen. Diese Eigenschaft kann bei Glücksspielen enorme Gewinne erzielen (Außen-Seite-Siegel), sollte aber in der Politik nicht ausgelebt werden.

Die Antworten auf Ha./Kl. machen sich diese Schwäche zunutze, indem sie ihrerseits auf eine Diskussion der zentralen Gedanken der Göttinger verzichten.

Die Durchsicht der Leserbriefen gegen Ha./Kl. läßt zwei Feststellungen zu, die zusammengefaßt schon erstaunlich und Erstaunliches in mehreren dieser Leserbriefe ausdrücklich dem zugestimmt, daß es feministische Tendenzen in unserer Organisation gibt, und zweitens wird die Auseinandersetzung darum konkret in keinem der Leserbriefe aufgenommen – so daß es weitgehend im dunkeln bleibt, ob die Bedeutung, die Ha./Kl. diesen Tendenzen beimessen, als „Beobachtungen“ als feministische Tendenzen bewertet oder völlig unterschiedliche Maßstäbe genommen werden.

Ha. umreißt sein Verständnis des Feminismus ziemlich präzise: „Wenn es ein Dogma des Feminismus gibt“, schreibt er, „dann ist es die autonome, Männerorganisationen“ unabhängige eigenständige Organisierung von Frauen. Nahezu jede feministische Autonomie behauptet auf diesem Grundsatze als der wesentlichen Voraussetzung der Befreiung der Frau.“

Zwei Leserbriefe bestätigen feministische Tendenzen im KB ausdrücklich. Für Pa. aus Göttingen ist die „berechtigte Kritik an feministischen Auswüchsen“ allerdings nur Tarnung für eine „Generalisierung“ mit den Frauen. Ha. stellt fest, daß es „unter KB-Genossinnen feministische Strömungen in verschiedenen Ausprägung“ gibt, „worunter auch das Infragestellen einer kommunistischen Organisation fällt“, und verweist auf „die Berichterstattung über die Arbeitskonferenz“.

Der Artikel der Genossin der Hamburger AGF und einer anderen

Der Artikel der Genossin der Hamburger AGF und einer anderen Genossin bestätigt Ha./Kl. die Wiedergabe von Positionen, die tatsächlich einige Genossinnen als Diskussionsansatz vertreten haben“, konstatiert Keimformen des Feminismus als zumindest für die Vergangenheit. Der Diktator ist zu entnehmen, daß so diese Tendenzen für dermaßen schwach halten, daß eine größere Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung nicht nötig erscheint.

Möglichweise deutet auch Kt. seine Bestätigung feministischer Tendenzen an, wenn er auf eine „sehr langem geführte ziemlich scharfe und emotionalisierte Geschlechterdiskussion in Göttingen“ hinweist.

Gar keine Begründung, warum er sich mit den von Ha./Kl. kritisierten „feministischen Tendenzen“ nicht auseinandersetzen will, findet sich in Ha.'s Leserbrief. Das muß in diesem Fall umso „verständlicher“ sein, weil Ha. derjenige ist, der die von Ha./Kl. benannten Tendenzen am präzisesten von allen ihren Gegnern bestätigt (s.o.).

Eine Anmerkung, daß sich (irgendwann später) mit den Kritikpunkten Ha./Kl. auseinandergesetzt werden soll, enthält der Leserbrief von Pa. von der Göttinger AG Frauen. Pa. schreibt, daß sie auf die auch ihrer Meinung nach „im KB existierenden feministischen Tendenzen“ ... lieber in anderem Zusammenhang, an konkreten Fragen eingehen möchte.

Nicht auszuschließen ist, daß auch Kt. Überlegungen zum Feminismus meint, wenn er seine Stellungnahme mit den Worten schließt: „Daß ich damit längst nicht allen Aspekten besonders im Artikel von Ha. ge-

recht werde, ist mir klar. Diese Aspekte sollten nicht verloren gehen.“ Das klingt ja vertrauensweckend, aber zunächst mal ist es eine Tatsache, daß diese „Aspekte“ in diesen Antworten auf Ha./Kl. „verloren“ gegangen sind.

Ha./Kl. sprechen in ihren Artikeln von „Grauzonen des Feminismus“ im KB und kritisieren die AG Frauen und die AK-Redaktion dahingehend, diesen Strömungen nicht genügend entgegengetreten zu sein. In ihrer Antwort auf Ha./Kl. kontiert die AG Frauen auf diese Kritik mit der Preisfrage: „Wieviele feministische oder tendenziell feministische Artikel sind bisher im AK erschienen? 30, 20, zehn, zwei oder einer oder gar keiner?“ Die richtige Lösung dieser „Preisfrage“ wurde KB-intern gleich mitgeteilt: ein tendenziell feministischer Artikel (gemeint ist der Leserbrief zum KB-Leben Treff in AK 158, zu dem im selben AK von der AG Lesben kritisch Stellung bezogen wurde).

Eine halbwegs ernsthafte Beantwortung der „Preisfrage“ setzt eine vereinheitlichte Definition dessen voraus, was denn überhaupt ein „feministischer Artikel“ ist. Unseres Wissens allerdings gibt es in der KB-Publikistik nicht einmal eine nachlesbare Definition des Begriffes „Feminismus“. In der organisationsinternen Debatte wird der Begriff „Feminismus“ nach unserer Erfahrung willkürlich für beliebige Erscheinungsformen verwendet, in letzter Zeit zunehmend mit verheerenden Tendenzen, etwa nach der Devise „So schlimm ist der Feminismus doch gar nicht“, „Der Feminismus hat auch seine guten Seiten“.

Was ist das eigentlich gegen den Feminismus?

Unter Frauen ist allen feministischen Strömungen gemeinsam, daß sie die besondere Unterdrückung der Frauen durch die Männer und damit den Geschlechterkampf als das alles Entscheidende darstellen. Die Lösung der Frauenfrage (also die Aufhebung der besonderen Unterdrückung der Frauen durch die Männer) wird entweder von der Lösung der Eigentumsfrage abgetrennt („unabhängig“ vom Klassenkampf), ihr vorangestellt (Lösung der Frauenfrage „vor“ der Eigentumsfrage) ihr übergeordnet oder zumindest gleichgestellt. Dies sind unseres Erachtens die Hauptmerkmale aller feministischen Strömungen und sie sind zugleich die wichtigsten Abgrenzungsmerkmale des Feminismus zum Marxismus. Alle anderen zum Teil auch wesentlichen – Charakteristika des Feminismus sind demgegenüber untergeordneter Natur.

Sofort die Genossinnen der AG Frauen unter einem „feministischen Artikel“ also die direkte Propaganda der theoretischen Grundannahmen des Feminismus zweifelhaft noch in ausdrücklicher Abgrenzung vom

Marxismus. Das ist ein Widerspruch, der im Marxismus verstanden werden wollen, so bestätigen wir ihnen gern, daß solche Artikel nicht im AK existieren. Solcherart Artikel finden sich sogar kaum in der „Emma“ oder „Courage“. Allerdings sprachen Ha./Kl. auch von „Grauzonen des Feminismus“ und hatten natürlich auch nicht behauptet, daß im AK die theoretischen Grundlagen des Feminismus propagiert wurden.

Wir selbst fanden nur einen einzigen Artikel, der einen Ansatzpunkt von „feministischen Artikeln“ der oben angegebenen Art beinhaltet, und zwar peinlicherweise gerade den Artikel, in dem die AG Frauen die hier behandelte „Preisfrage“ aufstellt. Nachdem die Genossinnen ganz richtig die unter „marxistischen (hauvis)“ beliebte Spielerei, „Nebenwidersprüche“ (= Frauenfrage) mit Nebenwidersprüchen zu verwechseln, beschrieben haben, heißt es dann – locker vom Hocker – weiter: „Die Unterscheidung von Haupt- und Nebenwidersprüchen ist durchaus richtig – solange sie nicht dazu führt, die Nebenwidersprüche bis zur Unkenntlichkeit unterzuordnen“ oder unverbindlich als „Hauptwiderspruch“ (Bourgeoisie-Proletariat) zurückzuführen.“ Das Interessante an den Nebenwidersprüchen ist gerade, daß sie im Einzelfall durchaus voneinander Hauptwidersprüche lösen können“ (AK 159, S. 45).

So goldrichtig die erste Zitat-Äußerung ist, so ganz und gar falsch ist die zweite. Sie legt nahe, daß die Frauenfrage voneinander Eigentumsfrage lösbar sei. Tatsächlich ist das Gegenteil vereinheitlichte Position unter Marxisten. Erst nach der Lösung der Eigentumsfrage kann das

Problem der besonderen Unterdrückung der Frauen gelöst werden. Andere Ansichten sind erstens idealistisch, zweitens feministisch und drittens verkennen sie die historischen Wurzeln der Frauenunterdrückung (vgl. dazu v.a. Karin Bauer, „Clara Zetkin und die proletarische Frauenbewegung“, S. 20 ff). Dies gilt für die gesellschaftliche Dimension ebenso wie für die innerorganisatorische Dimension. Also auch innerhalb des KB können wir die Frauenfrage nicht von einer allgemeinen gesellschaftlichen Umwälzung „lösen“, allenfalls können wir hier mit besonderer Energie und möglichst großem Erfolg dieses Problem an den Hörnern packen. Dies erfordert allerdings einen dauerhaften Kampf gegen alle Formen des Chauvinismus etc., demgegenüber kann gerade Frau nicht auf eine abschließende „Lösung“ des Problems hoffen. Wir möchten nicht glauben, daß bei dem oben erwähnten Zitat unserer Genossin bloß ein Formulierungsfehler „durch die Lappen gegangen“ ist und sie in Wirklichkeit nicht die „Lösung“, sondern – sagen wir – das „Anpacken“ dieser Frage gemeint haben, weil in diesem Fall der von uns kritisierte Text zur ausgelassenen Benützung zusammenkommen würde.

Eing mit den Genossinnen der AGF sind wir also beim Zurückweisen der alten durchsichtigen Spielerei unserer „Chauvis“ mit den „Haupt- und Nebenwidersprüchen“, wenn es gilt, die Frauenfrage als Nebenwiderspruch abzuheben. Nicht eing mit den Genossinnen sind wir, wenn im gleichen Atemzug Andenken beim Feminismus gemacht werden. So „frauenfeindlich“ ist der Marxismus gar nicht, als daß er nicht genügend für die Behandlung derartiger Märchen herbeigebracht würde. Es ist für Marxisten gar nicht mal etwas besonders, daß zu bestimmten Zeiten, in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen etc. Nebenwidersprüche den gesellschaftlichen Hauptwidersprüchen überlagern, die in den Hauptwidersprüchen drängen etc. Dies gilt für die Frauenfrage ebenso, wie z.B. in bestimmten Ländern für die Agrarfrage, das Problem des Analphabetismus etc. Der nebenwidersprüchliche Charakter der Frauenfrage mag also erstmalig gar nichts über ihre Bedeutung, Wichtigkeit, Aktualität etc. aus sich heraus sagen können das bestre-

it. Marxisten bedeutet der nebenwidersprüchliche Charakter eines Problems nicht, daß es für sich genommen nicht lösbar ist, sondern an die Lösung dieses Problems nur gedacht werden kann in Zusammenhang mit der Lösung des gesellschaftlichen Hauptwiderspruchs. Im Kontext ebenso wie es richtig ist, daß der Sozialismus nicht ohne Lösung der Frauenfrage denkbar ist, so ist umgekehrt die Lösung der Frauenfrage nur im bzw. durch den Sozialismus möglich. Zum anderen bedeutet

der nebenwidersprüchliche Charakter eines Problems für Marxisten eine ganz bestimmte Strategie, eine ganz bestimmte Linie in der Propaganda und Agitation dazu. Die Mobilisierung, Aufklärungsarbeit, Propaganda und Agitation an einem Nebenwiderspruch – sagen wir der Frauenfrage – muß (aufs Ganze gesehen) die Aufdeckung des gesellschaftlichen Hauptwiderspruchs zum Ziel haben.

Wir wollen noch einmal auf die schon erwähnte „Preisfrage“ der AGF zurückkommen, mit der die Genossinnen anscheinend belegen wollten, daß zumindest unsere AK-Berichterstattung „feministisch“ ist. Richtig ist also, daß es keinerlei Artikel gibt, die den „Feminismus an sich“ propagieren. Daraus bereits schließen zu wollen, daß unsere Berichterstattung etwa „feministisch“ wäre, ist ein etwas schätzihriges Unterfangen. Tatsächlich bietet der AK insgesamt auch keinen Artikel, der den „Feminismus an sich“ propagiert. Daraus etwa schließen zu wollen, daß es sich beim AK nicht um eine marxistische Zeitung handeln würde, müßte wohl als „starkes Stück“ zurückgewiesen werden.

Eine marxistische Zeitung kennzeichnet sich also dadurch, daß unterschiedliche Ereignisse, Probleme etc. aus marxistischer Sicht kommentiert, behandelt, analysiert etc. werden. Unterstellt man diesen Gedanken der „Preisfrage“, sollte also gemeint sein: „Wieviele Frauenartikel sind im letzten Jahr im AK gedruckt worden, die eher vom Standpunkt des Geschlechterkampfes und weniger aus der Sicht des Kampfes gegen den Kapitalismus ein be-

stimmtes Problem behandeln?“, so wäre die Fragestellung ganz unsinnig. Denn selbst ein einzelner oder auch mehrere Artikel, die ganz und gar einseitig den Geschlechterkampf zum einzigen Behandlungsgegenstand hätten, oder von diesem Standpunkt ein bestimmtes Problem beleuchten sind noch lange keine „feministischen Artikel“. Denn: Geschlechterkampf ist notwendig, er gehört zu unserer selbstverständlichen politischen Standardausrüstung.

Marxistische Frauenpolitik zeichnet sich nicht nur durch aktive Propagierung des engen Zusammenhangs von Geschlechter- und Klassenkampf aus, sondern ebenso durch scharfen ideologischen Kampf gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Frauenpolitik (Feminismus) sowie durch klare Abgrenzung gegenüber allerhand Modeströmungen und des sogenannten „Totthaus“-Politik (vgl. Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 3, Erinnerungen an Lenin, S. 132-137).

Dies vorausgeschickt, ist es unseres Erachtens tatsächlich interessant und aufschlußreich, das letzte Jahr AK-Frauenberichterstattung durchzugehen, und – so möchten wir diese Anregung der AGF noch ergänzen – mit früheren Jahrgängen zu vergleichen.

Nur ganze vier Artikel befassen sich mit Abgrenzungen von feministischen und Modeströmungen, jeweils einer zur Walpurgisnacht und zum Hamburger Frauenzentrum und zwei zum Sekretärinnenkongreß. Das war schon die ganze „Ausbeute“. Von diesen vier Artikeln befaßt sich sogar im Grunde genommen überhaupt nur ein einziger mit wirklicher Auseinandersetzung und Abgrenzung vom Feminismus (Walpurgisnacht), während die anderen drei Artikel nur ganz nebenbei einzelne Auswüchse des Feminismus beschreibend erwähnen.

Mit den „Grauen Zonen des Feminismus“, also mit feministischen und halb-feministischen Tendenzen innerhalb des KB deren reale Existenz zu leugern, beschränken wir uns, sondern ausdrücklich bestätigt wird, hat sich die AK-Frauenberichterstattung – des letzten Jahres überhaupt nicht ausgenommen – in drei Artikeln (AK 137 „KB-Frauenpolitik in der Sackgasse“, AK 150 „Zwischenbilanz“, AK 155 zur Frauenversammlung im KB) werden solche Strömungen bzw. Positionen entweder knapp erwähnt oder etwas länger (AK 155) beschrieben, unseres Erachtens sogar etwas verhältnismäßig.

Unter diesen „Rahmenbedingungen“ ist es unseres Erachtens gar nicht verwunderlich, wenn innerhalb unserer Organisation die „Grauen Zonen des Feminismus“ wachsen, v.a. in solchen Organisationsstellen, die nur über ungenügend qualifizierte und geschulte Genossinnen verfügen.

Zusammengenommen meinen wir, daß es unter unseren Genossinnen eine Reihe von Abweichungen in Richtung des Feminismus gibt, die – mit einzelnen Ausnahmen – jede für sich genommen noch nicht den Tatbestand eines „ausgewachsenen Feminismus“ erfüllen, die aber zusammengekommen doch Ausdruck für ein Anwachsen der „Grauzonen des Feminismus“ (Ha./Kl.) innerhalb unserer Organisation sind.

Aus dem bisher Geagten ergibt sich, daß die „Grauzonen“ konkret nicht aus der AK-Berichterstattung nachweisbar und schämer noch bei der Tatsache, daß – vor dem Hintergrund höchst uneinheitlicher Ansichten über Wesen und Erscheinungsformen des Feminismus – diese feministischen Tendenzen im KB zwar „allgemein“ bestätigt werden, aber gleichzeitig konkret undifferenzierbar gehalten werden und insofern nicht angegeben worden ist, in welchen organisatorischen Gewändern sie in der organisationsinternen Öffentlichkeit in Erscheinung treten. Insgesamt läßt sich sagen, daß wir es nicht nur auf der Ebene des AK, sondern – mit gewissen Einschränkungen – auch auf der Ebene der innerorganisatorischen Debatte mit einer Art „Waffenstillstand“ von marxistischen und feministischen Vorstellungen zur Frauenpolitik des KB zu tun haben.

Obgleich wir uns nicht für Spezialistinnen in Sachen Frauenpolitik halten, haben wir dennoch gewagt, uns erreichbare innerorganisatorische Protokolle und Dokumente (insgesamt 86) durchzusehen, um uns ein Bild der wichtigsten konkreten Erscheinungsformen pro-feministischer Tendenzen im KB zu machen.

Man/frau möge uns nachsehen, wenn wir nicht gleich im ersten Ansatz ein vollständiges Bild wiedergeben können oder womöglich das eine oder andere Zitat nicht vollständig interpretieren oder einordnen. Wir wollen damit einen Anfang für diese Debatte machen.

Als Quellen für feministische Tendenzen im KB haben wir folgende kategorisiert. Einmal die Tendenz einer Abwendung von Themen der Frauenmassenarbeit und eine alternative Zuwendung zur sog. „Frauenbewegung“ im KB. Zweitens eine Tendenz der Losrennung vom (männlichen Teil) des KB. Drittens die Tendenz einer Verwischung der schon erarbeiteten Abgrenzungen zum Feminismus und der zunehmende direkte Angriff auf alte im wesentlichen korrekte anti-feministische Artikel. Im AK Viertens gewisse Erscheinungen eines Solidaritätsbruchs gegenüber Genossinnen, die sich den Doktrinen des Feminismus nicht anpassen bereit sind.

Die Umorientierung der Debatte auf „innerorganisatorische Probleme“

Relativ vollständig durchgesehen haben wir die Protokolle des letzten Jahres aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und NRW, dazu vereinzelte Berichte aus Hamburg, Bremen und Westfalen, Berichte aus anderen Regionen liegen uns nicht vor. Aus diesen Berichten ergibt sich, daß sich etwa ein Drittel dieser Dokumente mit Themen der Frauenmassenarbeit befassen. Das wäre ohne die Berichte aus Schleswig-Holstein noch negativer ausgefallen, die mehrheitlich diese Themen behandeln. Zwei Drittel der Berichte befassen sich mit mehr oder weniger privater Problematik. Aber daran zeigt sich schon, daß zumindest unsere Genossinnen die Parole „Macht das Private öffentlich“ auf Ortsgruppen-Ebene schon längst verwirklicht haben und die ständige Wiederholung dieser ungeliebten Parole ebenfalls geeignet ist, Themen der Frauenmassenarbeit gänzlich aus der Debatte zu verbannen.

Die Hamburger AG Frauen bestätigen im Grunde genommen diese Tendenz: „Es ist nicht übertrieben, daß tatsächlich 70% der eingefassten Berichte oder Stellungnahmen quasi unbrauchbar waren. Unbrauchbar z.B. deswegen, weil man schon ein intimer Kenner der örtlichen Verhältnisse sein mußte, um den Wust von angelegten Verhältnissen, Beziehungen und Streitigkeiten überhaupt verstehen zu können, um was es sich handelte.“ (Hervorhebungen von uns, im Original hebt die AGF hervor, daß diese Berichte unverständlich waren, AK 151, „Eine Zwischenbilanz der Frauen Diskussion im KB“).

In ihrer schriftlichen Auswertung der Hannoveraner Frauenberichte schreibt eine damit beauftragte ZRK-Genossin (im Frühjahr 1979), „daß der Hannoveraner Frauenbericht schreibt eine damit beauftragte ZRK-Genossin (im Frühjahr 1979), „daß sich vielfach Genossinnen nicht mehr betroffen fühlen von der Lage der Arbeiterfrau im Betrieb (obwohl viele in derselben Situation sind), dafür umso mehr das Interesse um Beziehungsfragen kreist, teilweise in Richtung Empfindlichkeit.“

In Protokoll vom Braunschweiger Frauentreff (vom 15.7.79) kritisieren die Genossinnen ihre Arbeit im örtlichen Frauenzentrum, daß nämlich „Widersprüche, Unklarheiten unter den Tisch geschwefelt werden, die inhaltliche Auseinandersetzung gescheitert wird“, stattdessen wird „die intensive Diskussion über sogenannte persönliche Probleme, wie Geschlechterkampf oder Unterdrückung von Genossinnen“ geführt. Wir möchten betonen, daß die Braunschweiger Genossinnen richtigerweise nicht die Debatte um Geschlechterkampf etc. als solche kritisieren, sondern die stattdeswegen Auswechslung der Thematik.

Bravo für ihre Kritik. Genau mit entgegen gesetzter Stoßrichtung wird aus Münster argumentiert: „Für den Aufbau von KB-Frauengruppen halte ich solche eine Arbeit (gemeint sind die Arbeit in der „Bunten Liste“, zum S. 218, zu Duogyon, Anm. Verl.) für einen zu großen Schritt, vorrangig finde ich die Probleme der Genossinnen im und mit dem KB. Falsch wäre es meiner Meinung nach, wenn wir mit dem Anspruch, die KB-Frauengruppen über Untersuchungsarbeit aufzubauen, hinausgehen.“ (Brief an die Frauenkommission NRW, 26.12.78).

Den Vogel schießen u.E. die Genossinnen der Westfälischen AGF ab,



indem sie per neuer Geschichtsschreibung in diesem Zusammenhang alles Positive der Vergangenheit negativ werten, dafür die negativen Entwicklungstendenzen als das Ei des Kolumbus feiern. „nach § 218 erfolgte der richtige (!) Aufschwung erst dadurch, daß viele Genossinnen Alice Schwarzer gelesen hatten und starke persönliche Betroffenheit vorhanden war.“ Was sich da abgespielt, war faktisch eine spontane Frauenbewegung im KB. Ende 1976 setzte ein Rücklauf ein. Gründe dafür sind u. E.:

- 1.) Forderung nach Außenarbeit, unvermittelt
- 2.) Kurs auf Auseinandersetzung mit dem Feminismus;
- 3.) Frauenpolitik zur Sache der ganzen Organisation zu machen. (Protokoll der AGF Westfalen vom 14.10.78)

Was die Westfälischen Genossinnen hier fordern, demonstriert u. E. schon eine recht weitgehende feministische Sichtweise: ausdrücklicher Verzicht auf „Außenarbeit“, also Frauenmassenarbeit, keine Auseinandersetzung mit dem Feminismus, Abtrennung der Frauen „Arbeit“ von der Organisation.

### Tendenz zur „Lorentrennung“

Nicht zu kritisieren, sondern im Einzelfall ausdrücklich zu unterstützen, sind die Bemühungen der örtlichen Frauenzellen (Gemeint ist damit die „Ausgliederung“ einiger oder aller Genossinnen aus der üblichen Zellenstruktur). Falsch dabei finden wir aber die Ansicht vieler Genossinnen, die Bildung solcher Frauenzellen pauschal als Fortschritt zu werten. Richtig ist u. E. dagegen, dass Frauenzellen als „notwendiger Rückschritt“ anzusehen, was gewissermaßen ein Widerspruch in sich selbst ist. „Notwendig“, weil ansonsten erheblicher Schaden der Sache zugefügt werden könnte, die Emanzipation unserer Genossinnen zu stark behindert wird und dergleichen mehr. „Rückschritt“, weil hier – wenn auch nur im ganz kleinen – das Prinzip der einheitlichen Organisation der Kommunistinnen aufgeweicht wird. Man könnte das Problem in etwa mit der Einführung der RÖP in der jungen Sowjetunion vergleichen, hinsichtlich ihrer Begründung durch Lenin.

Aus dem Gesagten ergibt sich u. E. die Konsequenz, alle Schritte, die eine neuere Organisation unserer Genossinnen fördern, nur mit großer Behutsamkeit und bewusster „Hieb- und stichfester“ Begründung im Einzelnen und konkret zu unternehmen. Solche Schritte einer besonderen Organisation unserer Genossinnen sind gewissermaßen „organisatorische Zugewinne“ aus Gründen untrügerlicher chauvinistischer Tendenzen in

einer bestimmten Ortsgruppe. In aller Regel haben wir zwar das Bild, daß einer solchen Frauenzellen-Gründung ein z.T. erschöpfender Kampf um ihren alten „Stammesboden“ vorherging, sodaß nach Gründung einer FZ erstmalig die Genossinnen mit Erleichterung etc. reagieren und am liebsten auch erstmalig allein auf sich gestellt ihre politische Arbeit anpacken. Dennoch sollte im Blick (oder Hinterkopf) behalten werden, daß es sich dabei nur um ein Zwischenstadium des „Aufstiegs“ handelt. Dies sollte, je nach Lage der Dinge möglichst rasch durch die Aufnahme eines verstärkten anti-chauvinistischen Kampfes abgelöst werden. Dadurch bringen u. E. unsere Genossinnen ihren Willen zur Zusammenarbeit in einer einheitlichen Organisation konkret zum Ausdruck, daß sie also die Bedingungen, die zu ihrer „Loslösung“ führten, bekämpfen. Es versteht sich von selbst, daß die Genossinnen gleichfalls, bzw. noch eher in der Verpflichtung stehen, den „Stein des Anstoßes“ aus dem Weg zu räumen, also ihr Verhalten zu bessern. Leider ist u. E. dies u. S. Sicht der Dinge bei uns nicht allzu weit verbreitet, bzw. auch wieder verschüttet.

Mehr noch: der Glaube, daß die Einrichtung „Autonomer Frauenzellen“ schon als „Fortschritt in sich selbst“ betrachtet wird, führt dann folgerichtig zu weitergehenden Forderungen auf derselben Linie, die dann in eine tendenzielle Abtrennung vom KB führen muß. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in einigen Organisations-Teilen bereits über die Möglichkeit der Gründung eines „Kommunistischen Frauen-Bundes“ (KFB) diskutiert wurde, der dann als Schwesterorganisation zum KB existieren könnte. Das ist bisher allerdings u. W. noch nicht direkt als Forderung erhoben worden.

Die Frauengruppe des KB/Münster formuliert in ihrem Thesenpapier (vom 15.5.79): „Wir wollen eine Frauenleitung, die auch in letzter Instanz entscheidungsberechtigt ist. Das LG kann unserer Meinung nach nicht über die Frauenarbeit entscheiden, da dem dazu die Kompetenz fehlt (fehlt muß). Es ist ein absolutes Forderung, daß Leute, die ihre Namen in Frauenpolitik gesetzt haben (konnten), letztendlich das Recht haben sollen, darüber zu bestimmen.“

Offenbar geht die Münsteraner Frauengruppe davon aus, daß das LG nur aus Männern besteht. Wichtiger ist aber, daß die Frauengruppe eine selbständige Frauenleitung nur prinzipiellisch zu begründen versucht, und keineswegs eine konkrete Kritik an möglicher Weise verfehlten Leitungsoptionen vorbringt. U. W. haben sich die männlichen LG-Genossen bei allen Entscheidungen, die unsere Frauenpolitik betreffen, stark zurückgehalten. U. W. ist keine LG-Entscheidung zur Frauenpolitik ohne Konsultation und Übereinstimmung mit der zentralen AGF bisher getroffen worden. Aber das nur nebenbei.

Ähnlich wie die Münsteraner Frauengruppe argumentiert die Genossin B. aus Lübeck (Sommer 79, ohne Datum): „Ich will nicht länger mit den Genossen im Club liegen, sondern meine Kraft sinnvoll verwenden. Für mich bedeutet das auch keine Doppel-, Dreifachbelastung. Vorbereitung, Diskussion und Nachbereitung laufen in der Frauenzelle. Das Ergebnis tragen wir auf die VV. Bei. Kontroversen mit den Genossen hat das allerdings für uns keine Auswirkungen, da ich auf dem Standpunkt stehe, daß kein Mann, auch nicht das LG, in der Frauenfrage maßgebend sein kann/darf!“

Auch die Genossin T. schreibt in der „Solidarität“ des Studenten-SSB (Nr. 46), das sie „für eine sozialistische Frauengruppe“ ist, die „u. S. S. S. B. vom SSB arbeitet. Es ist für mich nicht länger einzuhalten, daß wir uns nach dem demokratischen Zentralismus der Leitung unterordnen haben.“

Wir haben hier einige Stimmen gehört, die die einheitliche Organisationsstruktur recht krass anfeuern. Entweder in Form einer Kritik am „demokratischen Zentralismus“ oder in Form einer Amtsenthebung des LG in Sachen Frauenpolitik. Natürlich existieren unterhalb dieser Schwellen eher stärkere Tendenzen, die zumindest auf eine schrittweise Lorentrennung orientieren (wobei naturgemäß nur der gerade ins Visier genommene nächste Schritt angegeben wird, in der Begründung allerdings eher prinzipiellistisch argumentiert wird, so daß spätere weitere Schritte in dieselbe Richtung gewissermaßen vorgeprogrammiert erscheinen.

### Verwischung der Abgrenzung zum Feminismus

In früheren Jahren gehörte die aktive und kämpferische Abgrenzung vom Feminismus zum integralen Bestandteil bei der Herausbildung unserer autonomen (autonom vom vorherrschenden Feminismus) proletarischen (bzw. marxistischen) Frauenpolitik. Früher war es demzufolge auch üblich, einerseits von kleinbürgerlicher (bürgerlicher) und andererseits von marxistischer Frauenpolitik, bzw. Frauenbewegung zu reden, während es heute bei uns üblich ist, schlicht von der Frauenbewegung zu reden.

Vor dem Hintergrund eines allgemeinen „Waffenstillstandes“ zum Feminismus, mehrten sich jetzt Stimmen aus der Organisation, die unsere früheren Abgrenzungs-Artikel gegen die „Schwarze Botin“, gegen Alice Schwarzer usw. angreifen.

Der Artikel der AG Frauen „zu Alice Schwarzer erschlägt bzw. unterwirft mit dem Hammer des Klassenstandpunktes die realen Probleme von Frauen... und ist damit für eine ernsthafte Auseinandersetzung unbrauchbar“ (Ch., AG Frauen Göttingen, 26.5.79).

„Durch eine undifferenzierte Ablehnung, z.T. sachlich falsche und unsaubere Kritik wird die Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit Alice Schwarzer und den Frauen, die sich von ihrem Buch („Der kleine Unterschied“, Anm. d. Verf.) angesprochen fühlen, unmöglich gemacht.“

„Die Berichterstattung zur Walpurgisnacht war nicht gerade rühmlich. Wir sind der Ansicht, daß unsere damalige Einschätzung völlig undifferenziert und damit falsch gewesen ist.“ (E. und M., KB Göttingen, Sommer 79).

Eine Flensburger Genossin ist der Meinung, „daß die Auseinandersetzung um den „kleinen Unterschied“ und die Schwarze Botin den Niedergang unserer KB-Frauenarbeit verursacht/beschleunigt hat.“ (Protokoll der Genossinnen-VV, 18.6.79).

Auf den Punkt gebracht wird diese Tendenz schließlich in einem Diskussionsbeitrag zum Thema „Sozialistische Frauenpolitik“ in der „Solidarität“ (Zeitung des Studenten-SSB): „Es gibt für mich keinen Haupt- und Nebenwiderspruch, sondern zwei Widersprüche, die relativ unabhängig voneinander sind.“ („Solidarität“, Nr. 46, Nov. 78), Armer Map.

Diese Fehlschätzung ist u. E. Ausdruck des lastenden Drucks des Feminismus auf Teile unserer Frauenarbeit. Relativ unwichtig bei dieser Betrachtung sind verschiedene blind-politische Fehler unserer Genossinnen gegenüber feministischen Strömungen in der Vergangenheit, die jetzt möglicherweise dahingehend „verarbeitet“ werden, um nachher in unseren abgrenzenden Artikeln die Schuld für frühere Mißerfolge anzulasten.

Sofern mehr oder weniger allein Gruppen der feministischen Frauenbewegung Ansprechpartner unserer Genossinnen und Ziel unserer bundespolitischen Anstrengungen sind, ist die Herausbildung solcher Ansichten verständlich, sie entsteht gewissermaßen naturwüchsig.

### Feminismus und Entsolidarisierung

Dem feministischen Solidaritäts-Begriff oder Verständnis wohlt nicht, wie man ihn ansonsten in der „Solidarität“ (Zeitung des Studenten-SSB) gegenüber Männern liest, sondern ebenfalls gegenüber den Frauen. Die nicht zu ihrer sog. „autonomen Bewegung“ gehören. In der Reihe unserer Genossinnen haben in Frauenzentren und bei anderen Gelegenheiten dies zu spüren bekommen. Es geht dabei nicht etwa darum, daß Feministinnen ihrerseits auf politischen Differenzen gegenüber unseren Genossinnen beharren haben, sondern darum, daß von dieser Seite politische Differenzen und Solidarität unserer Frauen absichtlich verwischt wurden, bzw. politische Differenzen mit Mit-

teilen des persönlichen Psychoterrors gegen „K-Frauen“ ausgetragen wurden. Der als Befreiung gefeierte Schlag der Meulenheit ins Gesicht ihrer ehemaligen Freundin (weil diese nicht in der gewünschten Weise bereit war, Mann und zwei Kinder „aufzugeben“), ist bloß ein besonders krasser Ausdruck dieser Tendenz.

Aus Dutzenden von KB-Internen Gesprächen wissen wir, daß – viel leicht weniger krass – auch bei uns Methoden des Drucks und Psychoterrors praktiziert werden, um „widerständige“ Kommunistinnen rund zu machen, etwa weil sie sich schenken (was angeblich die Konkurrenz unter Frauen anheizt), weil sie sich nicht zur „neuen Sensibilität“ bekennen wollen, nicht in der gewünschten Weise am Geschlechterkampf teilnehmen etc. Wir wollen hier nicht unnötig viel second-hand Material anbieten, sondern dringend auffordern, dazu Erfahrungsberichte für den AK anzufertigen. Wir wissen, daß hier besondere Hemmungen bestehen, weil die notwendige Bekämpfung der Entsolidarisierung an dieser Front oft als Verletzung der Frauensolidarität mißinterpretiert wird. U. W. ist dies „Tabu“ im AK nur einmal angekratzt worden, nämlich in der Zeitschrift der Genossinnen (AK 157, „Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen“).

Ein krasses Beispiel der Entsolidarisierung unter Frauen unter der speziellen Flagge des Feminismus im KB: „Von einigen Frauen (es handelt sich um Braunschweiger KB-Genossinnen) wird generell eine Zusammenarbeit und auch ein Zusammenleben mit Männern abgelehnt... Diese Position geht soweit, einer Genossin, die ein Kind erwartet, eine wie auch immer geartete Unterstützung zu verweigern, da sie mit einem Mann zusammenlebt.“ (Protokoll des niedersächsischen Frauenkommissionstreffens, 24.6.79). Meulenheit darf sich freuen. Die „Neue Frauenbewegung“ marschiert, unscheinend in recht robustem Schuhzeug.

Gewisser Beliebtheit scheint sich auch der Versuch zu erfreuen, einen neuen Sexualkodex entlang der Doktrin der „Neuen Sensibilität“ aufzustellen. So kritisierte eine Genossin der AGF-Göttingen die Debatte einer Frauen-VV über Sexualität, auf der anstelle einer politischen Diskussion über Sexualität, auf moralischer Ebene verhandelt wurde. „Vorsicht! Es ist ein Versuch, die Sexualität der Genossinnen aufzustellen.“ (Protokoll vom 16.10.78).

Dieser Artikel wurde kollektiv von sechs Frauen und Männern formuliert. Mehrere Genossinnen, die z.T. jahrelange Erfahrungen in der Frauenarbeit haben, haben uns dabei beraten. Wir verstehen diesen Artikel als unseren Einstieg in die jetzt laufende Debatte. Mit weiteren Beiträgen von uns muß gerechnet werden.

Leitung des „Zentrum“

# Roll back — Nein danke!

Man stelle sich vor: Ha. und Kl. würden massiv unsere bisherige Wahlpolitik als opportunistisch angreifen und sie mit der der DKP auf eine Stufe stellen. Es würde sich daraufhin freier Protest erheben. Ein paar Wochen später läge dann eine Stellungnahme aus dem „Zentrum“ vor. Darin wird beklagt, daß die Kritiken an Ha. und Kl. bedauerlicherweise allesamt oberflächlich und übertrieben seien. Denn schließlich gebe es ja tatsächlich hier und da opportunistische Tendenzen im KB, Ha. und Kl. komme gerade das Verdienst zu, auf diese Tendenzen aufmerksam gemacht zu haben. Es sei unbedeutend – wenn auch menschlich verständlich – daß die Kritiker Ha. und Kl. unterstützen, die ihren Gegner unserer Wahlpolitik. In Wirklichkeit sei ihnen nur ein methodischer Fehler unterlaufen.

Tatsächlich ereignet hat sich folgendes: Ha. und Kl. aus Göttingen haben erklärt, daß der Anspruch, „persönliche“ Widersprüche innerhalb des KB auch im AK zu diskutieren, Ausdruck von „überhöhten“ und „utopischen“ Erwartungen sei. Sie haben Frauen, die im AK „persönliche“ Widersprüche, Konkurrenzsituationen usw. beschrieben hatten, in überlebensgroßer Weise beschimpft. Sie haben sich über „abseitige“ Themen wie die Sterilitätsdiskussion lustig gemacht.

Nun erklärt uns die „Leitung des Zentrums“, daß dies wertvolle Denkansätze seien, denn „... utopistische

und „feministische“ Tendenzen gebe es im KB ja wirklich hier und da. Um dies zu entdecken, bedurfte es allerdings nicht des Eingreifens von Ha. und Kl. Der neue „Denkansatz“ der beiden liegt gerade darin, einem sehr weiten Spektrum von Artikeln und Überlegungen völlig undifferenziert und ohne konkrete Beweisführung die Stempel „utopisch“ und „feministisch“ aufzudrücken. Damit soll ein massives Roll back gegen die gerade erst ganz zaghaft begonnene Öffentlichmachung des „Privaten“ eingeleitet werden. Wenn die Genossinnen vom „Zentrum“ sich in ihrem Artikel gegen ein solches Roll back (Zurückdrehen) wenden, ist es andererseits nicht sehr logisch, daß sie die Fehler von Ha. und Kl. nur im „Methodischen“ vermuten.

Die Genossinnen wenden sich gegen den „Utopismus“ einerseits, gegen die „Entsolidarisierung“ andererseits und plädieren für „das Machbare“. Mir scheint, daß sie dabei den realistischen Charakter der von ihnen verwendeten Begriffe übersehen. Was „Utopismus“ sein soll, ergibt sich unmittelbar aus der Definition des „Machbaren“. Wenn man – wie es heute vielfach geschieht – die Erwartungshaltungen an die Solidarität und Moral unter Genossinnen extrem niedrig oder nahezu auf Null herunterschaubt, so kann der geringste Anspruch schon als „überhöht“ und „utopisch“ abgestempelt werden. Was im KB heute und morgen

„machbar“ ist, ist völlig umstritten. Man könnte sich, um die Extreme einmal zu benennen, auf den Standpunkt stellen, daß der KB nur ein Zweckbundnis sei, in dem allein die politische Leistung zählt und das „private“ Verhalten völlig uninteressant ist. Schlägt einer z.B. Frau und Kind, so bliebe das reine „Private“, solange er damit nicht die politische Arbeit des KB behindert. Umgekehrt könnte man extrem hohe moralische Ansprüche stellen, die von niemandem einzulösen sind und daran die weitere Existenz des KB in



MÄNNERFEINDLICH!  
NA UND!!

Frage stellen. „Das Machbare“ wird sich irgendwo zwischen diesen beiden extremen Möglichkeiten bewegen.

Wenn, wie in der gegenwärtigen Phase, Erwartungen auf politische Erfolge sich reduzieren und zugleich die innere Solidarität ebenfalls schwindet, so ist es nur natürlich, daß viele beginnen, ihr eigenes Maß an Freiheiten, persönlicher Emanzipation etc. zum Maßstab zu nehmen und daß dabei der KB als Organisation schlecht abschneidet. Wo Entsolidarisierung die kollektive Emanzipation als Alternative weitgehend blockiert, steigt der Wert einer noch so kümmerlichen individuellen Emanzipation außerhalb der „Leistungszwänge“ und Präsenzpfllichten einer politischen Organisation.

Wenn man zu recht die Entsolidarisierung konstatiert, muß man aufpassen, daß man mit der Kritik am „Utopismus“ nicht ausgerechnet die schwachen Ansätze zur Gegenwehr gegen die Entsolidarisierung mit schlägt. Bei den Ärztinnen, die sich um den Patienten scheren, um ihm den „Utopismus“ herauszupressen und hinter seinen Schuppen auch Holzhammer, Schlachtermesser und Pressluftbohrer zu beobachten. Die Vorstellungen, was „nicht in den AK gehört“, sind beispielsweise auch unter den Genossinnen des „Zentrums“ teilweise sehr weitgehend. Vor diesem Hintergrund finde ich den Ansatz im „Utopismus“-Artikel nicht sehr hilfreich. Die von ihm angeführ-

ten Belegzitate für „Utopismus“ erscheinen mir im Wortlaut gar nicht mal besonders „utopistisch“. Da fordert beispielsweise eine Genossin, „hier und heute an zu fangen“, etwas zu verändern an den Auswirkungen der herrschenden Verhältnisse auf uns. Da formulieren Genossinnen ihre Hoffnung, in einer Schwulung „auch die Möglichkeit einer bewußten Veränderung schädlicher Verhaltensweisen“ zu gewinnen. Da konstatiert ein Genosse, daß man nicht die Gesellschaft ändern könne, wenn man den einzelnen Menschen dabei ausnimmt.

Was ist daran nun so Schreckliches? Auch die Genossinnen vom „Zentrum“ meinen, daß sich „im Prinzip“ gegen diese Formulierungen gar nichts sagen lasse. Nur könnten diese Forderungen „hier und heute“ nicht erfüllt werden, ohne den KB aufzugeben. Diese These ist kaum vorstellbar, da die angeführten Belegzitate gar keine konkreten Forderungen enthalten, sondern nur die sehr allgemeine Aufforderung, mit Veränderungen negativer Verhaltensweisen zu beginnen – also den Kampf gegen die Entsolidarisierung aufzunehmen! Zweifellos gibt es negative Erscheinungen und Tendenzen im Sinne des „Utopismus“ – nur finden sich diese nicht in den angeführten Zitaten wieder.

Die Genossinnen scheinen den „Utopismus“ darin zu sehen, daß Veränderungen hier und heute ge-



fordert würden. Auch darin ist ihnen in dieser Form nicht zuzustimmen: Forderungen im Sinne des guten alten „Vogliamo Tutto o Subito“ („Wir wollen alles und sofort. Lotta Continua) werden doch kaum irgendwo erhoben. Hier muß man doch wohl feststellen, daß die Ansprüche an das „Machbare“, konkret Veränderbare heute meist sehr bescheiden, vielfach allzu bescheiden gesteckt sind. Aus den angeführten Zitate läßt sich auch nur herauslesen, daß die Genossinnen irgendwelche Veränderungen zum Positiven sehen wollen, statt rückläufiger Tendenzen (Entsolidarisierung). Das rechtfertigt für sich genommen durchaus noch nicht den Vorwurf des „Utopismus“. Utopisch wären solche Forderungen doch nur, wenn man sich in den gegebenen innerorganisatorischen Verhältnissen einrichten will.

Auch die von den „Zentrums“ Genossen gewählten Beispiele für „Utopismus“ auf anderen Gebieten halte ich nicht für passend. So hat das Beispiel der neugegründeten Zelle mit „Utopismus“ nichts Erkennbares zu tun. Schwerer wiegt noch,

daß die Genossen ein übertriebenes Bild von der Verbreitung solcher Beispiele („rotierende Leitung“ 53 %-Forderung) geben, als handele es sich um eine nennenswerte Situation im KB. Davon kann meines Wissens keine Rede sein. Es handelt sich eher um sehr verstreute Einzelmeinungen. Schließlich spricht der Artikel sogar von einem „beispielgebenden Anwachsen des Utopismus“, was stark übertrieben ist und trotz richtigem Hinweis auf die Entsolidarisierung als Hauptproblem die Proportionen doch wieder in die falsche Richtung verschieben könnte.

Die Abgrenzung (wo hört der gerechtfertigte Widerstand gegen die Entsolidarisierung auf, wo fängt der „Utopismus“ an) des in unserer Presse Zulässigen oder Erwünschten bleibt unpräzise. Über diese Abgrenzung besteht innerhalb der durch die Göttinger Artikel mobilisierten Front gegen den „Utopismus“ keine Einheitlichkeit. Die Ausklammerung „persönlicher Querelen“ läßt so ziemlich alle Türen offen. Auch die kategorische Ablehnung „sollte Versuche, ... sich mittels welcher Me-

rhoden auch immer (!), in „private“ Verhältnisse anderer Genossen einzumischen“, läßt Interpretationen bis zum totalen Abschneiden des „Privaten“ zu. Was sind denn diese „privaten“ Verhältnisse? Wenn jemand seine Freundin schlägt? Wenn er sich von ihr „den Haushalt führen“ läßt? Ein bißchen „Einnischung“ hier und da muß schon sein, auch ohne daß von den Betroffenen „ausdrücklich darum gebeten“ wird! Gerade angesichts der festgestellten Entsolidarisierung darf man kein so rigides Nichteinmischungsgebot aufstellen.

Die von Ha und Kl zuerst in die Welt gesetzte Behauptung, daß auch im AK die Artikel über „persönliche Querelen“ ohne öffentliche Bedeutung und Bettgeschichten häufen, hält der Nachprüfung nicht stand. Es sind bisher sehr wenige Artikel dieser Art oder mit derartigen Tendenzen veröffentlicht worden! Sie sind das unvermeidliche Nebenprodukt einer gerade erst beginnenden Einbeziehung des „Privaten“ in unsere Presse. In überzogener Weise gegen derartige Artikel zu polemisieren, kann nur dazu führen, die zaghaften Versuche auf dem

Gebiet des „Privaten“ abzuwürgen. Eine Genossin hat im AK 155, S. 20, sehr anschaulich beschrieben, welchen Selbstzweifeln und Mutlosigkeit sie häufig beim Schreiben ausgesetzt war („ist das auch politisch genug?“ u.ä.). Ähnliches geht gerade aus Frauen-Artikeln häufig hervor. Hier den Druck noch zu verstärken – wie es vor allem von Ha und Kl exemplarisch gefordert wurde – hätte unvermeidlich zum Ergebnis, daß viele interessante Manuskripte gleich im Schreibisch blesben würden, daß Verfasser(innen) überausstich monatelang an ihren Entwürfen herumdoktern aus Angst, es sei immer noch nicht „gut genug“, daß viele Gedanken gleich wieder der Selbstzensur („Gehört denn mein persönliches Problem überhaupt in den AK?“) zum Opfer fallen. Zu diesem Aspekt ein paar sehr gut passende Sprüche von Mao: „Soll man eine freie Meinungsäußerung blühen lassen oder sie drosseln? Das ist eine Frage des politischen Kurses ... Wir befürworten den Kurs des „Blühenlassens“, doch blüht gegenwärtig noch zu wenig und nicht zu viel. Man braucht vor freier Meinungsäußerung, vor Kri-

tik und vor giftigem Unkraut keine Angst haben ... Es wird keine Frage geregelt, wenn man mit bloßen administrativen Maßnahmen verbieten will, anormale und häßliche Erscheinungen anzurühren, mit einer falschen Ideologie in Berührung zu kommen, schlechte Stücke anzusehen. Ich bin natürlich nicht der Meinung, daß allerley Unrat verbreitet werden sollte, ich meine vielmehr, daß es etwas davon geben kann“ (Rede auf der Landeskongress der KP Chinas über Propagandearbeit, März 1957). Auch für den KB und unsere Presse gilt, daß gegenwärtig noch viel zu wenig „blüht“. Wir haben beispielsweise mancherorts tatsächlich massive feministische Tendenzen im KB – ohne daß sich davon etwas in unserer Presse widerspiegelt. Wäre es nicht besser, es würden endlich ein paar feministische Artikel im AK erscheinen, und zwar ohne daß dann ein vielstimmiger Chor gleich nach der Sittenpolizei schreit, das „so etwas“ gefälligst unterbinden oder zumindest an Ort und Stelle gehörig lot, „kommentieren“ möge?!

Kl. (AK Red.)

# Krieg und Frieden

## Stellungnahme der AG Frauen Göttingen zur Leserbriefdebatte

### Was ist los in Göttingen?

Wird sich der/die unvorbelastete AK-Leser/in gefragt haben beim Erscheinen der Leserbriefe von Ha. und Kl. (AK 156 und 159). Tobt in Göttingen der Geschlechterkampf? Haben sich die Genossinnen in lila Bettücher gehüllt, im Frauenzentrum verbarrikadiert und schwingen die Hackbeilchen gegen die Genossen? Oder wollen die Genossinnen nur noch Beziehungselch und Anja Meulenbelt auf AK-Schulungen diskutieren?

Die Realität der Göttinger Frauenpolitik sieht etwas andere aus. Im letzten Jahr wurden in der ideologischen und praktischen Reorganisation der Frauenarbeit eine Reihe von Fortschritten erreicht, die sich zum einen in der Ausweitung der Praxisfelder (u.a. ASIA-Frauenreferat) niederschlagen, zum anderen in einer Fülle von Diskussionspunkten, die zur letzten Kongressvorbereitung, die in der letzten Monats das Hauptthema der Frauen MVs war. Gerade bei der Kongressvorbereitung hat es an keiner anderen Frage in Göttingen so kontinuierliche Diskussionen gegeben wie im „Krieg und Frieden“.

Die Diskussionen gegeben wie im Frauenbereich. Diese Debatte, in der sehr unterschiedliche Positionen vertreten wurden, ist nachzulesen in diversen Papieren, die z.T. an alle Genossen verteilt wurden, bzw. die für Leserbriefschreiber jederzeit bei der AG Frauen einsehbar sind. Wir hatten also genügend Diskussionsstoff für die 1. Gesamt-MV zur Frauenpolitik seit fast einem Jahr.

Zu dieser MV wurde von zwei Genossen (KPF und WD) ein Papier verteilt, in dem die Grundlagen der KB-Frauenpolitik infragegestellt werden. Das dieses Papier – nicht zufällig! – in den seltensten Leserbriefen von Ha. und Kl. mit keinem Wort erwähnt wird, wenn hier exemplarisch einige Auszüge zitieren:

„Diese Auseinandersetzungen, wie sie im AK und in Göttingen – wenn auch hier in abgeschwächter Form betrieben werden, sind nicht Ausdruck einer solidaren Diskussion und Politik, sondern erschöpfen sich immer öfter in teilweise überhöhten Annahmen. Uns fällt es schwer, eine solidarische Auseinandersetzung mit bestimmten Positionen der Frauenbewegung, auch der AG Frauen zu führen, wenn von Seiten der Frauen polemische Phrasen, pauschalierende Unterstellungen und eine immer primitiver werdende Annahme gegen die Männer als (unfähigen) Mittel der Auseinandersetzung gebraucht wird.“

Diese „Unterdrückung“ der Genossen und die fehlende Bereitschaft der Genossinnen zur „solidarischen Auseinandersetzung“ versuchen KPF und WD zu belegen mit dem Artikel „Siegfried Knüttel im KB“ (AK 154), aus dem sie folgern: „Die Genossen sollen sich also nicht mehr trauen, es nicht mehr wagen, bestimmte Dinge zu sagen, zu schreiben.“

– der Forderung, daß Frauen allein darüber entscheiden sollen, ob sie ein Kind wollen oder nicht. Dazu meinen die Genossen: „Heißt das solidarisch? Wo bleibt denn da die Gleichberechtigung?“ Wir gehen davon aus, daß in einer partnerschaftlichen Beziehung beide Teil-

haft sind durch das faktische Kräfteverhältnis auf einem Nebengleis wieder: Die Leserbriefe schlugen ein wie eine Bombe, nur noch darüber wurde diskutiert. Monatelange Diskussionen unter den Genossinnen konnten mit zwei sprachgewaltigen Leserbriefen (vorerst) vom Tisch gelegt werden.

Nicht die Gesellschaft verfaßt!

Aber: Schützen wir die Kinder (Ha und Kl) nicht mit dem Badeschiff, sondern nehmen wir ihre Ansprüche ernst und analysieren wir die gesellschaftlichen Ursachen der beschriebenen Göttinger Erscheinungen. Auch im Bewußtsein dieser beiden Genossen hat das von der Bourgeoisie propagierte Bild von der mündigen, selbstbestimmten, selbstbestimmten Frau seine tiefen ideologischen Wurzeln geschlagen. Außer sich allerdings hier in der klassischen sozialdemokratischen Variante der Unterdrückungstheorie. Wird den Frauen zunächst mit der Formel „Entgeltstellung Antifa“ = wichtig, Entgeltstellung Frauenpolitik = nicht wichtig ihre untergeordnete Rolle vor Augen geführt, so bieten sich bei der – durch die – Möglichkeit, wieder vor Augen geführt, so bieten sich die bürgerlichen Machthaber alsdann als ihre Retter an, indem sie die Frauen vor den ihnen selbst innewohnenden Tendenzen warnen und ihnen ihre zumindest ideologisch breiten Schutten anbieten.

Mit dieser Analyse seid ihr nicht einverstanden, Ha. und Kl.“

Jaja, es ist schon ein schwieriges Ding mit den gesellschaftlichen Ursachen, besonders in der Frauenfrage. Versucht auch doch mal daran, aber bitte konkret!

(Weiteren Ausführungen zu der Funktion des Vorworts auf die gesellschaftlichen Ursachen wollen wir uns und den Lesern hier ersparen und schenken uns den hierzu gemachten Ausführungen der AG Frauen/Hamburg in AK 159 an).

Ein Lehrstück

Doch das war eine Rechnung ohne den Wirt, der im KB immer noch männlichen Geschlechts ist! Hatte der Genosse Kl. seinen Leserbrief „Die Scham ist vorbei“ schon auf der genannten MV verteilt (ganz unabhängig von der Diskussion in Göttingen, versteht sich), so war der Leserbrief des Genossen Ha. als glatte Reaktion auf diese 1. MV und in voller Kenntnis des zitierten Papiers von KPF und WD. geschrieben. D.h.: Zu einem Zeitpunkt, wo seit längerer Zeit zum ersten Mal offen (und nicht nur am Kriepentisch) massive Anwürfe gegen die KB-Frauenpolitik an so grundlegenden Punkten wie dem Selbstbestimmungsrecht der Frau gerichtet werden, sind für den Genossen Ha. die „feministischen Tendenzen“ unter den KB-Frauen völlig interessanter, mehr noch. Das Papier von WD/KPF ist bis zur Stunde von den sonst nicht gerade schreibfaulen Genossen Kl. und Ha. nicht mit einer einzigen Zeile bedacht worden.

Spätestens hier gerät diese Göttinger Episode zu einem Lehrstück über Frauenpolitik im KB. Nehmen doch die beiden Genossen für sich das Recht in Anspruch, die ausbleibenden Reaktionen der Göttinger Ortsgruppe auf ihre Infragestellung der Faschisierungstheorie zum Anlaß zu nehmen, die ideologische Versumpfung an den Frauen nachzuweisen, so gelten diese Maßstäbe im umgekehrten Falle keineswegs. Die Infragestellung der Frauenpolitik (durch das KPF/WD-Papier) war völlig nebensächlich, die Frauen sollen gefälligst erst mal ihre eigenen Reiten „säubern“, den „Klassenfeind“ in sich selbst aufspüren etc. Unsere Empörung über das KPF/WD-Papier

Was hat die Auseinandersetzung gebracht?

Durch die Mässigkeit der Vorwürfe, die im Laufe der Debatte sowohl gegen die kritischen Leserinnenbriefe als auch gegen die Göttinger AG Frauen erhoben worden sind, wird die weitere Diskussion um die Frauenpolitik erheblich belastet sein. Besonders betroffen machen uns dabei die Vergleiche mit dem Klassenfeind („Herren des Morgenraums“ in Kl. Leserbrief) und mit lauchalud aufgeletzten Kleinbürgern (Morddrohungen in der Rubrik Kampagne, vgl. AK 159).

Die Genossen, die auf den Vergleich mit Siegfried Knüttel so empfindlich reagieren, wählen damit selber eine Ebene der Auseinandersetzung, die uns sonst aus dem KB nicht bekannt ist und die wir zu ernst nehmen, um so als literarische Fiktion abtun zu können.

Als Zwischenbilanz dieser Auseinandersetzung bleibt festzustellen, daß es in wesentlichen Punkten keine Meinungsänderung auf Seiten von

Ha. und Kl. gegeben hat, sondern daß als nichtbares Ergebnis nur zu verzeichnen ist, daß die Diskussion, die wir Frauen für uns und für die gesamte Organisation angefangen hatten (Kongressvorbereitung etc.) um einiges zurückgeworfen worden ist, abgesehen von den verschlungenen Nerven und Energien, die gerade wir Frauen anderswo besser investieren könnten.

Anliegens hat uns die Verlauf der Debatte aber auch die Augen geöffnet auf die realen Schwierigkeiten, vor denen eine Frauenpolitik heute im KB steht. Wir haben einige Illusionen verloren über das „Verständnis“ von männlichen Genossen und das ist für die kommende Auseinandersetzung gut und nicht schlecht.

Bleibt zu hoffen, daß sich Kl. und Ha. mit gleicher Vehemenz an der jetzt (wieder) aufzunehmenden Diskussion über die konkreten Folgen unserer Frauenpolitik beteiligen

AG Frauen  
KB/Gruppe Göttingen

## „ML-Krisenmanagement“ von Ha. und Kl. aus Göttingen

Die bisherigen Stellungnahmen zu den Leserbriefen von Kl. und Ha. aus Göttingen lassen sich grob in zwei Rubriken einteilen:

a) jene, die den beiden Genossen zugeteilt, einen Beitrag zur Krisen-Debatte leisten zu haben, aber als falsches Beispiel der Frauenpolitik der Genossinnen;

b) jene, die richtig beide Leserbriefe als einen Frontalangriff zur Liquidierung der Frauenpolitik betrachten.

Zumindest aus Göttingen fehlt bislang jedoch eine Problematikierung jener Ereignisse, die Kl. und Ha. in ihrer Wehgeschrei ausbrechen ließen. Ich meine die nicht stattgefundenen Debatte zur Antifa-Resolution Kl. beschreibt selbst den Vorgang Einbringung der Stellungnahmen und Anfrage von Kl. und Ha., danach bedachten sich lediglich sechs Genossen an der Diskussion, was Kl. und Ha. nicht daran hindert, ihre Anfrage zur Abstimmung zu stellen. Ein derartiges Vorgehen liegt m.E. nahe an der Grenze zum Putschismus. Weitere Versuche, eine Auseinandersetzung um die Antifa-Resolution zu führen, scheitern ebenfalls. Ein Grund dafür scheint mir die provokante und wenig sinnvolle Verküpfung von berechtigter Kritik an Resolutionsentwurf der Antifa-Kommission und einer Ablehnung der Faschisierungstheorie. So ergötzen sich unsere beiden Provokationspädagogiker an der selbst gestifteten Verwirrung. Ich habe die weiteren Ereignisse in Göttingen nicht mehr selbst verfolgen können, um noch andere konkrete Gründe anzuführen zu können, weshalb zu diesem Zeitpunkt die Diskussion nicht möglich war. Das Schlagwort von der ideologischen Versumpfung kennen wir hingegen schon seit Beginn der

Krisen-Debatte. Insofern bedeuten die Leserbriefe von Kl. und Ha. nichts Neues.

Neu hingegen sind die Ergebnisse ihrer Suche nach den Schuldigen der ideologischen Versumpfung. Man kann es kurz fassen: Die Frauen, jene, deren Scham vorbei ist, Männer, die über Sterilisation diskutieren, die AK-Redaktion, die dies alles in der Zeitung zuläßt, kurz alle, die Politik auch in der ersten Person machen. Ich kenne nicht die Beteiligte der Genossinnen, aber als Initiator der „hohen Zeit der Sterilisationsdebatte“ in Göttingen weiß ich einiges zu sagen. An der Gruppe beteiligten sich nur (!) drei Genossen und bis zu fünf Sympathisanten. „Hohe Zeit“! Die bescheidenen Arbeitsergebnisse (wir haben auch einmal Würstchen gegrillt) sind in drei Artikeln in der neuesten Ausgabe der „Göttinger Stadterzählung“ nachzulesen. Dies zur Kennzeichnung der Methode, wie von Ha. und Kl. politische Ansätze heruntergemacht werden.

Wir haben auch nicht an Stelle der Antifa-Resolution über Sterilisation diskutiert, sondern gegen den Chauvinismus der Frauen alleine die Verantwortung für die Empfängnisverhütung aufzwingt. Sollte etwa die immer noch zu erklämpfende Streichung des § 218, also eine straflose Abtreibung, das letzte Wort von Kommunisten zur Schwangerschaftsverhütung sein? Euer Vorwurf zeigt hingegen nur eure erbärmliche Unwissenheit und eine gehörige Portion von Arroganz, mit der ihr dieses Problem (und andere) aus der politischen Debatte verbannen wollt. Das soll euch nicht gelingen!

al, Göttingen

### KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

#### Wie geht's weiter im KB?

NEUE Diskussionsbeiträge

NEU

40 Seiten ... DM 4.-



## Statt vielsagenden Worten — eindeutige Fakten

Die AK-Verkaufszahlen fallen weiter, die Abonnenten-Kampagne kommt auch nicht in Schwung. So hört man immer wieder vom „Zusammenbruch“, „Kollaps“ usw. Es ist an der Zeit den Betroffenen, diejenigen die den AK als ihre Zeitung verstehen, in Form einer schlichten aber konkreten Bilanz unmißverständlich die Karten aufzudecken. Statt vielsagenden Worten eindeutige Fakten. Diese Offenlegung ist überfällig. Damit es kein „wenn und aber“, keine Unklarheiten und falsche Hoffnungen gibt.

Das zum einen. Andererseits ist wohl in absehbarer Zeit nicht wieder mit einer „verkauften Auflage von 20.000 Exemplaren“ zu rechnen. Die vielbesetzte und beschworene Krise hat selbstverständlich auch die AK-Käufer und Verkäufer erfaßt. Da bringen auch Diskussionen über die politische Bedeutung unserer Zeitung und ihres Verkaufs nicht mehr den großen Durchbruch. Bei allen notwendigen Überlegungen, wie der AK-Verkauf unter diesen Bedingungen zu stützen, zu fördern usw. ist, kommen wir nicht umhin, den veränderten politischen Bedingungen Rechnung zu tragen.

Wir müssen z.B. überlegen, wie ein AK inhaltlich, vom Umfang usw. aussehen muß, damit er auch bei den gegenwärtigen Verkaufszahlen regelmäßig erscheinen kann.

Um nicht zu schnellen Mißverständnissen vorzubeugen, ich plädiere nicht für ein bequemes Arrangieren mit den Gegebenheiten, nur: „objektiven Gegebenheiten allein mit der Kraft der Ideen und des guten Willens sowie der richtigen Bewußtseins“ entscheidend bekommen zu können“ ist ein Trugschluß. In dem Sinne

F. K. Kassel

### Antwort

Lieber Genosse F!

Wir kommen gern Deiner Aufforderung nach, zusätzliche Informationen zu geben und, in Form einer schlichten aber konkreten Bilanz unmißverständlich die Karten (über die finanzielle Lage des AK, Ann. Red.) aufzudecken.

Beim Versuch, im Rahmen einer allgemeinen Finanzüberprüfung die monatlichen Fixkosten für die Herstellung des ARBEITERKAMPF zu

ermitteln, sind wir zu folgenden Daten gekommen:	
<b>Maschinen-Mieten (Composer ...)</b>	<b>4.000 DM</b>
<b>Layout/Foto-Material</b>	<b>1907 DM</b>
<b>Löhne für Technik-Angestellte</b>	<b>6221 DM</b>
<b>Raum-Mieten für Technik</b>	<b>2510 DM</b>
<b>Strom (nur für AK)</b>	<b>450 DM</b>
<b>Versicherung</b>	<b>190 DM</b>
<b>Autos</b>	<b>427 DM</b>
<b>Reparaturen</b>	<b>463 DM</b>
<b>Lohnsummensteuer</b>	<b>30 DM</b>
<b>Sonstiges</b>	<b>188 DM</b>
<b>Telefonkosten</b>	<b>300 DM</b>
<b>Erstellung (gesamt)</b>	<b>16686 DM</b>
<b>Druckkosten (2 Ausgaben)</b>	<b>17790 DM</b>
<b>Vertrieb u. Verwaltung</b>	<b>14101 DM</b>
<b>Redaktion</b>	<b>5339 DM</b>

**Gesamtkosten des AK/Monat** **53916 DM**

Hierbei wurde eine zehntausender Auflage eines 64-seitigen AK zugrundegelegt. Durch die jetzt vorgenommene Reduzierung der Seitenzahlen auf 48 fällt der bisher notwendige dritte Druckdurchgang weg, sodaß sich die monatlichen Kosten auf diesem Wege um DM 3.500 reduziert haben.

Dieser relativ hohen festen Kosten von rund 54.000 (bzw. 51.000) DM stehen 2 Z. k. k. Einnahmen aus dem AK-Verkauf in Höhe von 34.000 DM (monatlich) gegenüber. Das heißt, wir machen mit jeder AK-Ausgabe ein Minus von DM 10.000 (bzw. 8.500) oder monatlich von 20.000 (bzw. 16.500) DM (vorangewendet). Übrigens, daß die verkauften Zeitungen tatsächlich auch bezahlt werden, was nie vollständig geschah!

Das so entstehende Defizit gleichen wir derzeit durch Zuschüsse aus dem Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen und Spenden (namentlich der Hamburger Organisation des KB) aus.

Daß dieser Zustand nicht von Dauer sein kann, liegt auf der Hand: zumal wir bereits jetzt nicht mehr in der Lage sind, politische Kampagnen, dringend notwendige Reparaturarbeiten und Neuinvestitionen (im Bereich der Technik) aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren. Alles das, was gegenwärtig über die monatlich anfallenden Fixkosten hinaus von uns ausgegeben wird, bezahlen wir aus den Rücklagen, die in den letzten Jah-

ren zusammengespart werden konnten. Es gibt auf mittlere Sicht eigentlich nur zwei Möglichkeiten: entweder wir schaffen es, die verkaufte AK-Auflage auf eine Höhe von (sagen wir mal) 15.000 Exemplaren zu bringen oder aber wir müssen den AK in seiner jetzigen Form einstellen (und, nach einer ausführlichen Konzeptionsdebatte, ein neues, den Bedürfnissen der Leserschaft mehr entsprechendes Projekt aufbauen).

Mit der Reduzierung der Seitenzahlen von 64 auf 48 ist bereits eine gewisse Entschärfung der finanziellen Misere erreicht worden — weiteres ließe sich durch Rationalisierungs-Investitionen im Bereich der Fotosatzes machen. Gegenwärtig arbeiten Fachleute der Organisation an der Entwicklung eines zweckmäßigen, kostengünstigen Systems, das uns von den enorm hohen monatlichen Maschinenmieten herunterbringt und freilich zunächst einige zgl. ansehnliche Mark-Investitionen kosten wird.

Um unter anderem diese Anschaffungen finanzieren zu können und für die laufende politische Arbeit wieder die notwendige Liquidität zu erreichen, haben wir zu einer großen Spendenkampagne aufgerufen. Dabei ist vor allem daran gedacht, aus Hunderten und Tausenden kleiner und kleiner Spenden schließlich eine ansehnliche Summe zusammenzubekommen. Genommen und Genommen tauchen z.B. ihr Pfennig-Geld ein (das sich im Laufe der Jahre so angesammelt hat) und spenden es (Akkon). Andere haben Getränke bzw. Essensdosen in ihrer Wohnung aufgestellt und kasieren bei Feiern, Terminen etc. kleine Beträge, aus denen schließlich ein großer Betrag für den AK-Fond wird. Der Hamburger KB-Chemie-Bereich hat damit angefangen, in Autos von mitfahrenden Genommenen "ne Mark als Unkostenbeitrag zu kasieren und das gesammelte Geld dann zu spenden."

Soweit für's erste! Wenn nach den Sommerferien wieder etwas mit dem AK-Verkauf angezogen würde und wieder stärker an die Werbung neuer Abonnenten gegangen würde, könnten wir — zusammen mit einer hoffentlich schwingvoll verlaufenden Spendenkampagne — ganz gut über den Winter kommen. Aber sonst

H. (AK-Redaktion)

## Stand der Abo-Kampagne

Neueingänge vom 4.8.79 bis 17.8.79 = 44 (erheblich schwächer als in den letzten Wochen)

Neueingänge seit Beginn der Kampagne vom 2. April 79 = 694

Insgesamt haben wir derzeit Abonnenten = 1389

Neueingänge nach Postleitzahlen

1000 Berlin West	= 47
2000 Hamburg	= 204
2xxx	= 149
3xxx	= 40
4xxx	= 47
5xxx	= 20
6xxx	= 45
7xxx	= 53
8xxx	= 23

Soweit das überhaupt ermittelbar ist, kommen davon direkt über KB-Bereichs-/Orts- oder sonstige Gruppen (diese Statistik ist überhaupt nur möglich auf der Grundlage eines Vermerks auf dem Bestellzettel, Bestellungen, die keinen Vermerk haben, sind nicht berücksichtigt). Die mit einem Kreuz versehenen Gruppen haben ihre Zahlen korrigiert.

Bergedorf	=	23
Wandsbek	=	13
Bo-Mitte	=	9
Sirahoop	=	1
Eimsbüttel	=	2
Barmbek	=	6
Chemie	=	20
BBV	=	1
Jugend	=	5
SSB(H)	=	10
AG Schwule	=	5
Altona	=	4
Metall	=	2
Arbeiterbuch	=	10
Verlagsstelle	=	5
Hamburg	=	5
Nordend	=	3

Flensburg	=	19
Bremen	=	12
Stade	=	6
Bremerhaven	=	4
Oldenburg	=	4
Freiburg	=	5
lany	=	3
Kiel	=	3
Lüneburg	=	2
Emen	=	2
Schleswig-Holstein	=	2
Frankfurt	=	3
Hannover	=	1

## Spendeneingänge für ARBEITERKAMPF

F.R. Braunschweig	\$0,00
M.G. Dinslaken	25,00
M.G. Dinslaken	500,00
V.Sch. K. Pulheim	7,50
K.H.G. Bad Oeynhausen	10,00
J.K. Hamburg	9,30
M.K. Berlin (West)	30,00
H.M. Hamburg	47,47
H.P.W.	50,00
Gabi + Ulli, Kneipensammlung	70,00
KB Lüneburg, Sammlung bei Schulung	50,00
BO Altona, KB Gruppe Hamburg	138,45
BO Altona, KB Gruppe Hamburg	100,00
„Zentrum“, KB Gruppe Hamburg	200,00
„Zentrum“, Leitung, KB Gruppe Hamburg	143,21
KB Gruppe Bremen	123,50
„Zentrum“, KB Gruppe Hamburg	60,00
Chemie-VV, KB Gruppe Hamburg	20,00
BBV/Druck-VV, KB Gruppe WB	50,00
BO Altona, KB Gruppe Hamburg	56,50
2 AK-Leser aus Altona	
2 AK-Leser aus Altona	
	2 078,94

## Leserbrief zum „Spendenaufwurf“ (AK 159)

Liebe Freunde,

seit einigen Jahren schon lese ich Eure Zeitung „Arbeiterkampf“, deren Informationswert ich als sehr hoch einschätze und die ich für meinen politischen Alltag nicht missen möchte. Um so mehr hat mich Euer Aufruf in Form des Spendenaufwurfes im letzten AK entsetzt, denn nach dem letzten AK entsetzt demnach steht ihr kurz vor dem Bankrott.

Zu der Situation Eurer Zeitung habe ich mir folgendes überlegt: 1. Die letzten zwei AK-Ausgaben hatten statt der sonst üblichen 64 Seiten „nur“ 48. Ich finde nicht, daß der Informationsgehalt der Zeitung darunter besonders gelitten hätte. Im Gegenteil, ich hatte sogar den Eindruck, daß der AK übersichtlicher geworden ist. Wenn diese Seitenreduzierung gute finanzielle Vorteile bietet, solltet ihr sie ruhig annehmen. 2. Ich würde es auch akzeptieren, wenn ihr zu einem neuen, billigeren Format übergehen würdet, wenn das derzeit breite Informationsangebot nicht zu sehr eingeschränkt würde. 3. ME solltet ihr Euch ernsthaft

eine Umbenennung der Zeitung überlegen, um die Auflage so evtl. wieder zu steigern. Insbesondere diejenigen, die sich zum ersten Mal eine linke Zeitung kaufen wollen, scheitert der derzeitige Name eher ab, als daß er Interesse weckt. Euren Verlag nennt ihr ja auch nicht mehr „Verlag Arbeiterkampf“, sondern unverfänglich J. Reents.

Mit einer Umbenennung könntet ihr auch dem veränderten Selbstverständnis bezüglich der Zeitung Rechnung tragen. Während mit dem AK früher vorwiegend „die bewußten Arbeiter“ angesprochen werden sollten, ist er heute mehr ein Forum für eine Diskussion über alternative, linke Politik.

4. Ich würde einen Namen wie z.B. „Linke Zeitung“ für brauchbar halten, als deren Herausgeber der KB fungieren könnte. Den Untertitel „Arbeiterzeitung“ solltet ihr streichen. Ich selbst z.B. bin Student. Ich hoffe, daß meine Überlegungen Euch etwas nützen. Hoffentlich gibt es noch viele, viele Ausgaben Eurer Zeitung!

Ein AK-Leser aus Hessen

## Erfahrungen beim Kneipenverkauf

Nach der Lektüre des Erfahrungsberichtes über den AK-Verkauf des Freiburger Genossen (AK 155) hatte ich mir schon mehrmals vorgenommen, auch zum Kneipenverkauf etwas zu schreiben. Aber erst jetzt, um Urlaub, nachdem ich den Bericht von Elke, SSB, gelesen habe, habe ich mich aufgerafft. Allerdings habe ich ganz andere Erfahrungen gemacht und meist gute Ergebnisse erzielt, manchmal selbst dann, wenn gerade ein(e) Genosse/In durchgegangen war (manchmal vier bis sieben AKs in einer Kneipe).

Ich will hier nicht auf die Schwierigkeiten von E. als Frau und als Genossin, die sich politisch noch recht unsicher fühlt, eingehen, sondern meine eigenen Erfahrungen und Überlegungen aufschreiben.

Zunächst ist zu sagen, daß ich beim Verkauf immer wieder merke (nicht nur in Kneipen), daß viel zu wenig verkauft wird, daß es Leute gibt, die früher den AK in ihrer Kneipe oder am Bahnhof regelmäßig gekauft haben und heute oft keinen Verkäufer mehr finden.

Aber davon abgesehen hat sich das Bewußtsein der Menschen, die ich beim Verkauf antreffe, gewandelt. Es gibt nicht mehr, wie noch vor einigen Jahren, ein breiteres Interesse an Themen und Positionen der Linken. Auch das Thema „AKWs“ ist — außer bei Großaktionen oder Vorfällen wie Harrisburg — nicht mehr das Thema, das auf jeden Fall viele Menschen interessiert (sehr wohl aber ein Thema). Das heißt aber nicht, daß der AK unbedingt schlechter zu verkaufen ist. Es gibt nämlich sehr wohl eine ganze Menge Leute, die zu vielen Fragen Widerspruch zur politischen Wirklichkeit der BRD haben, ohne damit gleich für kommunistische Positionen offen zu sein. Gerade auf diese Menschen muß ich mich politisch einstellen, wenn ich Verkaufserfolge und Spaß haben will.

Das bedeutet als erstes, daß ich mich genau auf den Verkauf einstelle, mir überlege: Wo verkaufe ich? wen treffe ich dort an? Was haben diese Leute gerade im Kopf, und was bietet der AK dazu an? Dabei

halte ich es für legitim, die Themen auch danach auszuwählen, was ich gut ansprechen kann. Da ich vorwiegend kurz nach Erscheinen des AKs verkaufe, habe ich meist noch kaum gelesen, sondern kenne manchmal nur die Überschriften. Ich finde, daß man diese Schwierigkeiten überwinden kann, wenn man den AK regelmäßig liest — so kann ich die Stoßrichtung eines Artikels schnell erfassen — und die übrigen Medien verfolgt, denn dort erfahre ich, was die Leute im Kopf haben. Im übrigen finde ich es nicht so schlimm zu sagen, daß ich einen Artikel noch nicht kenne und dazu nur meine Meinung sagen kann.

Ich halte es überhaupt für das Wichtigste beim Verkauf, vom hohen Ross des allwissenden Kommunisten herunterzusteigen, der jeden Nichtkäufer — möglichst öffentlich vor der ganzen Kneipe — als Ignoranten, Antikommunisten oder Reaktionär kennzeichnet, was durchaus vorkommt. Man muß sich doch zunächst einmal klarmachen, wie wenig Leute linke Zeitungen lesen, geschweige denn den AK. Diese Leute haben ausschließlich die „Informationen“ der bürgerlichen Medien im Kopf, und entsprechend sind ihre Reaktionen, gerade einem Kommunisten gegenüber, dem man nicht sofort unter die Nase bindet, wo einen politisch der Schuh drückt. Ich versuche daher, nicht sofort Zustimmung zu unseren Positionen zu finden, sondern Informationsinteressen zu wecken (indem ich z.B. sage oder zeige, was wir alles zur Wahlkrise bringen) und die Standpunkte des Gesprächspartners zu erfahren. Dabei bin ich ehrlich in seiner Meinung interessiert, nicht nur am Verkauf der Zeitung. So kann es passieren, daß ich mich an einem Tisch fünf Minuten lang unterhalte, obwohl die Leute von vornherein gesagt haben, sie wollten nicht kaufen. Nur so es aber auch schon mehrmals passiert, daß Leute dann doch gekauft haben, manchmal sind sie mir sogar nachgekommen, weil sie es sich anders überlegt haben. Und sonst haben sie erfahren, daß man sich auch mit Kommunisten vernünftig unterhalten

kann, daß man auch mit abweichenden Positionen ernst genommen wird und vielleicht noch etwas Interessantes erfahren hat. Der eine oder andere wird eventuell später einmal kaufen, jedenfalls eher, als wenn er einem Rechtshaber begegnet, der ihn vielleicht noch anpöbelt.

Aus dem gleichen Grund überlege ich es mir zweimal, ob ich auf jede Provokation einen draufsetze oder nicht das eine oder andere übergehe oder mit Humor beantworte (wenn mir was einfällt). Denn es gibt nichts Schlimmeres, als wenn in einer Kneipe die Meinung herrscht: „Die Kommunisten kommen, jetzt wird's laut und ungemütlich!“

Ich bin immer wieder überrascht, mit welchen Themen man den AK verkaufen kann. Frauen kaufen u.a. auch zu Frauen Themen (auch den „unpolitischen“, die angeblich nicht in den AK gehören), Schwule, weil der AK beinahe als einzige Nicht-Spezialzeitung sich mit ihnen auseinandersetzt, Linke und Sozialdemokraten interessiert die Auseinandersetzung im KB, Frauen und Männer das Thema Sterilisation usw.).

Im übrigen halte ich es für wichtig, sich klarzumachen, daß die Leute nicht in den Kneipen sitzen, um auf den AK-Verkauf zu warten. Sie haben ein Recht darauf, aber zu sein, gerade was anderes im Kopf zu haben oder zu betreiben, oder einfach abzulehnen, auch auf freundliche Nachfrage hin. Wer dann mit Armut reagiert, oder die Leute zur Auseinandersetzung zwingen will, bestätigt nur Vorurteile, wird aber nicht einen AK mehr verkaufen.

Auf diese Weise habe ich nicht nur meistens gute Verkaufserfolge, sondern auch Spaß am Verkauf, der kein verbissenes Speßbraten ist, vielmehr eine Reihe interessanter Gespräche und Anregungen bringt. So habe ich es auch gelernt, gelegentlich Mißerfolge gelassen zu ertragen, die eben vielerlei Gründe haben können und nicht gleich ins Prinzipielle erhoben werden.

Ein Hamburger Lehrerjüngling













## Pressemeldung

Hamburg, im August 1979

Vom 2.9. bis zum 30.9.79 findet in der Galerie MORGENLAND (Ottenbekallee 1/Ecke Eichenstraße) eine Fotoausstellung mit Arbeiten des Premefotografen Günter Zint statt. Außer den bekannten, politisch engagierten Zint-Fotos, werden in dieser Ausstellung Aufnahmen aus der Alltagsarbeit eines Premefotografen gezeigt. Über 20 Berufsjahre (1959 bis 1979), von der Ausbildung bei dpa bis hin zur Reportertätigkeit beim „Spiegel“, erstreckt sich die Auswahl.

Außerdem werden Fotos gezeigt, die Günter Zint „nur so aus Spaß“ gemacht hat und in Publikationsorganen nicht unterbringen konnte. Für diese Bilder ist die Ausstellung zugleich Premiere und einzige Möglichkeit der Veröffentlichung.

### Veranstaltungen im Rahmen der Fotoausstellung!

- 2.9. 16.00 Uhr Eröffnung
- 6.9. 19.30 Uhr Diskussion mit Hamburger Premefotografen
- 8.9. 19.00 Uhr „DER SCHWARZE FRÜHLING“ – Günter Zint zeigt eine Tonbildschau über die Tankerkatastrophe der AMOCO CADIZ vor der Bretagne-Küste 1978
- 13.9. 19.30 Uhr G. Zint stellt Fotobücher vor.
- 20.9. 19.30 Uhr Diskussion mit Premevertretern über das Thema: „Grenzen der Berichterstattung.“

Außerdem findet jeden Samstag um 16.00 Uhr ein Gespräch mit der Fotogruppe der GALERIE MORGENLAND und dem Morgenlandkreis statt. (An weiteren Programmpunkten wird noch gearbeitet.)

KONTAKTE UND ANFRAGEN: GALERIE MORGENLAND  
Ottenbekallee 1, 2000 Hamburg 19, Tel. 85 79 46



## Günter Zint Pressefotograf '59-79 Ausstellung 2.-30. Sept.

# Erstes Festival der BRD-Filmer in Hamburg

Oder warum ist Hamburg eine „Kulturstadt“?

Vom 18. bis 23. September 1979 wird in Hamburg das „Filmfest deutscher Filmemacher“ stattfinden. Getragen wird das Filmfest von Filmemachern, die sich nicht an das kommerzielle Kino anschließen. Sie wollen Filme zeigen, die sich mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in der BRD und in der Welt auseinandersetzen. Zu ihnen gehören: Herzog, Geissendörfer, Fassbinder, Kluge.

Zur Vorgeschichte: In München, (wo fast alle BRD-Filmemacher „angesiedelt“ sind) plante die Landesregierung ein ähnliches Projekt. Nur wollten die CSU-Landesfürsten gleich ein „Internationales Festival“, das „Cannes in den Schatten stellen soll“. D.h. es sollte ein Spektakel aufgezogen werden, das mit Realität wenig oder garnichts zu tun gehabt hätte!

Entsprechend dieser Vorstellung bekam der „Modewochen“-Chef Wurm den Auftrag, dieses Projekt durchzuführen. Der – von nichts eine Ahnung – nahm sich Cannes als Vorbild und ließ sich erstmal eine Riesenvilla als „Organisationsbüro“ von Steuergeldern finanzieren. Er residiert dort heute noch; die „Internationalen Filmfestspiele“ sind geplatzt, weil er es nicht verstanden hat, auch nur einen Film für 1979 zu organisieren! Dennoch, sein Vertrag wurde bis 1980 verlängert. Nun soll er versuchen, bis September 1980 ein Festival der „Superlative“ auf die Beine zu stellen.

Zu den BRD-Filmemachern: Sie hatten sich erhofft, beim o.g. Filmfestival ein Recht der Mitsprache zu haben. Ebenso hatten sie gehofft, für ihr Programm einen entsprechenden Zuschuß der Stadt München zu erhalten (man spricht so von ca. 180.000 DM). Nichts dergleichen war der Fall.

Zu den Sozialdemokraten: Natürlich hat die Münchener Sozialdemokratie gegen die Politik der CSU protestiert. Nur die Mehrheit fehlte ihr. Die anderen Sozialdemokraten waren schon

längst zur Stelle. Sie warteten den Münchener Streit ab, um dann zuzuschlagen zu können. Zugeschlagen haben als erstes die Hamburger. Sie stellten 329.000 DM für ein „Filmfestival“ zur Verfügung, darüber hinaus ein Büro und die freie Gestaltung des „Festivals“ durch die deutschen Filmemacher.

Großzügig wurde den Filmemachern, die derzeit noch weitgehend in München leben, Wohn- und Arbeitsräume angeboten. (Inzwischen tragen sich die meisten Filmemacher tatsächlich mit Umsiedlungsplänen nach Hamburg. Nur das alles entscheidende Studiogelände fehlt noch).

Wieviel Ehrlichkeit hinter dieser Politik steckt, ist jedem(r) klar, der (die) weiß, wie die Hamburger SPD mit dem fortschrittlichen Intendanten des Hamburger Schauspielhauses, Ivan Nagel, verfahren ist. (Er wurde abgesetzt, weil sein Programm zu „fortschrittlich“ – im Sinne von Experiment und „neuen“ Theaterformen – war und zu wenig das „normale“ Publikum ansprach).

Würde man jetzt ein Fazit ziehen, könnte man sagen: „Ein ganz normaler Vorgang.“ So ist es aber nicht.

### Endlich zeigen die BRD-Filmemacher ihre Produktion

Zum erstenmal ist die Möglichkeit gegeben, daß die BRD-Filmemacher in eigener Regie ihre Filme vorführen und zur Diskussion stellen.

Erstmals kann die als „junger deutscher Film“ diffamierte Branche – denn immerhin arbeiten diese Filmemacher seit mehr als zehn Jahren! – das unzensuriert vorführen, was sie derzeit als bundesdeutsche Wirklichkeit sehen.

Ein Ergebnis der Selbstorganisation der Filmemacher ist z.B. der Eintrittspreis in den entsprechenden Kinos: Er soll nicht mehr als 5 DM betragen.

Ein anderes Ergebnis: Die Filmemacher werden mit ihren Produkten in die Stadtteile fahren, wo Kino eigentlich „Ausnahme“ ist. Kinomobile sollen dafür sorgen.

Entscheidend ist, daß die Filmemacher ständig anwesend sein werden und dem Publikum Rede und Antwort stehen. Das soll dazu führen, daß Filmemacher auch von den Reaktionen des Publikums lernen und dann vielleicht schon bestehende Filme ändern oder aber die Diskussion in ihr nächstes Projekt einfließen lassen.

Es ist also zu erwarten, daß bei diesem Festival das eigentliche „Festivalpublikum“ ausbleibt und stattdessen der Kontakt zum normalen Kinopublikum hergestellt wird, daß Publikum und Filmemacher voneinander lernen. Darin wäre das Positive dieses Festivals zu sehen.

Es gibt allerdings auch sehr bittere Wermutstropfen in der Planung des Festivals: So wurden z.B. aus der „Hamburger Filmförderung“ 100.000 DM abgezwickelt. Das „kommunale Kino“ – für das das Geld vorgesehen war – kann nun erst am 1.12.79 und nicht – wie vorgesehen – am 1.9.79 eröffnen.

Ebenso muß das „Abaton-Kino“ mit seinen „Hamburger Filmtagen“ – die traditionsgemäß im September stattfinden – auch auf Dezember ausweichen.

Das zeigt, mit welcher Überheblichkeit der Hamburger Senat darauf geht, Renommierprojekte an die Axt zu legen, die Kultur „vor Ort“ aber fallen zu lassen!

Wir werden abwarten müssen, wie sich die BRD-Filmemacher zu diesem Widerspruch verhalten.

Wir sind sicher, daß sie das „kommunale Kino“ unterstützen werden, ebenso die „Hamburger Filmtage“ des „Abaton“.

Wir haben genug Steuern bezahlt, daß das Geld für alle Projekte da ist! Die „Filmstadt“ Hamburg soll nicht das Renommierprojekt des Senats sein, sondern Möglichkeit für uns, Einfluß und Spaß am Film zu haben! Ha./Kulturkommission

Leserbrief zur

## „Rocky Horror Picture Show“

In einigen Kinos spielen sich zur Zeit Szenen ab, die bei den bürgerlichen Kulturkritikern Ratlosigkeit und Erstaunen hervorrufen. Dabei geht es weniger um das Geschehen auf der Leinwand als vielmehr um das, was sich im Saal abspielt: die Zuschauer werfen mit Reis, zünden Wunderkerzen an, lassen Sektorkorken knallen, singen lautlos mit usw. Anlaß ist die „Rocky Horror Picture Show“, vielfach als „neuer Kultfilm“ angepriesen. Auch und gerade innerhalb der linken Szene hat der Film zahlreiche Fans, die sich an dem Wettbewerb beteiligen, den Film möglichst oft gesehen zu haben. Dies ist eigentlich nicht weiter verwunderlich, wenn man der Eigenwerbung Glauben schenken darf: Da wird von der „irrwitzigen Londoner Transvestiten-Show“ gesprochen, deren Motto laute „Träume es nicht – lebe es“, so daß der Eindruck entstehen muß, es handle sich um einen (ganz allgemein gesprochen) emanzipatorischen, befreienden Film.

Der grobe Handlungsrahmen mag eine solche Interpretation auch noch durchaus zulassen. Da gerät ein amerikanisches Pärchen (er: jung-dynamisch, aber letzten Endes doch verklemmt, sie: etwas schüchtern und ebenso verklemmt) in ein Schloß, in dem gerade der Transvestit Frank-N-Furter einen „Transylvanischen Kongress“ abhält. Dieser Frank-N-Furter ist just dabei (Frankenstein läßt grüßen) einen Menschen zu schaffen; allerdings kein häßliches Monster, sondern einen sehr schönen Jungling namens Rocky Horror. Dies gelingt ihm auch, nur hat Rocky den Fehler, daß er nicht nur auf die männlichen Reize des Transvestiten anspricht, sondern auch auf weibliche. Zwischen durch „befreit“ Frank-N-Furter noch das Pärchen von seinen Verklemmungen, und zum Schluß löst sich das Ganze in Chaos und Wohlgefallen auf. Garniert ist der Film, der übrigens zum großen Teil aus Versatzstücken alter Hollywood-Schinken besteht, mit einer ordentlichen Portion Rockmusik.

Nun gibt es in dem Film allerdings zwei Punkte, die nicht so sehr „emanzipatorisch“ sind, und die auch schon dazu geführt haben, daß in der „Ist“ zum Boykott des Films aufgerufen wurde (was natürlich umgehend

mit der Gründung eines „Rocky Horror Picture Show – Fan Clubs“ beantwortet wurde). Ich meine einmal eine Szene, in der Frank-N-Furter ohne jeden Anlaß Meatloaf, einen Rockstar, der hier einen Rocker spielt, auf bestialische Weise mit einem Eispickel abschachtet und ihn anschließend seinen Gästen zum Essen vorsetzt. Kann man dies eventuell noch als „Schönheitsfehler“ abtun, da diese Szene auch völlig aus der sonstigen Handlung herausfällt, so ist der zweite Punkt, nämlich die autorisierte Führerpersönlichkeit des Frank-N-Furter, bestimmt nicht so zu ignorieren. Dieser kann nur deshalb völlig „frei“ und „ungezwungen“ leben, weil er alle anderen Menschen um ihn herum völlig unterdrückt. Am deutlichsten kommt dies bei Rocky Horror zum Ausdruck, den er nicht als Mensch, als Persönlichkeit schafft, sondern nur als reines Lustobjekt, das ihm jederzeit zur Verfügung stehen soll. Aber auch die durch ihn bewirkte „Ent-Klemmung“ des Pärchens hat mehr mit Vergewaltigung zu tun als mit der Förderung und Entwicklung einer selbstbestimmten freien Sexualität.

Nun soll man zwar nicht von jedem Film verlangen, daß er alle gesellschaftlichen Mißstände „eindeutig geißelt“, „den Finger auf die Wunde legt“ und am besten auch noch die „revolutionäre Perspektive aufzeigt“, zumindestens wenn die Hersteller des Films diesen Anspruch nicht selber erheben. Das kann aber kein Freibrief dafür sein, alle „bürgerlichen“ Filme, die sich ansatzweise einen „fortschrittlichen“ Touch geben, kritiklos so hochzufühnen, wie dies bei der „Rocky Horror Picture Show“ geschieht. Ohne Zweifel ist an diesem Film positiv, daß er den Zuschauer nicht-heterosexuelle Formen von Sexualität als völlig normal empfinden läßt und somit Vorurteile gegen Schwule, Transvestiten und anderen abbauen helfen kann. Dem steht aber entgegen, daß diese anderen Formen völlig von einer absoluten, autoritären Führerpersönlichkeit getragen werden, die zudem noch äußerst grausame und sadistische Züge aufweist. (Ich will hier keinen „Faschismus“-Vorwurf erheben, aber der Vergleich drängt sich auf).

Hält man dies den linken Fans

des Films entgegen, so bleibt meist das Argument, daß dies alles ja wirklich nicht so schön sei, aber die Musik sei so toll! Da fällt mir dann immer nur der Spruch unserer Eltern und Großeltern ein, daß Hitler ja immerhin auch die Autobahnen gebaut habe...

Ein AK-Leser aus Hannover



### Anmerkung einer Genossin der Kulturkommission

Als ich die „Rocky Horror Picture Show“ vor fast einem Jahr gesehen habe, war der Film bei uns so gut wie unbekannt – die in verschiedenen Zeitschriften und im Leserbrief beschriebenen Zuschauer-Orgien blieben demzufolge damals aus.

Den Kritiken des Genossen zur Führerfigur des Frank-N-Furter und zum Abschichten des Rockers muß ich zustimmen. Die Schaffung des Lustobjekts Rocky Horror z.B. kann ich jedoch nicht als unterdrückter Aspekt des Films sehen. Das Aufgreifen des alten Frankenstein-Themas, das auch schon von Andy Warhol sehr witzig dargestellt wurde, kann ich auch in diesem Film nur als Persiflage verstehen. Ich verstehe diese Kritik deshalb auch ein wenig als eine lächerliche Forderung „Respektiere deinen Roboter wie dich selbst“. Andererseits teile ich die Einschätzung des Genossen über den möglichen Abbau von Vorurteilen gegen Schwule, Transvestiten durch die Darstellung im Film nicht, denn hier werden keineswegs „nicht-heterosexuelle Formen von Sexualität als völlig normal empfunden“ werden können, da diese Personen des Films insgesamt völlig verrückte und chaotische Paradiesvögel sind. Der Film hat weder diese positive noch irgend eine wirklich negative politische Aussage. Der Film kommt in der „Szene“ gut an, weil er witzig, musikalisch gut und eben völlig verrückt ist – und bei dem Vergleich mit Hitler und den Autobahnen ist wohl der Eifer ein wenig mit dem Schreiber durchgegangen.



# Rock gegen Rechts

## Bremen: Jetzt doch gemeinsam?

In Bremen hat das Vorgehen von hauptsächlich der DKP nahestehenden Kreisen in Sachen „Rock gegen Rechts“ weitverbreitete Kritik hervorgerufen: Unter dem Eindruck des großen RgR-Erfolges in Frankfurt gegen das NPD-Deutschlandtreffen war in der ersten Juli-Hälfte eine „Initiative Rock gegen Rechts Bremen“ mit einem fertigen Aufruf an die Öffentlichkeit getreten, gegen den für den 29./30. September in Bremen geplanten Parteitag der Westberliner NPD ein RgR-Festival zu veranstalten. Diese RgR-Initiative setzte sich aus acht Leuten zusammen, die mehrheitlich SDAJ, DKP und VVN angehören und hatte für ihre Planung keinerlei Kontakt zu den Gruppen hergestellt, die kurz zuvor erst in Bremen die Mobilisierung nach Frankfurt getragen hatten und eine RgR-Veranstaltung in Bremen durchgeführt hatten. Es war von der Initiative auch beharrlich abgelehnt worden, diese RgR-Aktivisten und andere Gruppen an ihren Treffen zu beteiligen.

Aufgrund eines Offenen Briefes und eines Artikels in der „TAZ“, in denen die schädliche Herangehensweise der „RgR-Initiative Bremen“ kriti-

siert wurden und zur Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Ebene bzw. zur Öffnung der Initiative für alle RgR-Interessierten aufgefordert wurde, fand am 14. 8. im Bremer DAG-Haus ein Treffen der Herausgeber des Offenen Briefes (u.a. Alternative Liste, Jungdemokraten, DAG-Jugend, KB, Schwule Aktion Bremen, „TAZ“-Initiative Bremen...) und zahlreicher anderer Gruppen und Einzelpersonen mit Vertretern der „RgR-Initiative Bremen“ statt. Dort kritisierten auch Pfadfinder, Naturfreunde und Juso-Landesvorstand die Vorgehensweise der DKP-Freunde („Früher war es üblich, daß Aufrufe vorher diskutiert wurden“) und forderten, daß auch aus einem Bremer RgR-Aktionsbündnis keine politische Strömung ausgeschlossen werden darf, solange der Antifaschismus das zentrale verbindende Element ist. Nachdem durch diesen Diskussionsverlauf, unterstützt auch von anwesenden Musikern, klar wurde, daß sich die Sache nicht einfach auf eine erneute „Machenschaft“ des Bremer KB reduzieren läßt, bahnte sich eine Tendenz an.

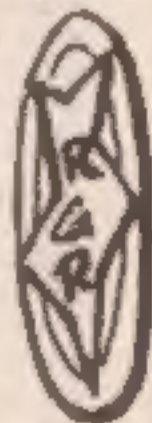
Das insgesamt erfreuliche Ergebnis des Treffens sah schließlich so aus: Es

wurde ein gemeinsames Flugblatt beschlossen, das über dieses Treffen informiert soll, den bisherigen Aufruf enthält und zu einem öffentlichen „Plenum“ aller an RgR Interessierten einlädt; es wurde eine „paritätisch“ zusammengesetzte Gruppe gebildet, die das Plenum vorbereitet; auf dem Plenum soll neu über den Aufruf diskutiert und beschlossen werden, ferner über eine Demonstration in Verbindung mit RgR, über das „Drumherum“ des Festivals und die musikalische Gestaltung; zum Zeichen, daß von nun an zusammengearbeitet wird, sollen auf dem Flugblatt nebeneinander das bisherige und internationale RgR-Emblem und das von der Bremer Initiative herausgebrachte abgedruckt werden.

Soweit sieht es nun nach einem vielversprechenden Ansatz zu einer Gemeinsamkeit aus, wie sie selbst zum Frankfurter Festival aufgrund der „Enthaltensamkeit“ der DKP nicht erreicht werden konnte.

Hoffentlich bleibt es bei der Gemeinsamkeit über dieses Treffen hinaus.

KB/Gruppe Bremen



## Erste RGR-Zeitung erschienen

Die Hamburger Initiative Rock gegen Rechts e.V. hat ihre erste Zeitung herausgebracht. Na klar: Sie ist spannend, jeder(r) Genosse(in) liest sie im Moment, und sie verkauft sich sicher sehr gut. Was mir gefallen hat: Sie ist ziemlich direkt in der Aussage; man muß nicht erst hin und her überlegen, was die Typen wohl meinen. Man erfährt was über die Gruppen, die in Frankfurt gespielt haben, und Udo L. macht wieder ein paar hochkarätige Aussagen für die alternative Partei (zwei Seiten Interview). Schmutzige Wäsche wird ungeniert gewaschen, und an Selbstbewußtsein mangelt es den Leuten auch nicht. Was ich nicht berührt finde, ist das lay-out. O.k., mal was anderes. Aber ein paar freakige Schnipfel sind noch lange keine wirkliche lay-out-Idee. Was mir gestunken hat: Die Annahme gegen „Politfreaks“. Keiner hat was dagegen, wenn die DKP-Apparatschiks ordentlich was mitkriegen. Viel habe ich dagegen, wenn dies nur als

extremer Ausdruck eines Verhaltens gewertet wird, das mehr oder minder bei allen politischen Organisationen anzutreffen wäre. Da rudert sich Missus Beastly allmählich in der Szene voran. Nachdem die Beastly ihre beschwerten Gerüchte in der Alternativpresse breitgetreten haben (einschließlich ARBEITERKAMPF), haben sie jetzt auch bei RgR Gelegenheit, sich auszukooken: Gegen Udo L., gegen das Frankfurter Aktionsbündnis, das „am liebsten die Stones' geholt hätte“, um sich dann in den Besuchermassen zu sonnen usw. Da ist man aber wohl von Seiten RgR zu f.e.i.g.e., etwas dagegen zu halten (auch „der Sätzer“, ansonsten recht aktiv, schweigt hier betreten...). Aber lest doch selber (Bestellungen beim D.Witt Verlag, Postfach 501672, 2000 Hamburg 50, Preis 1 DM plus Porto).

Ein Politfreak

## Alles Verleumdung...

Sensationelles in der „FR“ vom 17.8.: Die DFG/VK Frankfurt gibt in einem Leserbrief von Uwe Fritzsche (Vorsitzender) bekannt, „Rock gegen Rechts“ am 16./17. Juni von Anfang an unterstützt zu haben. Alle gegenteiligen Behauptungen, wie sie natürlich auch im ARBEITERKAMPF aufgestellt worden sind, müssen also frei erfunden gewesen sein. Hier der Leserbrief in voller Länge:

### „ROCK GEGEN RECHTS“ unterstützt

Die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.“ ist eine Bündnisorganisation, in der jeder, der sich zu ihren Zielen bekennt, ohne Rücksicht auf seine weltanschauliche Position mitarbeiten kann. Dieses macht den Charakter einer offenen, pluralistischen Bündnisorganisation aus. Deshalb arbeiten in der DFG-VK auch DKP-Mitglieder mit, ohne daß die DFG-VK ihre Überparteilichkeit verlieren würde. Von diesem Hintergrund ist unverständlich, daß in dem FR-Bericht „Sonst sitzt man da, und es passiert wieder...“ von einer „Freundesgruppe“ der DKP die Rede ist. Über die Rolle der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner, Gruppe Frankfurt, ist es im Zusammenhang mit „Rock gegen Rechts“ immer wieder zu Mißverständnissen gekommen. Diese Mißverständnisse scheinen sich in der Berichterstattung der FR vom 1.8. fortzusetzen.

## Alles Verleumdung...

Sensationelles in der „FR“ vom 17.8.: Die DFG/VK Frankfurt gibt in einem Leserbrief von Uwe Fritzsche (Vorsitzender) bekannt, „Rock gegen Rechts“ am 16./17. Juni von Anfang an unterstützt zu haben. Alle gegenteiligen Behauptungen, wie sie natürlich auch im ARBEITERKAMPF aufgestellt worden sind, müssen also frei erfunden gewesen sein. Hier der Leserbrief in voller Länge:

### „ROCK GEGEN RECHTS“ unterstützt

Die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V.“ ist eine Bündnisorganisation, in der jeder, der sich zu ihren Zielen bekennt, ohne Rücksicht auf seine weltanschauliche Position mitarbeiten kann. Dieses macht den Charakter einer offenen, pluralistischen Bündnisorganisation aus. Deshalb arbeiten in der DFG-VK auch DKP-Mitglieder mit, ohne daß die DFG-VK ihre Überparteilichkeit verlieren würde. Vor diesem Hintergrund ist unverständlich, daß in dem FR-Bericht „Sonst sitzt man da, und es passiert wieder...“ von einer „Freundesgruppe“ der DKP die Rede ist. Über die Rolle der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner, Gruppe Frankfurt, ist es im Zusammenhang mit „Rock gegen Rechts“ immer wieder zu Mißverständnissen gekommen. Diese Mißverständnisse scheinen sich in der Berichterstattung der FR vom 1.8. fortzusetzen.

Immer wieder ist der Eindruck entstanden, als habe die DFG-VK Frankfurt das Rock-gegen-Rechts-Festival auf dem Römerberg verhindern wollen und am Ende gar dem Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann die Verbotsargumente in die Hand gespielt.

Das Gegenteil ist richtig: Als Mitglied des Frankfurter Stadtjugendringes hat die DFG-VK Frankfurt die Rock-gegen-Rechts-Initiative unterstützt und zur Teilnahme am Festival aufgefordert. Die Gruppe Frankfurt hat sich in ihrer Mehrheit bewußt hinter diesen Aufruf gestellt.

Wenn Gegenfakt Erklärungen abgegeben worden sind, kann es sich dabei nur um die höchstpersönliche Auffassung einzelner Mitglieder gehandelt haben, die damit nicht die Mehrheitsmeinung der Gruppe wiedergegeben haben.

Die DFG-VK hat den erfolgreichen und friedlichen Verlauf der Demonstration und des Festivals mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Sympathie und Solidarität wird das weitere Verhältnis des DFG-VK zur Initiative „Rock gegen Rechts“ kennzeichnen. Jeden Versuch, hier Keile zu treiben, wird die DFG-VK zurückweisen.

Uwe Fritzsche, Vars. DFG-VK

Was einen bei solchen Stellungnahmen immer wundert: Daß dem Schreiber offenbar gar nicht schwindig geworden ist, wo unseriösem schon beim Lesen die Luft wegbreht. Das ist wirklich Mut, ja Tollkühnheit, was die DFG/VK Frankfurt hier zur Schau stellt.

Zur Sache: 1. Die DFG/VK hatte auf dem Frankfurter Römerberg stellvertretend für ein voll DKP-orientiertes Bündnis eine eigene Kundgebung angemeldet. Zu Absprachen mit dem Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts“ und dem DGB war die DFG/VK nicht bereit, obwohl RgR und DGB ihre jeweiligen Veranstaltungsplanungen auf dem Römerberg schon miteinander koordiniert hatten. Dies diente dem Ordnungsamt als Vorwand, seine Entscheidung über eine Genehmigung solange hinauszuzögern, bis auch die DFG/VK zu einer Absprache mit DGB und RgR bereit sei.

Erst nachdem die Frankfurter Jusos einen äußerst scharfen Brief in dieser Angelegenheit an die DFG/VK geschickt hatten, zog diese noch einige Zögern ihre separate Anmeldung zurück. Die Jusos hatten die einzige Sprache gewählt, die die DKP – paradox: DFG/VK versteht: Entweder die DFG/VK zieht zurück, oder besagter Brief wird veröffentlicht.

Weil nun die Jusos nach Erfüllung ihrer Forderung den Brief fairerweise nicht weiter verbreiteten, glauben einige DFG/VK-Funktionäre, die Sache im nachhinein verdrängen zu können. 2. Richtig ist, daß der DFG/VK-Vertreter im Frankfurter Stadtjugendring – SDAJ – für eine Unterstützung von „Rock gegen Rechts“ gestimmt hatte. Richtig ist aber auch, daß der Arme zurückgepfiffen wurde, und daß die DFG/VK Frankfurt in der Verbandsöffentlichkeit bestreift, für RgR gestimmt zu haben. Schlimmer noch: Aufgrund dieser Abstimmung führte das RgR-Bündnis die DFG/VK als Mitgliedsverband des Stadtjugendrings in seiner Unterstützer-Liste auf. Diese, von Herrn Fritzsche jetzt als völlig korrekt bestätigte Vorgehensweise diente dem Frankfurter DFG/VK-Vorstand vor dem 17. Juni als Beweis für die „üblichen Methoden“ von „Rock gegen Rechts“. Überall im traditionellen DKP-Bündnisumfeld tauchte „spontan“ das Gerücht auf, die Erwähnung der DFG/VK als Unterstützer von RgR sei eine Fälschung, und daran könne man sehen, was vom Aktionsbündnis zu halten sei. Beweis? Aber gern doch! Die DFG/VK Marburg beklagte sich beim RgR-Bündnis ausdrücklich über diese „Fälschung“: „Zum zweiten erscheint uns

die Art und Weise, in der Unterschriften unter diesen Aufruf gesammelt werden, fragwürdig. Wenn eine Organisation gegen die andere ausgespielt wird, ist das sicher keine gute Grundlage für eine breite Bündnispolitik. So wird z.B. die Gruppe Frankfurt der DFG/VK als Unterzeichner aufgeführt, obwohl sie diesen Aufruf nicht unterschrieben hat“. Na – welcher Ente sind die Marburger denn da aufgesessen? ... (Zitat aus einem Brief der DFG/VK Marburg vom 6.6.79).

Und, um bei diesem Beispiel noch einen Moment zu verweilen: Wer hat denn den Marburger DFG/VK-lern den Floh ins Ohr gesetzt, „einige Unterzeichner und Mitinitiatoren“ von RgR würden beabsichtigen, „diese Veranstaltung zur gewalttätigen Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten zu benutzen“ (ebenda). Ei-der-Daus, da kann es sich nur um „höchstpersönliche Auffassungen“ gehandelt haben, die da einige Frankfurter nach Marburg gefunkt haben! Diese höchstpersönlichen Lügen haben den Marburger Verband, der immerhin drauf und dran war, RgR zu unterstützen, wieder davon abgehalten, dies zu tun, und hatten natürlich gerade das zum Ziel. Solche Beispiele könnten wir im Dutzend veröffentlichen, aber lassen wir es einstweilen damit bewenden.



3. Es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, daß sich die Frankfurter DFG/VK-Gruppe mittlerweile mehrheitlich mit dem Abstimmungsverhalten ihres Vertreters im Stadtjugendring solidarisiert hat. Zumindest war uns bekannt, daß das Verhalten des Vorstands im Vorfeld des 17. Juni auf heftige Kritik innerhalb des Verbandes gestoßen ist. Nur verhalten sich die Dinge in der DFG/VK Frankfurt offenbar so, daß nicht irgendwelche beliebigen Mitglieder auch in der DKP sind und dann ihre „höchstpersönlichen Auffassungen“ herumpossumieren, sondern daß die DKP gerade in entscheidenden Funktionen knallharte Parteigänger sitzen hat, die sich einen feuchten Kehrloch um solche Kritiken kümmern. Wenn z.B. ein DFG/VK-Funktionär im Namen eines antifaschistischen (DKP-) Bündnisses eine Kundgebung anmeldet, so ist das dann eben ein 100-prozentiger DKP-Mann, der seine Anmeldung erst dann zurückzieht, wenn es die Partei für richtig hält (...oder wenn ihm die Pistole auf die Brust gesetzt wird). Bevor man diese Leute nicht zum Teufel gejagt hat – und die meisten Manipulationen, die sie „höchstpersönlich“ gegen RgR angestellt haben, dürften wahrhaftig Grund genug sein – ist die DFG/VK Frankfurt für uns keine „pluralistische“ Organisation, sondern eben, mit Verlaub, eine Freundesgruppe der DKP.



DGB-Landesvorsitzender Jochen Riebert bei ROCK GEGEN RECHTS: „Der Oberbürgermeister soll - bevor er zurücktritt - sich bei allen Arbeitnehmern entschuldigen.“

## Schade, der DGB Frankfurt geht in Deckung



DGB-Landesvorsitzender Jochen Riebert bei ROCK GEGEN RECHTS: „Der Oberbürgermeister soll - bevor er zurücktritt - sich bei allen Arbeitnehmern entschuldigen.“

## Schade, der DGB Frankfurt geht in Deckung

Wer am 16. Juni bei Demonstration und ROCK GEGEN RECHTS in Frankfurt dabei war, wird sich noch gut an den Abend dieses Tages erinnern. Die NPD war geschlagen, und die Antifaschisten fanden sich auf dem Rebstockgelände ein. Doch bevor das Festival losgehen sollte, traten auf der Rock-Bühne ungewöhnliche Gäste hinter die Mikrophone. Zunächst hatte der DGB das Wort, dem der Römerberg in der Frankfurter Innenstadt dank OB Wallmanns Verbot versagt worden war. Vielleicht weil sie von der Stimmung des Augenblicks mitgerissen wurden, vielleicht auch, weil ihnen gar nichts anderes übrig blieb – die DGB-Funktionäre verstanden es jedenfalls, das Beste aus der Situation zu machen. Als Manfred Kiesewetter vom DGB Frankfurt Wallmanns Rücktritt forderte und Jochen Riebert vom hessischen Landesbezirk sich beim ROCK GEGEN RECHTS-Bündnis für die Solidarität bedankte, da war ihnen der Beifall der zehntausend Anwesenden gewiß.

Viel ist von diesem „Aufeinandertreffen der Neuen und Alten Linken“ (so die „Jinks“ des Sozialistischen Büros) nicht übriggeblieben. Der DGB Frankfurt hat mittlerweile eine Dokumentation zu den Vorgängen am 16./17.6. herausgegeben, die – aus der Sicht des RGR-Bündnisses – enttäuschend ausgefallen ist. Auf der 20. Seiten Chronologie taucht der Begriff ROCK GEGEN RECHTS gerade einmal auf, verschwiegen wird, was die Mehrheit der Demonstranten mobilisierte und was die verbotenen Demonstrationen in der Innenstadt durchführte. Andererseits werden so bedeutende Personen wie die Vorsitzenden der Frankfurter DKP und VVN als Unterstützer des DGB erwähnt bzw.

zitiert (was der Leser der Dokumentation zwar eher zum Schmunzeln, der DKP aber helfen dürfte, ihre interne Kritik ordentlich abzubügeln: „Seht mal, der DGB erwähnt uns doch...“). Wie es scheint, hat hier die DKP (oder ihr Nahestehende) für diejenigen die Schreiberarbeit geleistet, denen aus ganz anderer Motivation daran gelegen ist, jeden Anschein einer Zusammenarbeit mit RGR zu vermeiden. Denn natürlich gibt es genügend Leute im DGB-Apparat, denen das, was am 16./17.6. passierte, „viel zu weit“ ging, und auch die SPD-Führung dürfte inzwischen nachhaltig beim DGB angeklopft haben (die SPD Frankfurt hat die Forderung nach Rücktritt Wallmanns demonstrativ nicht unterstützt, sondern stattdessen „klärende Gespräche“ mit dem Oberbürgermeister vorgeschlagen).

So steht nun die DGB-Schulderung der Ereignisse in peinlichen Widerspruch zum ausführlichen Pressepiegel im Anhang der Dokumentation, aus dem natürlich hervorgeht, welche Rolle ROCK GEGEN RECHTS tatsächlich am 16./17.6. gespielt hat. Trotzdem liest man auch aus dieser verdünnten Dokumentation heraus, daß der Frankfurter DGB über dem Durchschnitt dessen liegt, was an antifaschistischen Engagement von Seiten der Gewerkschaften läuft, und auch der ausführliche Pressepiegel ist ansonsten nicht zu haben. Wer also im Gewerkschaftsbereich und/oder Antifa-Sektor tätig ist, sollte sich das Ding vielleicht doch kritisch zu Gemüte führen („DGB contra Rechtsradikalismus“). Herausgeber: DGB/Kreis Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 6000 Frankfurt a.M.).

KG/Gruppe Frankfurt



# Offener Brief an Erich Fried

Lieber Erich Fried, etwa einhalb Jahre ist es her, daß mir ein Genosse einen Brief schrieb, in dem er Sie angriff. Auf, wie ich meine, sehr böse Art, mit Formulierungen, die nicht die unsrigen sein dürfen, die wir denen überlassen sollten, die dafür prädestiniert sind. Dieser Brief war mir Anlaß für folgendes Gedicht:

dichter und d(h)enker

Ja, Herr Kunick, so etwas würde ich lieber verbrannt sehen, das will ich Ihnen einmal ganz eindeutig sagen! / Bernd Neumann, CDU, 3.1.77 über ein Gedicht von Erich Fried

1  
viele von euch  
sind etwas schnell  
zu schnell beim verteilen  
von etiketten

„Erich Fried denunziert  
auf infame Art  
die Guerilla“ schreibt einer  
stellvertretend  
für die übrigen  
linken Schubladenverwalter

„Ich kann Dir einige  
der entsprechenden Machwerke senden  
wenn Du Interesse hast“

Machwerke  
schrieb er: MACHWERKE!  
und denunziert und  
infam

das habe ich gelesen  
ein paar mal bis  
ganz plötzlich ich rauch  
und knisternde flammen  
in der zelle wahrzunehmen glaubte

2  
viele von euch  
sind etwas zu schnell  
zu schnell beim verteilen  
von etiketten

das gefällt mir nicht  
diese methode  
und dieser sprachschatz  
dieser leichtfertige umgang  
mit dem wörterbuch des unmenschen  
ist bekannt  
und stinkt  
zu sehr nach stiefelwichse

für hunderttausend Friede  
würde platz sein  
in der gesellschaft  
von der ich träume

selbst dann  
wenn sie mich manchmal nervten  
mit ihrem bemüht  
verständnisvollen verständnis  
und dem vorschnellen kleben  
von etiketten  
in bestimmten - gedichten

Das Gedicht wurde voriges Jahr in einer Zeitschrift für Politik und Kultur veröffentlicht, ist - leicht überarbeitet - auch in meinem neuen im Herbst erscheinenden Lyrik/Prosa-Band enthalten. („Die Sympathisanten“ / IVA-Vlg. Tübingen).

Vor ca. 3 Wochen nun schrieb mir eine Freundin, schrieb, Sie hätten im LANGEN MARSCH Nr. 42 auf sehr böse Art Karl Heinz Roth und den ARBEITERKAMPF angegriffen. Ich wollt's nicht glauben, hat um genaue Informationen. Die bekam ich. Gestern. Schwarz auf weiß, gedruckt. Da ist von „Gehirnverschmutzung und Irrsinn“ die Rede, von „Irrsinn des Geschimpfs“, gar welchen, die sich schämen sollten. Roth's Artikel-Serie über Gehirnwasche und Verrat veröffentlicht zu haben. Ich war entsetzt! Bin's noch!

Ein Mann, Lyriker, Schriftsteller, der sich wieder und wieder gegen den Gebrauch des Wörterbuchs der Unmenschen ausspricht, greift selbst danach. Weil ihm (und anderen) die politische Position Roth's nicht gefällt.

Kennen wir das nicht? Kennen wir's nicht bis zum Überdruß? Ist's nicht die gleiche Sprache der Repression, die einen R. Bahro hinter Gitter brachte; Dissidenten in Ost in Psychatrien, auf Anklagebänke wegen Verfilmung des Freiheitlichen im Westen? Sie ist's!

Die Manuskripte für mein neues Buch gehen in zwei Wochen in die Setzerei. Zeit genug, um das Gedicht „dichter und d(h)enker“ herauszunehmen. Wir werden's nicht tun, unsere darin vertretene Position ist grundsätzlicher Art.

Aber gilt das Gedicht noch dem Erich Fried, der gemeint war, dem, wie ihn viele zu kennen glaubten? Die Antwort kann nur er selbst geben. Schön wäre es, sie zu erhalten! In diesem Sinne,

Freiheit & Glück!  
(Werner Schlegel)

Rheinbach, 7.8.1979  
im Postfach 601

AK, Hamburg  
AGAV, Stuttgart  
IVA-Vlg., Tübingen

P.S.: Da mir Ihre Londoner Adresse nicht bekannt ist, bitte ich den AK um Weiterleitung des Originals.

# Asim Bezirci über MENSCHENLANDSCHAFTEN

„Der größte Dichter, der für die ganze Welt schrieb.  
Der große Mann, der der ganzen Welt gehört.  
Der Patriot, der in seiner Heimat unterdrückt wurde.  
Es gibt keinen zweiten Nâzim im Gedicht des Jahrhunderts.  
Für mich ist er das Zeichen der Liebe und des Kampfes!“  
Pablo Neruda, Santiago, 2. Juni 1973

Obwohl das Werk „Menschenlandschaften“ in der Zeit von 1940 bis 1947 geschrieben wurde, konnte es erst 1960 bis 1967 durch Mehmet Fuat veröffentlicht werden, also 30 bis 35 Jahre, nachdem es geschrieben wurde ...

Am Anfang plante Nazim Hikmet sein Werk auf 12.000 Zeilen und vier Bücher. Nach seiner Aussage sollte jedes Buch aus 3.000 Zeilen bestehen. Doch mit dem Fortgang der Arbeit wurde auch der Plan des Dichters allmählich zerstört. Am Ende kam ein fast 17.000 Zeilen und fünf Bücher umfassendes großes Werk zustande.

Bei der Schaffung dieses großen Werkes strebte Nazim Hikmet folgende Ziele an:

1) Ich möchte, daß der Leser, nachdem er die 12.000 Zeilen gelesen hat, sich so fühlen soll, als sei er durch eine wogende große Menschenmenge gegangen.

2) Ich möchte, daß der konkrete Ausdruck dieser großen wogenden Menschenmenge dem Leser vor dem Hintergrund einer bestimmten Zeit, durch die den verschiedenen Klassen angehörenden Menschen der Türkei, von der sozialen Lage der Türkei in einer bestimmten historischen Periode erzählt soll. Natürlich nicht durch bloße Übertragung, sondern durch den dialektischen Vor- und Ablauf.

3) Ich möchte an zweiter Stelle, daß die die türkische Gesellschaft umgebende Weltlage - in einer bestimmten Periode - verstanden wird.

4) Ich möchte, daß die Fragen „woher man gekommen ist, wo man sich befindet und wohin man geht“ - mit maximalen Möglichkeiten in meinem Bereich - beantwortet werden.

Tatsächlich ist „Menschenlandschaften“ - wie ein Panorama gestaltet - geeignet, diese Anforderungen des Dichters zu erfüllen.

Im „ersten Buch“ wird von Passagieren im Anatolienzug erzählt, der um 15.45 Uhr von Haydarpasa abfährt. Diese Passagiere, die im Waggon Nr. 310 und 3. Klasse fahren, sind meist Menschen aus dem Volk: Arbeiter, Bauern, Soldaten, Gendarmen, Lumpen, Arbeitslose, Schwerbeschädigte, Sträflinge, Angestellte usw.

Der Dichter stellt die wichtigsten unter ihnen mit ihrer äußeren Erscheinung, Lebensgeschichte, mit Gesprächen, ihrer Abstammung und Umgebung vor. Mit Hilfe der Erlebnisse und Charakterzüge der Passagiere werden in gewissem Maße die werktätigen Klassen der Türkei und ihre gesellschaftliche Lage ermittelt.

Im „2. Buch“ wird von den Passagieren erzählt, die im Schlafwagen des Schnellzuges reisen, der um 19 Uhr von Haydarpasa abfährt: Journalisten, Politiker, Kapitalisten, kurz, den kleinen und großen Bourgeois. Wie im ersten Buch ermöglicht uns der Dichter, die klassische gesellschaftliche Struktur unseres Landes zu erkennen, indem er die Eigenschaften und Lebensweisen dieser Menschen schildert.

Das „3. Buch“ berichtet aus dem Leben eines mitfahrenden Gefangenen, des Kommunisten Halil, während seiner Zeit im Gefängnis und im Krankenhaus. Des weiteren beschreibt er in inhaltlicher Vielfalt die Persönlichkeiten und Erlebnisse der anderen Gefangenen, der Kranken, der Schwermern, der Ärzte und Bauern.

Das „4. Buch“ behandelt verschiedene Themen: Das Verhältnis der Bauern zu den Agas in Anatolien, die Zersetzung der Bürokratie durch die Honoratioren, die Hilflosigkeit des Volkes, die Tage Halils im Gefängnis, entsetzliche Bilder aus dem zweiten Weltkrieg, die Schrecken der Deutschen gegen die Russen, die Niederlage des Faschismus vor Moskau ...

Das letzte und „5. Buch“, das nach der Hälfte abgebrochen wurde, beschreibt die Notlage der Bevölkerung in Istanbul während der Kriegsjahre, die Gefängnisserlebnisse Halils, seine Sehnsucht und die Briefe seiner Frau.

Erfolgreich stellt Nazim Hikmet einen so umfangreichen, breiten und

vielfältigen Inhalt dar. Dabei achtet er darauf, nicht in Schematismus und Idealismus zu verfallen. Sowohl die Ereignisse als auch die Personen schildert er differenziert, so daß im Verlauf des Prozesses und Werdegangs auch ihre Widersprüchlichkeiten erfaßt werden; um einen Ausdruck von ihm zu gebrauchen, er schreibt „nach der Auffassung des realistischen dialektischen Materialismus“. In der Absicht, das Typische zu erfassen, wählt er die Figuren aus, gestaltet sie neu, ändert aber nicht ihren Inhalt und idealisiert sie nicht.

Er wählt lebendige und charakteristische Typen aus, die die verschiedenen Aspekte ihrer Umgebung vertreten. Er beschreibt ihre Persönlichkeiten und ihre Geschichte. Im Verlauf der Evolution will er mit Hilfe dieser Typen das gesellschaftliche Bild seiner Heimat allseitig darstellen. Somit gelangt er vom Besonderen zum Allgemeinen, vom Einzelnen zum Gesellschaftlichen, vom Singular zum Plural und vom Persönlichen zum Allgemeinen-Menschlichen; er spiegelt die Lage der Schichten und Klassen in bestimmten Zeitabschnitten und demzufolge die Struktur der Gesellschaft wider.

Somit ergreift er, ausgehend vom Zustand der Türkei, die Weltlage, anders ausgedrückt, er verbindet das Nationale mit dem Globalen.

Während sich der Anteil der Vorstellungen, Empfindungen und Stimmen in „Menschenlandschaften“ im Verhältnis zu früheren Werken verringert, vermehren sich der Anteil der beschreibenden Geschichten und satirische Erscheinungen. Das bringt das Epos oft dem Bereich des Essays nahe. Aber Nazim Hikmet befreit sich davon mit einer Meisterschaft, die nur großen Künstlern eigen ist. Er legt die Ereignisse und Personen in einer umfassenden, tiefen und erschütternden Erzählung dar, indem er sie an ihren typischsten und bedeutsamsten Seiten anpackt. Er versteht es, mit ein paar

Strichen lebendige Typen zu zeichnen, und mit wenigen Worten farbige Landschaften zu malen. Trotzdem kehrt er nicht das Genie hervor.

Ein Mann  
steht auf der Treppe  
und denkt an mancherlei.

Mager.  
Feige.  
Seine Nase ist spitz und lang.  
Seine Wangen sind blattennarbig.  
Der Mann auf der Treppe  
- Meister Galip -  
ist bekannt dafür, daß er über  
merkwürdige Dinge nachdenkt.

Wie aus diesem Beispiel hervorgeht, ist die Erzählweise in „Menschenlandschaften“ klar, beschaulich und einfach. Der Ausdruck ist fließend, rein, glänzend und konkret. Die Reime sind nicht hart und gezwungen, sondern flüchtig und natürlich, sie sind oft unvollendet und fast ungeordnet. Und doch haben die Gedichte eine Harmonie, die infolge der guten Gewichtung der Stimmung zustande kommt. All dieser Eigenschaften wegen wird das Werk ohne Langeweile, mit Interesse gelesen.

Zwar sprechen die Personen in „Menschenlandschaften“ in ihrer Klassensprache, doch die Sprache des Dichters stützt sich im allgemeinen auf das Türkisch des einfachen Volkes. „Nazim Hikmet achtet darauf, nie Worte zu verwenden, die dem Volk fremd und im täglichen Leben nicht gebräuchlich sind“, weil „der wertvollste Maßstab das Volk ist, das seine Gedichte beurteilt“. Nach ihm „muß ein Volkskünstler vor allem vom Volk verstanden werden und ein Künstler des Volkes sein“. Deshalb wurden die „Menschenlandschaften“ „im Gefängnis allen Volksschichten vorgelesen, die für das Verständnis schwierigen Passagen weggelassen und das Ganze noch einfacher und klarer umgeschrieben.“

## NAZIM HIKMET



## MENSCHENLANDSCHAFTEN

Zweites Buch

Zweites Buch  
40 Illustrationen und Vorwort von Abidin Dino  
Übersetzung und Überarbeitung von Ümit Güney und Norbert Ney  
184 Seiten, DM 15,-

## Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage & Autoren e.V.

AGAV Postfach 456 7000 Stuttgart 1

An alle  
Verlage und Zeitschriftenredaktionen

Rundbrief / Aufruf

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
im Rahmen der diesjährigen 3. Gegenbuchmesse in Frankfurt (B. - 14. Okt. 79, im Haus der Jugend, Elm-Sachsenhausen) wollen wir nicht nur Akteure setzen durch Lesern und Musikveranstaltungen, z.B. Rock und Wort gegen Rache, Autoren im Knecht, vorgestellt durch die Kollegen und Verleger, usw.  
Unsere derzeit laufende Arbeit an Broschüren über Zensur soll in Frankfurt 1979 vor allem darin gipfeln, während der Gegenbuchmesse eine „handgeflücht“

Ausstellung  
zeitweiser Publikationen, Plakate und Platten

durchzuführen.  
Dazu brauchen wir Eure Mitarbeit - und zwar möglichst rasch!

Wenn Ihr Fälle kennt, wo Bücher, Zeitschriften oder andere Publikationen in irgendeiner Weise zensuriert oder gar verboten worden sind oder gar selbst als Verleger und Redakteure davon betroffen werdet, dann möchten wir Euch zur Mitarbeit aufrufen:

- bitte nennt uns umgekehrt solche Fälle, schickt uns Hintergrundmaterial mit und möglichst ein Exemplar der Publikation!
- wichtig wäre dabei auch begleitendes Material, z.B. Briefe von Behörden, Verlagen etc., Korrespondenz, die zur Erhellung des Fallhintergrunds beitragen kann, zur Erklärung wichtig ist.
- eine gezielte, kurze Zusammenfassung des einzelnen Falles von Euch, etwa eine DIN A 4-Seite, die als einleitende Lektüre neben dem Ausstellungsmaterial angebracht werden kann.

Zu erwähnen bliebe noch, daß wir natürlich nicht nur während der diesjährigen Gegenbuchmesse solches Material sammeln und ausstellen, sondern kontinuierlich daran weiterarbeiten wollen. (z.B. nach regelmäßig Broschüren dazu ersuchen wollen, an derlei für Euch zusätzlich mit Fachkenntnis, Recherchierfähigkeiten begünstigt solltet), und - u.a. mit Prospekt - für größere Öffentlichkeit solcher Fälle sorgen wollen.

Von der allgemeinen kulturpolitischen Lage, die in der literarischen Szene Dauerprobleme zu sein scheint, einmal abgesehen, wollen wir darüber hinaus inhaltlich und vor allem auch Autoren und Verleger, Zeitschriftenmacher und damit und Konsequenz von Märkten gemeint, soweit es möglich an den Diskussionen und Kontroversen beteiligen, die regelmäßig sehr lebhaft und intensiv in der AGAV, und speziell in der AGAV-Kulturkommission, stattfinden.

Wir hoffen auf Eure Mitarbeit!

mit allergrößter Hochachtung

Arbeitsgemeinschaft  
alternativer Verlage & Autoren e.V.  
Arbeitsgemeinschaft  
alternativer Verlage & Autoren e.V.

Peter Lohmann, Hamburg



# Harrisburg war nur der Anfang

Was ist dran an der Energiekrise?

Seite 48

Dieses Buch  
ist jetzt zu  
haben!

150 Seiten  
DM 12,50

Am 1.4. besuchte US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenreaktors und verkündete danach, daß die Techniker alles im Griff hätten.

- Doch nicht länger als 10 Minuten durfte sich der Präsident im Kontrollraum aufhalten, und
- 2 Tage vorher hätte er diesen Raum nur mit Atemgerät betreten dürfen.
- Im Reaktor befand sich zum Zeitpunkt seines Besuchs den internen Protokollen der US-Atombehörde zufolge ein entzündliches, ja eventuell sogar explosives Gasgemisch. Eine brennende Zigarette hätte den Reaktor auseinandergerissen.

Diese FAKTEN, eine ANALYSE DES UNFALLS und UNTERSUCHUNGEN über die ENERGIEPOLITIK nach Harrisburg und vieles andere mehr findet man in diesem Buch. Das Buch enthält viele DOKUMENTE und ist reich BEBILDERT!

Bestellungen gegen Vorkasse bei Verlag J. Reents. Adresse s. unten.

## Spendenaufwurf

Wenn das mit der Verkaufs- und Auflagenentwicklung des ARBEITERKAMPF so weiter (bzw. zurück) geht, dann ist das weitere Erscheinen dieser Zeitung nicht mehr zu gewährleisten.

## Spendenaufwurf

Wenn das mit der Verkaufs- und Auflagenentwicklung des ARBEITERKAMPF so weiter (bzw. zurück) geht, dann ist das weitere Erscheinen dieser Zeitung nicht mehr zu gewährleisten.

Da wir sehr hohe monatliche Fixkosten für eine Zeitung wie diese haben (Raumkosten, Maschinen, Redaktions- und Technikpersonal), „erwirtschaften“ wir gegenwärtig mit jeder neuen Ausgabe ein dickes Minus (von DM 20.000). Was der Verleger nicht bringt, muß aus den Mitgliedsbeiträgen (Vorschüssen der Hamburger Ökonomie) zugebracht werden.

Auf diese Weise sind wir mittlerweile ziemlich blank. Haben kaum mehr Rücklagen für politische Kampagnen, dringend notwendige Reparaturen und unumgängliche Neuanschaffungen im Bereich der Technik. Wir möchten daher an alle AK-Leser, Freunde usw. appellieren:

**SPENDET, WAS DAS ZEUG HALT! GROSSE UND AUCH VIELE KLEINE SUMMEN!**

Einzahlungen auf das Konto  
Bauspar 6333 Hamburg BLZ 200 000 00  
Kto. Nr. 451 83 79 Stichwort „AK Spende“  
bei Reents Verlag  
2 Hamburg 60, Lerchenstr. 75  
Postcheckkto. Hamburg BLZ 200 100 00  
Kto. Nr. 2405 95-203 Stichwort „AK Spende“

Abs. ....

(bitte in Blockchrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich - DM 27,50 0  
jährlich - DM 55,- 0

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postcheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kto. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

**AK  
Abo  
Karte**

J. Reents Verlag  
Lerchenstraße 75  
2000 Hamburg 50

# „Friedensmarsch Brüssel-Warschau“

DDR-Grenzpolizei verprügelt Rüstungsgegner



Die Friedensmarschierer ketteten sich an einem zentralen Platz in Warschau an ein Denkmal, verteilten Flugblätter und diskutierten mit der Bevölkerung



Die Friedensmarschierer ketteten sich an einem zentralen Platz in Warschau an ein Denkmal, verteilten Flugblätter und diskutierten mit der Bevölkerung

Die ein- bis zweihundert Teilnehmer eines Abrüstungsmarsches, der von Brüssel nach Warschau führen sollte, erlebten unterwegs Wunderliches. Konnte die Etappe von Brüssel nach Westberlin mit mehreren Zwischenaufenthalten noch wie geplant, ohne größere Schwierigkeiten bewältigt werden, stießen sie am Grenzübergang nach Ost-Berlin gleich auf mehrere Hindernisse: zunächst wurde der Zugang zur Ost-Grenze von US-Militärpolizei und Westberliner Polizei verweigert. Dieses Hindernis „überwunden“, wurden sie von der DDR-Grenzpolizei abgewiesen. Alle beteiligten „Ordnungskräfte“ - ob Ost oder West - ließen es sich dabei nicht nehmen, die Beteiligten im Laufe der Geschehnisse mindestens einmal zusammenzuknüppeln. Dies teilweise in glänzender Kooperation! Später gelang es einigen Teilnehmern, nach Warschau zu kommen und dort ohne Belästigung durch die Polizei zu demonstrieren. Angekettet an ein Denkmal forderten sie mitten in Warschau „NATO-Warschauer-Pakt-Abrüstung!“, verteilten antimilitaristische Flugblätter und diskutierten mit Passanten.

Die in Westberlin verbliebenen Teilnehmer des Abrüstungsmarsches „besuchten“ derweil das Gelände des US-Hauptquartiers, veranstalteten ein Sit-in und wurden nach der so erzwungenen Übergabe einer Petition an die US-Militärs „entfernt“. Danach versuchten sie auf dem „Deutsches-Amerikanisches Volksfest“ Flugblätter zu verteilen, wurden jedoch gleich festgenommen und erst drei Stunden später wieder freigelassen.

### Die Initiatoren und ihre Forderungen

Initiatoren des Marsches waren im wesentlichen die „WAR RESISTER INTERNATIONAL“ - WRI - (der internationale Dachverband von pazifistischen Kriegsgegnern) mit ihren nationalen Sektionen u.a. aus Großbritannien (Peace Pledge Union), Italien (Partito Radicale), Dänemark („Aldrig Mere Krig“) sowie verschiedene autonome Organisationen, wie z.B. die holländischen Totalverweigerer „Onkrult“. In der BRD unterstützten neben den „Gewaltfreien“ auch verschiedene Bürgerinitiativen darunter auch der BBU sowie die Alternative Liste Westberlin diesen Friedensmarsch.

Die Hauptforderungen waren:

„Einseitige Abrüstung in jedem Land!“

Auflösung der militärischen Pakt- und Vertragsorganisationen, besonders von NATO und Warschauer Pakt.

Umwandlung der militärischen Ausgaben in zivile Ausgaben sozialer Art, darauf gerichtet, wirtschaftliche Unterdrückung in der Welt abzuschießen.

(nach „bbu-aktuell“, 10/79)

Besonders die erste Forderung wird von den Teilnehmern selbst als Affront gegen die im Rahmen der „Entspannungspolitik“ gebräuchliche Formel von der „gleichzeitigen, gleichmäßigen Abrüstung“ verstanden. Diese Formel habe praktisch nur die Funktion, die jeweils eigenen „Verteidigungsmaßnahmen“ zu rechtfertigen und die Aufrüstung zu legitimieren. (ebenda).

### DFG/VK-Vorstand lehnt Beteiligung ab

Besonders erwähnenswert ist, daß sich zwar der Landesverband Berlin der „Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsgegner“ (DFG/VK), nicht aber deren Bundesvorstand den Forderungen und Aktionen des „Abrüstungsmarsches“ anschloß. Die ablehnende Haltung des von der DKP dominierten Bundesvorstandes der DFG/VK ist ein Musterbeispiel dafür, wie akrapellos die DKP ihre „Bündnispartner“ für die Interessen des „realen Sozialismus“ instrumentalisiert. Dazu muß man zunächst wissen, daß die DFG/VK die mitgliederstärkste Sektion des Dachverbandes WRI (dem Hauptträger der Aktion) ist. Die Satzung dieser Verbände ist identisch und fußt wesentlich auf der generellen Abgabe an jede Gewalt. Der Widerspruch ist offensichtlich, denn jeder weiß um die bedingungslose Unterstützung der „real-sozialistischen“ Gewalt durch die DKP. Trotzdem konnten die DKP-Kräfte bisher auf der Basis des „Entspannungs“-Schwindels ihre führende Rolle in der DFG/VK behaupten.

### Das Vorspiel der Aktionen

Die WAR RESISTER INTERNATIONAL (WRI) hat in den letzten Jahren mit mehr oder weniger spektakulären Aktionen für Aufmerksamkeit gesorgt. 1976 veranstalteten sie einen Marsch nach Verdun zum Gedenken an den 1. Weltkrieg. Dort kam es zu Auseinandersetzungen mit militäristischen Kriegsveteranen und der Polizei, die sich bei ihren „Gedenkfeiern“ gestört fühlten. 1977 marschierte die WRI von Hagenau (Frankreich) nach Lauterburg (BRD), um gegen Atomwaffen und Atomenergie zu demonstrieren. 1978 fand aus Protest gegen den geplanten Beitritt Spaniens zur NATO ein Marsch in Katalonien statt.

In diesem Jahr war aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der NATO und des wenig später gegründeten Warschauer Pakts eine Aktion geplant, die am 1. August mit einer Kundgebung vor dem NATO-Hauptquartier in Brüssel begann und am 10. August mit einer Kundgebung in Warschau endete.

Die größte Schwierigkeit bei der Vorbereitung dieses Marsches war, eine Aufenthaltsgenehmigung bzw. Einreisegenehmigung für Polen und die DDR zu bekommen. Erst nach einer kleinen Demonstration in Warschau selbst und der „Besetzung“ der polnischen Botschaft in Rom durch Mitglieder der Partito Radicale zeigte sich Gesprächsbereitschaft. Ende Juli wurde zwischen den Organisatoren des Marsches und Vertretern der polnischen Friedensbewegung offiziell ausgehandelt, daß sechs Delegierte nach Polen einreisen dürften. Außerdem wurden 60 Personen zum Antikriegstag nach Polen eingeladen. Dies verstanden die Abrüstungsmarschierer als Teilerfolg, mit dem sie sich aber nicht zufrieden geben wollten. Geplant wurde der (später mißlungene) Versuch, auch nach Ostberlin einzureisen, um von dort aus weiter „vorzustoßen“. Die DDR jedoch erklärte nur, die Demonstrationen würden an der Grenze über den Verlauf ihres Einreisegenehmigungs-Antrags informiert. Dort wurden sie dann mit Gewalt zurückgedrängt.

„Der kleinste Schritt zur wirklichen Abrüstung ist wertvoller als hundert ‚Friedenskonferenzen‘, nach denen die Waffenarsenale weiter aufgestockt werden“ (AK 159, S.23). In diesem Sinne war der „Abrüstungsmarsch“ wertvoll. Er hat die durch das „Entspannungs“-Märchen verkleisterten und verwischten Fronten offengelegt. Sie verlaufen nicht entlang der Ost-West-Grenze, sondern quer durch diese Länder hindurch. (Informationen und Angaben nach: TAZ von 24.7., 30.7., 9.-11.8. und 12.8.79; FR vom 2.-9. und 10.8.79; „bbu-aktuell“ 10/79).

Antimü-Kommission